

Landtag des Saarlandes

16. Wahlperiode



Pl. 16/41
16.09.20

41. Sitzung

am 16. September 2020, 09.00 Uhr, in der Saarlandhalle
Saarbrücken

Beginn: 09.03 Uhr
Ende: 18.14 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Toscani (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erste Schriftführerin Berg (SPD)
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

REGIERUNG:

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der Justiz Strobel (CDU)
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)
Ministerin für Bildung und Kultur Streichert-Clivot

Es fehlen:

Abg. Eder-Hippler (SPD)
Abg. Heib (CDU)
Abg. Kuhn-Theis (CDU)

Begrüßung zur 41. Plenarsitzung in der Saarlandhalle	2997
Geburtstagsglückwunsch	2997
Abwesenheitsmitteilung	2997
Änderung der Tagesordnung	2997
Fragestunde zum Thema „Zukunftskurs des Saarlandes“ (Antragsteller: Abg. Josef Dörr (AfD)).....	2997
Frage des Abgeordneten Josef Dörr (AfD) betreffend: „Wie beurteilt die Landesregierung aus heutiger Sicht die vor einem Jahr von dem Ministerpräsidenten gemachten Äußerungen, das Saarland zum „Zukunftslabor“ in Deutschland machen zu wollen und 25.000 Firmenneugründungen bis zum Jahr 2030 realisieren zu wollen und was wurde seit Ankündigung der gesteckten Ziele durch den Ministerpräsidenten wirklich erreicht und umgesetzt?“.....	2998
Ministerpräsident Hans.....	2998
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage...	2999
Ministerpräsident Hans.....	3000
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage, (nicht zugelassen).....	3000
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage, (nicht zugelassen).....	3000
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage...	3001
Ministerpräsident Hans.....	3001
Abg. Flackus (DIE LINKE) mit einer Zusatzfrage.....	3001
Ministerpräsident Hans.....	3001
Abg. Müller (AfD) mit einer Zusatzfrage.....	3001
Ministerpräsident Hans.....	3001

Frage des Abgeordneten Josef Dörr (AfD) betreffend: „Wie beurteilt die Landesregierung aus heutiger Sicht die vor über einem Jahr von der Wirtschaftsministerin in ihrem verfassten Papier „Aufbruch Saarland“ aufgestellte Vision für das Saarland von 1 Million Einwohnern und welche Maßnahmen wurden seither für eine „Trendwende“ eingeleitet?“.....	3001
Ministerin Rehlinger.....	3001
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage...	3002
Ministerin Rehlinger.....	3002
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage...	3002
Ministerin Rehlinger.....	3003
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage...	3003
Ministerin Rehlinger.....	3003
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage...	3003
Ministerin Rehlinger.....	3004
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage...	3004
Ministerin Rehlinger.....	3004
Abg. Dörr (AfD) mit einer Zusatzfrage...	3004
Ministerin Rehlinger.....	3004
Fragestunde zum Thema „Stahlindustrie/Wasserstoffstrategie“ (Antragsteller: Abg. Lutz Hecker (fraktionslos)).....	3005

Frage des Abgeordneten Lutz Hecker (fraktionslos) betreffend: „Vor dem Hintergrund der sogenannten Klimaschutzziele hat die Bundesregierung mit dem Handlungskonzept Stahl und der Wasserstoffstrategie einen speziellen Fokus auf die Stahlindustrie gelegt. Neuerdings diskutiert die Politik in diesen verschiedenen Strategiepapieren zur Stahlindustrie im Saarland und im Bund im Zusammenhang mit der Transformation zu CO₂-neutraler Stahlherstellung nicht nur Investitionskostenbeihilfen in Milliardenhöhe, sondern auch erhebliche Betriebskostenbeihilfen. Sieht die Landesregierung die Überlebensfähigkeit der saarländischen Stahlindustrie und speziell der Roh-eisenerzeugung und Eisenschwammerzeugung gefährdet, sofern nicht durch die öffentliche Hand erhebliche Milliardenbeträge in die Anlagentechnik investiert werden und danach dauerhaft Subventionen in Milliardenhöhe jährlich in Form von Betriebskostenbeihilfen geleistet werden?“ 3005

Ministerin Rehlinger..... 3005

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3006

Ministerin Rehlinger..... 3006

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3007

Ministerin Rehlinger..... 3007

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3007

Ministerin Rehlinger..... 3007

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3007

Ministerin Rehlinger..... 3007

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3008

Ministerin Rehlinger..... 3008

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3008

Ministerin Rehlinger..... 3008

Frage des Abgeordneten Lutz Hecker (fraktionslos) betreffend: „Nach den Worten der Wirtschaftsministerin lautet die Antwort immer Wasserstoff, und zwar grüner Wasserstoff. Weshalb ist die Landesregierung der Auffassung, dass „grüner“ Wasserstoff vor dem Hintergrund längst nicht gelöster Infrastruktur- beziehungsweise Transportprobleme, extrem hoher Energiekosten und lausiger Wirkungsgrade bei der Erzeugung und Speicherung, aber auch der problematischen Handhabbarkeit im Rahmen der großen Transformation der vorherrschende Energieträger in Europa sein kann und soll?“ 3008

Ministerin Rehlinger..... 3009

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3010

Ministerin Rehlinger..... 3010

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3011

Ministerin Rehlinger..... 3011

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3011

Ministerin Rehlinger..... 3011

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3011

Ministerin Rehlinger..... 3012

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage..... 3012

Ministerin Rehlinger..... 3012

Abg. Hecker (fraktionslos) mit einer Zusatzfrage, (nicht zugelassen)..... 3012

1. Zweite Lesung des Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland (Medienstaatsvertrag) (Drucksache 16/1346) 3013

(Erste Lesung: 39. Sitz. v. 24. Juni 2020)

Abg. Wagner (CDU), Berichterstatter.. 3013

2. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Zustimmung zum 1. Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. Medienänderungsstaatsvertrag) (Drucksache 16/1420)	3013	Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung.....	3026
Ministerpräsident Hans zur Begründung.....	3013	Abg. Berg (SPD).....	3026
		Abg. Müller (AfD).....	3030
		Abg. Funk (CDU).....	3030
		Abg. Hecker (fraktionslos).....	3031
3. Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Mediengesetzes (Drucksache 16/1347)	3015	Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1428, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (VR)	3032
(Erste Lesung: 39. Sitz. v. 24. Juni 2020)		Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1429, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (VR)	3032
Abg. Wagner (CDU), Berichterstatter..	3015	6. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Stärkere finanzielle Unterstützung zum Schutz und der Pflege des privaten und öffentlichen Waldes im Saarland (Drucksache 16/1427)	3032
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	3015	Abg. Commerçon (SPD) zur Begründung.....	3032
Abg. Commerçon (SPD).....	3017	Abg. Georgi (DIE LINKE).....	3034
Abg. Dörr (AfD).....	3019	Abg. Fretter (CDU).....	3035
Abg. Zehner (CDU).....	3020	Abg. Dörr (AfD).....	3037
Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1346, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	3022	Abg. Döring (SPD).....	3037
Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1420, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (BKM)	3023	Minister Jost.....	3039
Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1347, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	3023	Abstimmung, Annahme des Antrages	3042
4. Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Corona-Pandemie (Drucksache 16/1428)	3023	7. Beschlussfassung über den Antrag des Ausschusses für Europa und Fragen des Interregionalen Parlamentarierrates betreffend: Die Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates aufgreifend - die Großregion als europäisches Labor für eine gemeinsame Krisenbewältigung stärken, grenzüberschreitende Kooperation ausbauen (Drucksache 16/1424)	3042
Abg. Thielen (CDU) zur Begründung..	3023	Abg. Oberhausen (CDU) zur Begründung.....	3042
5. Erste Lesung des von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Sicherstellung der parlamentarischen Kontrollfunktion bei Maßnahmen der Landesregierung aufgrund des Infektionsschutzgesetzes (Infektionsschutz-Parlaments-Kontrollgesetz - IfSPKG) (Drucksache 16/1429) .	3025	Abg. Lander (DIE LINKE).....	3043
		Abg. Ries (SPD).....	3044

Abg. Dörr (AfD).....	3046	16. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Armut und wachsende Ungleichheit bekämpfen (Drucksache 16/1434)	3063
Abg. Roth (SPD).....	3047	Abg. Schramm (DIE LINKE) zur Begründung.....	3064
Minister Strobel.....	3048	Abg. Dr. Jung (SPD).....	3065
Abstimmung, Annahme des Antrages	3052	Ministerin Bachmann.....	3069
8. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes Nr. 812 zur Ordnung des Schulwesens im Saarland (Drucksache 16/1432)	3052	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1426, Annahme des Antrages	3070
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	3052	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1431, Ablehnung des Antrages	3070
15. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 an Gymnasien prüfen (Drucksache 16/1438)	3054	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1434, Ablehnung des Antrages	3070
Abg. Spaniol (DIE LINKE) zur Begründung.....	3054	11. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gute Krankenhaus-Versorgung im Nordsaarland sicherstellen (Drucksache 16/1433)	3070
Abg. Wagner (CDU).....	3055	Abg. Schramm (DIE LINKE) zur Begründung.....	3071
Abg. Renner (SPD).....	3058	Abg. Scharf (CDU).....	3072
Abg. Dörr (AfD).....	3059	Abg. Holzner (SPD).....	3073
Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1432, Ablehnung in Erster Lesung	3060	Abg. Enschede (fraktionslos).....	3075
Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1438, Ablehnung des Antrages	3060	Ministerin Bachmann.....	3075
9. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland - nachhaltige Strategie gegen Armut und konkrete Sofortmaßnahmen (Drucksache 16/1426)	3060	Abstimmung, Ablehnung des Antrages	3079
Abg. Theobald (CDU) zur Begründung.....	3060	12. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konjunkturtherilfe - Förderung E-Fahrzeuge auch auf moderne Verbrenner ausweiten (Drucksache 16/1430)	3079
10. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Zukünftige Altersarmut durch Wohnungseigentumsförderung bekämpfen (Drucksache 16/1431) .	3062	Abg. Müller (AfD) zur Begründung.....	3079
Abg. Müller (AfD) zur Begründung.....	3062	Abg. Kurtz (SPD).....	3080
		Abg. Flackus (DIE LINKE).....	3082
		Abg. Gillen (CDU).....	3083
		Abg. Hecker (fraktionslos).....	3084
		Abg. Dörr (AfD).....	3084

Abstimmung, Ablehnung des Antrages 3085

13. Beschlussfassung über den Antrag des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen betreffend: Erteilung der Entlastung für die Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 2017 (Drucksache 16/1421) 3085

Abg. Speicher (CDU) zur Begründung 3085

Abstimmung, Annahme des Antrages 3087

14. Wahl von sieben Vertrauensleuten und ihren Vertretern/Vertreterinnen in den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter/innen (Drucksache 16/1425) 3087

Abstimmung, Annahme des Antrages 3087

Präsident Toscani:

Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich eröffne unsere heutige Plenarsitzung des saarländischen Landtages. Ich darf Sie erstmals ganz herzlich in der Saarländhalle willkommen heißen. Es ist insgesamt die 41. Sitzung der laufenden Legislaturperiode.

Gleich zu Beginn gibt es eine angenehme Aufgabe. Unser Kollege Fraktionsvorsitzender der DIE LINKE-Landtagsfraktion Oskar Lafontaine hat heute Geburtstag. Lieber Kollege Oskar Lafontaine, im Namen des ganzen Hauses, aber auch ganz persönlich alles Gute für die Zukunft, insbesondere Gesundheit.

(Beifall des Hauses.)

Ich darf darauf hinweisen, dass Frau Ministerin Monika Bachmann die Plenarsitzung heute gegen 16.30 Uhr verlassen muss.

Wir tagen hier in der Saarländhalle. Es ist etwas weiträumiger, als wir es bisher in der Congresshalle gewohnt waren. Ich darf unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Riesenkompliment machen. Die Landtagsverwaltung ist seit einigen Tagen fast komplett mit der Vorbereitung beschäftigt gewesen. Sie hat alles sehr gut vorbereitet. An dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen der Landtagsverwaltung ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall des Hauses.)

Ich habe die heutige Plenarsitzung wie immer im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium einberufen. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Wir ha-

ben vor Eintritt in unsere Tagesordnung zwei Fragestunden, eine von der AfD-Landtagsfraktion und eine weitere vom fraktionslosen Abgeordneten Lutz Hecker beantragt. Entsprechend unserer Geschäftsordnung werden diese Fragestunden vorgezogen und vor Eintritt in die Tagesordnung behandelt.

Es gibt zur Tagesordnung selbst noch zwei, drei Veränderungen, einmal zu Punkt 8. Das ist die Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes Nr. 812 zur Ordnung des Schulwesens im Saarland, Drucksache 16/1432.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat die DIE LINKE-Landtagsfraktion einen Antrag mit dem Thema „Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 an Gymnasien prüfen“ eingebracht, der Ihnen als Tischvorlage verteilt wurde. Es ist die Drucksache 16/1438. Wer dafür ist, dass der Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion als Punkt 15 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass dieser Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion mit der Drucksache 16/1438 als Punkt 15 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Wie vorgeschlagen beraten wir diesen Punkt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 8.

Eine weitere Anmerkung, ein weiterer Hinweis zu Punkt 9 der Tagesordnung. Es geht um den Antrag der CDU- und der SPD-Landtagsfraktion zum Thema „Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland - nachhaltige Strategie gegen Armut und konkrete Sofortmaßnahmen“, Drucksache 16/1426. Auch dazu hat die DIE LINKE-Landtagsfraktion einen eigenen Antrag eingebracht. Das Thema des Antrags der DIE LINKE-Landtagsfraktion lautet „Armut und wachsende Ungleichheit bekämpfen“, Drucksache 16/1434.

Wer dafür ist, dass dieser Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion als Punkt 16 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist einstimmig beschlossen, dass der Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion mit der Drucksache 16/1434 als Punkt 16 in die Tagesordnung aufgenommen wird. Wir behandeln diesen Punkt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 9.

So weit die Aktualisierung unserer Tagesordnung. Wir beginnen jetzt mit dem Abschnitt der Fragestunden. Ich rufe die erste Fragestunde auf. Sie ist beantragt von der AfD-Landtagsfraktion. Das Thema der Fragestunde lautet:

Fragestunde zum Thema „Zukunftskurs des Saarlandes“ (Antragsteller: Abg. Josef Dörr (AfD))

Die erste Frage lautet:

(Präsident Toscani)

„Wie beurteilt die Landesregierung aus heutiger Sicht die vor einem Jahr von dem Ministerpräsidenten gemachten Äußerungen, das Saarland zum „Zukunftslabor“ in Deutschland machen zu wollen und 25.000 Firmenneugründungen bis zum Jahr 2030 realisieren zu wollen und was wurde seit Ankündigung der gesteckten Ziele durch den Ministerpräsidenten wirklich erreicht und umgesetzt?“

Zur Beantwortung dieser Frage darf ich Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort erteilen.

Ministerpräsident Hans:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Als ich das Ziel ausgegeben habe, 25.000 Neugründungen in innovativen Unternehmensbereichen bis zum Jahr 2030 zu schaffen, habe ich das ganz bewusst getan, denn ich weiß, dass das ein ambitioniertes Ziel ist. Es ist aber eben auch kein unrealistisches Ziel. Es ist kein Ziel, von dem wir sagen, es erreicht sich ganz von alleine, ohne dass wir irgendetwas dazu tun müssen. Es ist auch kein Ziel, bei dem man schon ein Jahr nach der Verkündung irgendwelche Wunderdinge erwarten kann. Es reicht eben nicht, nur den einen oder anderen Hebel im Land umzulegen, und dann passiert es. Nein! Wir müssen zum Erreichen dieses Zieles dicke Bretter bohren, um es einmal mit Max Weber zu sagen. Wir müssen dafür wirklich heftig in die Pedale treten, und dies nicht nur wegen der sich verschärfenden Situation am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft durch Corona, nein, wir müssen vor allem und dauerhaft viele Stellschrauben im Bereich der Innovation drehen. Innovation muss der bestimmende Grundton unseres Handelns im Land werden.

Ich will ganz kurz ausführen, wie sich die überregionale, globale Entwicklung derzeit darstellt - wohlgemerkt nicht nur aufgrund der vorherrschenden Pandemie. Diese Entwicklung gibt den Handlungsrahmen im Land vor. Wir beobachten weltweit einen tiefgreifenden Wandel. Wirtschaftsstrukturen, ganze Geschäftsmodelle verändern sich. Getrieben wird dieser Wandel erheblich vom technologischen Fortschritt, insbesondere in den digitalen Technologien. Das ist Ihnen nicht neu. Auch das Saarland ist besonders von diesen Veränderungen betroffen. Das betrifft eben nicht nur digitale Dienstleistungen, die sich im Saarland etablieren werden, vielmehr greift dieser strukturelle Wandel ein in den industriellen Kern unserer Wirtschaft. Das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Das ist aber nicht neu. Wir haben den Wandel von der Montanregion hin zum Automobilbau bewältigt, wir haben auch eine moderne Dienstleistungsstruktur geschaffen. Als Industriestandort haben wir uns durch

Modernisierungen unserer Produktivität immer wieder behaupten können. Von daher ist das nichts, was uns vor unlösbare Aufgaben stellt.

Aber warum rede ich davon im Zusammenhang mit Neugründungen? - Ich glaube, dass dies notwendig ist, weil Unternehmen besonders geeignet sind, wenn es neue Unternehmen sind, in neue Wirtschaftsstrukturen vorzudringen, ohne eben die etablierten Strukturen zu sehr unter Druck zu bringen und im Grunde zu beschädigen. Gründungen finden eben auch zu einem großen Teil in neuen Branchen und neuen Geschäftsmodellen statt. Diese Form von innovativen Gründungen erfolgt im Geleitzug mit weiteren Gründungen. Das sind dann Gründungen in etablierten Branchen. Deswegen stützen Gründungen in innovativen Bereichen eben auch die etablierten Branchen. Es gibt sogenannte selbstverstärkende Effekte.

25.000 Neugründungen bis zum Jahr 2030 beziehen sich mithin auf eine Modernisierung der gesamten saarländischen Wirtschaftslandschaft einschließlich der Erschließung neuer Märkte. Damit stehen sie sinnbildlich für das von Ihnen ebenfalls genannte Zukunftslabor. Wir setzen darauf, dass sich diese neuen Strukturen etablieren, sich bewährte Strukturen anpassen und in diesen Strukturen aufgehen. Ein Anstieg bei den Gründungen ist deswegen auch ein Maß für die Flexibilität unserer heimischen Wirtschaft und für einen beschleunigten Strukturwandel im Saarland.

Von zentraler Bedeutung für solche Neugründungen sind natürlich auch die Gründungsförderstrukturen in unserem Land. Deswegen sind wir dabei, diese so auszugestalten, dass sich das Saarland zum Hotspot für Gründungen im Hochtechnologiebereich entwickelt. Die Forschungsergebnisse unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen noch wesentlich stärker, als das bisher der Fall ist, in Wertschöpfung überführt werden. Dazu habe ich den Auftrag gegeben, das Gründer-Ökosystem im Bereich der technologieorientierten Gründungen zu evaluieren und dieses Gründer-Ökosystem zu restrukturieren, wo es eben für ein besseres Klima für Neugründungen in diesem Hochtechnologiebereich erforderlich ist. Dabei wollen wir angehenden Unternehmensgründerinnen und Unternehmensgründern nicht nur den Weg bis zum Zeitpunkt der Gründung weisen, wir wollen den Prozess so begleiten, dass es bis zur Marktbehauptung reicht. Gründungen auf dem Papier, meine Damen und Herren, sind möglicherweise nach einem halben Jahr schon wieder in der Versenkung verschwunden. Darum geht es nicht. Sie nutzen uns nichts. Ganz wichtig ist in dem Zusammenhang die Dynamisierung des Technologietransfers, also die Überführung unserer Forschungsleistungen, die gut sind, in Wertschöpfung in unserem Lande, was eben noch zu wenig passiert.

(Ministerpräsident Hans)

Eine Katalysatorwirkung hat hier die Ansiedlung von innovativen Organisationseinheiten von überregional tätigen Unternehmen. Da nenne ich die Beispiele Symantec und ZF. Beide haben inzwischen unternehmenseigene Forschungseinrichtungen auf dem Campus der Universität des Saarlandes errichtet. Vor allem beim ZF-Forschungszentrum für KI und Cybersicherheit ist das bemerkenswert, denn es ist die erste Forschungseinheit des Unternehmens überhaupt, die außerhalb der Konzernzentrale in Friedrichshafen geschaffen wurde. Das ist für uns die Blaupause für weitere Anstrengungen. Das ist erreicht worden und dient als Vorbild für weitere solche Ansiedlungen, damit unsere F&E-Kompetenz auch wirklich ankommt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Forschungs- und Entwicklungskompetenz ist uns hier vielerorts bekannt und es gibt sie an den Hochschulen. Ich habe sehr viele Pitches - also Vorstellungen - dieser Kompetenz gemacht. Das zählt zu den Maßnahmen, die umgesetzt worden sind. Dabei haben mir die Unternehmen allesamt bestätigt, dass es ihnen überhaupt nicht bewusst war, was wir im Saarland an Kompetenzen in diesem Bereich haben. Wir wollen dadurch kritische Masse schaffen, also immer mehr solcher Organisationseinheiten schaffen, um ein Gravitationszentrum zu errichten, das Aufmerksamkeit und andere Neugründungen mit sich zieht. Meine Damen und Herren, damit sind wir auf einem guten Weg. Wir putzen permanent Klinken und sind mit mehreren großen Konzernen in Kontakt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zu dieser kritischen Masse gehört auch das BSI, das derzeit bei uns in Saarbrücken eine Außenstelle gründet. Dazu gehört, dafür Sorge zu tragen, dass durch solche Ansiedlungen auch Studierenden deutlich gemacht wird, dass es hier Perspektiven für sie gibt, bei großen Einrichtungen des Bundes tätig zu werden. Dies gilt für Forscher, Studierende und Gründer von Unternehmen. Solche Stellen müssen sich hier im Saarland auch austauschen können und so weitere innovative Projekte in Gang setzen. Ähnlich ist das auch im East Side Fab, das vor Kurzem, Anfang des Jahres auf den Weg gebracht worden ist. Mittelstandsorientierte Startups bis hin zur Kreativwirtschaft sind dort am Start, die sich miteinander austauschen und mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität in Kontakt kommen. Es gibt eine Vielzahl neuer Impulse auch durch die Schaffung des CISA Innovation Campus, welcher nun kommt. Ich nenne das Innovationszentrum an der Universität, wo wir dem Mittelstand Gelegenheit geben, mit den Forscherinnen und Forschern der Universität direkt in Kontakt zu kommen. Ich glaube, da ist einiges passiert.

Meine Damen und Herren, ich könnte viele weitere Punkte ansprechen, etwa die Strategie „Saarland 2030“, die wir auf den Weg gebracht haben, mit der wir den strategischen Rahmen des Landes festlegen und mit dem die Leitinvestitionen erfolgen. Ich könnte das Digitalisierungsgesetzbuch nennen, mit dem wir nicht nur die Grundlage für die Schaffung eines Reallabors Saarland legen, ich könnte auch darauf hinweisen, dass dieses Digitalisierungsgesetzbuch ein vielbeachteter Beitrag sein wird, um Deregulierung voranzutreiben. Da werden wirklich alle Gesetze und Normen auf den Prüfstand gestellt, um zu schauen, wo man etwas vereinfachen kann, damit Digitalisierung vorangetrieben werden kann. Ich könnte die Cyberagentur nennen, die wir im vergangenen Jahr beschlossen haben, mit der wir die IT der Landesverwaltung auf ganz neue Beine stellen und damit auch die Leistungsfähigkeit verbessern wollen. Denn es hat sich gerade während der Pandemie gezeigt, dass dies notwendig ist. Ich will nur zeigen, dass es ein ganzes Bündel von Maßnahmen gibt, mit denen wir ein Klima der Innovation schaffen wollen, mit dem wir das Gründungsgeschehen positiv beeinflussen wollen. Meine Damen und Herren, wir nutzen auch die Corona-Pandemie dazu, um dem Ganzen noch einmal Schub zu verleihen.

Kollegen der AfD, Sie haben die Debatte zum Nachtragshaushalt intensiv verfolgt und mitdebattiert. Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie sogar zugestimmt. Spätestens da konnten Sie sehen, wie ernst es uns ist, wenn es um die Zukunft dieses Landes geht. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die Beantwortung der ersten Frage. Wie Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben die Fragesteller das Recht, zu jeder schriftlichen Frage bis zu sechs Zusatzfragen zu stellen. Wenn der Antragsteller davon nicht Gebrauch macht, geht die Möglichkeit auf andere Abgeordnete über. Diese Zusatzfragen müssen im Sachzusammenhang mit der ersten Hauptfrage stehen. Sie dürfen keine Feststellungen und Wertungen enthalten und sie dürfen auch nicht in mehrere Fragen untergliedert sein. Meine Frage an die AfD-Landtagsfraktion ist also, ob es Zusatzfragen gibt. - Ja, dem ist so. Ich sehe schon den Fraktionsvorsitzenden Dörr am Mikro. Die erste Zusatzfrage.

Abg. Dörr (AfD):

Es ist zugegebenermaßen ein ehrgeiziger Plan, in zehn Jahren 25.000 Firmen neu zu gründen. Was Sie eben an Zielvorstellungen und auch an Gegenwartsanalyse dazu ausgeführt haben, kann man zum großen Teil unterstreichen. Es ist auch keine leichte Aufgabe, aber man soll sich trotzdem an den

(Abg. Dörr (AfD))

Zahlen messen lassen, von denen man ausgegangen ist. Ich rechne das einmal aus: 25.000 geteilt durch 10 sind 2.500. Ein Jahr ist vorbei. Es gibt natürlich Startschwierigkeiten, obwohl das nicht vor einem Jahr angefangen hat, denn Sie sind ja schon zwei Jahre Ministerpräsident.

(Abg. Ries (SPD): Wie lautet die Frage? -

Abg. Renner (SPD): Wir warten auf die Frage! -

Abg. Berg (SPD): Wir brauchen eine Frage!)

Die Frage lautet: Wie viele von diesen 25.000 Gründungen haben im letzten Jahr stattgefunden? Sie haben eben zwei aufgezählt, aber ich hoffe, es waren doch einige mehr. Wie viele waren es?

Präsident Toscani:

Bevor der Herr Ministerpräsident die Zusatzfrage beantwortet, nochmals der Hinweis, lieber Herr Kollege Dörr: Fragestunde heißt, bei den Zusatzfragen nur Fragen zu stellen, aber keine Wertungen und keine Kommentare zur Antwort vorzunehmen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Die Zusatzfrage soll sofort und präzise gestellt werden. Die Frage war konkret, welche Neugründungen es gibt. Bitte beachten Sie das Verfahren für die weiteren Zusatzfragen, damit ich das nicht jedes Mal erläutern muss.

Ministerpräsident Hans:

Herr Fraktionsvorsitzender, ich beantworte die Frage wie folgt: Ich habe eben bei der grundsätzlichen Beantwortung Ihrer Frage ausgeführt, dass es mir nicht darum geht, nur Unternehmensneugründungen bis zum Markteintritt zu begleiten, sondern tatsächlich bis zur Marktdurchdringung. Eine Marktdurchdringung findet nicht nach einem Jahr statt. Wir können heute also keine validen Zahlen ablesen, wie sich das nach einem Jahr darstellt, wie viele Gründungen es gegeben hat. Die Unternehmensgründungen finden, auch bedingt durch die Krise, nicht in dem Maße statt, dass man im Moment sagen kann, dass es überbordend ist. Es ist aber aufgrund der Kürze der Zeit nicht perspektivisch zu berechnen. Ich sage nur, wir werden gerade aufgrund der Krise erheblich daran arbeiten müssen, das Gründungsgeschehen insgesamt voranzutreiben. Im Übrigen geht es mir beim Gründen nicht um Gründungen auf dem Papier, die man immer mal wieder hat, die es aber nicht schaffen, sondern mir geht es darum, nach zehn Jahren sagen zu können, wir haben tatsächlich 25.000 innovative Gründungen erreicht, die auch Bestand am Markt haben. Es ist aber zu früh, um dies zu evaluieren.

Präsident Toscani:

Eine weitere Zusatzfrage.

Abg. Dörr (AfD):

Welche Maßnahmen wurden von der Landesregierung seit einem Jahr unternommen, um die Stahlbranche, die Autohersteller und deren Zulieferer zukunftssicher zu machen?

Präsident Toscani:

Genau genommen ist das eine Frage, die weit über das Thema der Unternehmensgründungen hinausgeht. Das betrifft eher das Thema der zweiten Fragestunde. Ich lehne die Frage ab. Bitte stellen Sie eine weitere Frage, die aber, wie es die Geschäftsordnung vorsieht, im Sachzusammenhang mit der ersten Frage, der Hauptfrage steht.

Abg. Dörr (AfD):

Wie wirkt die Landesregierung auf die Bundesregierung ein, dass diese mit ihrem Handlungskonzept Stahl die Stahlindustrie im Saarland ausreichend unterstützt, um die Zukunftsfähigkeit der saarländischen Stahlindustrie zu gewährleisten vor dem Hintergrund steigender Energiekosten und rückläufiger Nachfrage der Autoindustrie?

(Sprechen bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Lieber Kollege Dörr, auch hier noch einmal der Hinweis: Wir haben eine zweite Fragestunde zum Thema Stahlindustrie.

(Zuruf des Abgeordneten Dörr (AfD).)

Sie haben diese Fragestunde nicht beantragt. Wenn Sie Stahl zum Thema machen wollen, dann müssen Sie das beantragen. Die Frage, die Sie eben als weitere Zusatzfrage gestellt haben, geht weit über Ihr Thema hinaus. Deshalb lasse ich diese Frage nicht zu. - Bitte die nächste Frage.

(Vereinzelt Beifall.)

Abg. Dörr (AfD):

Ich bin da nicht ganz Ihrer Ansicht, Herr Landtagspräsident, weil der Ministerpräsident eben ausgeführt hat, dass innerhalb der bestehenden Betriebe und Unternehmen auch Neugründungen - -

(Lautes Sprechen.)

Präsident Toscani:

Lieber Herr Kollege Dörr, bitte stellen Sie eine Zusatzfrage, die im Sachzusammenhang steht mit Ihrer ursprünglichen Frage.

(Zuruf: Peinlich. - Erneut Sprechen.)

Abg. Dörr (AfD):

Herr Ministerpräsident, sind Sie mit uns der Ansicht, dass der Bund für die Abwendung der bevorstehenden Strukturkatastrophe - so sehen wir das nämlich - eine Sofortzahlung von mindestens 5 Milliarden Euro an das Saarland leisten muss?

(Heiterkeit.)

Ministerpräsident Hans:

Wenn der Landtagspräsident diese Frage zulässt, beantworte ich die Frage mit Nein.

(Erneut Heiterkeit.)

Präsident Toscani:

Fünfte Zusatzfrage.

Abg. Dörr (AfD):

Ich bin damit fertig.

(Lachen und Heiterkeit.)

Präsident Toscani:

Wir haben jetzt noch die Möglichkeit, zwei Fragen zu stellen. Wenn der Antragsteller sie nicht ausschöpft, dann geht das Recht auf alle anderen Abgeordneten über. Möchte jemand zum Thema Neugründung und der Ankündigung von 25.000 Neugründungen bis zum Jahr 2030 eine Frage stellen? - Ich sehe eine Wortmeldung des Kollegen Flackus. Ich bitte dann aber auch, die geschäftsordnungsmäßigen Vorgaben zu beachten.

Abg. Flackus (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich habe eine Frage. Sie haben davon gesprochen, den Technologietransfer im Land neu aufzusetzen. Ist dabei auch beabsichtigt, die über 20 Transferorganisationen zu straffen und zusammenzuführen?

Ministerpräsident Hans:

Herr Abgeordneter, wie ich eben ausgeführt habe, sind wir tatsächlich dabei, im Rahmen unserer Gründungsbegleitenden Struktur Überarbeitungen durchzuführen. Dazu zählt eben auch, die Transferorganisationen in den Blick zu nehmen. In der Tat geht es darum, die Dinge so miteinander zu vernetzen, dass am Ende bei den gründungswilligen Menschen, die sagen, aus den Hochschulen heraus möchten wir ein Unternehmen auf den Weg bringen, eine klarere Struktur vorgegeben wird. Insofern ist das Teil unserer Strategie.

Präsident Toscani:

Letzte Fragemöglichkeit zu diesem ersten Komplex. Zusatzfrage Nummer 6 vom Abgeordneten Müller.

Abg. Müller (AfD):

Herr Ministerpräsident, mit wie vielen in den nächsten zehn Jahren verschwindenden Betrieben rechnen Sie?

Ministerpräsident Hans:

Herr Abgeordneter, ich habe damals, als ich das Ziel ausgegeben habe, sehr deutlich darauf hingewiesen, dass nicht jede dieser Unternehmensgründungen am Ende erfolgreich sein wird, denn das ist Wesensmerkmal des Gründertums und des Unternehmertums, dass auch Scheitern einbezogen wird. Wir müssen umgekehrt daran arbeiten, dass wir diese Struktur des Scheiterns in unsere Strategien und in unsere Politik einbeziehen, sodass man aus diesen Misserfolgen lernen kann. Ich glaube, daran gibt es noch viel zu arbeiten.

Präsident Toscani:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Damit haben wir die erste Frage einschließlich der Zusatzfragen behandelt. Ich rufe nun die zweite Frage auf. Sie lautet:

„Wie beurteilt die Landesregierung aus heutiger Sicht die vor über einem Jahr von der Wirtschaftsministerin in ihrem verfassten Papier „Aufbruch Saarland“ aufgestellte Vision für das Saarland von 1 Million Einwohnern und welche Maßnahmen wurden seither für eine „Trendwende“ eingeleitet?“

Zur Beantwortung erteile ich Frau Ministerin Anke Rehlinger das Wort.

(Aufgrund der durch die Corona-Pandemie notwendigen Hygienemaßnahmen wird das Rednerpult bei jedem Rednerwechsel desinfiziert und die Mikrofon-Schaumstoffhüllen werden gewechselt.)

Ministerin Rehlinger:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen wieder 1 Million Saarländerinnen und Saarländer werden. Ich glaube, in der Republik werden wir immer noch so ein bisschen in dieser Kategorie einsortiert, wie groß das Saarland ist. Da hat man Flächenbezüge und man hat Einwohnerbezüge. 1 Million ist in etwa immer das, was die Menschen außerhalb des Saarlandes mit unserem schönen Bundesland verbinden.

(Ministerin Rehlinger)

Leider ist es nicht mehr ganz zutreffend. In den letzten Jahren sind wir weniger geworden. Das ist die Formulierung, die ansonsten ein bisschen technisch beschrieben wird mit dem in zweifacher Hinsicht demografischen Wandel. Wir werden älter - das ist der erfreuliche Teil daran -, aber wir werden weniger, indem die Sterberate mit der Geburtenrate nicht so übereinstimmt, wie wir uns das vorstellen. Auch stehen Zuzug und Wegzug in einem ungünstigen Verhältnis zueinander.

Ich finde, selbstbewusst zu sagen, wir wollen wieder 1 Million in diesem Land werden, ist eine politische Erklärung, nämlich dafür zu stehen, dass dieser Standort attraktiv ist, dafür, dass man hierher will, dass das der Ort ist, an dem man leben und arbeiten will und an dem man auch einen Arbeitsplatz findet und sich ansonsten mit seiner Familie wohlfühlen kann. Es soll darüber hinaus auch ein Ort sein, von dem man nicht wegziehen muss, weil für die jungen Menschen nach ihren Ausbildungsabschlüssen, Hochschulabschlüssen oder was auch immer Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Deshalb ist das in allererster Linie eine politische Aussage, ein Statement dafür, dass wir ein Ort sind, an dem Zukunft ist, weil Menschen dort leben wollen. Ich finde, das ist ein Projekt, dem sich nicht nur einzelne Teile der Landesregierung, sondern die Landesregierung in Gänze und vor allem das saarländische Parlament verschreiben sollten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es mehrere Wege. Die Geburtenrate habe ich genannt. Ich bedanke mich ganz herzlich beim Ministerpräsidenten, dass er sich sofort tatkräftig hinter diesem Ziel versammelt hat. Ich hoffe, dass viele andere Saarländerinnen und Saarländer das auch mit dem Glauben an eine gute Zukunft für sich und ihre Kinder ihm an dieser Stelle gleichtun.

Aber natürlich geht es auch darum, dass wir gute Arbeitsplätze schaffen. Insofern sind das die Maßnahmen, die dafür eingeleitet werden. Ein Teil ist eben schon in der Beantwortung der Frage zum Ausdruck gekommen. Wir wollen natürlich, dass die Menschen hierherkommen, weil sie hier einen Arbeitsplatz finden. Wir wollen, dass sie hierbleiben, weil sie ihn haben. Wir wollen, dass sie sich wohlfühlen. Dazu zählen nicht nur der Arbeitsplatz und die Tatsache, dass er gut bezahlt und sicher ist. Dazu zählen auch viele andere Rahmenbedingungen. Deshalb kann man die Maßnahmen, die in diesen Bereichen stattfinden, als solche beschreiben, die helfen, unser Ziel zu erreichen. Es sind zum Beispiel eine attraktive Bildungslandschaft und genug Kita-Plätze. All das gehört dazu, wenn sich Menschen entscheiden, ob sie an einem Ort leben wollen oder ob sie an einem Ort nicht leben wollen.

Mobilität, eine gute Gesundheitsversorgung - für diese Stichpunkte haben wir gerade in den letzten Wochen und Monaten Belege dafür abgeliefert, dass sie Teil unseres Schwerpunktes des Regierungshandelns sind. Dies machen wir nicht nur, indem wir es als einen wichtigen Punkt deklarieren, sondern indem wir deutlich machen, dass daran gearbeitet wird und dass eine haushaltsplanmäßige Hinterlegung dieses Schwerpunktes stattfindet. Ich finde, wir haben schon sehr viel auf den Weg gebracht, um diesem Ziel, wieder 1 Million Saarländerinnen und Saarländer zu werden, ein Stückchen näherzukommen.

Ich finde, es gibt vor allem einen letzten wichtigen Grund. Das ist weniger ein politischer, sondern vielleicht eher ein sympathisch formulierter Grund. Ich finde, von uns Saarländerinnen und Saarländern kann es schlicht nicht genug geben. Da ist die 1-Million-Grenze das untere dessen, was wir anstreben sollten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Danke, Frau Ministerin. - Es gibt die Möglichkeit zu Zusatzfragen. Zusatzfrage 1 vom Fraktionsvorsitzenden Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Wie viele Menschen sind von 2015 bis jetzt ins Saarland zugewandert?

Ministerin Rehlinger:

Sehr geehrter Herr Dörr, ich habe jetzt nicht die Auszüge des Statistischen Landesamtes mitgebracht, aber diese Frage ist ganz einfach nachzuvollziehen, wenn man dazu im Internet nachschaut. Ich glaube aber nicht, dass wir dazu eine intensive Befassung im Rahmen der Fragestellung an Regierungsmitglieder brauchen. Wir haben die gegenteilige Entwicklung, ohne dass ich das auf jeden einzelnen Saarländer beziehen kann. Das ist Ausgangspunkt aller Überlegungen und einer formulierten Vision 2019 gewesen, dass wir keinen positiven Saldo hatten, sondern das Negative eingetreten ist. Das ist Ausgangspunkt dieser Überlegungen gewesen. Das heißt, wir wollen diesen Trend umkehren. Es war ein negativer. Wir wollen einen positiven daraus machen.

Abg. Dörr (AfD):

Aber die Frage war: Wie viele sind eingewandert?

Präsident Toscani:

Der Hinweis der Ministerin war ja, dass so eine Frage, die eine ganz präzise Zahl abfragt und die eigentlich einer Recherche bedarf, so aus der Hand nicht beantwortet werden kann. Von daher bitte ich, die nächste Frage zu stellen.

Ministerin Rehlinger:

Die Frage ist auch unpräzise. Ich weiß nicht, was Sie mit „eingewandert“ meinen. Wir laden alle Menschen herzlich ein, in unser Bundesland zu kommen. Das gilt für Rheinland-Pfälzer genauso wie es aber möglicherweise im Sinne der Fachkräftesicherung für andere, vielleicht auch aus der Europäischen Union und darüber hinaus gilt, soweit die rechtlichen Grundlagen dafür vorliegen. Falls das mit Ihrer Frage intendiert war, sage ich, wir sagen herzlich willkommen bei uns im Saarland, ganz egal, welche Hintergedanken Sie dabei haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Abg. Dörr (AfD):

Es geht mir nicht um Ihre Haltung in dieser Frage - -

Präsident Toscani:

Moment, lieber Kollege Dörr. Ich weise jeweils die Frage zu. Wir waren jetzt also bei der Zusatzfrage 2. Es folgt jetzt die Zusatzfrage Nummer 3. Bitte schön.

Abg. Dörr (AfD):

Welchen zahlenmäßigen Erfolg hat die Regierung bei ihren Bemühungen, die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen aus dem Saarland zu stoppen?

Ministerin Rehlinger:

Zumindest wenn Sie auf das abstellen, was ich in den Raum gestellt habe, haben wir seit 2019 eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen. Ich hätte für einige davon, wie sie im Haushalt abgebildet sind, Corona nicht gebraucht, aber tatsächlich hat uns Corona an vielen Stellen geholfen. Ein Teil davon ist noch lange nicht umgesetzt, sodass ich heute schlechterdings nicht sagen kann, dass das, was wir uns in diesem laufenden Jahr 2020 politisch vorgenommen haben, sich jetzt schon auf den Bevölkerungsstand des Saarlandes abgebildet hat. Aber ich glaube, das ist eine Frage und eine Botschaft nicht nur an Menschen außerhalb des Saarlandes, sondern vor allem auch an Saarländerinnen und Saarländer, dass wir für uns in Anspruch nehmen, die Kraft - in dem Fall auch die politische Gestaltungskraft - zu haben, dieses Land nicht nur aus der Krise herauszuführen, sondern vor allem auch in eine gute

Zukunft. Insofern ist das ein Mehrwert, der sich nicht in Köpfen messen lässt, der sich aber in einem guten Lebensgefühl im Saarland messen lässt.

Präsident Toscani:

Zusatzfrage Nummer 4.

Abg. Dörr (AfD):

Sie haben bisher noch keine Zahlen genannt. Mit welchem zahlenmäßigen Erfolg wirbt die Regierung um junge, gut ausgebildete Menschen aus anderen Bundesländern und aus dem europäischen Ausland?

Ministerin Rehlinger:

Entschuldigung, ich habe das Verb Ihrer Frage nicht verstanden. Das müssten Sie wiederholen.

Abg. Dörr (AfD):

„Wirbt“ - von werben. Mit welchen Maßnahmen werben Sie?

Ministerin Rehlinger:

Wir haben ein ganzes Spektrum von Maßnahmen des Werbens, insbesondere solche, die über Saaris und unsere Kampagne - -

Abg. Dörr (AfD):

Aber die Frage war nach dem zahlenmäßigen Erfolg der Werbung.

Präsident Toscani:

Herr Kollege Dörr, Sie haben die Frage gestellt. Und die Ministerin beantwortet sie.

Abg. Dörr (AfD):

Sie hatte sie aber nicht - -

Präsident Toscani:

Nein, es sind keine Zwischenfragen und Zwischenkommentare erlaubt bei dieser Fragestunde. Die Frage wurde gestellt. Die Ministerin war dabei, sie zu beantworten. Ich bitte Sie, dieses Wechselspiel von Frage und Antwort zu berücksichtigen. Wenn Sie das nicht tun, müssen Sie eine Debatte beantragen, aber da ist die Fragestunde das falsche Instrument. Die Fragestunde läuft so, dass Sie Fragen stellen und die Regierung antwortet!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ministerin Rehlinger:

Es mag ja sein, dass Ihnen meine Antworten nicht gefallen. Mir gefallen manchmal auch Ihre Fragen nicht. Ich bin trotzdem bemüht, sie nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten.

Die Maßnahmen, die ergriffen werden, um gerade junge Menschen auf das Saarland aufmerksam zu machen, sind überaus zahlreich. Wir haben schon vor einigen Jahren noch in der Großen Koalition eine Imagekampagne für dieses Bundesland auf den Weg gebracht, weil wir erkannt haben, dass es uns gelingen muss, ein positives Image gerade in der jungen Zielgruppe zu erzielen. Wir starteten damals mit einer Umfrage, in der wir gefragt haben, welches Image wir bei den jungen Menschen in der Republik überhaupt haben. Man kann sagen, das Ergebnis damals war zweigeteilt, positiv wie negativ.

Der negative Teil der Umfrage war damals, dass 50 Prozent der außerhalb des Saarlandes Lebenden überhaupt kein richtiges Bild mit dem Saarland verbinden. Das heißt, zu dem, was man sonst mit Bayern oder Berlin verbindet und was einem dazu einfällt, gab es keine Assoziationen beim Saarland. Die gute Botschaft daraus ist, es ist auch kein negatives Image, wie es der eine oder andere zu bekämpfen hat. Insofern setzen wir auf einem guten Boden auf.

Wir haben Kampagnen in den Universitätsstädten. Wir haben Kampagnen in Verkehrsknotenpunkten, die im Übrigen ergänzt werden durch solche der Tourismuszentrale, bei denen es darum geht, das Saarland in seinen besten Bildern zu zeigen. Aktuell hängt eine ganze Reihe von Transparenten und Plakaten in Köln. Wir waren an anderen Hochschulstandorten. Es gab eine Bustour, die in den Städten aufgebaut war. Dort gab es Informationsmaterialien. Ganz bewusst hat man sich damals dagegen entschieden, teure Anzeigen nur in großen überregionalen Zeitungen zu schalten, sondern man ist vor Ort zu den Menschen gegangen, um als Saarländerinnen und Saarländer zu überzeugen. Also ist der Katalog von ergriffenen Maßnahmen, die in unserer laufenden Saarland-Imagekampagne auf den Weg gebracht worden sind, lang.

Es ist allerdings nicht messbar, wer als junger Mensch ins Saarland gekommen ist, nur weil er einmal in Kontakt mit dieser Kampagne gestanden hat, aber ich glaube, sie ist durchaus geeignet, einen positiven Effekt zu erfüllen.

Präsident Toscani:

Zusatzfrage Nummer 5.

Abg. Dörr (AfD):

Mit welchem Erfolg hat die Regierung Maßnahmen ergriffen, die dazu führen, dass Saarländerinnen

mehr Kinder bekommen? Das ist ein wichtiges Thema - oder?

(Heiterkeit. - Zuruf: Unglaublich. - Sprechen.)

Ministerin Rehlinger:

Ich glaube, dass in allererster Linie die Tatsache, dass sich Menschen in diesem Land sicher fühlen dürfen, dass Menschen in diesem Land auf eine gute Ausbildung hoffen dürfen und dass Menschen vor allem darauf hoffen dürfen, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen alles dafür tun, dass sie ihren Arbeitsplatz erhalten oder einen neuen finden, das richtige Klima ist, um an eine Zukunft zu denken. Alles andere entscheiden in diesem Land die Menschen ganz von alleine. Wir wollen allerdings einen guten Beitrag dazu leisten, dass sie sich dabei gut fühlen, wenn sie das entscheiden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Letzte Zusatzfrage.

Abg. Dörr (AfD):

Hat die Regierung ein Wanderungsbild erstellt oder beabsichtigt sie, das zu tun, damit man weiß, so viele wandern ein, so viele wandern aus, das sind Junge, das sind Alte, das sind Kinder und so weiter, also ein Gesamtbild, damit man über die Situation im Saarland Bescheid weiß und dementsprechend handeln kann? Gibt es solch ein Bild oder wird es erstellt?

Ministerin Rehlinger:

Wir reden in der Regel eher von Zuzug und Wegzug und Geburten- und Sterberaten. All das kann man völlig unkompliziert - wenn man das gute Internet und das WLAN hier in der Saarlandhalle nutzt - gleich auf den Internetseiten auch beim Statistischen Landesamt nachlesen, dessen Sprecherin ich allerdings nicht bin. Ich bin eher Wirtschaftsministerin und versuche deshalb, den Wirtschaftsstandort nach vorne zu bringen. Den Rest, die Fleißaufgaben, kann man auch als Abgeordneter erledigen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wahrscheinlich findet man es unter www.landessamt.saarland.de.

Präsident Toscani:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Alle sechs Zusatzfragen sind gestellt und beantwortet. Damit ist die erste Fragestunde beendet.

Ich rufe jetzt die zweite Fragestunde auf. Sie wurde beantragt vom Abgeordneten Lutz Hecker.

(Präsident Toscani)

Fragestunde zum Thema „Stahlindustrie/Wasserstoffstrategie“ (Antragsteller: Abg. Lutz Hecker (fraktionslos))

Erste Frage an die Landesregierung:

„Vor dem Hintergrund der sogenannten Klimaschutzziele hat die Bundesregierung mit dem Handlungskonzept Stahl und der Wasserstoffstrategie einen speziellen Fokus auf die Stahlindustrie gelegt. Neuerdings diskutiert die Politik in diesen verschiedenen Strategiepapieren zur Stahlindustrie im Saarland und im Bund im Zusammenhang mit der Transformation zu CO₂-neutraler Stahlherstellung nicht nur Investitionskostenbeihilfen in Milliardenhöhe, sondern auch erhebliche Betriebskostenbeihilfen. Sieht die Landesregierung die Überlebensfähigkeit der saarländischen Stahlindustrie und speziell der Roheisenerzeugung und Eisenschwammerzeugung gefährdet, sofern nicht durch die öffentliche Hand erhebliche Milliardenbeträge in die Anlagentechnik investiert werden und danach dauerhaft Subventionen in Milliardenhöhe jährlich in Form von Betriebskostenbeihilfen geleistet werden?“

So weit die erste Frage. Beantwortet wird sie von Frau Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger.

Ministerin Rehlinger:

Wir haben jetzt dankenswerterweise zwei ganz wichtige Bausteine zur Zukunftssicherung der saarländischen Stahlindustrie, aber nicht nur dieser, sondern auch der Stahlindustrie in Deutschland und - wie ich eigentlich auch hoffe - in Europa auf dem Tisch liegen. Vor allem für die deutsche und die saarländische Stahlindustrie maßgeblich ist das Handlungskonzept Stahl. Die Genese ist in diesem Hohen Haus bereits hinlänglich besprochen worden.

Es gab eine Initiative aus der Stahlbranche heraus. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl, aber auch die Stahlallianz, das heißt, die Bundesländer, in denen Stahlproduktion eine große Rolle spielt, haben seit Langem gefordert, dass die Bundesregierung ein in sich geschlossenes Handlungskonzept auf den Weg bringt um zu sagen, wie wir unsere Stahlindustrie als wichtige Grundstoffindustrie in die Zukunft führen können, und zwar als notwendiger Teil, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Das ist mittlerweile gelungen, indem das Handlungskonzept Stahl auf dem Tisch liegt. Es ist von der Bundesregierung verabschiedet worden, es ist von den vielen Akteuren begrüßt worden.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, in dem das, was dort niedergeschrieben worden ist, tatkräftig angegangen werden kann. Isoliert betrachtet ist das alles noch nicht ausreichend, insofern ist es konsequent, dass darüber hinaus die Wasserstoffstrategie von der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden ist. Wenn man über eine gute Zukunft der Stahlindustrie im Saarland spricht, ist das Thema Wasserstoff eine Notwendigkeit, über die nicht nur gesprochen werden muss, sondern die man in die Umsetzung bringen muss.

Weiterhin möchte ich ergänzen, dass wesentliche Ansätze, wie es gelingen kann, die Zukunft für die saarländische Stahlindustrie zu realisieren, im Konjunkturpaket der Bundesregierung stehen, das beschlossen worden ist. Dort gibt es wichtige Hinweise darauf, was im Bereich Stahl getan werden muss, wie wir mit Handelsfragen umgehen, wie wir mit Beihilfefragen umgehen und wie das Thema Wasserstoff ganz konkret vorangetrieben werden kann.

Zwei Zahlen sind in diesem Zusammenhang zu nennen: 5 Milliarden Euro sind dort für das Thema Wasserstoff in der Republik veranschlagt plus weitere 2 Milliarden Euro, um außerhalb Europas mit Partnern über das Thema Wasserstoff zu reden und dort entsprechende Strukturen aufbauen zu können. Insofern sind dies wichtige Grundsteine für die politische Verständigung, auf welcher inhaltlichen Grundlage es geschehen kann.

Diese inhaltliche Grundlage wird aber nur dann funktionieren, wenn entsprechende finanzielle Mittel an die Seite gestellt werden. Wir haben es dort tatsächlich mit durchaus großen Beträgen zu tun. Mittlerweile stehen relativ unbestritten 30 Milliarden Euro Investitionskosten nur in Deutschland im Raum, um die Produktionsweise so umzustellen, dass sie für die Zukunft gerüstet ist. Das heißt, sie muss CO₂-ärmer oder CO₂-frei ausgestaltet werden. In der Frage wird zutreffenderweise zwischen den Punkten differenziert, was man ausgeben muss, um die Investitionen zu realisieren, und was getan werden muss, damit mit der neuen Technologie wettbewerbsfähig produziert werden kann. Nur dann wird daraus ein gutes Gesamtpaket, insofern werden an dieser Stelle einige Stellschrauben gedreht werden müssen.

Das, was wir als Regime aufsetzen, muss beihilfekonform sein. Das heißt, es muss mit den Vorgaben der Kommission in Einklang stehen. Das sind die wichtigsten Aufgaben. Wir müssen den Unternehmen Sicherheit geben, dass wir ihnen bei den zu tätigen Investitionen helfen. Dazu gab es eine erste wichtige Aussage des Bundeswirtschaftsministers bei uns im Saarland am Rande einer Freigabe einer technischen Innovation in einem saarländischen Stahlwerk. Er hat nämlich gesagt: Bis zum Ende der Legislaturperiode wird darüber entschieden sein, wie die 30 Milliarden Euro für die Stahlunternehmen in Deutschland aufgeteilt werden. - Ich halte das für ei-

(Ministerin Rehlinger)

ne wichtige Aussage, weil dies wirklich knapp bemessen war, aber ein zutreffender Zeithorizont ist. Ja, die Investitionen werden Geld kosten. Es wird Milliarden kosten. Ich sage aber umgekehrt, wenn wir sie nicht ausgeben, werden wir Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes gefährden. Das wird am Ende Billionen kosten. Insofern ist es gut angelegtes Geld.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Die zweite wichtige Aussage in dem Zusammenhang ist: Um wettbewerbsfähig produzieren zu können, hat sich die Bundesregierung zum Ziel gemacht - auch das hat Peter Altmaier in Dillingen erklärt -, noch im Rahmen der Ratspräsidentschaft Sorge dafür zu tragen, dass geklärt wird, wie es beihilfekonform gehen kann. - Es sollen entweder Betriebsbeihilfen gezahlt werden oder es sollen andere Regime gefunden werden, wie wir ein vergleichbares, faires Wettbewerbsfeld für die deutsche und europäische Stahlindustrie organisiert bekommen. Dazu gibt es unterschiedliche Ansätze, die verfolgt werden können. Klar und wichtig ist, dass jetzt erkannt worden ist, dass der Schlüssel für eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie nicht nur in der Unterstützung mit Investitionen liegt, sondern dass darüber hinaus auch ein Regime gefunden werden muss, mit dem man in der Lage ist, wettbewerbsfähig zu produzieren.

Dort liegen die Zahlen auf dem Tisch. Bei dem Einsatz dieser neuen Innovationen wird die Produktion pro Tonne Stahl teurer werden im Vergleich zu dem, was wir jetzt an Produktionskosten haben. Ich sage auch in aller Deutlichkeit - das wissen auch die Stahlunternehmen im Saarland und in Deutschland -, jetzt nichts zu tun, wird auf jeden Fall auch unwirtschaftlich sein. Wir haben die Klimavorgaben und einen Zertifikatehandel, das wird Kosten mit sich tragen. Es lässt sich relativ einfach berechnen. Wenn man dort den CO₂-Ausstoß nicht reduziert, weiß man auf jeden Fall, wann man den Zeitpunkt erreicht hat, bei dem die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes gefährdet ist.

Präsident Toscani:

Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Beantwortung der ersten Frage zum Thema Stahlindustrie. Der Abgeordnete Lutz Hecker hat jetzt die Möglichkeit, Zusatzfragen zu stellen. - Bitte schön, Herr Hecker. Auch für Sie noch einmal der Hinweis: Keine Kommentare oder Wertungen zur Antwort der Landesregierung, sondern präzise zum Thema gehörende Zusatzfragen.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Frau Ministerin, Sie haben schon viele Punkte angerissen, die ich jetzt ein wenig expliziter hinterfragen möchte. In welcher Höhe hält die Landesregierung jährliche Betriebskostenbeihilfen für nötig, um die

Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Stahlindustrie und die Bedingungen der Direktreduktion mittels sogenanntem grünen Wasserstoff zu gewährleisten?

Ministerin Rehlinger:

Das wird Ihnen niemand beantworten können. Es wird nämlich sehr davon abhängen, welche technologische Variante umgesetzt wird. Dort gibt es unterschiedliche. Es gibt eine Reihe von Rahmenbedingungen, bei denen man heute noch nicht sagen kann, wie sie sich entwickeln werden. Dazu gehören die Preise für Schrott, die Preise, die man an andere Staaten zahlen muss, um weitere Mittel zu haben, um diese Technologie produzieren zu können. Deswegen kann man das heute auf den Punkt genau nicht sagen.

Eines wird aber definitiv klar sein: Es gibt aufschlussreiche Studien wie die Agora-Studie, die in diesem Zusammenhang viel Beachtung erfahren hat. Wenn man heute davon ausgeht, dass wir im Moment eine Strahlproduktion haben, bei der man von rund 390 Euro pro Tonne spricht, werden wir zukünftig mit deutlich über 400 Euro - es gibt Berechnungen in Richtung 800 Euro pro Tonne - rechnen müssen. Das zeigt, dass eine Umstellung und eine Produktion von Stahl ohne CO₂-Ausstoß natürlich eine nicht ganz einfache und vor allem nicht ganz günstige Angelegenheit ist. Es nicht zu tun, wird allerdings auch nicht funktionieren. Die Alternative ist mittlerweile bei allen angekommen.

Es gibt andere Möglichkeiten, ohne dass man von Beihilfen und Subventionierungen spricht, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Ich denke an die Fragestellung, ob man Vorgaben in der Automobilindustrie zum Verbau von CO₂-freiem Stahl machen kann. Das wäre ein völlig anderer Ansatz an dieser Stelle. Ich finde ihn sehr interessant, weil er im Übrigen an einer anderen Stelle dazu beitragen könnte, dass das schiefe Bild etwas geradegerückt wird.

Im Moment haben wir die Situation, dass immer nur am Auspuff gemessen wird, wie die Klimaschutzsituation bei einem Auto ist und wie hoch die Auswirkungen sind. Der Fußabdruck, den ein Auto hinterlässt, wird durch viel mehr geprägt als das, was er im Moment durch den Auspuff ausstößt. Die Fragen, welche Teile verbaut sind und wie diese Teile produziert worden sind, müssen beantwortet werden. Ich finde, es wäre ehrlich, wenn wir das auf diesem Weg beantworten würden. Dann würden wir die Situation der Verbrenner mal in das richtige Licht rücken, denn es nützt natürlich nichts, die sauberste Antriebstechnologie in einem Fahrzeug zu haben, das unter schlechten Umweltgesichtspunkten irgendwo auf dieser Welt produziert worden ist. Das wäre eine ehrliche Debatte. So hätten wir zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

(Ministerin Rehlinger)

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Zusatzfrage Nummer 2.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Wie schätzt die Landesregierung die Chancen auf eine beihilferechtliche Genehmigung von Betriebskostenbeihilfen in Milliardenhöhe für die saarländische Stahlindustrie ein?

Ministerin Rehlinger:

Ich bin optimistisch, dass das gelingt. Es ist eine zwingende Voraussetzung für das, was kommt. Zumindest eine Kombination wird notwendig sein. Insofern sind wir alle gut beraten, daran mitzuarbeiten. Ich will in dem Zusammenhang zur Vorsicht mahnen. Wir reden immer von Subventionen und Unterstützung und erwecken damit möglicherweise und fälschlicherweise den Eindruck, als hätten wir es mit einer defizitären Branche zu tun, die man stützen und stabilisieren muss, weil sie nicht wettbewerbsfähig und nicht auf dem neuesten Stand der Technik ist. Ich finde, wir sind gut beraten, diesem Eindruck an jeder Stelle entgegenzutreten, denn wir haben es hier mit einer hoch innovativen Branche zu tun, gerade hier im Saarland, aber auch in Deutschland, die in den letzten Jahren ganz viel investiert hat. Die Tatsache, dass möglicherweise jetzt noch einmal öffentliche Gelder aufgewandt werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, hat nichts damit zu tun, dass die Branche defizitär ist, sondern sie hat etwas damit zu tun, dass die Politik an anderer Stelle umweltpolitische und Klimaschutzpolitische Vorgaben gemacht hat, die so ohne Weiteres nicht mehr eingehalten werden können. Deshalb möchte ich mich dem Eindruck entgegenstellen, dass wir es hier mit einer notleidenden Branche zu tun haben. Wir haben es mit einer Branche zu tun, die wir dabei unterstützen müssen, Arbeitsplätze zu erhalten und gleichzeitig Klimaschutzziele zu erreichen. In diesem Sinne will ich die gesamte Debatte verstanden wissen.

Präsident Toscani:

Zusatzfrage Nummer 3.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Ist die Landesregierung der Ansicht, dass der Weg weg von der Marktwirtschaft hin zu einer dauerhaften Abhängigkeit von staatlichen Subventionen der Stahlindustrie ein Überleben ermöglichen kann, auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass eines der wesentlichen Argumente für den Ausstieg aus

dem Steinkohlebergbau dessen Abhängigkeit von staatlichen Subventionen war?

Ministerin Rehlinger:

Als hätte ich Ihre Frage schon geahnt, habe ich eben meine Zusatzausführungen gemacht. Sie geben schon eine Antwort auf das, was Sie gerade als Frage formuliert haben. Es sind keine Subventionen, die wir dort ausgeben, sondern wir helfen denjenigen, die uns helfen, die Klimaschutzziele zu erreichen. Das ist die Lesart, um die es an dieser Stelle geht. In diesem Sinne sollten wir die Debatte weiterführen.

Präsident Toscani:

Zusatzfrage 4.

Abg. Hecker (fraktionslos):

China als der größte Player auf dem Stahlmarkt und mit weitem Abstand größter Emittent von Kohlendioxid ist aus dem globalen Stahlforum ausgeschieden. Glaubt die Landesregierung, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, mit China, aber auch anderen einen unter dem Begriff CO₂-Grenzausgleich oder Carbonleakage-Schutz nur schlecht verklausulierten Handelskrieg vom Zaun zu brechen?

Ministerin Rehlinger:

Die Frage, ob eine CO₂-Grenzabgabe sinnvoll ist oder nicht oder ob sie politisch durchsetzbar ist, ist noch nicht entschieden. Ich finde schon, dass sie diskutiert werden sollte. Am Ende müssen wir überlegen, was wir wollen. Natürlich wollen wir an der Stelle mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass es geht. Wir wollen aber nicht gleichzeitig die Unternehmen gefährden. Am Ende des Tages wollen wir nicht den gefährlichen Carbonleakage-Effekt eintreten lassen. Das heißt, dass es eine Verlagerung von Produktion von uns zum Beispiel nach China gibt und dort möglicherweise die Tonne Stahl nicht mit weniger, sondern mit mehr CO₂-Ausstoß produziert wird. Dann hätten wir in mehrfacher Hinsicht einen Bärendienst erwiesen, einmal den Beschäftigten, weil ihre Arbeitsplätze gefährdet worden sind, und dem Klimaschutz, weil es nämlich nicht besser wird, sondern schlechter.

Deshalb muss man nach Instrumenten suchen, wie wir nicht nur unserer eigenen Verpflichtung nachkommen, sondern wie wir es in einem weltweiten Handelssystem hinbekommen, dass andere ihren Verpflichtungen nachkommen. Ich finde, die europäische Ebene ist dafür die richtige. Allein der Gedanke Europas verpflichtet gerade dazu, solchen Gedanken nachzugehen. Wir haben immer gesagt, die einzelnen Staaten sind zu klein, um mit China, Indien, Russland oder wem auch immer Dinge zu

(Ministerin Rehlinger)

klären, die möglicherweise streitig sind oder mit widersprüchlichen Wirtschaftsinteressen einhergehen. Europa ist die Idee und die Konstruktion, die in der Lage ist, dort selbstbewusst aufzutreten. Ich finde, es ist geradezu eine Verpflichtung, dass die Europäische Kommission diese Positionen einnimmt, auch wenn es nicht einfach wird.

Am Ende des Tages ist der Gedanke entscheidend, dass es sich bei Stahl um einen wesentlichen Grundstoff handelt. Das ist etwas anderes, als wenn ich über ein fertiges Produkt rede. Wenn wir bei vielen Dingen, die wir hier in Deutschland und Europa produzieren, weiterhin mit einem innovativen und guten Grundstoff, der unter guten Arbeitsbedingungen hergestellt worden ist, arbeiten wollen, müssen wir dafür sorgen, dass wir mit Blick auf diesen Grundstoff, bei dem wir jetzt noch Vorreiter sind, nachher nicht das Nachsehen haben und neue Abhängigkeiten gegenüber anderen Staaten entstehen. Insofern ist es geradezu überlebensnotwendig, dass wir die Debatte über die Grenzabgabe oder über eine Quote für CO₂-freien Stahl zum Beispiel beim Bau von Automobilen mit Selbstbewusstsein führen.

Präsident Toscani:

Zusatzfrage Nummer 5.

Abg. Hecker (fraktionslos):

voestalpine hat als vergleichbarer großer Player wie die saarländische Stahlindustrie insbesondere aus Energiekostengründen seine Rohmaterialproduktion zum Teil in die USA ausgelagert. Sieht die Landesregierung die Gefahr, dass auch die saarländische Stahlindustrie ihre Rohmaterialerzeugung aus unternehmerischen Gesichtspunkten ganz oder teilweise ins Nicht-EU-Ausland ausgelagert?

Ministerin Rehlinger:

Ich lasse keine Gelegenheit aus, in der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber Unternehmensverantwortlichen der saarländischen Stahlindustrie zum Ausdruck zu bringen, dass sie in mir eine vehemente Kämpferin dafür haben, dass der Stahlstandort Saarland eine gute Zukunft hat. Sie werden allerdings eine genauso vehemente Kritikerin in mir finden, wenn es darum geht, wesentliche Phasen der Stahlproduktion außerhalb des Saarlandes zu verlegen. Ich kenne die Nöte, in denen die Unternehmen sind, was diese Entscheidung angeht. Ich will allerdings deutlich sagen, dass ich vorschnelle Entscheidungen - in dem Fall geht es um die Roheisenphase, die nicht mehr im Saarland stattfinden soll - nicht durchgehen lassen werde. Das sind Fragen, die wir miteinander bezüglich der Aufstellung der saarländischen Stahlindustrie zu diskutieren haben. Meine Aussage dazu ist völlig klar: Ich kämpfe für eine saarländische Stahlindustrie mit allen Phasen im

Saarland, so wie wir sie jetzt momentan auch vorfinden.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:

Die letzte Möglichkeit einer Zusatzfrage, Frage Nummer 6.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Die regulatorischen Fragen zur Subventionierung der Stahlindustrie sollten bis zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft geklärt werden. Wie sehen Sie die Chancen auf WTO- und EU-Ebene dafür, auch vor dem Hintergrund, dass sich in der Vergangenheit die maßgeblichen Akteure nicht unbedingt als Freunde der deutschen Stahlindustrie geoutet haben?

Ministerin Rehlinger:

Das Umfeld zur Klärung dieser Fragen ist nicht einfach. Das war es in den letzten Jahren nie. Sie haben Bedeutung für die Zukunft der Stahlindustrie. Deswegen habe ich großes Vertrauen in die Bundesregierung, namentlich in den Wirtschaftsminister, dass sie das, was sie angekündigt hat, auch umsetzen wird. Wir gehen davon aus, dass das funktionieren wird, auch für die saarländische Stahlindustrie.

Präsident Toscani:

Damit sind alle sechs Zusatzfragen zur ersten Frage beantwortet. Wir kommen zur zweiten Frage im Zusammenhang mit der Anfrage des Abgeordneten Lutz Hecker zur Stahlindustrie. Ich rufe die zweite Frage des Abgeordneten auf. Sie lautet:

„Nach den Worten der Wirtschaftsministerin lautet die Antwort immer Wasserstoff, und zwar grüner Wasserstoff. Weshalb ist die Landesregierung der Auffassung, dass „grüner“ Wasserstoff vor dem Hintergrund längst nicht gelöster Infrastruktur- beziehungsweise Transportprobleme, extrem hoher Energiekosten und lausiger Wirkungsgrade bei der Erzeugung und Speicherung, aber auch der problematischen Handhabbarkeit im Rahmen der großen Transformation der vorherrschende Energieträger in Europa sein kann und soll?“

Zur Beantwortung dieser Frage erteile ich das Wort der Wirtschaftsministerin.

Ministerin Rehlinger:

Die Formulierung, die Sie ansprechen, stammt aus dem Wirtschaftsausschuss, in dem wir letzte Woche gemeinsam gewesen sind. Ich habe mich offensichtlich geirrt, als ich gedacht habe, dass wir in einer guten Debatte miteinander ganz viele von den Fragen, die hier mitangelegt sind, schon erörtert hätten.

Das gibt mir aber natürlich Gelegenheit, eine an sich nicht-öffentliche Debatte des Wirtschaftsausschusses auch allen anderen Saarländerinnen und Saarländern zu Gehör zu bringen. Denn ich glaube tatsächlich, dass das Thema Wasserstoff für uns hier im Saarland ein wichtiges Zukunftsthema darstellt. Nicht alles von dem, was für die Zukunft möglich erscheint, ist heute auch schon sichtbar, geschweige denn greifbar. Und das liegt keinesfalls nur daran, dass Wasserstoff ein sehr flüchtiges Gas ist.

Vielmehr liegt das daran, dass es sich dabei tatsächlich um Zukunftsmusik handelt - mit einer ganzen Reihe von Projekten, die wir angedacht haben, von denen einige wenige auch schon in der Realisierung sind und Fortschritte erzielen, aber eben auch mit einer Reihe von Projekten, die erst übermorgen realisiert werden können. Wie bei vielem, was uns als Lösung für die Zukunft erscheint, müssen wir uns heute, im Hier und Jetzt, auf den Weg machen, damit diese Zukunftsmusik auch eine saarländische Melodie hat. Wir sind im Grunde jetzt dabei, die Instrumente dafür zu stimmen, damit das tatsächlich gut klingen kann.

Es sind auch nicht alle technologischen Fragen schon beantwortet. So ist das aber nun einmal bei Zukunftstechnologien: Sie sind verheißungsvoll, versprechen vieles, die konkrete Ausführung muss aber noch durch die Techniker geklärt werden. Klar ist aber, deshalb war die etwas saloppe Formulierung so gewählt, dass man in diesen Tagen in einer ganzen Reihe von Debatten auch hört, dass auf nahezu jede Frage die Antwort Wasserstoff lauten soll. Dieses Bild zeichnet sich alles in allem derzeit ein wenig ab, in dieser Pauschalität ist die Antwort aber natürlich unzutreffend. Zumindest aber bietet Wasserstoff für viele Fragestellungen eine Antwort.

Zu welchem Zeitpunkt es allerdings Sinn macht, das auch konkret zu realisieren, das ist die spannende Fragestellung, an deren Beantwortung wir derzeit arbeiten. Eben haben wir über industrielle Prozesse in der Stahlindustrie gesprochen. Dort bietet sich tatsächlich eine mögliche Anwendung des Wasserstoffs, die uns helfen kann, wettbewerbsfähig zu bleiben. Weitere Anwendungen finden sich im Verkehrsbereich. Da Sie von „lausigen Wirkungsgraden“ gesprochen haben: Im Verkehrsbereich sind wir an einem Punkt angelangt, bei dem es durchaus sehr spannend sein kann und auch schon sehr spannend ist, Wasserstoff zum Einsatz zu bringen.

Gerade auch aus saarländischer Sicht stellt dieser Aspekt einen wichtigen Debattenbeitrag dar.

Ich habe die Debattenbeiträge hier immer so interpretiert, dass es hinsichtlich der Frage der Antriebstechnologie bei uns im Saarland einen großen gemeinsamen Geist gibt, der die Technologieoffenheit befürwortet. Natürlich spielt bei den Antriebstechnologien künftig auch die Elektromobilität eine große Rolle. Das ist ohne Zweifel so, gerade im Pkw-Bereich, gerade auch angesichts der technologischen Entwicklungen, die es vor allem auch hinsichtlich der Reichweite von Batterien noch geben wird.

Wir sagen aber eben auch, dass auch der Verbrenner künftig noch seine Rolle spielen wird. Angesichts der Innovationen, die auch in dieser Technologie noch verfügbar sind, wird auch der Verbrenner noch sein Anwendungsfeld haben. Wir sagen, nach meiner Einschätzung völlig zutreffend, dass auch Wasserstoff und Brennstoffzelle ihre Zukunft im Verkehr haben werden. Dies wird sicherlich in erster Linie beim Transportgewerbe der Fall sein, bei Lkws, bei Bussen, bei anderen Nutzkraftfahrzeugen. In diesen Bereichen wird es eher so sein, dass Batterien viel zu schwer sind, um sie sinnvoll einsetzen zu können. Auch insoweit besteht also ein Anwendungsfeld, ein Anwendungsfeld, das in den kommenden Monaten und über die nächsten Jahre hinweg an Bedeutung gewinnen wird. Davon bin zumindest ich fest überzeugt. Und dort haben wir es keineswegs mit „lausigen Wirkungsgraden“ zu tun.

Aber auch an dieser Stelle muss man sich fragen, wie ehrlich die Debatte tatsächlich geführt wird. Wasserstoff muss, bevor man ihn verwenden kann, zunächst einmal hergestellt werden. Dafür brauchen wir erneuerbare Energien, damit am Ende auch grüner Wasserstoff verfügbar ist. Das wird uns, auch insoweit bin ich für Ehrlichkeit, angesichts der bei industriellen Prozessen gebrauchten Mengen in naher Zukunft in dieser Reinkultur nicht gelingen. Deshalb war ich sehr dafür, bin ich sehr dafür und habe in den Debatten um das Kohleausstiegsgesetz darum geworben, dass die Investitionsanreize zum Beispiel auch für stromproduzierende Unternehmen so groß sind, dass für sie auch an der Saar ein Interesse daran besteht, neue Gaskraftwerke zu errichten. Das wäre wichtig, damit auch insoweit die Versorgung für die Zukunft gesichert ist, gerade auch zugunsten unserer Industrie.

Wir werden aber natürlich auch den Blick verstärkt auf das Thema der erneuerbaren Energien lenken müssen, wir dürfen beim Ausbau der erneuerbaren Energien nicht nachlassen. Dennoch werden wir sehr schnell feststellen, dass wir angesichts der künftig gebrauchten Energiemengen sicherlich nicht so viele Windräder im Saarland bauen können, dass damit alle Bedarfe abgedeckt werden könnten.

(Ministerin Rehlinger)

Man muss daher relativ schnell auch den Blick über das eigene Land hinaus erweitern. Es besteht sehr wohl die Möglichkeit, in anderen Regionen der Erde erneuerbare Energien zu gewinnen und damit auch grünen Wasserstoff herzustellen. In Südeuropa, in Spanien und Italien, findet sich eine hohe Zahl an Sonnenstunden, damit ist man dort sehr wohl in der Lage, über Fotovoltaik-Anlagen viel erneuerbare Energie zu produzieren. Das ließe sich nutzen, um über die Elektrolyse grünen Wasserstoff herzustellen. Vielleicht müssten wir aber auch den europäischen Kontinent verlassen und uns anschauen, was sich in Nordafrika realisieren lässt, was man dort erreichen kann. Denn auch dort ist die Zahl der Sonnenstunden so hoch, dass man letztlich ganz andere Wirkungsgrade für die Elektrolyse erreichen kann.

Da ich gerade über Elektrolyse gesprochen habe: Hier eröffnet sich ein Betätigungsfeld, auf dem man auch hier in Deutschland Wertschöpfung generieren kann. Denn solche Elektrolyseure müssen gebaut werden. Das ist, wie ich finde, ein wunderbares Anwendungsfeld für deutsche Ingenieurskunst. Im Saarland haben wir die Möglichkeit, gemeinsam mit Siemens und mit der STEAG mit dem HUB in Fenne zu untersuchen, wie so etwas funktionieren kann. Dort besteht die Möglichkeit zu betrachten, wie die Herstellung von Wasserstoff in relevanten Mengen erfolgen kann. Das erfolgt mit Unterstützung der Bundesregierung, betrifft aber natürlich auch unternehmerisches Handeln, weshalb wir nun versuchen, die dortigen Risiken so zu minimieren, dass dort ein solches Projekt umgesetzt werden kann. Es geht also keineswegs um die ferne Zukunft, wir stehen vielmehr bereits heute in konkreten Gesprächen.

Das alles veranlasst mich zu sagen, dass in dieser Zukunftstechnologie sehr viel Potenzial steckt und dass das Saarland mit seinen Expertisen durchaus einen sehr relevanten Beitrag zu deren Nutzung leisten kann. Das reicht, wenn ich noch einmal auf den Themenbereich Verkehr zu sprechen kommen darf, bis zur Frage, welchen Beitrag diese Technologie dazu leisten kann, dass wir weiterhin auch im Saarland mit einem hohen Wertschöpfungsanteil Fahrzeuge bauen können. Auch diesen Gedanken sollte man in diesem Zusammenhang durchaus nicht außer Acht lassen. Angesichts all dessen ist das für uns ein wichtiges Zukunftsthema, gewiss nicht das einzige Zukunftsthema, aber eben ein wichtiges.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Beantwortung dieser zweiten Frage, einer Frage mit dem Schwerpunkt Wasserstofftechnologie. Auch hier besteht wieder die Möglichkeit, bis zu sechs Zusatzfragen zu stellen. Herr Hecker signalisiert den Wunsch, diese Möglichkeit zu nutzen. Ihre erste Zusatzfrage bitte!

Abg. Hecker (fraktionslos):

Ja, Frau Ministerin, wir haben in der vergangenen Woche im Wirtschaftsausschuss einen sehr interessanten Bericht von Ihnen gehört und haben eine sehr interessante Debatte geführt. Natürlich ist dieses Thema aber auch für die Öffentlichkeit von Interesse, das war der Grund, weshalb ich das heute hier zum Thema gemacht habe.

Präsident Toscani:

Ich darf noch einmal bitten, zu beachten, keine Wertungen und Kommentare abzugeben, sondern wirklich Zusatzfragen zu stellen. Das ist gemeint, wie es formuliert ist: Bitte Fragen stellen!

Abg. Hecker (fraktionslos):

Jawoll. - Die geplante kleine, aber nicht ganz billige Wasserstoff-Erzeugungsanlage der STEAG in Fenne tritt seit geraumer Zeit auf der Stelle. Wo liegen die Ursachen dafür, dass das Projekt nun schon seit vielen Monaten nicht vorankommt?

Ministerin Rehlinger:

Zunächst einmal muss man festhalten, dass es ein sehr großer Erfolg ist, dass wir für dieses Projekt überhaupt den Zuschlag der Bundesregierung erhalten haben. Deutschlandweit haben das nicht viele bekommen. Auch die Summe, um die es dabei geht, ist durchaus stattlich. Ich sagte es schon: Investitionskosten von rund 60 Millionen Euro hier am Standort, an einem Standort, bei dem wir andernfalls möglicherweise nur über Abschaltung reden würden. Gefördert vom Bund wird das in Höhe von 20 Millionen Euro. Bedauerlicherweise hatte die Bundesregierung noch nicht ganz abgeklärt, dass dieser Betrag beihilfekonform ausgezahlt werden kann. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass es dem Bundeswirtschaftsministerium gelingen wird, diese Frage zu klären, sodass auch dieses „technische Hindernis“ beseitigt wird. Das sei als erster Punkt genannt.

Zweiter Punkt: Bei einerseits Investitionskosten von 60 Millionen Euro und andererseits einer Förderung von 20 Millionen Euro bleibt natürlich eine Differenz von 40 Millionen Euro. Nun kann man natürlich sagen, okay, das ist zunächst einmal eine unternehmerische Aufgabe. Wir haben dort ja keinen Staatsbetrieb, sondern zwei Unternehmen, die, umgesetzt in diesem Vorhaben, ein zukünftiges Geschäftsmodell für sich entdeckt haben, in das man als Unternehmen dann gegebenenfalls auch selbst investieren muss. Gleichwohl braucht man als Unternehmen auch eine gewisse Sicherheit, daher haben die beiden Unternehmen auch schon eine Reihe von Gesprächen geführt, um zu klären, wie man den Wasserstoff in der Industrie zum Einsatz bringen kann, wie man ihn aber auch im Verkehrsbereich zum Ein-

(Ministerin Rehlinger)

satz bringen könnte. Es ist ein Vorteil der technischen Anlage, die dort errichtet wird, einen qualitativ so hochwertigen Wasserstoff herzustellen, dass dieser tatsächlich auch in Fahrzeugen eingesetzt werden kann.

Diese Gespräche zwischen den einzelnen Unternehmen sind noch nicht abschließend geführt, daher weiß man noch nicht, welche Mengen zu welchem Preis geboten werden können und wer bereit wäre, diese Mengen abzunehmen. Ich habe angeboten, noch einmal zu vermitteln, um die notwendige Konkretisierung in den Gesprächen zwischen den Unternehmen zu erreichen. Nach wie vor bin ich zuversichtlich, dass uns das auch gut gelingen wird.

Präsident Toscani:

Zweite Zusatzfrage.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Wie schätzt die Landesregierung die Möglichkeit ein, dass angesichts der zumindest innerhalb der EU, wenn nicht sogar weltweit höchsten und auf Sicht weiterhin explodierenden Industriestrompreise eine in der EU und bei der WTO tragfähige beihilferechtliche Lösung sowohl für die Erzeugung von sogenanntem grünem Wasserstoff als auch beispielsweise für die Direktreduktion mittels grünem Wasserstoff in der Stahlindustrie in Deutschland und auch im Saarland gefunden werden kann?

Ministerin Rehlinger:

Die EU-Kommission hat unter anderem zwei große Strategien auf den Weg gebracht. Die eine dieser Strategien ist die Klimaschutzstrategie mit sehr ambitionierten Vorgaben, die zumindest ich überhaupt nicht infrage stelle. Sie hat aber zum anderen auch eine Industriestrategie initiiert. Nun sind wir am spannenden Punkt angelangt, bei dem zu klären ist, wie wir diese beiden Strategien miteinander vereinbaren können.

Ich finde es gut, dass wir nun an diesem Punkt angelangt sind, denn wir haben in der letzten Zeit sehr intensiv - durchaus auch politisch aufgeladen - in allererster Linie darüber gesprochen, welche Ziele wir wann erreicht haben wollen. Spätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, genauso intensiv und engagiert auch die Debatte zu führen, wie wir sicherstellen können, dass die vorgegebenen Ziele erreicht werden. Dazu gehören eben auch solche Regelungen.

Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die ambitionierte Ziele beschlossen haben, auch in der Lage sind, den Weg für das Erreichen dieser Ziele freizumachen. Ideen dafür sind vorhanden. Das ist sicherlich auf der europäischen Ebene noch zu diskutieren, ich halte das aber für durchsetzbar und für

machbar. Letzten Endes wird nämlich die Erkenntnis Raum greifen, dass wir, neben vielen anderen Branchen, auch eine funktionierende Industrie in Europa brauchen. Denn diese ist letztlich Grundlage von Wohlstand und Wachstum in unserem europäischen Wirtschaftsraum. Diese Grundlage sollten wir uns nicht zerschießen. Immerhin ist sie auch die Grundlage dafür, dass wir viele andere Klimaschutzziele erreichen können, für deren Erreichung wir eben zunächst einmal auch das Geld verdient haben müssen.

Präsident Toscani:

Ergänzungsfrage Nummer 3, bitte!

Abg. Hecker (fraktionslos):

Die perspektivisch notwendigen Mengen an erneuerbaren Energien zur Erzeugung von grünem Wasserstoff, aber auch zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in allen Sektoren, die von der sogenannten großen Transformation betroffen sind, können nur zu einem Bruchteil in Deutschland erzeugt werden. Wie sieht die Landesregierung die Chancen, dass bei einem in der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung de facto angelegten Nachfolgeprojekt DESERTEC 2 das Ergebnis der Bemühungen ein anderes sein kann als das desaströse Scheitern des Projektes DESERTEC 1 vor einigen Jahren?

Ministerin Rehlinger:

Erstens glaube ich, dass man aus Fehlern lernen kann. Zweitens ist der Druck, insoweit erfolgreich zu sein, nicht kleiner geworden. Ich habe eben das Konjunkturpaket angesprochen: Alleine darin sind noch einmal 2 Milliarden Euro vorgesehen worden, um zu klären, wie außerhalb Europas Produktion und letztlich auch Transport stattfinden können. Ich finde, als Bundesregierung 2 Milliarden Euro zur Klärung dieser Frage zur Verfügung zu stellen, das ist ein starker Ausdruck des Willens, aber auch ein starker Ausdruck des Glaubens, dass man das auch hinbekommen wird.

Präsident Toscani:

Nächste Zusatzfrage.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Zumindest übergangsmäßig wird als Weg zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in der Roheisenproduktion die Direktreduktion mittels des im Erdgas enthaltenen Wasserstoffs angesehen, zumal sich die nötige Anlagentechnik im Wesentlichen nicht unterscheidet. Erdgas soll aber auch in vielen anderen Bereichen zumindest als Brücke zum Einsatz kommen. Welchen Stellenwert misst die Landesregie-

(Abg. Hecker (fraktionslos))

rung angesichts dessen der Fertigstellung von Nord-Stream-2 bei?

Ministerin Rehlinger:

Dass ich der Auffassung bin, dass wir Erdgas brauchen, bis wir an anderen Stellen in der Lage sind, tatsächlich grünen Wasserstoff zu produzieren, habe ich eben schon gesagt. Dass ich glaube, dass wir zur Vor-Ort-Versorgung daran arbeiten sollten, Gaskraftwerke anstelle der abzuschaltenden Kohlekraftwerke entstehen zu lassen, habe ich ebenfalls gesagt. Da ich mich darum bemühe, meine Gedankengänge nicht abreißen zu lassen, ist mir sehr wohl bewusst, dass ich auch Gas brauche, um das alles betreiben zu können. Ich habe dazu im Ausschuss auch schon meine persönliche Meinung mitgeteilt: Ich halte es nicht für den klügsten Gedanken, ein Projekt, das weitestgehend fertiggestellt ist und keineswegs nur allein für Deutschland Relevanz hat, sondern auch über Deutschland hinaus in der Gasversorgung eine Rolle spielt, zu stoppen. Würden wir dieses Projekt nicht fertigstellen, würden wir uns selbst am meisten schaden. Das scheint mir nicht der klügste Gedanke zu sein.

Es gibt gegebenenfalls andere Möglichkeiten, auch in den Handelsbeziehungen zueinander zum Ausdruck zu bringen, dass das, was im Vorgehen Russlands mit Blick auf die Person Nawalny völlig inakzeptabel ist, auch eine adäquate Reaktion erfährt. Das ist zumindest meine persönliche Auffassung. Daher, so finde ich, sollten wir dieses Projekt möglichst fertigstellen und auf anderem Wege mit einer adäquaten Antwort auf das völlig inakzeptable Verhalten Russlands reagieren.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Präsident Toscani:

Wir sind bei der fünften Zusatzfrage angelangt.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Vor dem Hintergrund der marginalen Wirksamkeit von Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung auf deutscher oder EU-Ebene hat der damalige Berater der Bundeskanzlerin und ehemalige Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung Schellnhuber schon mal von der Zerschlagung sämtlicher Industrien, die fossile Brennstoffe benötigen, gesprochen und in der Folge eine Weltregierung von Experten ins Spiel gebracht. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass zur Vermeidung von CO₂-Emissionen föderale und nationalstaatliche Befugnisse und darüber hinaus Befugnisse der EU-Ebene an eine Klimarettungs-Weltregierung - um nicht zu sagen - Diktatur - abgegeben werden sollen?

Präsident Toscani:

Frau Ministerin, ich stelle Ihnen die Beantwortung dieser Frage anheim, denn sie geht weit über den Charakter einer Zusatzfrage und auch weit über das Thema hinaus.

Ministerin Rehlinger:

Die Frage hat eben weltweite Bedeutung. Und da wir uns auch im Saarland solcher Fragen annehmen, und ohne dass wir das nun schon eingehend im Ministerrat vorbereitet hätten: Ich würde sagen, die saarländische Landesregierung vertritt diese Auffassung nicht. Wir haben auch keine Alu-Helme dabei.

(Beifall und Lachen bei SPD und bei CDU.)

Präsident Toscani:

Letzte Zusatzfrage.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Wie kommen die unterschiedlichen Färbungen von grünem, blauem, türkisfarbenem, violetterem oder auch grauem Wasserstoff zustande und kann man sich die Farbe aussuchen?

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD) und Lachen.)

Präsident Toscani:

Ich lasse diese Frage nicht zu.

(Heiterkeit.)

Denn, lieber Kollege, wir reden politisch über das Thema Wasserstoff. - Vorhin ging es auch um das Thema einzelner Zahlen. Es gebietet, so denke ich, die Fairness, dass man solche Fragen, wenn man sie stellen möchte, ankündigt oder zumindest einen Hintergrund gibt. Diese letzte Frage nun sprengt aber wirklich den Charakter dieser politischen Fragestunde. Daher sind wir nun am Ende der Fragestunde angelangt. Ich beende die Fragestunde.

(Ministerin Rehlinger: Es ist aber auch leicht zu googeln, warum die Farben so gewählt werden.)

Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun zu unserer eigentlichen Tagesordnung. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 bis 3 auf. Wir haben uns im Präsidium entschlossen, diese Tagesordnungspunkte gemeinsam zu beraten, da sie alle miteinander zusammenhängen. Bei allen diesen Tagesordnungspunkten geht es nämlich um das Thema Medienpolitik und Medienrecht. Wir verfahren im Folgenden so,

(Präsident Toscani)

dass nacheinander zu den ersten drei Tagesordnungspunkten die Berichterstattung beziehungsweise die Einbringung durch die Landesregierung erfolgt. Danach gibt es eine verbundene Aussprache, die sich auf alle drei Tagesordnungspunkte erstreckt. Tagesordnungspunkt 1 betrifft den Medienstaatsvertrag:

Zweite Lesung des Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland (Medienstaatsvertrag) (Drucksache 16/1346)

Zur Berichterstattung erteile ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Kultur und Medien, Herrn Abgeordneten Frank Wagner, das Wort.

Abg. Wagner (CDU), Berichterstatter:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Regierung des Saarlandes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland (Medienstaatsvertrag) wurde vom Plenum in seiner 39. Sitzung am 24.06.2020 in Erster Lesung angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien überwiesen.

Ziel des Gesetzes ist in erster Linie, die Zustimmung des Landtages zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland herbeizuführen. Durch Artikel 1 und 2 des Staatsvertrages wird der bisherige Rundfunkstaatsvertrag durch einen Medienstaatsvertrag ersetzt. Damit reagiert der deutsche Mediengesetzgeber auf einige grundlegende Veränderungen innerhalb der Medienlandschaft und entwickelt den pluralismuserhaltenden und Vielfalt fördernden Rechtsrahmen der bisherigen, überwiegend rundfunkrechtlichen Staatsverträge fort.

Artikel 3 des Staatsvertrages enthält notwendige Anpassungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages und dient zugleich der Umsetzung europäischen Rechts. Die in den Artikeln 4 bis 8 vorgenommenen Änderungen betreffen lediglich notwendig gewordene redaktionelle Änderungen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien hat sich mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung in mehreren Sitzungen auseinandergesetzt und am 07.09.2020 eine öffentliche Anhörung durchgeführt, an der sich acht Organisationen mit unterschiedlichen Bezügen zur Thematik in schriftlicher oder mündlicher Form beteiligt haben. Mitgewirkt haben unter anderem der Saarländische Rundfunk, die Landesmedienanstalt Saarland, der deutsche Digitalverband Bitkom und die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich. Mehrheitlich wurde der Medienstaatsvertrag als Schritt in die

richtige Richtung gesehen und die Zustimmung zum Staatsvertrag empfohlen.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien empfiehlt dem Plenum einstimmig, bei Enthaltung der Oppositionsfractionen DIE LINKE und AfD, die Annahme des Ihnen als Drucksache 16/1346 vorliegenden Gesetzentwurfs in Zweiter und letzter Lesung. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf, das ist der 1. Medienänderungsstaatsvertrag.

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Zustimmung zum 1. Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. Medienänderungsstaatsvertrag) (Drucksache 16/1420)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Ministerpräsident Tobias Hans das Wort.

Ministerpräsident Hans:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tagesordnungen unserer Landtagssitzungen sind ja Spiegel unserer Zeit. Wir haben bei den Fragestunden erlebt, welche Themen Politik und Gesellschaft bewegen. Da werden aktuelle Entwicklungen aufgegriffen, bei den Anträgen positionieren sich die Fraktionen und in den Gesetzen schließlich, die nach einem sorgsam parlamentarischen Verfahren durchgeführt werden, legt der Landtag die Regeln fest, die für unser Land gelten.

Mit Blick auf die Kulturhoheit der Länder ist das Thema Rundfunk neben den Bereichen Bildung und Kultur ein wichtiger wiederkehrender Arbeitsbereich dieses Hohen Hauses. Die heute zur Beratung anstehenden drei Gesetzgebungsverfahren zu Medienfragen belegen, wie tatkräftig Länder, Staatskanzleien den für unsere Gesellschaft so wichtigen Bereich der Medien fortentwickeln und aktiv begleiten.

Zu zwei der heute aufgerufenen Gesetzeswerke, dem neuen Medienstaatsvertrag und dem Gesetz zur Anpassung des Saarländischen Mediengesetzes, mit dem wir auf die Corona-Herausforderungen antworten, habe ich bereits von dieser Stelle aus vorgetragen. Deshalb fokussiere ich mich heute auf das Zustimmungsgesetz zum 1. Medienänderungsstaatsvertrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rundfunkänderungsstaatsverträge und vergleichbare Ratifikations-

(Ministerpräsident Hans)

gesetze sind für uns ja keine Unbekannten hier in diesem Haus, doch dieser Staatsvertrag ist aus meiner Sicht wirklich etwas ganz Besonderes, denn der 1. Medienänderungsstaatsvertrag ist ein wichtiger Schritt, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk generell, aber gerade auch unseren Saarländischen Rundfunk mit einer bedarfsgerechten Finanzierung weiterhin fit für die Zukunft zu machen.

Zur besseren Einordnung erlaube ich mir, Ihnen ein paar Hinweise zur Vorgeschichte dieses Staatsvertrages zu geben. Das ist die erste Anpassung des Rundfunkbeitrags seit vielen Jahren. Das ist ein Thema, das die Menschen sehr, sehr bewegt und sie verlangen zu Recht, dass man sie darüber aufklärt. Die letzte Anpassung, damals noch bei der Rundfunkgebühr, erfolgte im Jahr 2009. Durch die dann 2013 vorgenommene Umstellung der Rundfunkfinanzierung weg von der gerätebezogenen Rundfunkgebühr hin zu einem haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag gab es so viel weniger Schwarzseherinnen und Schwarzseher, dass zur Freude aller ehrlichen Beitragszahler im Jahr 2015 der Beitrag sogar gesenkt werden konnte.

Da diese Beitragsstabilität aber nicht ewig dauern konnte - das muss jedem bewusst sein, der sich einmal mit Themen wie Inflation und Ähnlichem beschäftigt hat -, haben die Staatskanzleien frühzeitig die Weichen dafür gestellt, dass die nächste Beitragsanpassung eine maßvolle Beitragsanpassung wird. Dazu haben unter anderem die Rundfunkanstalten auf Bitten der Länder ein Maßnahmenpaket zur Intensivierung und Kooperation und zur Schaffung weiterer Synergien ausgearbeitet und umgesetzt. Ich finde, es ist sehr zu begrüßen, dass das getan worden ist!

Die klare Forderung der Länder zur Hebung weiterer Sparpotenziale haben die Anstalten in einem zweiten Schritt auch bei Meldung ihrer Bedarfe gegenüber der KEF berücksichtigt. Auf Grundlage dieser maßvollen Anmeldung der Anstalten hat die unabhängige KEF in ihrem 22. Bericht dargelegt, welche Beitragsanpassung sie für notwendig erachtet. Sie schlägt den Ländern eine aus meiner Sicht maßvolle Beitragserhöhung von 86 Cent auf dann 18,36 Cent ab dem 01.01.2021 vor.

Mit diesem Staatsvertrag geht auch eine nachhaltige Stärkung unseres Saarländischen Rundfunks einher. Von daher ist eben gerade aus saarländischer Sicht die mit diesem Staatsvertrag geplante Erhöhung des ARD-internen Finanzausgleichs zugunsten des SR ein zentraler und ganz erfreulicher Punkt. Wir alle wissen, dass der SR als kleine Anstalt im ARD-Verbund seit vielen Jahren große Sparbemühungen unternommen musste, was auch mit Einschnitten im Programm und in der Mitarbeiterstruktur verbunden war.

Die Verantwortlichen auf dem Halberg haben mit sehr viel Umsicht und Weitsicht sehr schwierige Entscheidungen treffen müssen und dadurch verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, die letztendlich Einsparungen mit sich gebracht haben. Dazu haben Kooperationen beigetragen. Das ist absolut vorbildlich, was da passiert ist, und deswegen war der SR in der Diskussion der Länder um stärkere Kooperationen, um stärkere Synergien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk strukturbedingt zeitlich weit voraus. Viele Maßnahmen, die in anderen Anstalten angestoßen und jetzt umgesetzt werden, sind beim SR seit langer Zeit bereits gelebter Alltag.

Deswegen habe ich auch im Rahmen der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz, aber auch Henrik Eitel als Chef der Staatskanzlei in den Reihen der Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien, immer noch einmal darauf Wert gelegt, dass das in den Vordergrund gestellt wird. Wir haben dann auch eine Diskussion zur Anpassung des ARD-Finanzausgleichs auf den Weg gebracht, die auch in den Rundfunkkommissionen der Länder mitunterstützt worden ist. Wir haben eine Änderung des ARD-Finanzausgleichs ins Gespräch gebracht, die zugunsten des Saarländischen Rundfunks und Radio Bremen ausgeht. In der Folge haben dann die Länder bei ihren Beratungen Ende Oktober 2019 auf Elmau gemeinsam auf meinen Vorschlag hin der ARD aufgegeben, zu den offenen Fragen im Bereich des ARD-Finanzausgleichs zu berichten, aber eben auch konkrete Lösungswege aufzuzeigen.

Dann hat die ARD in ihrer Intendanten-Sitzung am 11.02.2020 eine Einigung erzielt, und zwar unter anderem zur Anhebung des staatsvertraglichen ARD-Finanzausgleichs, um den es ja da ging. Die Einigung sieht vor, dass der von den Ländern im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag fixierte ARD-Finanzausgleich zugunsten von SR und Radio Bremen von derzeit 1,6 Prozent des ARD-Nettogebührenaufkommens für die Jahre 2021 und 2022 auf 1,7 Prozentpunkte und von 2023 an auf sogar 1,8 Prozentpunkte angehoben werden soll.

In der Ministerpräsidentenkonferenz am 12.03.2020 schließlich konnte der Vorschlag im Länderkreis ge-eint werden, den dann auch die KEF geprüft und ausdrücklich begrüßt hat. Durch diese Anhebung des Finanzausgleichs erhält - damit man das einmal in Zahlen sieht - der Saarländische Rundfunk alleine in den kommenden vier Jahren circa 33 Millionen Euro mehr an Einnahmen und damit erhält er die Möglichkeit, auch weiterhin die zentrale Rolle in der saarländischen Medienlandschaft, aber auch seine Position innerhalb der ARD bedarfsgerecht zu erfüllen. Ich finde, das ist doch ein tolles Ergebnis für den Saarländischen Rundfunk und auch für unser Land!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

(Ministerpräsident Hans)

Ich will deshalb auch Danke sagen für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Saarländischen Rundfunks und selbstverständlich muss man da insbesondere auch den Intendanten Thomas Kleist hervorheben, aber auch sicherlich die verantwortliche Verwaltungsdirektorin Stephanie Weber. Da kann man einfach nur Danke sagen an alle, die das beim Saarländischen Rundfunk mit unterstützt haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will aber auch dem Chef der Staatskanzlei Henrik Eitel danken, denn das sind unentwegte Bemühungen gewesen, zahlreiche Gespräche. Wenn man eine Einigung der 16 Länder herbeiführen will in solchen Ausgleichsfragen, braucht es wirklich tagtäglich Bestrebungen. Ich finde, das ist sehr gut gelungen, deshalb auch ihm und seinem Team herzlichen Dank an dieser Stelle!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren und liebe Saarländerinnen und Saarländer, diese Einigung bildet einen wichtigen Erfolg für das Land, insbesondere als Medienstandort. Ich hoffe, dass die notwendige Beitragserhöhung, die von der KEF mit Augenmaß ermittelt wurde - die haben ja nicht wie irgendwie festgelegt -, nun auch die notwendige Zustimmung in allen deutschen Landtagen erhalten wird. Ich bin aber zuversichtlich, wenn nach und nach immer mehr Landtage ihre Zustimmung geben, dass am Schluss auch diejenigen, die noch Bedenken haben, ihre Zustimmung erteilen können, denn Bedenken gibt es eben auch, auch darauf muss man hinweisen.

Ich halte diese vorgeschlagene Lösung für tragfähig. Sie belastet die Bürgerinnen und Bürger nach langen Jahren der Stabilität ganz ohne Beitragserhöhung sehr maßvoll. Sie gibt den Rundfunkanstalten die notwendige Planungssicherheit und die Rundfunkanstalten, zumindest der Saarländische Rundfunk, haben einiges dazu beigetragen, Kosten einzusparen. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um wohlwollende Begleitung im parlamentarischen Verfahren, was dieses Zustimmungsgesetz angeht. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf.

Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Mediengesetzes (Drucksache 16/1347)

Zur Berichterstattung erteile ich wiederum dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Kultur und Medien, Herrn Abgeordneten Frank Wagner, das Wort.

Abg. Wagner (CDU), Berichterstatter:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag des Saarlandes hat den von der Regierung eingebrachten und uns als Drucksache 16/1347 vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Saarländischen Mediengesetzes in seiner 39. Sitzung am 24.06.2020 in Erster Lesung angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien überwiesen.

Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Neuregelung der Vorschriften über die Arbeit der Aufsichtsgremien des Saarländischen Rundfunks und des Medienrates der Landesmedienanstalt Saarland angesichts der einzuhaltenden Hygieneregeln in Zeiten der Corona-Pandemie. Die Ergänzung in § 29a Saarländisches Mediengesetz ermöglicht insbesondere dem SR-Rundfunkrat, der seine Konstituierung noch nicht abschließen konnte, die noch notwendigen Entscheidungen auch unter Einhaltung der Vorgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie vorzunehmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 27.08.2020 beraten. Unter Zustimmung aller Fraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in Zweiter und letzter Lesung. - Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Erneut Danke an den Berichterstatter. - Ich eröffne nun die Aussprache zu allen drei Tagesordnungspunkten. Die erste Wortmeldung kommt von der Fraktion DIE LINKE. - Ich erteile der Abgeordneten Barbara Spaniol das Wort in der Aussprache.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute den neuen Medienstaatsvertrag, den 1. Medienänderungsstaatsvertrag mit dem Thema Rundfunkbeitrag, das wurde eben erläutert, und das Saarländische Mediengesetz. Ich beginne mit einem Blick auf den Medienstaatsvertrag.

Das Internet ist für uns alle Neuland, so hat es Bundeskanzlerin Merkel im Jahre 2013 gesagt. Zumindest, was die rechtlichen Rahmenbedingungen angeht, stimmte das sogar. Die Menschen waren natürlich schon viel weiter als die Politik, wie so oft. Heute wird ganz selbstverständlich gestreamt, geli-

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

ket, geteilt. Heute muss die Tagesschau nicht mehr um 20.00 Uhr im heimischen Wohnzimmer im Fernsehen geschaut werden, heute geht das zu jeder Zeit auch in Bus und Bahn auf dem Smartphone.

Die Medienwelt hat sich immens verändert. Es geht nicht mehr nur um Radio- und Fernsehsender, sondern es geht um Suchmaschinen im Netz, Streamingdienste, Social Media, Online-Plattformen, Sprachassistenten, Appstores und vieles mehr. Erstmals sollen hier neue medienspezifische Regularien festgelegt werden. Der neue Medienstaatsvertrag ist der Versuch dazu, er soll den bisherigen Rundfunkstaatsvertrag von 1991 ersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Staatsvertrag, den die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten schon unterschrieben haben, kann man letztlich nicht mehr aufhalten, das ist völlig klar, auch uns. Das Ratifizierungsverfahren in den Landtagen läuft oftmals nur noch pro forma ab, auch das ist klar. Aber wir haben trotz eines gewissen Zeitdrucks eine Anhörung beantragt, denn das ist medienpolitisch immer recht interessant. Es werden Kritikpunkte dabei aufgezeigt und auch die gehören zur Debatte dazu. Einige will ich ansprechen.

Erstens. Die fehlenden Regelungen zur Medienkonzentration. Medienkonzentration bedeutet auch Medien- und Meinungsmacht. Der Status quo seit 1997 ist schon lange nicht mehr zeitgemäß, sagt die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich, die KEK. Stimmt, denn es geht schon ganz lange nicht mehr nur um das Fernsehen, dieser Zug ist längst abgefahren. Meinungsbildung erfolgt schon lange über andere Wege, das heißt heute multimedial, crossmedial. Es sind neue Akteure auf den Markt getreten, Netflix, Amazon-Video, YouTube et cetera konkurrieren mit dem traditionellen Fernsehen. Hinzu kommt potenzieller Einfluss auf die Meinungsbildung durch Suchmaschinen und soziale Netzwerke. All dies wird vom derzeitigen Recht nicht erfasst. Die KEK sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Wer Vielfalt erhalten will, muss Medienkonzentration miterfassen.

Der Saarländische und der Deutsche Journalistenverband sagen vor diesem Hintergrund, dass der neue Medienstaatsvertrag hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt, wenn es um die Sicherung von Meinungsvielfalt und damit Meinungsbildung geht. Die Protokollnotiz der Bundesländer, diese Vereinbarung zum Medienstaatsvertrag mit der Einsicht, dass es noch Reformbedarf gibt, ist richtig, das wollen wir auch anerkennen, aber beherzte Regularien, unter anderem zur Medienkonzentration, sehen eben anders aus.

Zweitens. Durch diesen Medienstaatsvertrag wird der neue Begriff des rundfunkähnlichen Telemediums eingeführt. Er ist auch ziemlich umstritten, kann man sagen, das geht ganz klar aus den Stellung-

nahmen des Journalistenverbandes hervor. Gemeint sollen Telemedien sein, die nach Form und Inhalt hörfunk- oder fernsehähnlich sind. Damit sind also die Onlineangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemeint. Die sind bekanntlich den privaten Pressekonzernen ein Dorn im Auge. Echte Telemedien gehören aber neben den Rundfunkprogrammen ganz ausdrücklich zu den Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Eine Beschränkung auf rundfunkähnliche Angebote würde den Auftrag der Sender unzulässig beschneiden. Da hat der Journalistenverband recht.

Drittens. Entspricht der Medienstaatsvertrag dem EU-Recht? Die Skepsis wurde in der Anhörung deutlich. Mehrere Experten haben dazu Stellung genommen und sehen es skeptisch. Der Punkt ist zumindest umstritten. Die Schwierigkeiten rund um diesen Punkt wurden seitens der Staatskanzlei mit entsprechender Kompetenz erläutert. Man wird also sehen, ob es zu Klagen kommt.

Viertens. Der Versuch der Umsetzung der Barrierefreiheit ist lobenswert, leider wurden die Bitten des Deutschen Behindertenverbandes nicht verbindlich umgesetzt. Fünftens. Dass versucht wird, die Spielregeln für intermediäre Anbieter wie Facebook, YouTube und Google festzulegen, ist wichtig, allerdings ist die Wirkung fraglich. Den deutschen regionalen Landesmedienanstalten stehen eben globale Unternehmen wie Facebook oder Google gegenüber, die von diesen reguliert werden sollen. Das sind natürlich Unternehmen, die die Informationswelt wie Datenkraken beherrschen und mit der Privatsphäre Milliardenengeschäfte machen, wie unter anderem das ZDF in einem Beitrag kritisch hinterfragt hat. Diese Unternehmen sollen sich jetzt den Grundprinzipien von Vielfalt und Transparenz verpflichten. Das ist gut gemeint, wird aber relativ schwierig. Wir sind also sehr gespannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Medienstaatsvertrag geht in die richtige Richtung, um das einmal klar zu sagen. Er bezieht die digitale Wirklichkeit endlich ein. Auch wir wollen, dass demokratische und journalistische Regeln im Netz eingehalten werden und mögliche Verstöße sanktioniert werden können. Vielfalt und Transparenz sollen gesichert werden, Angebote und Inhalte sollen diskriminierungsfrei aufgefunden werden. Denn qualitativ hochwertige journalistische Angebote erscheinen oft gar nicht erst. Das ist die Realität, niemand weiß, nach welchen Kriterien eigentlich sortiert wird. Wie kommt ein Ranking zustande? Wer bestimmt das? Oder anders gesagt: Wer beeinflusst damit unser Denken? Das ist zu hinterfragen, was auch dringend notwendig ist. Ob der neue Medienstaatsvertrag all dies regeln kann, ist fraglich, aber zumindest ein Versuch. Wir werden es sehen. Aus unserer Sicht geht jedenfalls noch mehr, auch zum Schutze unseres Saarländi-

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

schen Rundfunks. Aus diesem Grund werden wir uns enthalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein paar Worte zum 1. Medienänderungsstaatsvertrag. Es geht um die Anpassung des Rundfunkbeitrags erstmals seit elf Jahren. Der Ministerpräsident hat das eben gesagt. Darüber hinaus geht es um eine Änderung des ARD-Finanzausgleichs zugunsten unseres SR. Wir sind heute in der Ersten Lesung. Details werden wir sicherlich in der Anhörung besprechen. Klar ist aber heute schon: Ein guter, unabhängiger, nach allen Richtungen kritischer öffentlicher Rundfunk muss auch entsprechend finanziell ausgestattet sein. Deshalb tragen wir diese moderate Erhöhung auch mit. Verhältnisse wie in Sachsen-Anhalt wollen wir auch nicht unbedingt. Meine Damen und Herren, gerade im Corona-Lockdown haben wir erlebt, wie unverzichtbar aktuelle Berichterstattungen rund um die Uhr sind. Aber „rund um die Uhr“ kommt eben nicht alleine. Da stehen Journalistinnen und Journalisten hintendran. Dieses Engagement hat zu Recht seinen Preis. Nach wie vor müssen wir im Auge behalten, dass es zu wenige Ausnahmen vom Rundfunkbeitrag gibt. Eine stärkere soziale Komponente, mehr Befreiungstatbestände, all diese Dinge müssen sich weiterentwickeln, denn sie sind wichtig. Betroffen sind ja auch Menschen mit geringen Einkommen. Man darf auch sie nicht aus dem Auge verlieren.

(Beifall von der LINKEN.)

Neben der Erhöhung des Beitrages geht es aber auch um eine zweite wichtige Facette. Herr Ministerpräsident Hans hat das zu Recht breit ausgeführt. Ich brauche es also nicht zu wiederholen. Tatsache ist, der ARD-interne Finanzausgleich wird geändert zugunsten der zwei kleinsten Sender, dem Saarländischen Rundfunk und Radio Bremen. Man ist sich offenbar zwischen den Bundesländern einig, dass die kleineren Anstalten dringend besser finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden müssen. Darüber freuen wir uns. Der SR bleibt damit unabhängig. Das ist letztlich das Fundament dafür und das ist gut so.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch zum Saarländischen Mediengesetz. Die geplanten Änderungen tragen wir natürlich mit. Sie sind unstrittig. Es geht um die Arbeitsfähigkeit der Gremien in der Landesmedienanstalt und beim SR unter Pandemiebedingungen. Es geht um Beschlussfassungen im schriftlichen und elektronischen Verfahren, um Sitzungen per Telefon- oder Videokonferenz. Was für Ausschüsse im Landtag gilt, sollte auch für die Gremien des SR und der Landesmedienanstalt gelten. Wenn wir gerade bei diesen Gremien sind - -

(Abg. Funk (CDU): Aha, jetzt kommt's!)

Herr Funk, Sie rufen schon dazwischen. Wenn wir also bei diesen Gremien sind, denken Sie auch an

Ihre anderen Hausaufgaben. Ich rede von der parteipolitischen Einflussnahme und der Besetzung der Gremien. Dies sorgt für enormen Verdross mit Blick auf Politik und Medien. Wer den öffentlichen Rundfunk und die Landesmedienanstalt stärken will, wer sie gegen Kritik von rechts verteidigen will, der darf sie mit dieser Art der Einflussnahme nicht schwächen. Nehmen Sie davon Abstand. Das ist eine gute Empfehlung. Sie müssen sie beherzigen. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Der nächste Redner ist der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Ulrich Commerçon.

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits vor wenigen Monaten hatten wir eine sehr umfassende Debatte zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Fragestellung, wozu ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem dient. Allein an dieser Debatte und an der Diskussion in den letzten Monaten haben wir gesehen, wie wichtig es ist, dass wir ein staatsfernes, unabhängiges öffentlich-rechtliches Rundfunksystem in Deutschland und auch hier im Saarland haben. Wenn wir uns in Europa und in der Welt umschauen, können wir froh sein, dass wir dieses unabhängige, öffentlich-rechtliche, kritische, investigative und offene Rundfunksystem haben. Deswegen gilt es, in diesem Hause dafür zu streiten, dass dies auch so bleibt. Das möchte ich vorausschicken.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich bin froh, dass bei den bisherigen Debattenbeiträgen deutlich geworden ist, dass dies vielleicht nicht Konsens im Hause ist, aber zumindest von demokratischen Kräften in diesem Hause mitgetragen wird. Wie wichtig öffentlich-rechtlicher Rundfunk in diesem Land ist, welchen Stellenwert er hat, konnten wir gerade in den letzten Monaten im Zuge der Corona-Pandemie feststellen, wo zu Recht kritisch hinterfragt wird, wie Regierungen handeln. Dies tun wir als Parlament natürlich auch. Es wird auch deutlich darauf hingewiesen, dass Fake News in unserem Land keine Rolle spielen dürfen, zumindest aber kritisch hinterfragt werden müssen. Deswegen sage ich von dieser Stelle zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Rundfunk, sei es hier beim Saarländischen Rundfunk oder auch bei den anderen Rundfunkanstalten der ARD, sei es bei ZDF, beim Deutschlandradio und allen anderen, die im öffentlich-rechtlich Auftrag unterwegs sind. Ich will das im Übrigen auch um unser vielfältiges Zeitungswesen ergänzen, das wir in unserem Land haben. Wir können froh sein und es ist ein Wesensbe-

(Abg. Commerçon (SPD))

standteil unserer Demokratie, dass wir Pressefreiheit und Meinungsvielfalt in unserem Land haben. Deswegen an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die dazu beitragen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Intendant des Saarländischen Rundfunks hat es in der SPD-Medienkommission immer so gesagt. Ich glaube, ich darf das hier erwähnen, auch wenn das eine interne Sitzung gewesen ist. Er sprach vom SR immer als von der achtgrößten Rundfunkanstalt in der ARD, wo wir doch nur das sechzehntgrößte Bundesland sind. Das Saarland als kleines Bundesland ist in besonderer Weise davon betroffen. Das ist im Beitrag des Ministerpräsidenten wie auch im Beitrag der Kollegin Spaniol angekommen. Wir sind froh darüber, dass wir im Saarland eine eigene Landesrundfunkanstalt haben. Ich will mich dem Dank ausdrücklich anschließen. Professor Kleist hat in der vergangenen Woche verkündet, dass er im April des nächsten Jahres aus dem Amt ausscheiden will. Ich will mich an dieser Stelle ganz besonders bei ihm bedanken, weil er - natürlich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf dem Halberg - wesentlich dazu beigetragen hat, dass diese zweifelsohne schwierigen letzten Jahre für den Saarländischen Rundfunk unter dem Strich mit dem Erfolg gekrönt wurden, dass wir jetzt diesen Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, wie ich ihn nennen möchte, bekommen und wir damit eine Grundlage für einen neuen Finanzausgleich haben, der den Saarländischen Rundfunk und Radio Bremen besser stellt, und dass wir diese Beitragserhöhung bekommen. Von dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an Thomas Kleist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gehöre diesem Parlament seit dem Jahr 1999 an. Ich habe eben einmal nachgeschaut, denn Internet und WLAN funktionieren hier: Mein erster Rundfunkänderungsstaatsvertrag war der 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, wir sind jetzt, glaube ich, beim 21. oder 22. Wir haben jetzt keinen Rundfunkstaatsvertrag mehr, sondern einen Medienstaatsvertrag, was auch durchaus angemessen ist. Kaum ist es so weit, dass wir den Medienstaatsvertrag in Zweiter und letzter Lesung verabschieden, ist schon die Erste Lesung des 1. Medienänderungsstaatsvertrages. Ich bin gespannt, ob ich den 22. auch noch in diesem Hause erleben werde.

Es hat aber auch seinen guten Grund, dass an dieser Stelle immer wieder nachverhandelt wird. Die Medienlandschaft ist in einem radikalen und rasanten Umbruch. Wir sehen das an der Relevanz der Social-Media-Plattformen und anderen für die Meinungsbildung, insbesondere der jüngeren Generationen. Das erfordert eine umfassende Erneuerung und ständige Überprüfung der Medienordnung in

Deutschland. Ich kann es bei meinen Kindern feststellen, ich kann es aber auch bei mir selbst feststellen. Was meine Generation in der Jugend noch an linearen Angeboten gewohnt war, spielt im täglichen Leben bei Weitem nicht mehr diese Rolle. Ich weiß nicht, wer gerade auf der Regierungsbank oder von den Abgeordneten nichtlineare Angebote nutzt, aber es hat sich komplett verändert. Die Lebenswelt, auch in den Medien, ist eine völlig andere geworden. Deswegen ist es richtig, dass wir den Geltungsbereich ausweiten. Deswegen ist es richtig, dass wir neue Begriffsbestimmungen vornehmen und Vielfalt sichernde Maßnahmen ergreifen, dass wir Medienintermediäre wie Google, YouTube und so weiter einbeziehen, um auch weiterhin Desinformation vorzubeugen.

Ich sage es von dieser Stelle, liebe Kollegin Spaniol: Ja, beim Medienkonzentrationsrecht werden wir Handlungsbedarf haben. Ich vermute, das wird dann mindestens im 2. Medienänderungsstaatsvertrag sein. Ich finde, das ist gut so. Wir müssen diese Dinge kritisch hinterfragen. Deswegen an dieser Stelle ein klares Bekenntnis dazu, dass wir uns als Gesetzgeber in diesen Verhandlungen immer einschalten und einbezogen sind.

Jetzt komme ich zum Kern, was wirklich die Tragfähigkeit unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks hier im Saarland ausmacht. Das Bundesverfassungsgericht hat an vielen Stellen und in vielen Urteilen deutlich gemacht, dass es in diesem Land eine Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gibt, die gerade nicht dem Belieben der Regierungen und Parlamentsmehrheiten unterworfen ist. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es ganz deutlich: Die auskömmliche Finanzierung des Bestands und auch der weiteren Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist letztlich der unmittelbaren Politik in den Parlamenten und den Regierungen entzogen. Wir haben das zu garantieren, wir haben es nicht grundsätzlich infrage zu stellen. Deswegen gibt es unabhängige Einrichtungen wie die Kommission zur Entwicklung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die letztlich die Instanzen sind, die auf Basis der Bedarfsanmeldungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unabhängig überprüfen können. Wir haben uns das in den Parlamenten noch einmal anzuschauen, es ist aber nicht in unser Belieben gestellt, ob wir dem folgen oder nicht. Wir haben vielmehr dafür Sorge zu tragen und verfassungsrechtlich ist unser Auftrag, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch weiterhin Bestand haben wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir brauchen das für eine freie Berichterstattung und dafür, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit den Privaten mithalten können. Ich sage das ausdrücklich in Richtung der CDU in Sach-

(Abg. Commerçon (SPD))

sen-Anhalt und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von wo ich in den letzten Wochen und Monaten Töne gehört habe, bei denen ich zur harten, kritischen Reflexion anhalten möchte. Es ist eben nicht so, dass man sich darüber beschweren darf, dass irgendwo in einem öffentlich-rechtlichen Angebot etwas Kritisches gemacht wird. Natürlich darf man sich beschweren, aber daraus infrage zu stellen, ob es weiterhin öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit auskömmlicher Finanzausstattung geben soll, das darf nicht sein. Das dürfen wir alle nicht hinnehmen. Ich entnehme dem Nicken des Ministerpräsidenten, dass wir uns in der Koalition darüber einig sind.

Wir brauchen diese Beitragsanhebung. Wir brauchen den ARD-Finanzausgleich. Es ist letztlich überhaupt nicht in unser Belieben gestellt, sondern wir werden es umsetzen müssen, weil ansonsten das Bundesverfassungsgericht es tun wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage von dieser Stelle auch: Sowohl der Saarländische Rundfunk als auch Radio Bremen wie auch das Saarland sollten jederzeit vorbereitet sein für den Fall, dass es nicht zu dieser Beitragserhöhung, zur Ratifizierung dieses Staatsvertrages und nicht zum ARD-Finanzausgleich kommt. Dann müssen wir im Zweifelsfall das Bundesverfassungsrecht entscheiden lassen. Das hat es bereits an vielen Stellen getan. Ich glaube, es ist vernünftig, das heute schon an dieser Stelle zu sagen. Ich gehe aber davon aus und bin guter Dinge - ich bin eben überzeugter Parlamentarier -, dass es im parlamentarischen Verfahren gelingt, dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen zur Vernunft kommen, die das insbesondere in Sachsen-Anhalt kritisch hinterfragen. Leider ist das nicht das einzige Bundesland, es gibt auch noch andere Bundesländer, wo das so gesehen wird. Wir müssen jedenfalls Sorge dafür tragen, dass wir weiter eine auskömmliche Finanzierung haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Unsere Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten weiterhin Meinungsvielfalt und -freiheit abbilden können und dass journalistische Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Grundpfeiler unserer Demokratie weiter gestärkt werden. Ich weise an dieser Stelle auch darauf hin, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten und auch der Saarländische Rundfunk bei Weitem nicht nur Berichterstatte- rinnen und Berichterstatte- rinnen sind, sondern Teil unserer saarländischen Identität. Sie bringen das zum Ausdruck, indem sie selbst - sei es im Kulturbereich oder in anderen Dingen - Akteure in unserer Gesellschaft sind. Sie tragen damit zur Bereicherung unserer Gesellschaft bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte deswegen alle am heutigen Tag um Zustimmung in allen drei Punkten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass

es uns gelingt, damit Sorge dafür zu tragen, dass der Saarländische Rundfunk weiterhin seine Bestandsgarantie haben wird. Und das ist auch gut für den Bestand unseres Bundeslandes. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Es geht weiter in unserer Aussprache. Die nächste Wortmeldung kommt wiederum von der Opposition. Es ist immer im Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsfractionen. - Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Zuerst einmal möchte ich meinem Vorredner widersprechen. Er hat von den demokratischen Parteien in diesem Hause gesprochen. Er hat damit implizit ausgedrückt, es gebe hier auch undemokratische Parteien.

(Zuruf von der CDU.)

Ich denke, damit hat er die AfD gemeint. Das weise ich auf das Schärfste zurück. Alle Parteien, die zur Wahl zugelassen worden sind, sind staatlich daraufhin geprüft worden, ob sie demokratisch sind und ob die Aufstellung demokratisch durchgeführt wurde. Schließlich hat der Wähler entschieden, welche Partei in den Landtag kommt. Und wir sind im Landtag - als demokratische Partei!

Das Zweite ist Folgendes: Der Vorredner hat ausgeführt, dass die öffentlichen Medien, insbesondere ARD und ZDF, neutral und überparteilich und so weiter seien. Dazu muss ich feststellen, dass ich diesen Eindruck persönlich und unsere Partei betreffend nicht habe. Wir stellen, wenn wir selbst beteiligt sind, sehr oft fest, dass in der Öffentlichkeit anders berichtet wird, als die Dinge statgefunden haben. Ich möchte hiervon den Saarländischen Rundfunk aber ausdrücklich ausnehmen. Wir haben in diesem Land diese Erfahrung nicht gemacht, zumindest nicht in diesem Maße. Ich kann mit großer Freude sagen, dass ich erst in dieser Woche erfahren habe, in welcher Partei der Intendant des Saarländischen Rundfunks eigentlich ist. In seiner Arbeit ist das so nicht zum Ausdruck gekommen. Insofern sind wir da recht zufrieden.

Insbesondere sind wir auch der Ansicht, dass der Saarländische Rundfunk, der ja auch Dinge bringt, die nicht politisch sind, ein für seine Größe sehr ansprechendes Programm bietet, sowohl im Fernsehen als auch im Hörfunk.

Ich bin auch Mitglied des Rundfunkrates und habe die ganze Zeit die Schwierigkeiten gesehen, in der

(Abg. Dörr (AfD))

der Saarländische Rundfunk gesteckt hat. Deshalb habe ich mit großer Freude festgestellt, dass durch diesen Vertrag jetzt eine doch merkliche Verbesserung der Finanzsituation eingetreten ist. Das ist die eine Seite.

Es gibt aber auch eine andere Seite. Diese andere Seite heißt: Nach wie vor gibt es eine Zwangsgebühr. Das Wort Gebühr ist daher schon falsch. Der Beitrag wird zwangsweise erhoben. Er ist nicht mehr abhängig davon, ob man die Sachen nutzt oder nicht. Das halten wir nach wie vor für nicht angemessen. Das ist für uns nicht akzeptabel.

Die AfD will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten, ihn allerdings grundlegend erneuern. Diese Erneuerung hätte zur Folge, dass die bisherigen Gebühren ersatzlos entfallen. Stattdessen soll eine Informations- und Kulturumlage auf die Umsätze aus Online-Werbung und aus dem Online-Vertrieb von Unterhaltungssendungen, Filmen und so weiter - Beispiel Netflix, Amazon Prime und so weiter - erhoben werden. Das ist unser Konzept eines „Grundfunks“ - ein Wortspiel.

In der Situation, in der wir als AfD im Landtag sind, ergibt sich Folgendes. Wir wissen ja, wie die Abstimmung ausgeht. Insofern wird unser Abstimmungsverhalten keinen Einfluss darauf nehmen, ob der Saarländische Rundfunk jetzt bessergestellt ist oder weniger gut gestellt ist. Das wird mehrheitlich entschieden. Wir haben also die Gelegenheit, auf den zweiten Punkt hinzuweisen, indem wir nämlich einem Großteil der Bevölkerung hier eine Stimme geben, die diese Zwangsgebühren ablehnen. Aus diesem Grund werden wir diese Gesetzesvorlagen ablehnen. - Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:

Wir kommen nun zu einer weiteren Wortmeldung. - Für die CDU-Landtagsfraktion spricht der Abgeordnete Sascha Zehner.

Abg. Zehner (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr verehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Wenn wir heute über die drei Gesetzesvorhaben in verbundener Debatte sprechen, so bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als die Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit, die Sicherheit und die Vielfalt unserer Medienlandschaft zu schaffen. Es bedeutet, dass von der europäischen Ebene mit der AVMD-Richtlinie über die bundesdeutsche Ebene, in der sich das Konzert der Medienstaatsverträge bewegt, bis hinunter zur Novelle des Gesetzes, die hier im Saarland pandemisch bedingt notwendig geworden ist, etwas in Recht gegossen wird. Ich glaube, wir können sehr

stolz darauf sein, dass wir es hier schaffen, einen neuen Rechtsrahmen zu setzen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese drei eng miteinander zusammenhängenden Gesetzesvorhaben teilen das gemeinsame Ziel, die medienrechtliche Ordnung - man ist geneigt zu sagen endlich - an die Realitäten des 21. Jahrhunderts anzupassen. Dafür gilt mein besonderer Dank der Regierung des Saarlandes und unserem Ministerpräsidenten Tobias Hans sowie Herrn Henrik Eitel als Chef der Staatskanzlei, die - darauf komme ich später noch zu sprechen - für das Saarland und den Saarländischen Rundfunk ein großartiges Verhandlungsergebnis erzielen konnten.

Lassen Sie mich strukturiert vorgehen, wie die Tagesordnung der heutigen Sitzung die einzelnen Punkte vorgibt. Zunächst zur Zustimmung zum Medienstaatsvertrag. Ziel und Aufgabe des Gesetzes ist es, die Zustimmung des Landtages zum Staatsvertrag herzustellen, die nach Art. 95 Abs. 2 unserer Verfassung geboten ist. Dem Entwurf des Medienstaatsvertrages hat der Ministerrat in seiner Sitzung Ende Januar bereits zugestimmt. Zugleich wurde der Ministerpräsident gebeten, den Staatsvertrag zu unterzeichnen und den Landtag des Saarlandes über die beabsichtigte Unterzeichnung zu unterrichten.

Mit Schreiben von Ende Januar wurden die Fraktionsvorsitzenden im Landtag des Saarlandes über die Beratungen im Länderkreis und die beabsichtigte Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland unterrichtet. Die Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland erfolgte in der Zeit vom 14.04.2020 bis zum 28.04.2020.

Nicht zuletzt aufgrund der pandemiebedingten Lage in Deutschland besteht erst heute die Gelegenheit, dieses Gesetz in Zweiter Lesung zu debattieren und zu beschließen. Durch Artikel 1 des Staatsvertrages wird zwischen den Ländern ein Medienstaatsvertrag abgeschlossen, der den bisherigen Rundfunkstaatsvertrag ersetzt. Damit reagiert der deutsche Mediengesetzgeber auf einige grundlegende Veränderungen in der Medienlandschaft und entwickelt den Pluralismus erhaltenden und Vielfalt fördernden Rechtsrahmen der bisher vor allem rundfunkrechtlichen Staatsverträge fort.

Der Staatsvertrag dient zugleich der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.11.2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste - die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste - im Hinblick auf die sich verändernden

(Abg. Zehner (CDU))

den Marktgegebenheiten. Sie kennen die AVMD-Richtlinie.

Die Richtlinienumsetzung erfolgt in Teilen auch durch Anpassungen im Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien durch Artikel 3. Der Berichterstatter Frank Wagner hat dies vorgetragen. Damit schaffen wir durch die Überführung des Rundfunkstaatsvertrages in einen Medienstaatsvertrag den Rahmen, in dem sich das nun folgende Gesetz zum 1. Medienänderungsstaatsvertrag bewegt.

Am 20.02.2020 hat die KEF ihren 22. Bericht eingebracht, der eine Beitragserhöhung um 86 Cent auf 18,36 Euro monatlich vorschlägt. Mit dem vorliegenden Entwurf des Staatsvertrags wird dieser Vorschlag umgesetzt.

Man mag zwar über diese äußerst moderate Erhöhung debattieren. Aber vor dem Hintergrund, dass seit mehr als zehn Jahren keine Anpassung nach oben erfolgte, dass die Anpassung damit noch deutlich unterhalb der Inflationsgrenze liegt und dass insbesondere unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der Saarländische Rundfunk, einer sicheren Zukunft entgegenzusehen kann, ist sie nichts weniger als dringend geboten.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben den entsprechenden Staatsvertrag bereits im Juni 2020 unterzeichnet. Auch die notwendigen Vorunterrichtungen wurden durchgeführt. Hier gilt besonders: Damit der Staatsvertrag in Kraft treten kann, ist ein Zustimmungsgesetz des Landtages notwendig.

Medienpolitisch zentrales Thema bei den Staatsvertragsberatungen ist die Notwendigkeit einer Anpassung des ARD-Finanzausgleichs. Diese wurde nach komplexen Beratungen glücklicherweise erreicht. Auf den Saarländischen Rundfunk entfällt nunmehr - das wurde eben ausgeführt - ein Anteil von 1,8 Prozent ab 2023 statt wie bisher 1,6 Prozent der Einnahmen aus den Gebühren. Der Tag, an dem dieser Staatsvertrag in Kraft tritt, ist ein guter Tag für den Saarländischen Rundfunk und damit für uns als Bundesland insgesamt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Somit gelingt uns der Spagat zwischen einer angemessenen Finanzausstattung, einer breiten öffentlichen Akzeptanz und dem obersten Gebot der Sicherstellung der Staatsferne des Rundfunks. Diese Staatsferne bedarf der Finanzierung. Sie wird auf Dauer sichergestellt. Die CDU-Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich den 1. Medienänderungsstaatsvertrag.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der dritte Themenkomplex bezeichnet die durch die Pandemie des SARS-CoV2-Virus zutage getretenen

notwendigen Anpassungen des Medienrechts im Saarland. Obwohl es sich hier sicher um das vermeintlich unscheinbarste Gesetzesvorhaben handelt, haben wir erkannt, dass der Novellierungsbedarf für die Fälle erschwelter Tagungsbedingungen besteht. Zentrale Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sind Begrenzungen von Menschenansammlungen, Abstandsregeln und Hygieneregeln.

Diese Vorgaben betreffen auch die Arbeit der Aufsichtsgremien beim SR sowie die Arbeit des Medienrates der Landesmedienanstalt. Der Medienrat der LMS hat sich im Januar 2019 neu konstituiert und hat unter anderem die Mitglieder für den Hauptausschuss bestellt. Dieser kann gemäß § 14 Abs. 3 der Geschäftsordnung der LMS, wenn in Angelegenheiten des Medienrates eine rechtzeitige Beschlussfassung durch den Medienrat nicht stattfinden kann und eine Sondersitzung ausfallen muss, anstelle des Medienrats einen Beschluss fassen. Damit hat der Medienrat im Rahmen der Corona-Pandemie Spielräume, um den genannten Verhaltensweisen von der Begrenzung von Teilnehmerzahlen über Einhaltung von Abstandsregeln bis hin zu Hygienevorhaben zu entsprechen.

Schwieriger hat sich nach unserer Einschätzung die Situation beim Saarländischen Rundfunk dargestellt. Der Ausbruch der Corona-Pandemie fiel zeitlich mit dem Verfahren der Konstituierung des Rundfunkrats zusammen. Zentrale Maßnahmen der Selbstorganisation des Rundfunkrats und damit der Staatsferne waren angezeigt wie die Wahl der Ausschüsse und der Beschluss einer Geschäftsordnung. Diese konnten allerdings damals nicht unmittelbar durchgeführt werden. Sie sind inzwischen aber abgeschlossen, weil der Saarländische Rundfunk die Möglichkeit und die Chance hatte, hier in der Saarlandhalle zu tagen.

Es ist aber natürlich eine sehr problematische Zwischenlösung, wenn man immer eine Halle von der Größe der Saarlandhalle anmieten muss, um bestimmte Dinge zu erfüllen. Wir wissen, es gibt im Saarland genau eine Saarlandhalle und leider nicht mehr davon. Insofern müssen wir als Gesetzgeber dafür sorgen, dass eine Delegation von Aufgaben des Rundfunkrats an seine Ausschüsse stattfinden kann, die Konstituierung mit Blick auf die Arbeitsfähigkeit des Rundfunkrates des SR immer gesichert ist. Eine kurzfristige Ergänzung des Saarländischen Mediengesetzes war also angezeigt.

In einem neuen § 29a wird dazu festgestellt, dass, wenn die Durchführung einer Sitzung des Rundfunkrats aufgrund einer außerordentlichen Notlage, insbesondere einer epidemischen Lage, erheblich erschwert ist, das den Vorsitz führende Mitglied des Rundfunkrats für wichtige Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, die Beschlussfassung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren anord-

(Abg. Zehner (CDU))

nen kann. Sind Wahlen durchzuführen, so ist die Durchführung einer Briefwahl zulässig. Auch hier bewegen wir uns im Geleitzug dessen, was wir an anderer Stelle für unsere Kommunalparlamente beschlossen haben.

Saarländischer Rundfunk und Landesmedienanstalt sind ausdrücklich mit dieser Novellierung einverstanden. Es ist uns ein Herzensanliegen, dass wir gemeinsam agieren und nicht etwa über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Es ist das, was sich auch Saarländischer Rundfunk und Landesmedienanstalt vom Gesetzgeber erhoffen.

Ehe ich auf eine Zusammenfassung eingehe, möchte ich noch eine Replik machen auf die Ausführungen von Ihnen, Frau Spaniol. Die fehlende Regelung der Medienkonzentration wird durch die Staatskanzleien aufgearbeitet. Das steht ausdrücklich in der Protokollerklärung zum Medienstaatsvertrag. Dort können Sie das gerne nachlesen. Dort wird auch festgehalten, dass es eine Regelung in diesem Bereich geben wird.

Der Begriff der Telemedien ist für uns insofern unproblematisch, als wir nicht sehen, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk respektive die öffentlich-rechtlichen Medien in ihren Internetangeboten beschränken müssten. Es besteht nicht die Befürchtung von unserer Seite, dass sich ARD, ZDF und Deutschlandfunk im Internet nicht wiederfinden, im Gegenteil.

Bezüglich des EU-Rechts haben Sie angemerkt, dass es unter Umständen Kritik geben könnte. Ich verweise hier auf die Debatte im Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien, in der die Staatskanzlei ausführlich gerade zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet hat.

Die Barrierefreiheit, die Sie zu Recht angesprochen haben, ist allerdings auch wiederum Gegenstand der sehr intensiven Verhandlungen, die die Staatskanzlei in diesem Bereich führt. Mithin kann ich sagen: Hausaufgaben erledigt, die Dinge sind erfüllt oder auf dem Weg. Frau Spaniol, von daher geht die Kritik etwas ins Leere.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der Fraktionsvorsitzende Commerçon hat ausgeführt, dass es richtig und wichtig ist, dass wir als Bundesländer einheitlich agieren. Das konzidiere ich gerne. Herr Commerçon, wir stehen natürlich als Christdemokraten auch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in ständigem und engem Austausch und sind davon überzeugt, wenn wir heute eine Einigung erzielen, dass dadurch die notwendigen Impulse gesetzt werden können, um es zu schaffen, dass der Medienstaatsvertrag auf den Weg gebracht wird und - Sie sind genau wie ich ein Freund des Parlamentarismus - eine Verfassungsdebatte nicht vor Gericht entschieden werden kann.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Erstens. Es ist gelungen, die Medienaufsicht den realen Herausforderungen anzupassen, die das digitale Zeitalter mit sich bringt. Zweitens. Wir haben heute die einmalige Chance, die finanzielle und materielle Sicherheit des Saarländischen Rundfunks auf viele Jahre sicherzustellen. Der Saarländische Rundfunk ist, um Intendant Kleist zu zitieren, nicht nur Medium, sondern auch Faktor in unserer Region als Leuchtturm in einer Zeit, in der die Verlässlichkeit und Integrität des Journalismus eine Bedeutung erlangt haben wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wo, wenn nicht im für jeden Saarländer und jede Saarländerin verfügbaren Informationsangebot des Saarländischen Rundfunks besteht eine ähnliche Breite an verlässlichen und von sogenannten alternativen Fakten ungetrübte Darstellung der Nachrichtenlage? Dies allein wäre schon Grund und Argument genug, den Staatsverträgen zuzustimmen.

Drittens. Wir Christdemokraten sind der festen Überzeugung, dass dieses Bündel an Maßnahmen die Medienlandschaft im Saarland, in Deutschland und sogar europaweit ein dringend gebotenes Signal der Einheit und Geschlossenheit bedeutet. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der CDU, aber auch ganz persönlich um ein klares Signal, das hier und heute gesetzt werden kann. Ich bitte Sie alle um Zustimmung zu den Gesetzesvorhaben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen für die Aussprache vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen - es sind mehrere Abstimmungen - zunächst über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1346. Das ist der Medienstaatsvertrag. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1346 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1346 in Zweiter und letzter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Abgeordneten von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker, enthalten haben sich die Abgeordneten der LINKEN-Landtagsfraktion und die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel.

Es folgt nun die nächste Abstimmung. Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1420. Das ist die Erste Lesung der 1. Änderung des Medienstaatsvertrages. Zunächst hatten wir abgestimmt über die Annahme des Medienstaatsvertrages in Zweiter Lesung. Jetzt folgt die erste Änderung dieses soeben angenommenen Medienstaatsvertrages. Es ist die Drucksache 16/1420.

(Präsident Toscani)

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1420 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1420 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Der Gesetzentwurf ist zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien überwiesen. Zugestimmt haben die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die LINKE-Landtagsfraktion und die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel. Dagegen gestimmt haben die AfD-Landtagsfraktion und der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker.

Dritte und vorläufig letzte Abstimmung. Es ist der Gesetzentwurf Drucksache 16/1347. Es handelt sich um das Saarländische Mediengesetz. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1347 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1347 in Zweiter und letzter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel, dagegen gestimmt haben die AfD-Landtagsfraktion und der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu den Punkten 4 und 5 der Tagesordnung. Wir haben uns im Erweiterten Präsidium darauf verständigt, diese beiden Tagesordnungspunkte im Sachzusammenhang zu beraten und dann in verbundener Aussprache zu debattieren.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Corona-Pandemie (Drucksache 16/1428)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Abgeordneten Stefan Thielen das Wort.

(Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Thielen (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Heute ist Mittwoch. Ich habe heute Morgen im Radio gehört, dass Mittwoch eines der Wörter ist, die auf der Auswahlliste zum Deutschen Jugendwort des

Jahres 2020 stehen. Ich will nicht darauf eingehen, warum das der Fall ist, aber ich denke, wenn es eine Liste geben würde, welche Wörter wir Parlamentarier wählen würden, würde Mittwoch zumindest im Saarland dazugehören. Mittwoch ist unser klassischer Parlamentstag. Genauso klassisch ist mittlerweile, dass er einmal im Monat stattfindet. Ich glaube, das ist gut so, nicht, weil wir nicht gern öfter das Hochfest der Demokratie hier in diesem Hohen Haus feiern würden, sondern weil Parlamentarier sonst auch sehr viel zu tun haben. Wir sind durchaus beschäftigt, sei es in den Ausschusssitzungen, in denen wir die Regierung kontrollieren, in Anhörungen, in denen wir Themen mit Bürgern und Organisationen vorbereiten, oder mit der wichtigen Arbeit der Fraktionen, die von der Verfassung voll abgedeckt ist. Wir treffen uns zu Fraktionssitzungen und führen Arbeitskreise. All das gehört zur Arbeit der Parlamentarier dazu.

Warum beginne ich mit diesen Ausführungen die Einführung des Gesetzes der Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Corona-Pandemie? - Mir ist es an dieser Stelle wichtig, darauf einzugehen, wie Gesetze gemacht werden und was die entscheidenden Punkte dabei sind. Gesetze entstehen nicht hier an einem beliebigen Mittwoch im Monat, sondern Gesetze sind - wie der Ministerpräsident schon ausgeführt hat - das Ergebnis einer sehr intensiven Arbeit des Landtages mit der Befassung dieser Gesetze und dem Einfluss der Öffentlichkeit auf diese Gesetze. So werden Gesetze von uns ordnungsgemäß und nach ausführlicher Sacharbeit verabschiedet, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Mit der Gesetzgebung nimmt der Landtag eine Kernfunktion der parlamentarischen Demokratie wahr. Ich möchte hier nicht auf die Gewaltenteilung eingehen, aber ich glaube, es ist schon wichtig, sich bei dem anstehenden Gesetz noch einmal klarzumachen, wie die Historie und die Genese dieses Gesetzes sind. Wir haben die Regierung, die hat eine Verordnung herausgebracht und diese immer wieder angepasst oder neu aufgelegt. Es ist eine Verordnung, die sich in dem Rahmen bewegt, den das Bundesinfektionsschutzgesetz bietet. Dieses sagt den Ländern eine ganz klare Regelungskompetenz zu.

Dann haben wir den Fall, dass ein Bürger dagegen klagt hat. Das ist ein wichtiges Zeichen, um zu sehen, dass das alles, was wir als Regierung und Parlament im Rahmen der Pandemie gemacht haben, der demokratischen Kontrolle untersteht. Die Judikative oder in dem Fall der Verfassungsgerichtshof kann bei so einem Gesetz angerufen werden. Wenn man sich das Urteil noch einmal anschaut, ist es bemerkenswert, dass der Verfassungsgerichtshof die vielen Maßnahmen, die durch die Regierung verabschiedet worden sind, als gerechtfertigt und in vielen

(Abg. Thielen (CDU))

Punkten auch als verhältnismäßig ansieht, bis auf den einen Punkt, den wir jetzt mit einem Gesetz regeln. Das ist der Punkt der Kontaktnachverfolgung. Lediglich die Kontaktnachverfolgung, bei der personenbezogene Daten der Bürger benutzt werden, erfordert eine rechtliche Regelung auf Landesebene. Ich glaube, es ist ganz wichtig, sich das vor Augen zu führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es zeigt sich, dass auch in diesem Fall von der Regierung das Meiste durchaus richtig gemacht wurde. Wir müssen nur einen Fehler mit einer Korrektur beheben. Ich denke, wenn wir sehen, was in so einer Pandemie in anderen Ländern schiefgelaufen ist, können wir glücklich sein, dass es dieser kleine Fehler ist, den wir hier beheben müssen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Natürlich stelle ich ganz selbstbewusst die Frage: Hätten wir als Parlament, das die Regelungskompetenz hat, es nicht vorher erkennen müssen? - Da kann ich zum einen auf die Opposition blicken, weil Sie hier in vielen Fällen die Kontaktnachverfolgung kritisiert haben, aber eben nicht diesen entscheidenden Punkt, dass es gesetzlich geregelt werden müsste. Das habe ich nie gehört, das habe ich übrigens auch nicht vom Unabhängigen Datenschutzzentrum in den Anhörungen gehört. Ich ziehe diesen Schuh aber uns allen an. Wir blicken täglich bei der Parlamentsarbeit - normalerweise im Plenarsaal - auf die Verfassung. Wir sehen die entscheidende Norm. Wir sind nicht darauf eingegangen, dass wir ein Gesetz hätten machen müssen, um das Ganze zu tun. Wir haben die Verfassung quasi vor Augen und haben dann doch nicht den großen Regelungspunkt gesehen, der hier aussteht.

Ich denke, es ist gut, dass wir uns ausreichend Zeit nehmen. Wir haben hier frühzeitig einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem wir uns in den nächsten Wochen beschäftigen, damit wir am Mittwoch im November nach eingehender Ausschussberatung und Anhörung ein gutes Gesetz verabschieden können.

Ich möchte auf den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE eingehen, der schon im Mai und jetzt schon wieder vorgelegt wurde. Ich glaube, wenn wir uns mit diesem Gesetzentwurf näher beschäftigen, müssen wir uns genau anschauen, was dieser Gesetzentwurf regelt und wie er sich auf einer zeitlichen Linie verhalten wird. Was machen wir als allererstes? - Wir regeln das, was wirklich notwendig ist, was uns der Verfassungsgerichtshof aufgegeben hat. Das bringen wir in eine gesetzliche Norm. Das Nächste muss sein, dass wir uns genau vor Augen führen, wo weitere Regelungslücken sind, die wir direkt mit Gesetzen beheben müssen, und wo der Landtag direkt gefordert ist. Damit müssen wir uns jetzt genau beschäftigen.

Das dritte Element, das wichtig für uns sein muss, ist, dass wir langfristig schauen, wo Gefahren für unsere Verfassung sind, die durch so eine Pandemie oder ähnlich große Gefahren auf uns zukommen. Das ist der nächste Schritt. Dazu hat der Landtagspräsident schon einige Einwürfe gebracht und wichtige Debatten angestoßen. Durch die Kommission, die jetzt eingesetzt ist, wird sich das sicherlich beheben lassen.

Zunächst noch einmal zum Gesetzentwurf der LINKE, der sich auf das beziehen soll, was noch geregelt werden muss. Ich denke, bei den gesetzlichen Regelungen, die jetzt noch notwendig sind, müssen wir uns immer zwei entscheidende Fragen stellen: Bedarf es einer Regelung in Form eines Gesetzes? Müssen wir das regeln? - Die zweite wichtige Frage ist: Sollten wir das regeln? Macht das in diesem Fall wirklich Sinn? - Bei der ersten Frage müssen wir noch einmal genau auf das Urteil schauen, das der Verfassungsgerichtshof geschrieben hat. Was müssen wir hier regeln? Sind es solche Fälle wie die Pflicht zur Mund-Nasen-Bedeckung? Müssen wir sie gesetzlich normieren? Sind es andere Punkte, die noch nicht genau geklärt sind und bei denen die Gefahr besteht, dass eine Rechtsunsicherheit besteht? - Darüber hinaus auch die Frage: Müssen wir selbst noch einmal einen Blick darauf werfen? Welche neuen Verordnungen werden gemacht, in denen Dinge geregelt werden? Können wir das nicht in Gesetzesform machen? - Die zweite Frage ist für mich eigentlich noch kritischer: Sollen wir das wirklich regeln? Macht es Sinn? Verbessert es unsere Situation?

Für mich ist der zeitliche Aspekt kritisch zu sehen. Wir müssen wahrnehmen, wie die Verordnungen gestrickt worden sind, auf welcher Basis sie gestanden haben. Hier wurde meist sehr kurzfristig im Sinne des Ministerrates geregelt, was vorher in der Ministerpräsidentenkonferenz vorbesprochen worden ist. Wir müssen uns mit der Gefahr auseinandersetzen, dass das Saarland mit einer parlamentarischen Befassung einige Tage oder im Zweifelsfall einige Wochen bei der Regelung nachhinken wird. Wollen wir das? Oder wollen wir an jedem beliebigen Tag als Parlament zusammentreten und kurzfristig diese Entscheidung zur Kenntnis nehmen, wie es in Ihren Gesetzentwurf der Fall ist? - Ich bin da unsicher, das muss ich ehrlich sagen, weil ich die Gefahr sehe, dass wir in Verzug geraten. Es ist nicht nur der Verzug einer vermeintlichen Öffnung, sondern vielleicht sogar der Verzug bei einer Regelung, die notwendig ist, um die Pandemie einzugrenzen. Wir möchten uns aber wirklich mit Ihrem Gesetz beschäftigen, deswegen würde ich vorschlagen, dass wir uns zwar enthalten, aber in den Ausschüssen weiter debattieren, welche Gefahren wir bei Ihrem Gesetz sehen, was aus unserer Sicht vielleicht nicht ideal geregelt ist und was praktikabel ist. Das ist unser Vorschlag. Ich glaube, wir sollten uns damit vielleicht im Justiz-

(Abg. Thielen (CDU))

ausschuss auseinandersetzen, weil Fragen der Verfassung betroffen sind.

Für mich ist die Frage wichtig, ob das alles praktikabel ist, sowie die Frage der Normenhierarchie. Sie wollen ein Landesgesetz für eine Verdeutlichung einer Regelung, die im Bundesinfektionsschutzgesetz ist. Ich bin etwas unsicher, ob das alles so aufeinanderpasst. Das müssen wir uns wirklich genau anschauen. Ich halte das für kritisch und denke, wir verschlechtern eher die Basis der Verordnung, wenn wir das Gesetz so verabschieden, wie Sie es vorschlagen. Das sehe ich nicht als den richtigen Weg an.

Ich glaube, man muss überhaupt nicht auf den Vorschlag der AfD eingehen, das Ganze auf die Kommunen abzuwälzen. Wir haben keine Regelungskompetenz für solch ein Gesetz. Wenn doch klar gesagt wird, es muss ein Gesetz geben, kann man das nicht einfach an die Kommunen abschieben. Das halte ich für eine abstruse Lösung.

Wir müssen uns auf das Folgende konzentrieren: Wir als Parlament haben die Möglichkeit - die wir auch ausgiebig genutzt haben -, uns in den Ausschüssen wie dem Corona-Ausschuss und den einzelnen Fachausschüssen wöchentlich intensiv mit den Verordnungen auseinanderzusetzen. Wir haben es in den Fraktionssitzungen und in der Landespresskonferenz, wo die vierte Gewalt noch einmal reingespielt hat, debattiert. Wir als Parlament haben eine intensive Arbeit geleistet und alles kontrolliert. Machen wir uns jetzt so klein, dass wir eine Lösung haben wollen und sagen, dass wir es bisher nicht richtig gemacht haben? - Ich sehe das wirklich anders, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bin dafür, dass wir keine Selbstverständlichkeiten in solch ein Gesetz reinschreiben wie zum Beispiel, dass das Parlament die Regierung hören darf. Das dürfen wir sowieso, das ist unser gutes Recht und das haben wir auch gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Damit möchte ich auf einen langfristigen Punkt eingehen. Ich glaube, es ist etwas, dass wir in dieser ganzen Sache nicht außen vorlassen sollten. Die entscheidende Frage ist: Wie machen wir unsere Verfassung krisenfester? - Wir kennen alle die Auswertung, die im Bundestag entstanden ist und wo gesagt wurde, was in einer Gefahrensituation zu tun ist. Es reicht aber nicht, für die nächste Krise nur mehr Masken anzuschaffen. Wir müssen tatsächlich einen Blick auf unsere Verfassung werfen und sie für alle Krisen fest machen, die kommen können. Wenn ich jetzt noch einmal all das Revue passieren lasse, was wir erlebt haben, ist das Horrorszenario, dass wir eine Pandemie haben, die mit einem Anschlag durch einen Computervirus gekoppelt wird. Was würden wir dann machen? Wie würden wir unser

Saarland durch solch eine Krise manövrieren? - Ich glaube, das sind neue Szenarien, die sich durch die Erkenntnisse dieser Pandemie ergeben. Ich finde es super, dass der Landtagspräsident diese Kommission ins Leben gerufen hat, die sich genau mit solchen Fällen beschäftigt und einen Blick darauf wirft, wie das Parlament mit einem Notausschuss vertreten werden kann. Damit müssen wir uns beschäftigen, das ist das Wichtige.

Noch ein weiterer Punkt. Wenn man die Geschichte des Saarlandes Revue passieren lässt, kann man davon sprechen, dass wir durchaus honorige Regierungen in diesem Land hatten, die während einer Krise nie etwas Böses im Schilde geführt haben. Wir müssen aber auch da immer wieder Vorsicht walten lassen. Als Beispiel kann ich einige Länder nennen: Nordkorea und Venezuela, wo ein monatelanger Ausnahmezustand und eine monatelange Ausgangssperre verordnet wurden. Da muss ich mich immer fragen: Wird dies gemacht, um die Pandemie einzudämmen, oder hat da jemand was ganz anderes im Sinn? Möchte man vielleicht Demonstrationen eingrenzen? - Darauf müssen wir bei unserer Verfassungsreform einen Blick werfen. Ich möchte zum Schluss noch einmal Karl Poppers Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ zitieren: Wir müssen für die Freiheit planen und nicht nur für die Sicherheit, wenn auch vielleicht aus keinem anderen Grund als dem, um mit der Freiheit unsere Sicherheit zu bewahren. - Darum müssen wir kämpfen und daran müssen wir uns orientieren und das nicht nur mittwochs, sondern an allen beliebigen Tagen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Gesetz. Wir werden das andere Gesetz im Justizausschuss gerne genauer betrachten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thielen. Wir haben anfangs gesagt, dass die Punkte 4 und 5 im Sachzusammenhang diskutiert werden. Wir kommen deshalb zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Sicherstellung der parlamentarischen Kontrollfunktion bei Maßnahmen der Landesregierung aufgrund des Infektionsschutzgesetzes (Infektionsschutz-Parlaments-Kontrollgesetz - IfSPKG) (Drucksache 16/1429)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine das Wort.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich hier in dieser Halle bin, beschleichen mich nostalgische Gefühle. Ich war das letzte Mal 1998 hier. Es gab einen kleinen Unterschied: Die Bude war voller. Vielleicht war der eine oder andere von Ihnen dabei. Viele von Ihnen haben mir zum Geburtstag gratuliert. Ich bedanke mich dadurch, dass ich mich kurz fasse.

(Heiterkeit.)

Zunächst einmal zu Ihren Gesetzentwurf. Wir stimmen dem zu und entsprechen damit der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtshofes. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es bleibt eine offene Frage: Hat die Polizei weiter Zugriff? - Sie kennen die rechtliche Diskussion. In Baden-Württemberg hat Thomas Strobl, der Innenminister, erklärt, dass eine Verwendung dieser Daten durch die Polizei zur Verfolgung von Straftaten nicht zulässig sei. Insofern wäre es von Interesse, wie die Landesregierung es hier sieht. Wir glauben, dass ohnehin einige Fragen mit dieser Kontaktnachverfolgung verbunden sind.

Ich habe in den letzten Wochen oft beobachtet, wie es in den Restaurants abläuft. Es geht sehr locker zu. Sicherlich schreiben einige irgendwelche Witzadressen auf. Das ist alles bekannt. Wenn sich auch noch herumspricht, dass das von der Polizei genutzt wird, um Straftaten zu verfolgen, auch kleinere wie beim Parken oder bei Handtaschendiebstahl, besteht natürlich die Gefahr, dass noch weniger korrekte Angaben erfolgen. Ich weise nur darauf hin, es bleibt offen, wie Sie das sehen. Vielleicht können Sie noch ein Wort dazu sagen.

Der zweite Punkt ist unser Gesetzentwurf. Der Gesetzentwurf ist - Herr Kollege Thielen, um auf Ihren Beitrag einzugehen - ausdrücklich durch den Verfassungsgerichtshof selbst begründet worden. Ich zitiere aus dem Urteil: Während Verordnungen wie jene zur Bekämpfung der Corona-Pandemie bis zu ihrer Veröffentlichung im Wesentlichen im Internum der Exekutive erarbeitet, beraten und beschlossen werden und Bürgerinnen und Bürger vor vollendete und geltende Regelungen gestellt werden, gewährleistet ein parlamentarisches Gesetz die Debatte von Für und Wider vor dem Forum der Öffentlichkeit und damit ein wesentliches Element der repräsentativen Demokratie. - Das ist natürlich der Kern, denn sonst könnte man sagen, die Regierungsfaktionen haben sowieso die Möglichkeit, die Regierung zu kontaktieren. Wir debattieren auch in der Öffentlichkeit, also brauchen wir hier keine Debatte. Ich glaube, das wird dem Parlamentarismus gerecht. Das ist der Kern.

Wir haben zu Beginn gesagt, dass wir nicht an unserer Formulierung kleben. Wenn Sie bessere Formulierungen haben, bringen Sie sie im Ausschuss vor. Uns geht es um die Sache, also um die parlamenta-

rische Beratung. Bei meiner Biografie werden Sie mir abnehmen, dass ich weiß, dass Regierungen manchmal zügig handeln müssen. Deshalb haben wir im Gesetzentwurf aufgenommen, dass die Regierung sofort entscheiden kann, aber das Parlament im Nachhinein befassen muss. Der Landtag kann dann in diesem Fall korrigieren oder aufheben, sofern nicht Rechte Dritter begründet sind. Das ist eine ganz simple Formulierung, die praktikabel ist und seit Jahrzehnten angewandt worden ist. So meinen wir das. - Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu und bedanken uns, dass Sie eine parlamentarische Beratung im Ausschuss eröffnen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich eröffne die Aussprache zu den Punkten 4 und 5 der Tagesordnung. - Das Wort zur Aussprache hat nun die Abgeordnete Petra Berg.

Abg. Berg (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich ganz persönlich war es, als ich mich damals als Rechtsanwältin entschlossen habe, Politikerin zu werden, undenkbar, jemals in eine Situation zu kommen, in der ich die Grundrechte aller Menschen in unserem Land einschränken muss. Das treibt mich seit März um, das bereitet mir große Sorgen. Darüber mache ich mir sehr viele Gedanken.

Wir haben im März erlebt, dass die WHO das Infektionsgeschehen als Pandemie eingestuft hat und damit, auch wegen des hohen Infektionsrisikos und des erforderlichen Schutzes der vulnerablen Personengruppen, schnell und wirksam gehandelt werden musste. Das seinerzeit einzig richtige und wirksame Handeln bestand im Handeln der Landesregierung, zunächst durch Allgemeinverfügung, danach durch Rechtsverordnung. Das war ein Handeln der Landesregierung in Gemeinsamkeit aller Ressorts, denn damals waren Krankenhäuser betroffen, Schulen und Kitas waren betroffen, Unternehmen waren betroffen. In den Ressorts saßen und sitzen auch heute noch die Fachleute, die das damals in aller Eile regeln mussten.

Nach einem halben Jahr der Verordnung und der durch diese Verordnung auferlegten Einschränkungen für die Menschen in unserem Land ist das Infektionsgeschehen nun abgeflacht. Das Infektionsgeschehen ist zum Glück überschaubar, die ergriffenen Maßnahmen tragen Früchte. Ich darf hier aus der Ausgabe der ZEIT der vergangenen Woche zitieren: „Der Grund dafür, dass es uns vergleichsweise gut geht, ist kein kategorischer Irrtum über die Gefährlichkeit des Erregers selbst - die ist von der Wissen-

(Abg. Berg (SPD))

schaft inzwischen recht zuverlässig beschrieben worden. Die relativ entspannte Lage ist das Ergebnis harter Arbeit, solidarischer Disziplin und milliardenschwerer Investitionen.“ - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere: Wir mussten lernen, mit dem Begriff der Triage umzugehen, die in unseren Nachbarländern grausame Wirklichkeit wurde. Das bitte ich, auch im Folgenden nicht zu vergessen, insbesondere auch jene nicht, die noch immer das Geschehen leugnen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Unser Gesundheitssystem hat dieser Krise standgehalten. Das ist ein Verdienst unserer Landkreise und unserer Landesregierung, denn sie haben mit schnellen und zielgerichteten Maßnahmen im Krisenmodus ein Abflachen der Infektionskurve erreicht. Aber das Virus bestimmt immer noch unseren Alltag. Wir müssen auch das Infektionsgeschehen bei unseren Nachbarn im Auge behalten; insbesondere die neuen Zahlen aus Frankreich müssen uns Anlass zur Sorge geben.

Wir wollen auch weiterhin verantwortungsvoll mit der Situation umgehen. Das heißt für uns: So viel Freiheit wie möglich, so viel Beschränkung wie nötig. Wir verlangen dabei sehr viel von unseren Saarländerinnen und Saarländern. Ich erinnere an die Kontaktverbote, ich erinnere an die Beschränkungen innerhalb der Familien. Kinder mussten auf Schulunterricht verzichten, sie durften Kitas nicht mehr besuchen. Betriebe und Unternehmen wurden geschlossen. Es herrscht in weiten Teilen Kurzarbeit. Das Vereinsleben ist praktisch zum Erliegen gekommen. Und wir dürfen auch die Vereinsamung der Menschen in der eigenen Häuslichkeit nicht vergessen. Deshalb geht von dieser Stelle aus von ganzem Herzen ein ganz besonderer Dank an alle Bürgerinnen und Bürger, die umsichtig und besonnen in der Krise handeln, denen nicht nur die eigene Gesundheit, sondern auch die Gesundheit ihrer Berufskolleginnen, ihrer Nachbarn, ihrer Freunde, aber auch des nur zufällig beim Einkauf vorübergehenden Mitbürgers am Herzen liegt. Herzlichen Dank für diese Solidarität!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Saarländerinnen und Saarländer, die Pandemie ist noch nicht vorbei! Die Infektionszahlen können jederzeit wieder steigen, die Infektion kann jederzeit wieder aufflammen. Wir müssen uns auf langfristige Maßnahmen einstellen. Die erste Gefahrenereinschätzung, die sogenannte Einschätzungsprärogative, lag in der Stunde der Not bei der Landesregierung. Sie musste angesichts sich ständig entwickelnder wissenschaftlicher Erkenntnisse immer wieder neu handeln. In den Ministerien war, ich sagte es bereits, die Einsetzung von Krisenstäben sehr zügig möglich.

Aber: Die Einschränkung elementarer Grundrechte von hoher Intensität bedarf einer ständigen Rechtfertigungskontrolle. Je länger sie wirken, desto höher sind die Anforderungen an dieser Rechtfertigung. An Maßnahmen, die in der Stunde der Not der Exekutive einen weiten Spielraum der Risikoeinschätzung und der Prüfung der Verhältnismäßigkeit erlauben, müssen auf Dauer neue Maßstäbe angelegt werden. Jetzt ist die Stunde der Parlamente in allen Bundesländern und auch des Bundestags.

(Beifall bei SPD und CDU.)

Wir müssen über Gebote, über Verbote, über Lockerungen und über Beschränkungen zukünftig hier in diesem Parlament beraten, und zwar regelmäßig bevor sie in Kraft treten. Und wir brauchen eine stärkere Balance: Auf der einen Seite brauchen wir, ohne jeden Zweifel, die Handlungsfähigkeit der Regierung. Auf der anderen Seite benötigen wir die demokratische Legitimation der Maßnahmen hier im Parlament.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf greifen wir die Wertung des Verfassungsgerichtshofs auf, wonach die Regelung der Kontaktnachverfolgung in der Rechtsverordnung mit der Verfassung des Saarlandes nicht vereinbar ist. Dabei gilt auch hier der Grundsatz, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass kein Gesetz das Parlament so verlässt, wie es eingebracht wurde. Die Anhörung wird sicherlich noch Nachbesserungsbedarf ergeben. Insbesondere war das Unabhängige Datenschutzzentrum aufgrund der Eilbedürftigkeit bislang darauf beschränkt, eine datenschutzfreundliche Ausgestaltung der Datenerhebung und Datenübermittlung anzumahnen. Das Unabhängige Datenschutzzentrum wird jetzt in einer Anhörung dazu eine detaillierte Stellungnahme abgeben können.

In der Formulierung des Gesetzesentwurfs findet sich auch eine Ermächtigung der Landesregierung, die Kontaktnachverfolgung hinsichtlich weiterer Einrichtungen, Anlagen und Betriebe anzuordnen. Ob das auch für die Zweite Lesung so bestehen bleiben kann, dahinter setze ich mal ein Fragezeichen. Das ist ein Vorschlag der Regierung, sie wiederum zu ermächtigen. Ich denke aber, diese Begriffe des Gesundheitsministeriums sind zu unbestimmt formuliert. Es fehlt hier an einer normenklaren und bestimmten Regelung. Deshalb besteht auch hier das Risiko eines andauernden imperativen Eingriffs in der Weise, dass grundrechtsberechtigte Personen durch die Kontaktnachverfolgung davon abgehalten werden, ihre Grundrechte ausüben. Das hat der Verfassungsgerichtshof deutlich gemacht: Durch die Kontaktnachverfolgung können Menschen davon abgehalten werden, Einrichtungen aufzusuchen, Betriebe aufzusuchen. Dadurch werden sie mittelbar an der Ausübung ihrer Grundrechte gehindert. Das müssen wir prüfen, dazu ist dieses Parlament berufen. Das werden wir gegebenenfalls ändern.

(Abg. Berg (SPD))

(Beifall von der SPD.)

Sie sehen, die Kontaktnachverfolgung bedarf dringend der parlamentarischen Befassung. Das ist aber nur ein erster Schritt, der bis zum 30. November umgesetzt sein muss. Deshalb gibt es heute diesen Gesetzentwurf. Uns geht es aber um sehr viel mehr, denn wir wollen auch das Parlament in der Krise stärken. Mit einem zukünftigen Gesetz, das wir voraussichtlich im Oktober oder im November vorlegen werden, betreten wir auch ein Stück weit juristisches Neuland. Weder der Bundesgesetzgeber noch die Länderparlamente haben bislang vergleichbare Gesetze erlassen. Die zeitliche Dauer und die Intensität der einschränkenden Maßnahmen haben so sehr an Bedeutsamkeit gewonnen, dass nun das Parlament die Maßstäbe definieren muss, die für Grundrechtseingriffe dieser Art gelten.

Es hat sich zu Beginn der Pandemie bewährt, dass die Exekutive mit Rechtsverordnungen handeln konnte. Und ich möchte ausdrücklich klarstellen: Selbstverständlich wird exekutives Handeln auch weiterhin möglich sein. Im Sinne der Gewaltenteilung ist das auch völlig richtig. Dies muss aber unter Beteiligung des Parlaments und unter Kontrolle durch das Parlament geschehen. Alleine das Parlament ist der Ort, an dem das Für und das Wider der Maßnahmen transparent und öffentlich mit Sachverständigen debattiert und abgewogen werden können. Denn die von der Landesregierung erlassenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung der Pandemie betreffen alle Lebensbereiche und haben zu drastischen Einschränkungen des öffentlichen und des privaten Lebens geführt. Diese Maßnahmen wurden bislang ohne Parlamentsbefassung ergriffen. Sie müssen in der Folgezeit aber durch eine Parlamentsbefassung legitimiert werden.

Anders als in der Anfangsphase der Ausbreitung der Pandemie ist unser Gesundheitssystem gut gerüstet, die Überlastung hat sich deutlich reduziert. Gleichwohl, das muss man immer wieder sehen, werden die Einschränkungen der Bürgerrechte aber voraussichtlich noch einige Zeit anhalten. Die Menschen werden nur beschränkt ihre Grundrechte ausüben können, sich frei fortbewegen können, Orte aufsuchen können. Aus diesem Grund ist eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Regierung dringend geboten. Die grundsätzlichen und wesentlichen Entscheidungen bedürfen der Legitimation durch dieses Parlament, denn das Parlament ist das höchste Verfassungsorgan dieses Landes.

Nicht zuletzt die immer häufiger erfolgende Aufhebung einzelner freiheitsbegrenzender Maßnahmen durch Gerichte im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes bietet einen Beleg dafür, dass einige dieser Maßnahmen rechtlich fehlerhaft und unverhältnismäßig sein können. Auch deswegen ist eine stärkere Rolle des Parlaments wichtig. Wir dürfen dabei den Blick nicht nur auf das Saarland richten, son-

dern müssen auch die Situation bundesweit in den Blick nehmen, denn überall entscheiden Gerichte über einzelne Maßnahmen, und das kann auch Wirkungen hier ins Saarland haben.

In einer Hinsicht muss ich ausnahmsweise meinem Kollegen Stefan Thielen widersprechen: Der saarländische Verfassungsgerichtshof hat sich in seinem letzten Beschluss nur mit der Kontaktnachverfolgung befasst. Er hat die Vereinbarkeit der Regelungen zur Mund-Nasen-Bedeckung für mit der Verfassung vereinbar erklärt, aber bezüglich der Kontaktnachverfolgung hat er Verfassungswidrigkeit festgestellt. Liest man den Beschluss aber genau, erkennt man, dass darin noch die Verletzung weiterer Grundrechte durch Grundrechtseinschränkungen im Raum steht. Auch insoweit müssen wir handeln. Das betrifft beispielsweise die Glaubens- und Religionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Fortbewegungsfreiheit, die Freizügigkeit und die Berufsfreiheit. Sie werden durch die derzeitige Rechtsverordnung eingeschränkt. Wir wissen, dass das Oberverwaltungsgericht vielfach im Eilverfahren schon zu diesen Punkten entschieden hat. Hauptsacheverfahren stehen allerdings noch aus. Erst im Hauptsacheverfahren wird entschieden, ob es eines Gesetzes bedarf, um diese Grundrechte einschränken zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Verantwortung ist es, die Grundrechte der Saarländerinnen und Saarländer zu schützen, dabei durchaus abwägend, dass diese Grundrechtsausübung auch Schranken unterliegt. Würde beispielsweise durch die Ausübung eines Versammlungsrechts die Gesundheit anderer Menschen unverhältnismäßig gefährdet, so wäre das ein Beispiel, bei dem Schranken der Grundrechtsausübung greifen. Durch seine Gesetzgebung wird der Landtag zum zentralen öffentlichen Forum, in dem Maßstäbe, Kriterien, Bewertungsgrundlagen und ihre Verhältnismäßigkeit von den gewählten Vertreterinnen und Vertretern des Volkes öffentlich und nachvollziehbar erörtert werden. Dadurch erhalten diese Maßnahmen eine hohe Legitimation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch gerade angesichts steigender Unsicherheit in Teilen der Bevölkerung geboten, um Extremisten und Verschwörungstheoretikern den Nährboden zu entziehen! Das Parlament ist der Ort, an dem breit unter Einbindung von Interessenvertretern und Sachverständigen diskutiert wird. Damit haben die Menschen in unserem Land auch die Möglichkeit, sich über Sinn und Zweck der Maßnahmen und auch über deren Hintergründe zu informieren. Die Anhörungen sind allesamt öffentlich, auch die Bevölkerung kann an ihnen teilnehmen. Gerade in diesen Zeiten muss doch der Parlamentarismus gestärkt werden! Diesbezüglich werden wir hier im Land in kurzer Zeit eine Vorreiterrolle übernommen haben.

(Abg. Berg (SPD))

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Gesetzesentwurf der LINKEN: Dieser Gesetzesentwurf wurde am 13. Mai schon einmal eingebracht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde diesen Gesetzesentwurf nicht in Bausch und Bogen verwerfen. Nein, denn die Zielrichtung, Herr Lafontaine, das Parlament zu stärken, diese Zielrichtung ist richtig. Seinerzeit, in Ihrer Rede am 13. Mai, hatten Sie auf die Gemeindeordnung verwiesen. Das ist nach meiner Ansicht falsch, denn die Regelungen, die für kommunale Parlamente gelten, sind nicht auf den verfassungsrechtlichen Parlamentarismus übertragbar.

Und um Ihre Frage betreffend den Zugriff der Polizei auf die Kontaktdaten zu beantworten: Wir haben dazu im Innenausschuss Berichte des Innenministeriums und auch der Staatsanwaltschaft gehört. Durch ein Gesetz zur Kontaktnachverfolgung können wir Bundesrecht nicht brechen, wir können damit die Regelungen der Strafprozessordnung nicht verwerfen. Die Regelungen der Strafprozessordnung gehen vor, die strafprozessualen Maßnahmen der Beschlagnahme von Listen sind weiterhin möglich; ich möchte allerdings auch auf das Bestehen eines Richtervorbehalts verweisen. Das können wir also durch unseren Gesetzesentwurf nicht regeln. Inwiefern die Verhältnismäßigkeit gegeben ist - Sie erwähnten das Beispiel des Handtaschendiebstahls - und was wir dazu regeln können, das sollten wir in der Anhörung noch einmal klären.

Die Beteiligung des Parlaments ist in einer bestimmten Form möglich. Da das Gesetz aber substantielle Grundrechtseingriffe legitimieren muss, muss es auch hinreichend bestimmt sein und darf die betroffenen Grundrechte nicht völlig unerwähnt lassen. Dies fehlt in Ihrem Gesetzesentwurf.

Unsere Landesregierung wird durch das Bundesgesetz ermächtigt, diese Rechtsverordnung zu erlassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, dieser rechtsstaatliche Grundsatz der Formenstrenge - ich weiß, das wird jetzt etwas juristisch, das muss aber an dieser Stelle sein, um das zu erklären - verbietet es uns, durch Rechtsverordnung zu handeln. Wir können durch ein parlamentarisches Gesetz handeln, das die Rechtsverordnung der Landesregierung aufhebt. Wir können aber nicht einseitig die Rechtsverordnung der Regierung aufheben. Das wäre eine Verletzung des Gewaltenteilungsprinzips. Dem saarländischen Landtag bleibt es aber unbenommen, die Rechtsverordnung der Landesregierung obsolet werden zu lassen, indem er ein Gesetz erlässt. Wir können also eine Rechtsverordnung nicht in Teilen ändern, wir können aber quasi ein Gesetz darüberlegen, das diese Rechtsverordnung ersetzt.

Angesichts des Gesagten werden wir Ihrem Gesetzesentwurf heute nicht zustimmen. Wir werden uns aber enthalten, da uns das Ziel eint und damit

Ihr Entwurf auch im Ausschuss beraten werden kann.

Unser Gesetzesentwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen, den wir bald vorlegen werden, wird wohlabgewogen und durchdacht sein, auch in der Diskussion mit allen Fraktionen. Sie sind herzlich eingeladen, daran mitzuarbeiten, dass das Parlament hier im Saarland eine Vorreiterrolle einnehmen kann. In Zukunft wird das Parlament als Vertretung der Menschen in unserem Land die Exekutive reglementieren, nicht länger die durch die Bürgerinnen und Bürger mit den Fragen befassten Gerichte. Es gab zwei Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes. Mit dem ersten Beschluss wurden die Regelungen zum Verlassen der eigenen Wohnung aufgehoben, ebenso die Regelungen zum Verweilen im öffentlichen Raum. Grundrechtseingriffe, die sehr scharf waren, wurden damit korrigiert. Vor zwei Wochen erging der zweite Beschluss, der die Kontaktnachverfolgung betrifft. Zukünftig wird das Parlament Derartiges regeln, nicht mehr die Gerichte. Das ist uns sehr wichtig.

Zusammenfassend, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man sagen, dass es um einen Dreiklang geht: Zunächst kommt der heutige Gesetzesentwurf zur Regelung der Kontaktnachverfolgung, er muss bis zum 30. November umgesetzt sein. Zweitens werden wir ein Gesetz zu stärkeren Kontrollmöglichkeiten des Parlaments in Krisenzeiten vorlegen, insbesondere auch hinsichtlich der Grundrechtseingriffe durch Rechtsverordnungen. Der dritte Schritt wird darin bestehen, die Verfassung dahingehend zu ändern, dass unser Parlament in Krisenzeiten nicht in Vollbesetzung in Präsenz tagen muss. So sieht das derzeit unsere Verfassung vor, anders ist es für den Bundestag geregelt: Dort konnte man durch Änderung der Geschäftsordnung die angepasste Regelung erreichen. Hier im Land müssen wir dafür aber zunächst auf Verfassungsebene tätig werden. Diese drei Schritte werden wir also gehen, und ich hoffe, gemeinsam mit allen Fraktionen in diesem Haus.

Lassen Sie mich mit einem Zitat des klugen Königs Salomon schließen: Wo es an Beratung fehlt, da scheitern die Pläne, wo viele Ratgeber sind, da gibt es Erfolg. - Hier in diesem Parlament gibt es viele Ratgeber. Lassen Sie uns gemeinsam diese Gesetzgebung zu einem erfolgreichen Abschluss bringen! - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Müller (AfD).

Abg. Müller (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Ersten Lesung dieses Gesetzes zur Kontaktnachverfolgung möchte ich die zunehmenden Zweifel an der Angemessenheit der Maßnahmen zum Ausdruck bringen. Die massenhaften Demonstrationen dazu sollte man nicht deshalb abtun, weil auch seltsame Gestalten daran teilnehmen. Bei der Bearbeitung der täglichen Berichterstattung über die weitere Entwicklung werden die täglich neu festgestellten Infektionen bekannt gegeben. Die können steigen oder fallen, je nachdem, wie viel getestet wird.

Genau das hat ja schon einmal vor einigen Wochen zu Ärger mit Luxemburg geführt. Weil die Luxemburger viel in relativ kurzer Zeit getestet haben, wurden dort auch relativ viele Infektionen festgestellt. Man hat gemeint, das ist ein sogenannter Hotspot, hier müssen wir gleich wieder die Grenze schließen. Dieser Ärger ist zum Glück schnell ausgeräumt worden, ganz einfach, weil man erkannt hat, wegen vielen Tests sind auch viele Infektionen aufgefallen.

Aussagekräftiger ist die Entwicklung der Todesfälle, und die ist stark abnehmend. Am 16.04. gab es deutschlandweit 315 gezählte Corona-Tote an einem Tag, das war die höchste Zahl. Seitdem nimmt diese Zahl ständig ab. Seit Anfang Juli ist sie täglich meistens nur noch einstellig, vorgestern, am 14.09., war noch ein Todesfall zu vermelden. Im Saarland hat es seit Wochen keinen Todesfall mehr gegeben. Das Alter der Gestorbenen liegt bei 80 Jahren, alle hatten Vorerkrankungen.

Diese Empfehlung, bei der Statistik einen Schwerpunkt auf die Todesfälle, und nicht auf die Infektionen zu legen, stammt von Professor Werner Sinn, der sich in statistischen Dingen sicher recht gut auskennt. Das Verhalten der Leute hat also offenbar gewirkt. Man gibt sich nicht mehr die Hand, man umarmt sich nicht mehr und man hält Abstand.

Umso notwendiger ist es, bei weiteren Maßnahmen die Verhältnismäßigkeit zu wahren, da es ja auch um wesentliche Grundrechte geht. Dazu gehört, dass die Kontaktdaten, soweit irgend möglich, nur an Gesundheitsämter weitergegeben werden, wenn es denn einen entsprechenden Verdachtsfall gibt. Weitergehende bundesrechtliche Rechte sollten durch die Polizei möglichst sparsam genutzt werden, nicht aus Misstrauen gegenüber der Polizei, sondern um nicht ein Misstrauen in der Bevölkerung wachsen zu lassen gegen möglichen übermäßigen Datengebrauch.

Was den Gesetzentwurf der LINKEN betrifft, so finden wir den recht akzeptabel, allerdings stolpere ich über den letzten Satz, besser gesagt über den letzten Halbsatz. Da heißt es: Der Landtag kann die Verordnung aufheben. - Ja, das muss er können. Wie das dann gesetzestechnisch geht, Frau Berg, ist eine Sache, die man sicher regeln kann. Aber

dann geht es weiter: Der Landtag kann die Verordnung aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer durch die Ausführung der Anordnung entstanden sind. - Das halte ich doch für etwas problematisch. Wenn man böswillig sein will, könnte man sagen, ein solches Entstehen weitergehender Rechte ließe sich auch provozieren. Das sollte man einfach weglassen. Aber in der weiteren Beratung wird darüber sicher noch gesprochen werden können.

Die AfD spricht sich daher für beide Gesetzentwürfe aus und damit für die weitere Beratung. - Ich danke Ihnen!

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat Alexander Funk, der Fraktionsvorsitzende der CDU.

Abg. Funk (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vieles zu dem Gesetzentwurf gesagt worden. Ich versuche, das noch einmal zusammenzufassen und zu strukturieren. Zum einen möchte ich eines ganz deutlich betonen: Die Rechtsverordnungen, die in den letzten Monaten durch die Landesregierung verabschiedet wurden, waren demokratisch legitimiert. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass das auf Grundlage eines Infektionsschutzgesetzes erfolgt ist, das 2001 im Bundestag beraten wurde und damit den Behörden die Möglichkeit gibt, diese Verordnungen zu machen, und zwar zum Schutz der Bevölkerung!

(Beifall von der CDU.)

Selbstverständlich hat die Landesregierung das Parlament jederzeit informiert. Ich darf daran erinnern, dass der Gesundheitsausschuss wöchentlich getagt hat, wöchentlich über diese Rechtsverordnung informiert wurde und dass jeder Abgeordnete auch seine Fragen stellen konnte. Wenn jetzt darüber gesprochen wird, die Rechte des Parlaments zu stärken, bin ich als überzeugter Parlamentarier sofort dafür, aber, wie der Kollege Thielen gesagt hat, es muss dann auch substantiell sein.

Grundsätzlich haben wir als gewählte Parlamentarier, als Landtag jederzeit jede Möglichkeit, alle Regelungen zurückzunehmen. Wir haben die Möglichkeit, im Extremfall eine neue Regierung zu wählen, wir haben die Möglichkeit, nicht die Rechtsverordnung außer Kraft zu setzen, aber durch neue gesetzliche Regelungen dies zu beschließen. Insofern haben wir alle Rechte und selbstverständlich konnte das Parlament jederzeit tagen. Insofern müssen wir über diese Frage, wie wir die Rechte des Parlamentes stär-

(Abg. Funk (CDU))

ken können, durchaus diskutieren, aber ich sage noch einmal, das muss dann auch substantiell sein.

Jetzt hat der Verfassungsgerichtshof an einem Punkt - in der Tat schon der zweite - der aktuellen Rechtsverordnung Bedenken geäußert, es geht um die Kontaktnachverfolgung. Er hat nicht gesagt, das ist nicht zweckmäßig, ganz im Gegenteil, sondern ein solcher Grundrechtseingriff muss in einem Parlament öffentlich debattiert werden, es muss das Für und Wider abgewogen werden, es muss geklärt werden, wer die Daten erhebt, wie sie geschützt werden und wer am Ende darauf zugreifen darf.

Hier, Herr Kollege Lafontaine, haben Sie die Frage gestellt, wie das mit dem Zugriffsrecht der Polizei ist. Natürlich werden wir auch das im Rahmen einer Anhörung ausführlich diskutieren, aber ich darf an der Stelle sagen, dass auch hier ein Bundesgesetz, nämlich die Strafprozessordnung, eigentlich schon eine Vorgabe macht. Selbst unsere Datenschutzbeauftragte hat dazu geschrieben, und ich darf zitieren: „Ebenso ist uns natürlich auch bewusst, dass die Strafprozessordnung den Zugriff auf die Corona-Gästelisten erlaubt und auch grundsätzlich keine Beschränkung auf schwere Straftaten vorsieht.“ - Auch das muss in diesem Zusammenhang erwähnt und berücksichtigt werden.

Insofern teile ich das, was Kollegin Berg gesagt hat, wie jetzt das weitere Vorgehen ist. In einem ersten Schritt werden wir das tun, was uns der Verfassungsgerichtshof aufgetragen hat, nämlich die Kontaktnachverfolgung öffentlich zu debattieren, das Für und Wider abzuwägen. Daher der heutige Gesetzesentwurf.

In einer zweiten Stufe werden wir darüber debattieren, wie ein solches zukünftiges Corona-Gesetz auszusehen hat, das heißt, welche Bestimmungen in der Rechtsverordnung eignen sich, dass man sie gesetzlich regelt, sprich, dass sie längerfristig Bestand haben und nicht alle 14 Tage geändert werden müssen? Denn das ist ja gerade der Vorteil einer Rechtsverordnung, dass man schnell reagieren kann. Ich darf nur einmal daran erinnern, als darüber gesprochen und diskutiert wurde, ob jetzt die Kontaktbeschränkung so weit aufgeweicht wird, dass sich wieder fünf Menschen treffen dürfen. Das Parlament hätte noch wochenlang darüber diskutiert, ob wir jetzt vier oder sechs Personen zulassen, da war die Rechtsverordnung schon bei 20 Personen. Insofern muss man in einer solchen Krise, die besondere Maßnahmen erfordert, natürlich auch flexibel sein, aber alles, was langfristig geregelt werden kann, werden wir dann in einem Corona-Gesetz regeln.

Dann muss, und das halte ich für den noch wichtigeren, noch entscheidenderen Punkt, um ein handlungsfähiges Parlament zu haben, die dritte Stufe kommen, nämlich die Frage: Wie sieht ein Pandemiegesetz aus? Wie ist der saarländische Landtag

auch in Zukunft handlungsfähig, auch wenn das halbe Parlament beispielsweise in Quarantäne ist? Darüber müssen wir uns gemeinsam Gedanken machen, dazu hat der Landtagspräsident eine Kommission eingerichtet und darüber werden wir diskutieren und die notwendigen Maßnahmen auf den Weg bringen.- Vielen Dank!

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. - Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker. Sie haben 3 Minuten.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in den 3 Minuten ganz kurz noch auf einige Aspekte eingehen. Zunächst, Frau Kollegin Berg, wird selbstverständlich die Gefährlichkeit des Virus heute anders eingeschätzt, als das zu Beginn der Krise der Fall war. Ich erinnere nur daran, dass unsere Medien im Mai darüber berichtet haben, dass Forscher der Universität des Saarlandes in diesem Cosim-Programm ermittelt haben, dass bis zu 60.000 Saarländer durch die Maßnahmen der Landesregierung vor dem Tode bewahrt wurden. Auch der Herr Ministerpräsident hat in der letzten Sitzung bestätigt, dass er diesen Forschern selbstverständlich vertraut. Nur kurz zwei Zahlen dazu: 60.000 Menschen sind 6 Prozent aller Saarländer, das bedeutet also, die Landesregierung hat mit ihren Maßnahmen 6 Prozent aller Saarländer vor dem Tode bewahrt. Ich glaube, diese Aussage würde heute niemand mehr so treffen.

Dann noch zu einem Punkt, den der Kollege Thielen hervorgehoben hat. Er hat insbesondere die Gewaltenteilung noch einmal betont. An diesem Punkt sollten wir uns vielleicht noch einmal kurz vor Augen führen, wie wir jetzt zu diesem Gesetzesentwurf gekommen sind. Der Verfassungsgerichtshof hat einen einzelnen Aspekt der Verordnung verworfen, daraufhin hat die Landesregierung gemäß Medienberichten in der vergangenen Woche einen Beschluss gefasst, der eine Formulierungsempfehlung für den Landtag für diesen Gesetzesentwurf enthält.

Nun muss ich ehrlich gestehen, dass nicht nur ich an dieser Stelle erheblich irritiert bin, was genau diese Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive betrifft. Vertraut denn die Landesregierung diesem Haus nicht insoweit, dass wir selbst in der Lage sind, einen entsprechenden Entwurf zu erarbeiten? Um diese Irritation zu beheben, wäre es vielleicht für die Zukunft angebracht, dass die fünf Minister, die auch gleichzeitig Abgeordnete sind, diesen Gesetzesentwurf als Abgeordnete selbst einbringen, dann wäre vielleicht diese Irritation beseitigt.

(Abg. Hecker (fraktionslos))

Was den Gesetzentwurf der LINKEN betrifft, habe ich bereits im Mai im Wesentlichen zugestimmt, das werde ich heute auch genauso tun, nur mit dem Unterschied, dass ich es damals für die Fraktion getan habe und heute nur für mich.- Vielen Dank!

Vizepräsidentin Ries:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1428, das ist der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1428 in Erster Lesung einstimmig angenommen wurde mit den Stimmen aller Fraktionen und der beiden fraktionslosen Abgeordneten.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1429, das ist der Gesetzentwurf der DIE LINKE-Landtagsfraktion. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1429 in Erster Lesung einstimmig angenommen wurde. Zugestimmt haben die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Ensich-Engel und Lutz Hecker, enthalten haben sich CDU- und SPD-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Stärkere finanzielle Unterstützung zum Schutz und der Pflege des privaten und öffentlichen Waldes im Saarland (Drucksache 16/1427)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Ulrich Commerçon das Wort.

Abg. Commerçon (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Saarland ist mit rund 36 Prozent der Landesfläche an Laub-, Nadel- und Mischwäldern eines der waldreichsten Bundesländer. Der saarländische Staatswald wird bereits seit Ende der Achtzigerjahre naturnah bewirtschaftet, die Reihe geht bei den zuständigen Ministern von Hajo Hoffmann bis Reinhold Jost. An dieser Stelle ein ganz, ganz herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums, des SaarForst Landesbetriebes, damals war es übrigens das Wirtschaftsministerium, denn Hajo Hoffmann war Landwirtschaftsminister und auch zuständig für den Wald. Es ist also gute Tradition, dass wir den Wald in besonderer Weise in diesem Land schützen, und ich glaube, wegen dieser besonderen Tradition sind wir, was das Thema Waldbewirtschaftung angeht, auch bundesweit nicht nur beachtlich, sondern in einer Spitzenposition. Deswegen ein herzliches Dankeschön all denjenigen, die das in den letzten Jahrzehnten nach vorne gebracht haben!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich glaube, es gibt im Hause eine hohe Übereinstimmung, dass wir unseren Wald schützen und unterhalten müssen. Dennoch ist es häufig so, dass umweltpolitische Anträge meist am Ende der Tagesordnung der Plenarsitzungen behandelt werden. Deshalb bekommen sie nicht die nötige Aufmerksamkeit. Dies ist einer der Gründe, nicht nur, weil ich selbst einmal walddolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gewesen bin, bevor Anke Rehlinger mir diese Funktion quasi entrissen hat - -

(Zuruf von Ministerin Rehlinger. - Heiterkeit bei der SPD.)

Das ist also einer der Gründe, warum ich überzeugt davon bin, dass wir aufpassen müssen, dass diese umweltpolitischen Themen eine größere Rolle spielen und auch die nötige Aufmerksamkeit der gesamten Regierung bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt große Einmütigkeit darüber, welche Funktionen der Wald erfüllt. Die Nutzfunktion, Schutzfunktion und die Erholungsfunktion sind uns allen bekannt. Die Erholungsfunktion war im Übrigen für viele Menschen in der Corona-Pandemie besonders von Bedeutung, denn sie waren darauf angewiesen, wenigstens mal ein paar Stunden im Wald zu verbringen. Allein dafür lohnt es sich schon.

Ich will aber noch einen anderen Punkt ansprechen, der zunehmend von Bedeutung ist und bei dem ich ein bisschen die Befürchtung habe, dass er in der Corona-Pandemie und in der Diskussion darüber in der öffentlichen Wahrnehmung ins Hintertreffen geraten ist. Der Wald hat auch eine ganz besondere

(Abg. Commerçon (SPD))

Bedeutung und Funktion, wenn es darum geht, gegen den Klimawandel vorzugehen. Wer dem Klimawandel begegnen will, muss den Wald schützen. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Das waren wir eigentlich schon, aber ich habe wie erwähnt den Eindruck, dass es in den letzten Monaten in der öffentlichen Wahrnehmung ein bisschen ins Hintertreffen geraten ist. Deswegen bin ich froh, dass wir das Thema zumindest einmal über Mittag diskutieren. Ich halte das für einen wichtigen Punkt.

Bei den Bemühungen, einen wunderbaren Antrag zustande zu bringen, ist mir beim Korrekturlesen eben noch etwas aufgefallen, von dem ich nicht weiß, wie wir es beheben können. Im Laufe der Debatte wird das aber sicherlich gelingen. Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Antrag zitieren und gleich einen Korrekturvorschlag machen. Dort steht völlig zu Recht: „Unser Wald ist ein komplexes Ökosystem, in dem die einzelnen Elemente in vielfältigen Wechselwirkungen und Beziehungen zueinander stehen. Wälder beeinflussen sowohl das lokale und regionale Klima als auch das lokale Klima in wesentlicher Weise.“ - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist allen Beteiligten klar, dass es zumindest an einer Stelle „global“ heißen muss. Ich schlage also vor zu schreiben: „Wälder beeinflussen sowohl das globale und regionale Klima als auch das lokale Klima...“, denn darum geht es doch im Kern, dass der Wald eben auch die Funktion hat, global zu wirken. Dazu leisten wir einen überdurchschnittlichen Beitrag in diesem Lande. Der Wald in diesem Land sorgt dafür, dass in hohem Maß CO₂ gespeichert wird, was enorm wichtig ist für das Klima in dieser Welt. Deswegen müssen wir einen Weg finden, wie wir das in Ordnung bringen. Zumindest in redaktioneller Hinsicht bekommen wir das auch hin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag hat einige Forderungen. Ich will diese Forderung nicht im Einzelnen aufzählen. An zwei Stellen will ich allerdings besonders betonen, dass wir uns kräftig anstrengen müssen und dass wir als Parlament die Regierung und insbesondere den Umweltminister unterstützen müssen. Es heißt im Antrag nämlich, dass wir uns beim Bund dafür einsetzen müssen, dass die Fördermittel für den deutschen Wald anteilmäßig auch für den Staatswald zur Verfügung stehen müssen. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass wir das endlich hinbekommen. Es kann nicht so sein, dass nur die Privatwaldbesitzer davon profitieren. Es wäre nachgerade absurd, wenn wir in einer Situation wären, in der wir einen hohen Staatswaldanteil haben und ihn naturnah bewirtschaften, dafür aber keine Unterstützung vorhanden ist. Deswegen will ich auf diese Forderung besonderen Wert legen. Das Gleiche gilt in ähnlicher Weise auch, wenn es darum geht, den Bund darum zu bitten, die Übertragbarkeit von Mitteln aus der

GAK zu erleichtern. Ich glaube, auch das ist selbstverständlich.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Ich habe erwähnt, dass wir schon lange auf eine naturnahe und klimastabile Waldwirtschaft setzen. Wir bauen auch weiter unsere Spitzenstellung beim ökologischen Landbau aus. Auch da ist das Saarland vorbildlich. Ich habe mir noch einmal angeschaut, was wir kurz vor der Corona-Pandemie diskutiert haben. Im Dezember 2019 haben wir in einer Klausurtagung der saarländischen Landesregierung mit den Koalitionsfraktionen auch folgende Sätze vereinbart: Wir wollen Vorbild werden für nachhaltiges Leben und Wirtschaften. Dieses Ziel wollen wir binnen zehn Jahren erreichen. Das Prinzip der Nachhaltigkeit soll in der saarländischen Landesverfassung verankert werden. - Ich habe großes Verständnis dafür, dass wir im letzten halben oder dreiviertel Jahr darüber nicht intensiv diskutiert haben. Ich glaube aber und bin überzeugt, dass wir hierzu in der Pflicht sind, gerade im Zuge der Corona-Pandemie.

Ich habe im saarländischen Parlament schon an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass die Corona-Pandemie bestimmte Ursachen hat. Dass dieses Virus auf den Menschen übertragen wurde, hat seine Ursache gerade auch darin, dass wir mit unserer Welt und unserer Erde nicht sorgsam genug umgehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sind wir hier im Saarland als Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch in der Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeit in unsere Verfassung aufgenommen wird. Wir können in dieser Sache leider nicht mehr das erste Bundesland sein, denn es gibt bereits zwei Bundesländer, die diesen Weg gegangen sind. Ich glaube aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns sputen, das noch hinzubekommen. Hier haben wir ein bisschen Nachholbedarf. Wenn man ihn aber erkennt, kann man entgegenwirken.

(Beifall von der SPD.)

Wir haben auch darüber diskutiert, eine Enquete-kommission einzurichten. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, das noch in dieser Legislaturperiode zu tun. Das muss abgewägt werden. Es hatte ja gute Gründe, dass wir es im Dezember 2019 vereinbart haben. Bei der Frage, ob wir das noch schaffen, sollten wir aber ehrlich zueinander sein. Ich glaube jedoch, das Thema Klimaschutzmanager und -managerin sollten wir noch angehen. Denn auch das hatten wir vereinbart.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass wir gute Gründe haben, uns im Saarland als Vorreiterinnen und Vorreiter beim Thema Nachhaltigkeit einzuschätzen. Es ist notwendig, dass wir umweltpolitische Themen in Zukunft noch stärker in unseren Fo-

(Abg. Commerçon (SPD))

kus als Parlament bringen. Im Übrigen sage ich, dass Nachhaltigkeit gerade nicht nur Umweltpolitik heißt. Dazu stehe ich ganz klar. Es reicht nicht, nur für die Umwelt etwas zu tun. Nachhaltigkeit bedeutet, nachhaltig zu wirtschaften, zu konsumieren und nachhaltig im sozialen Bereich zu sein. Deswegen ist es mir wichtig, dass wir unsere Verfassung an dieser Stelle neu justieren und sagen, wir bekennen uns dazu, dass Nachhaltigkeit ein Prinzip der Politik in diesem Lande sein muss. Wir dürfen nicht länger warten und wichtige Debatten auf die Zukunft verschieben. Zukunft gestalten wir jetzt. Deswegen müssen wir auch jetzt handeln. Ich bitte Sie deswegen um Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen, aber auch um eine rege Debatte zu dem Thema, wie wir auf schnellem Wege Nachhaltigkeit in unsere Verfassung aufnehmen können. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Ralf Georgi von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es ist unbestritten, Wälder sind wichtig im Kampf gegen Artenschwund und Klimawandel, sie sind unverzichtbar für den Grundwasserschutz. Wälder reinigen die Luft, produzieren Sauerstoff und dienen als Kohlenstoffspeicher. Sie sind ein bedeutender Lebensraum für Tiere und Pflanzen und sie haben auch eine wichtige Erholungsfunktion für unsere Bevölkerung. Das „Waldbaden“ ist gerade in der Corona-Krise wieder sehr in Mode gekommen.

Mit 86 Prozent bewaldeter Fläche gehört das Saarland zu den walddreichsten Bundesländern. Der Wald hat vor allem auch eine wichtige Erholungsfunktion für unsere Bevölkerung und ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanze. Daher wurde auch vor über 30 Jahre im Saarland nach dem Prinzip der naturnahen Waldwirtschaft gewirtschaftet, ohne Einsatz von Chemie. Der Anteil von Laubbäumen ist mittlerweile im Bundesvergleich top, etwa dreiviertel des saarländischen Waldes sind Laubbäume.

Wir sind uns also einig: Der Wald muss geschützt werden! Er ist kein Industriebetrieb, mit dem man möglichst viel Profit machen sollte, sondern er hat zentrale Bedeutung für uns alle. Deshalb ist es auch gut, wenn der Bund Geld zur Verfügung stellt für die Forstwirtschaft, allerdings kann es nicht sein, dass dieses Geld nur für Privatwälder fließen soll. Der Staatswald darf nicht leer ausgehen. Er ist viel bedeutender. Deshalb unterstützen wir den vorliegenden Antrag. Ja, die Landesregierung sollte sich beim

Bund dafür einsetzen, dass die geplanten Fördermittel auch für den Staatswald fließen und dass die vielfältigen Ökosystemleistungen des Waldes für alle Waldbesitzer dauerhaft honoriert werden.

Kolleginnen und Kollegen, öffentliches Geld sollte es aber wirklich nur dann geben, wenn nachhaltig und naturnah gehandelt wird und wenn der Wald eben keinen Wirtschaftsbetrieb darstellt, der möglichst immer mehr Profit erbringen muss. Die Zukunft des deutschen Waldes ist ein naturnaher Wald, in den wir seltener und behutsam eingreifen. Nur noch einzelne Bäume und Baumgruppen werden geerntet, möglichst schonend für Boden und Tierwelt. Einige Bäume dürfen sogar so alt werden, dass sie natürlich sterben können, hat Greenpeace gefordert.

Leider sind wir davon weit entfernt. 87 Prozent des Landes und 88 Prozent des Kommunalwaldes im Land werden herkömmlich forstwirtschaftlich genutzt. Nur 4,7 Prozent des Staatswaldes sind als Naturwaldzellen ausgewiesen und kein einziger Wald als Schutz- oder Erholungswald. Ja, das Saarland gehört zu den walddreichsten Bundesländern, leider ist aber die Hälfte des Waldes jünger als 60 Jahre und der Bestand an alten Bäumen viel zu gering. Luftverunreinigung und Hitze setzen dem Wald schwer zu. Dazu kommen Extremwetterlagen infolge des Klimawandels wie die langanhaltende Dürreperiode und ein Orkan wie Sabine im Februar dieses Jahres, von dem vor allem der Norden des Saarlandes betroffen war. Insgesamt sind 5.000 m³ Sturmholz angefallen, besonders die durch den Borkenkäfer befallenen Fichten wehte es einfach um.

Geschlossene Waldflächen werden aber leider auch aus anderen Gründen zerstört, etwa für den Bau riesiger Windkraftanlagen. Wenn auch hier und da wieder neue Bäume gepflanzt werden, so sind das doch keine geschlossenen Waldflächen mehr. Naturnah ist es auch nicht. Der Lebensraum für viele Tiere, vor allem für geschützte Wildvögel wird gestört, alte Bäume kann keiner einfach so durch junge ersetzen.

Meine Damen und Herren, ja, es ist höchste Zeit für einen konsequenten Umbau unserer Wälder mit naturnaher Bewirtschaftung. Dieser Umbau kostet natürlich Geld. Ja, die vom Bund geplanten Fördermittel sollten auch dem Staatswald zur Verfügung stehen - für genau definierte Ziele einer umwelt- und naturgerechten ökologisch nachhaltigen Nutzung unseres Waldes. Uns muss grundsätzlich klar werden, dass ein Wirtschaftssystem, das auf immer mehr Produktion, Absatz und Konsum setzt, mit dem Schutz von Umwelt, Klima und Wäldern nicht vereinbar ist.

(Beifall von der LINKEN und von der Abgeordneten Ensch-Engel (fraktionslos).)

Wir hätten uns gewünscht, dass im vorliegenden Antrag noch umweltfreundlichere und Wald und Boden schonendere Holz- und Ernteverfahren festgeschrie-

(Abg. Georgi (DIE LINKE))

ben worden wären. Wir sollten auf sanfte Betriebstechniken mit reduzierten Wirtschaftswegen und Rückegassen setzen. Obwohl noch Verbesserungsbedarf besteht, werden wir dem Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN und von der Abgeordneten Enschede (fraktionslos).)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun die Abgeordnete Petra Fretter von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Fretter (CDU):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Bei unserem heutigen Antrag dreht sich alles um die grüne Lunge, unseren Wald, seine Bedeutung für uns, seinen nachhaltigen Schutz, seine Förderung und Pflege.

Wie Kollege Commerçon bin auch ich sehr froh und dankbar, dass es gelungen ist, ein solch wichtiges umweltpolitisches Thema ziemlich weit vorne auf der Tagesordnung zu platzieren. Sonst ist es nach der Ministeriumsfolge üblich, dass wir eher zum Schluss dran sind. Wie schon gesagt ist dann die Aufmerksamkeit nicht mehr ganz so groß. Nochmals Danke dafür, dass das heute gelungen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Glück, in einem Bundesland zu leben, das zu den waldreichsten in Deutschland gehört, das heißt, ein Drittel unserer Fläche ist mit Wald bedeckt. Egal, wo man wohnt, der Wald ist für jeden und jede relativ schnell erreichbar. Er ist ein Ort der Erholung, er spricht alle unsere Sinne an, schenkt uns Ruhe und Kraft und fördert somit die Gesundheit. Darüber hinaus erfüllt er etliche Aufgaben, auf die ich später noch eingehen möchte.

Nun möchte ich Sie aber zu einem fiktiven Waldspaziergang durch die Jahreszeiten einladen, um den Wald mit Ihnen in all seinen Facetten, seiner Schönheit, seiner Bedeutung, seinem Nutzen, aber auch seinen Problemen zu betrachten.

Beginnen wir im Frühling. Wir genießen nach einem langen Winter den Frühling, wenn das frische, zarte Grün überall zu sprießen beginnt und die Natur mit Flora und Fauna erwacht. Wir atmen auf und freuen uns auf die hellen und längeren Tage. Die ersten Sonnenstrahlen scheinen durch die zarten Blätterkronen und lassen die Wärme der kommenden Sommertage erahnen. Als aufmerksamer Wanderer erkennt man bei genauem Hinsehen aber auch, dass der Wald in Schwierigkeiten ist. Nicht alle Bäume sind gesund, manche sind abgestorben oder stark geschädigt. Im heißen Sommer - und die letzten Sommer war definitiv sehr heiß und lang, wenn es möglich wäre, müsste man nur aus dem Fenster

schauen, um dies zu erkennen -, sieht man, dass trotz dieser Pracht und der angenehmen Kühle der Wald extrem gestresst ist. Die Dürreperioden machen ihm zu schaffen, Schädlinge, insbesondere der Borkenkäfer nagen gewissermaßen an seiner Substanz. Schadstoffe aus der Luft setzen ihm zu.

Wenn der Wald im Herbst farbenfroh und bunt wie ein Gemälde erscheint und Pilze zum Sammeln einladen, glaubt man, die Dürre sei überwunden und es hätte sich genügend Regen im Erdboden angesammelt, um diesen Zustand zu heilen. Das geht aber nur bedingt, denn manche Schäden sind irreparabel. Hier muss der Mensch hilfreich eingreifen.

Im Winter legt sich dann Stille und Ruhe über alles, im schönsten Fall natürlich auch Schnee - ein friedliches Bild. Alles ist bedeckt, aber die Schäden und damit die Sorgen und Probleme um den Wald bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Probleme durch die Wetterextreme sind das eine, die selbstgemachten durch die Besucher des Waldes sind das andere. Es ist immer wieder ärgerlich, wenn man bei einem entspannten Waldspaziergang illegale Müllablagerungen findet. Das sind unverantwortliche Mitmenschen, die sich einen Kehrriem um die Umwelt kümmern. Ich würde es gerne noch extremer formulieren, aber ich nehme Rücksicht auf das Hohe Haus. Diese Menschen lagern immer mehr Sperrmüll, Hausmüll oder Grünschnitt aus ihrem Garten mitten im Wald ab. Oftmals geschieht das auch schon in gewerblichem Ausmaß. Ich weiß, wovon ich rede, denn bei uns im waldreichen Warndt ist das schon sehr oft passiert und es ist extrem ärgerlich. Aber auch das achtlos weggeworfene Papiertaschentuch oder das Bonbon-Papier, auf saarländisch würde man „Guddzje“-Papier sagen, der Einmal-Trinkbecher oder die Überbleibsel eines Picknicks gehören dazu. Mir ist einfach unbegreiflich, was sich in den Köpfen dieser Menschen abspielt. Den Wald und die Natur genießen und das noch kostenlos, aber gleichzeitig die Umwelt verschmutzen, das soll mal einer verstehen!

Wer beseitigt all diese Hinterlassenschaften? - Die Mitarbeiter des SaarForst Landesbetriebs, die Kommunen oder ehrenamtliche Helfer wie bei der alljährlichen Picobello-Aktion, der ich auch immer gerne angehöre. Die Mittel dafür stiegen in den letzten Jahren von 70.000 Euro auf sage und schreibe 200.000 Euro. Und wer zahlt letztendlich diese Summe? - Die Allgemeinheit. Solidarisch ist das sicherlich nicht. Ein gewiss schwieriges Thema, aber wir dürfen auch hier nicht müde werden, Aufklärungskampagnen zu initiieren und die Bürgerinnen und Bürger für dieses Thema zu sensibilisieren - und das stetig in der Hoffnung, dass wir im Ergebnis nicht wie Sisyphus dastehen.

Nun gut, das Fazit ist eigentlich einfach. Der Wald ist wunderschön. Er tankt unsere verbrauchten Reserven auf, stärkt unsere Psyche, sorgt für Entschleunigung.

(Abg. Fretter (CDU))

gung im hektischen Alltag, aber er befindet sich auch in einer sehr angespannten Lage.

Unsere Verantwortung liegt nun im nachhaltigen Handeln zum Schutz des Waldes, damit sich zukünftige Generationen genauso wie wir daran erfreuen können. Und es ist ja nicht so, dass bisher im Saarland überhaupt nichts diesbezüglich geschehen ist. Das wurde schon angesprochen. Im Gegenteil, über 30 Jahre naturnahe Waldwirtschaft haben die richtigen Weichen gestellt und der SaarForst ist den Weg konsequent bis heute gegangen. Ein damals mutiger Schritt, der heute betrachtet mehr als richtig war.

Mischwälder statt Monokulturen, über 75 Prozent davon sind Laubbäume. Wenn man das auf den Bundesdurchschnitt betrachtet, der nur 35 Prozent beträgt, ist das enorm. Des Weiteren zeichnen sich diese Mischwälder durch artenreiche, standortheimische Bäume aus, die auch ganz unterschiedliche Altersstrukturen haben. Man lässt den Wald durch natürliche Prozesse sich selbst verjüngen und es wird auf Pestizide und Insektizide verzichtet. Es erfolgen nur Einzelbaumentnahmen und keine Kahlschläge, denn diese würden die Austrocknung von Böden verstärken, die wiederum Erosion begünstigen würde. Der Verlust von Nährstoffen und das Sterben frisch gepflanzter Bäume wären die Folge. Durch umsichtige Maßnahmen wird die natürliche Vielfalt bei Pflanzen und Tieren gefördert.

Öffentliche Aufklärungs- und Informationskampagnen mit unterschiedlichen Broschüren und Flyern seitens des Ministeriums gibt es en masse. Ich habe nur einige notiert: 30 Jahre naturnahe Waldwirtschaft, Information über invasive Tierarten und Pflanzen, über die Arbeit des Landesforstbetriebes, über die Müllvermeidung und vieles andere mehr.

Man hat aber auch den Klimawandel bei dieser ganzen Problematik natürlich nicht aus dem Blick verloren und beschäftigt sich mit Baumarten, die der Wetterentwicklung widerstehen können, wie zum Beispiel die Weißtanne. Sie sehen, nachhaltige Entwicklung ist kein abgenutzter Begriff der heutigen Zeit, sondern hat schon seit über drei Jahrzehnten eine Bedeutung hier im schönsten aller Bundesländer. Ich danke an dieser Stelle allen, die sich über die Jahrzehnte wirklich verantwortungsvoll mit diesen Dingen beschäftigt und dies umgesetzt haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dieses vorausschauende Handeln hat uns mit Blick auf die extremen Wittereinflüsse sicherlich gewisse Vorteile verschafft, aber uns nicht vollends vor den Schäden der Trockenheit bewahrt. An erster Stelle steht - das ist jedem bekannt - sicherlich der Befall der Fichten durch den Borkenkäfer. Tausende von Hektar müssen vor ihrer eigentlichen Ernte gefällt und entsorgt werden. Die finanziellen Einbußen dadurch sind erheblich.

Dabei müssen auch noch unabdingbar die Verbreitung des Borkenkäfers verhindert und eine Schadensaufbereitung sowie ein Waldumbau erfolgen. Das bedarf enormer finanzieller Mittel, die wir alleine im Saarland so nicht stemmen können. Alleine durch den Umstand, dass wir schon so lange behutsame naturnahe Waldwirtschaft betreiben, sind die Einnahmen zwangsläufig geringer als in den anderen Ländern. Auch das muss bei der Bewertung seitens der Bundesregierung unbedingt Einfluss finden. Wir brauchen die Hilfe vom Bund. Diese ist dringend notwendig.

Im beschlossenen Konjunkturprogramm der Bundesregierung werden 700 Millionen Euro zur Förderung der Forstwirtschaft bereitgestellt, allerdings - wie schon gesagt - nur für private und kommunale Wälder. Das kann nicht hinnehmbar sein, spielt es doch keine Rolle, wem der Wald gehört. Vielmehr ist es nur die simple Tatsache, dass der Wald insgesamt als komplexes Ökosystem mit all seinen Leistungen betrachtet werden muss. CO₂-Speicher, Luft- und Schadstofffilter, Wasser-, Boden-, Artenschutz, Erholungsraum, Klimaschützer lokal, regional und global und vieles mehr.

Deshalb fordern wir die Landesregierung in unserem Antrag auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die vorgesehenen Fördermittel auch für den Staatswald, der bei uns den größten Teil unseres Waldes ausmacht, anteilmäßig zur Verfügung stehen. Dieser Anspruch ist meiner Meinung nach absolut legitim und nachvollziehbar. Des Weiteren fordern wir auch die erleichterte Übertragbarkeit von Mitteln aus der GAK, also der Gemeinschaftsaufgabe der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Dies würde bestehende Hürden beseitigen und einen effektiven Einsatz der Mittel begünstigen.

Wie schon gesagt, der Wald ist im Gesamten zu betrachten. Deshalb muss auch gewährleistet sein, dass alle, die Wald bewirtschaften - privat, staatlich oder kommunal -, auch weiterhin tatkräftig unterstützt werden. Wie in unserem Antrag steht: Wald muss neu gedacht werden. Daran müssen sich alle beteiligen, damit unser Wald auch in Zukunft bestehen und sich gesund weiterentwickeln kann und damit sich nachfolgende Generationen ebenso daran erfreuen können wie wir, denn, wie Günter Grass schon sagte, wenn wir den Wald sterben lassen, verlieren Worte ihren Sinn.

Ich glaube, mit unseren heutigen Worten in den einzelnen Beiträgen zeigen wir alle auf, dass der Wald nicht sterben darf und dass weiterhin verstärkt Taten unabdingbar, zügig und nachhaltig folgen müssen. Ich bin mir sicher, genau diesen Weg werden wir gemeinsam gehen. - Ich bitte herzlich um breite Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich für das aufmerksame Zuhören.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Gut hat es die Forstpartie, der Wald, der wächst auch ohne sie! - Aber wie? Das hat mir mal ein Förster gesagt. Wir haben hier im Saarland Gott sei Dank eine große Fläche von Wald. Wir sorgen uns auch um unseren Wald. Wir sind auch stolz auf unseren Wald. Wir haben ein Ministerium, das mit wechselnden Zuständigkeiten das Umweltministerium ist. Da sind bisher, nach dem, was ich so gesehen habe, Überzeugungstäter am Werk. Das sage ich positiv. Der erste war seinerzeit Berthold Budell, ein CDU-Mann. Er ist damals noch ausgelacht worden. Vor etwas mehr als 20 Jahren hat die Regierung einen Ministerialbeamten eingeflogen, der die naturnahe Waldwirtschaft vorantreiben sollte. Er hat nach vier Wochen mit allen Förstern Krach gehabt und musste aus dem Verkehr gezogen werden.

Mit anderen Worten: Der Wald ist wichtig. Dazu ist schon alles gesagt worden. Ich möchte auf Probleme aufmerksam machen, mit denen der Umweltminister, wie auch immer er heißt, zu tun hat.

(Zuruf.)

Es gab in der Vergangenheit andere, aber Herr Jost ist der jetzige Umweltminister. Ich will ihn hier nicht kritisieren. Ich will auf die Schwierigkeiten hinweisen, die auch er hat. Da ist zunächst einmal die nicht einfache Nutzung des Waldes. Vom Wald wird viel verlangt. Zunächst einmal wird verlangt, dass er Holz liefert, das man dann verkauft. Er muss also Geld bringen. Zum Zweiten leistet er einen Beitrag zum Ökosystem. Das ist eine andere Aufgabe. Die dritte Aufgabe ist auch noch, dass er zur Erholung der Menschen beitragen muss. Es sind drei Dinge, die ich aufgezählt habe. Es gäbe noch einiges mehr zu sagen.

Es gibt drei weitere Probleme. Das sind die Eigentumsverhältnisse. Es gibt den Staatswald, den Kommunalwald und natürlich auch private Eigentümer von Wäldern. Bei den privaten Eigentümern gibt es schon wieder Probleme. Durch die Erbfolge kommt es zu Zersplitterungen. Man weiß oft wahrscheinlich gar nicht mehr, wem der Wald oder Teile davon gehören. Wie es eine Flurbereinigung gibt, wäre natürlich auch eine Waldbereinigung angebracht.

In Anbetracht dieser schwierigen Ausgangslage können wir natürlich froh sein, dass der Bund 700 Millionen Euro für ganz Deutschland zur Verfügung stellt. Wir hoffen natürlich stark - ich weiß nicht, wie weit die Verhandlungen sind -, dass das nicht nach dem Königsteiner Schlüssel gemacht wird, sondern nach

einem anderen Schlüssel, weil wir verhältnismäßig mehr Wald als andere Länder haben. Was die Aufteilung auf Privatbesitzer und kommunale Waldbesitzer betrifft - wobei der Staatswald leer ausgehen soll -, muss man einen Verteilungskampf verhindern und in Verhandlungen entsprechend darauf hinwirken, dass auch der Staatswald nicht leer ausgeht.

Es gibt noch eine wichtige Aufgabe für diejenigen, die den Wald verwalten und ihn bewirtschaften. Das ist der Klimawandel. Es kann ja nicht geleugnet werden, dass der Wald schon im Lauf der letzten Jahrzehnte einen großen Wandel mitgemacht hat. Waldschäden sind aufgetreten. Man hat versucht gegenzusteuern. Man hat neue Baumarten angepflanzt und so weiter. Das ist ein Kampf, der geführt werden muss. Die Vorrednerin hat schon gesagt, es ist überhaupt nicht akzeptabel, dass wir unseren Wald als Müllhalde benutzen. Ich glaube, das ist absolut nicht hinnehmbar. Da muss auf jeden Fall etwas getan werden.

Ich möchte aber noch eine Sache ansprechen. Das sind die riesengroßen Räder, die zum Teil im Wald stehen oder in den Wald gebaut werden sollen. Es ist auch die Rede davon, dass auf kleinstem Raum 6.000 verschiedene Lebewesen existieren. Wenn dann ein solcher Betonklotz hingestellt wird, der als Fundament für ein solches Riesenrad dient, dann muss man wissen, dass immer ein Stück Natur verloren geht. Es gibt Leute, die diese Räder auch Vögelschreddermaschinen nennen. Das ist eine sehr umstrittene Sache. Wir von der AfD-Fraktion sind absolut gegen Windräder im Wald.

Ich habe noch eine Anmerkung zum Text. Ich glaube doch, man sollte eine Sprache benutzen, die auch Leute verstehen, die kein Abitur haben. Zum Beispiel steht im zweitletzten Abschnitt: „Eine landesweite Information respektive Aufklärungskampagne gegen Müll im Wald zu initiieren und diese zu etablieren.“ Das könnte man doch ganz einfach auf Deutsch sagen: Eine landesweite Informations- beziehungsweise Aufklärungskampagne gegen Müll im Wald zu beginnen und diese einzurichten. Schon haben wir es auf Deutsch und jeder versteht es.

Wir stimmen diesem Antrag zu.

(Beifall von der AfD-Fraktion.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun die Abgeordnete Pia Döring von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Döring (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrer Erlaubnis beginne ich mit einem Gedicht von Eugen Roth.

(Lachen.)

(Abg. Döring (SPD))

„Zu fällen einen schönen Baum braucht's eine halbe Stunde kaum. Zu wachsen, bis man ihn bewundert, braucht er - bedenke es - ein Jahrhundert.“ - Deshalb war vor 20 Jahren die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen. Die nächstbeste Zeit ist jetzt.

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Sprechen.)

Wir haben hier im Saarland einen Wald, um den uns alle anderen Bundesländer beneiden. Dies ist der seit über 30 Jahren erfolgreich praktizierten Waldwirtschaft unter den vorher zuständigen Ministerinnen und Ministern und Reinhold Jost, der diese erfolgreiche Waldbewirtschaftung fortsetzt, zu verdanken. Aber darauf können wir uns nicht ausruhen. Der Klimawandel setzt dem Wald immer mehr zu. Das stellt uns alle vor große Herausforderungen, die gleichzeitig hohe Kosten verursachen. Hier genügen keine Lippenbekenntnisse mehr. Es muss mehr Geld bereitgestellt werden. Die Erderwärmung hinterlässt jetzt schon ihre Spuren im Wald. Die Auswirkungen sind im ganzen Land bereits sichtbar und spürbar. Die Verbreitung von Schädlingen wie dem Eichenprozessionsspinner nimmt zu. Darauf müssen sich Waldbesitzer und Forstwirtschaft einstellen.

In den kommenden Jahrzehnten wird es die Aufgabe vieler Waldbesitzer sein, den Wald mit seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen zu erhalten, um auch in Zukunft eine nachhaltige und multifunktionale Forstwirtschaft gewährleisten zu können. Die zunehmende Dynamik des Klimawandels und das sich potenzierende Schadniveau für den Wald durch Sturm, Dürre und Schadorganismen fordert Waldbesitzer und Forstleute weit über das normale Maß heraus.

Die Förster bauen den Wald seit vielen Jahren um. Sie setzen dabei auf standortangepasste Laub- und Nadelbaumarten, die sich möglichst natürlich aussamen sollen. Mittelfristig entstand so ein strukturreicher, stabiler Mischwald, der den Klimaextremen deutlich besser gewachsen ist. Der Laubbaumanteil im Saarland liegt bei 75 Prozent, bundesweit bei 44 Prozent. Die Forstleute setzen auf Vielfalt. Je größer die Zahl der Baumarten, die am Waldaufbau beteiligt sind, desto geringer ist das Risiko, das durch den zum Beispiel krankheitsbedingten Verlust einer einzigen Baumart entsteht. Das langfristige Ziel ist, den Laub- und Mischwaldanteil deutlich zu erhöhen, aber auch klimaangepasste Nadelbaumarten in der Mischung zu berücksichtigen.

Wenn in der naturnahen Waldbewirtschaftung außerdem immer nur einzelne Stämme, die reif für das Sägewerk sind, gefällt werden, entstehen unterschiedlich alte mehrstufige und strukturreiche Mischwälder. Die Förster haben Erlösausfälle durch das Absterben der Bäume und die damit geringen Erlöse sowie Mehrkosten durch die Wiederaufforstung. Damit diese Jahrhundertaufgabe gelingt, benötigen

Forstleute und Waldbesitzer eine breite Unterstützung und Wertschätzung ihrer Arbeit auch in der Gesellschaft. Außerdem kann der Umbau der Wälder hin zu klimaangepassten Wäldern nicht ohne erhebliche finanzielle Hilfen und Unterstützung aus der Politik gelingen.

Die Trockenheit hat zu einer Massenvermehrung der Borkenkäferarten geführt. In den vom Trockenstress geschwächten Bäumen haben die Borkenkäfer ideale Bedingungen für die Vermehrung gefunden. Die befallenen Bäume sind vor allem Fichten. Neben den Borkenkäfern, von denen jeder spricht, gibt es weitere Insektenarten, die durch den Klimawandel begünstigt zu Massenvermehrungen neigen und beispielsweise die Kiefer auf großen Flächen bedrohen.

Der Wald erfüllt zahlreiche Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen. Er ist ein wahres Multitalent. Wälder produzieren den wichtigen Roh-, Bau- und Werkstoff Holz, sichern die Lebensgrundlage für uns Menschen, sind eines der Ökosysteme mit der höchsten Artenvielfalt und bieten Raum für Erholung und Sport. Der Wald und seine vielseitigen Ökosystemleistungen stehen klimabedingt vor großen Herausforderungen. Um für die Gesellschaft und die Natur auch künftig den Erhalt dieses Ökosystems sicherstellen zu können, bedarf es einer Honorierung aller Waldleistungen. Dies ist gegenwärtig vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bewusst. Für sie ist der Wald unentgeltlich und wird oft kaum wertgeschätzt. Wälder sind unverzichtbar für den Klimaschutz und die Biodiversität. Die im Rahmen eines Konjunkturprogrammes des Bundes bereitgestellten 700 Millionen Euro sind ein guter Anfang, werden allerdings nicht zur Bewirtschaftung des Staatswaldes zur Verfügung gestellt. Dafür setzt sich unser Minister Reinhold Jost zurzeit im Bund ein.

Gerade der Wald steht neben seiner Funktion als nachhaltiger Rohstofflieferant auch aufgrund seiner vielfältigen Leistungen im Bereich des Klimaschutzes (CO₂-Bindung) vermehrt im Fokus der Klimapolitik. Wir wollen zum Beispiel den Urwald vor den Toren der Stadt auf bis zu 2.000 ha vergrößern und unseren Holzvorrat weiter erhöhen. Entsprechend der Biodiversitätsstrategie wollen wir behutsam mit den Wäldern umgehen. Wir wollen eine naturnahe Waldwirtschaft mit Anpassungen hin zu klimaresistenten Wäldern, keine Experimente mit exotischen Bäumen, keine chemischen Mittel und die Waldkalkung beibehalten. Dazu wurde vom Ministerium ein 1-Million-Bäume-Programm aufgelegt, damit wir in den kommenden Jahren, insbesondere durch den Umbau der Nadelbaumreinbestände in baumartreiche Mischwälder, durch händisches Pflanzen selbst dazu beitragen.

Akut haben wir Handlungsbedarf auf circa 90 bis 100 ha Staatswaldfläche, die in Angriff genommen werden müssen. Das, was wir dort über 30 Jahre an

(Abg. Döring (SPD))

Ergebnissen vorzuweisen haben, wollen wir fort-schreiben. Es ist eine Erfolgsgeschichte mit Blick auf die Biodiversität und die Erhöhung der CO₂-Speicherleistung. Die ökologische Stabilisierung des Waldinnenklimas ist dabei eines unserer Ziele. Wir fordern eine finanzielle Unterstützung durch den Bund für den Staatswald. Es macht Sinn, Kommunal- und Privatwaldbesitzer finanziell bei der Bekämpfung der Klimaauswirkungen auf die Wälder zu begleiten, aber das muss dann auch für den Staatswald der Länder gelten, insbesondere dort, wo man mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Es geht darum, den Bund aufzufordern, dass mögliche Erlöse aus dem CO₂-Zertifikatehandel für zusätzliche CO₂-Senkleistungen im Wald dem Waldeigentümer als Kompensation ihrer Mehraufwendungen und Mindererlöse in der Zeit der Umstellung zugutekommen. Unser Wald hat Klimastress und die Auswirkungen stellen wir auch im Saarland fest. Zusätzlich wird er noch durch zunehmende illegale Müllentsorgung belastet. Auch dem muss Einhalt geboten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben tolle Erfolge: 83 Prozent Anstieg der Waldholzvorräte im Saarland, fast eine Verdopplung. Wir haben eine Übererfüllung des Ziels, was den Holzvorrat pro Hektar angeht. Wir haben mit Blick auf die Naturverjüngung und die Vielschichtigkeit der Baumartenzusammensetzung überall positive Botschaften. Dafür geht mein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SaarForsts, unser Ministerium und natürlich unseren Minister Reinhold Jost. - Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag. Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Herzlichen Dank. - Das Wort hat nun unser Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Reinhold Jost. An dieser Stelle, Herr Minister, einen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Vermählung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Minister Jost:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank, auch Namen meiner Frau, für die Glückwünsche jetzt, aber auch am Sonntag. Wir freuen uns darüber.

(Vizepräsident Heinrich übernimmt Vorsitz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, es ist eben schon mehrfach gesagt worden: Wir haben die Wälder, die sich andere wünschen. Das ist etwas, was uns stolz und ein Stück weit selbstbewusst, aber nicht selbstverliebt macht. Es treibt uns nicht in eine unkritische Reflexion unseres Handelns und Arbeitens. Ich möchte an dieser Stelle zum Ausdruck

bringen, dass der Dank nicht in erster Linie den Politikern oder den Verantwortlichen in den jeweiligen Ministerien gebührt, sondern denjenigen, die über Jahrzehnte und Generationen hinweg diesen Wald zu dem gemacht haben, der er heute ist. Deswegen gilt dieser Dank allen Kolleginnen und Kollegen von SaarForst, aber auch den Kommunal- und Privatwaldbesitzern. Das ist Ihre Leistung! Darauf können Sie stolz sein!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich möchte sehr deutlich sagen, dass mir an der einen oder anderen Stelle zu sehr anhand von Klischees und zu wenig faktenbasiert diskutiert wird. Der Wald ist eine gefühlsorientierte Sache und etwas, was im tagtäglichen Leben bei den Menschen mit Blick auf die Gefühlslage entsprechende Erwartungshaltungen, Urteile oder auch Vorurteile mit sich bringt. Am besten wird man der Herausforderung des Waldes und der Forstwirtschaft in Gänze gerecht, wenn man sich nicht an Klischees, sondern an Fakten, an der Wirklichkeit orientiert. Man sollte sich nicht - um im Sprachbild zu bleiben - von dem einen oder anderen auf Bäume jagen oder auf den Holzweg führen lassen, und nachher stellt man fest, dass es nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, über Fakten und die Wirklichkeit zu sprechen und ein paar Klischees zu benennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Saarland sind in den letzten 30 Jahren 5.000 ha Wald flächenmäßig dazugekommen. 5.000 ha! Es wäre schön, wenn zum Beispiel Herr Georgi, der eben für die Partei DIE LINKE geredet hat, bei dieser Debatte dabei wäre. Wahrscheinlich hat er einen ganz wichtigen Grund, dass er das nicht tun kann. Ich würde ihm nämlich gerne sagen, dass diese 5.000 ha etwa der Größe des Warndt-Waldes entsprechen. In den vergangenen drei Jahrzehnten - die Kollegin Döring hat es bereits gesagt - haben wir den Holzvorrat von unter 200 Vorratsfestmetern in Richtung 400 Vorratsfestmeter pro Hektar fast verdoppelt. Das ist der Beweis, dass dieses Geschwätz - und ich bezeichne es als solches - eben nicht richtig ist, dass wir mit dem Wald, insbesondere das Saarland, schäbig umgehen würden und deutlich mehr Holz entnehmen würden, als jedes Jahr nachwächst. Das Gegenteil ist der Fall! Wir bekennen uns zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und haben das auch zum Ausdruck gebracht. Wenn man für seine nachhaltige, ökologisch beispielgebende Vorgehensweise als einziger Landesforstbetrieb bundesweit vom NABU ausgezeichnet wird, ist das eine Art Adelung der Arbeit des SaarForsts. Darauf sind wir stolz. Wir haben an dieser Stelle gut gearbeitet. Das darf ich auch mal sagen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

(Minister Jost)

Das verstehe ich unter Selbstbewusstsein. Wir haben 75 Prozent Laubwaldanteil, der Durchschnitt auf Bundesebene liegt bei 40 Prozent, das führt dazu, dass unsere Wälder klimaresistenter sind als andere. Wir haben auch Probleme, die aber zum Beispiel mit Blick auf den Borkenkäfer weitaus geringer ausfallen als in anderen Bundesländern. Vor drei Jahrzehnten, als wir mit der naturnahen Waldbewirtschaftung und dem Umbau zu stabileren Mischwäldern angefangen haben, haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. Wir haben die Wälder, die sich andere wünschen. Darauf bin ich stolz, darauf kann man selbstbewusst hinweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das gilt auch mit Blick auf die Frage, wie man dem einen oder anderen mit der Erwartungshaltung Rechnung trägt, die lautet, mehr Wald sein zu lassen, also dieser Urwaldgedanke. Es gibt Leute, die die Auffassung vertreten, dass man den Wald überhaupt nicht benutzen sollte, denn das würde dem Wald am meisten nutzen. Das ist völliger Humbug! Es ist völliger Unsinn zu glauben, dass man den Wald nur sich selbst überlassen muss und die Natur alles richten wird. Das ist völliger Quatsch. Wir brauchen eine Waldnutzung, nicht nur mit Blick darauf, dass wir Holz in Deutschland unter höchster Zertifizierung mit hoher Qualität herausnehmen und eben keine illegale Rodung vornehmen wie in Urwäldern in anderen Ecken der Welt. Wir machen das, weil es die nachhaltigste - auch mit Blick auf die CO₂-Speicherung - Bauweise ist, die in den kommenden Jahren eher mehr als weniger Bedarf nach sich ziehen wird. Wir bekennen uns zur Nutzung heimischer Wälder, aber eben nachhaltig. Auch darauf kann und sollte man selbstbewusst hinweisen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich sage das mit Blick auf den Zuwachs, den wir in den letzten Jahren erreicht haben und in den kommenden Jahren anstreben. Jedes Jahr wächst in den saarländischen Wäldern Holz in einer Größenordnung nach, sodass dadurch 1 Million Tonnen CO₂-Äquivalent gebunden werden. Jedes Jahr 1 Million Tonnen CO₂-Äquivalent! Mit all den entsprechenden Folgen, die sich daraus ergeben, was den Zuwachs einerseits und die Biodiversität andererseits angeht. Wir tun dies unter der entsprechenden Vorgabe, die der SaarForst beispielhaft umgesetzt hat. Wir nutzen eben nicht alles, was wir an 40.000 ha Staatsforst haben. Wir haben im Gegensatz zu anderen Bundesländern den höchsten Anteil Wald aus dem regelmäßigen Betrieb genommen. 10 Prozent der Staatswaldfläche sind quasi sich selbst überlassen. Wenn man so will, sind das die Kernzonen der Biosphäre. Wenn man so will, ist das unser Anteil am Nationalpark Hunsrück-Hochwald, aber auch vor allen Dingen der Urwald vor den Toren der Stadt. Es sind über 1.000 ha Wald, die wir seit über

20 Jahren aus der Bewirtschaftung haben. Wir setzen das Konzept Wildnis um. Darauf sind wir stolz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das wollen und werden wir fortführen. Es ist eben schon gesagt worden: Mein Ansatz dabei ist, diese Fläche unter wissenschaftlicher Begleitung, unter Hinzuziehung aller Interessierten des NABU und des BUND von LIK.NORD bis zur Landeshauptstadt auf 2.000 ha zu erweitern. Das wäre ein weiteres selbstbewusstes und stolzes Beispiel für unsere gute Arbeit im Saarland.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will auch angesichts der aktuellen Diskussion - heute Nachmittag soll es eine Demonstration dazu in St. Ingbert geben - mit dem einen oder anderen Klischee aufräumen. Es gibt die Forderung der Landeshauptstadt, dass ein neuer Urwald vor den Toren der Universität Platz finden und ausgewiesen werden soll. Man ist der Auffassung, man will mehr Wildnis. Ich sage es mal, ohne belehrend sein zu wollen: Wenn die Landeshauptstadt der Auffassung ist, dass man mehr Wälder sich selbst überlassen soll, kann sie das mit ihren 2.000 ha, die sie als Stadtwald hat, selbst machen. Wir als saarländische Landesregierung brauchen keine Belehrungen mit Blick auf unsere erfolgreiche Politik. Wenn die Landeshauptstadt der Auffassung ist, dass das Thema Urwald von Interesse ist, lade ich sie ein, bei der Erweiterung des Urwalds vor den Toren der Stadt mitzumachen. Dort könnte sie einige Flächen des Stadtwalds mit einbringen. Wenn sie der Auffassung ist, sie hätte dort Nachholbedarf, kann sie sich mit 2.000 ha selbst solch einer Herausforderung stellen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich sage das auch mit Blick auf das Thema Nutzung. Wir bekennen uns zur Nutzung unserer Wälder. Wir tun dies unter hohem fachlichen Niveau und hohen qualitativen Vorgaben. Ich habe Verständnis, wenn der eine oder andere glaubt, er müsste Klischees bedienen und - ich habe es eben schon gesagt - die Menschen auf die Bäume treiben oder sie auf den Holzweg führen, weil man damit glaubt, seine Wählerklientel bedienen zu können. Es gibt eine Partei, die zu Recht nicht mehr dem saarländischen Landtag angehört, die es immer wieder macht, indem sie das Klischee darstellt, dass im Saarforst nur die betriebswirtschaftlichen Vorgaben des Finanzministers die Leitlinien wären. Auch das ist völliger Humbug! Ich will das nur mal anhand der letzten zwei Jahre zum Ausdruck bringen. Wir waren nicht nur bereit und in der Lage, sondern willens - weil wir davon überzeugt waren, dass es richtig ist -, ein entstandenes Defizit in Millionenhöhe beim SaarForst abzudecken. Wir haben gesagt, wir wollen den betriebswirtschaftlichen Druck nicht so erhöhen, dass er an anderer Stelle eventuell ökologische Lenkungswirkungen stört oder in die falsche Richtung bringt.

(Minister Jost)

Wir bekennen uns auch in diesem Jahr dazu. Ich bin sehr dankbar, dass die Landesregierung meinen Vorschlägen gefolgt ist und im Haushaltsplan für 2021/2022 11 Millionen Euro zur Abdeckung von einzuplanenden Defiziten drin sind. Das ist der gelebte Beweis dafür. Betriebswirtschaft ist nicht die Triebfeder des SaarForsts oder unseres Handelns. Wir machen es mit naturnaher Waldbewirtschaftung und unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. Das ist der Beweis und dafür bin ich Ihnen auch sehr dankbar, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die Diskussion von Klischees und Realität auf Bundesebene eingehen. Ich bin der Auffassung, es ist richtig, dass wir die Ökosystemleistungen der Wälder bezüglich des Speicherns von CO₂ im Blick behalten, diskutieren und auch anmahnen. Wenn man dieser Überzeugung ist, muss man auch den zweiten Schritt konsequent gehen. Dieser Schritt besteht darin, dass man die Ökosystemleistungen und die CO₂-Senke, die der Wald hat, finanziell honoriert. Deswegen verstehe ich nicht - unabhängig von der Parteifarbe -, dass man sich dagegen sträubt oder selektiert. Es ist keine Frage der Wertigkeit der Systemleistungen, wem der Wald gehört, also wer Eigentümer ist. Es ist egal, ob Privatbesitz, Kommunalbesitz oder Landesbesitz. Es ist die Frage der Ausgestaltung der jeweiligen Waldpolitik. Derjenige, der mit dem Wald vernünftig und nachhaltig wirtschaftet und umgeht, sollte für diese herausragende Ökosystemleistung honoriert werden.

Deswegen bin ich der Auffassung, es ist richtig, dass das Saarland mit dem Ministerpräsidenten, der Wirtschaftsministerin und mir in dem gesamten Gefüge der Debatte immer wieder darauf hinweist: Ihr könnt euch am Saarland ein Beispiel nehmen, wie das aussieht. - Das sollte man nicht nur benennen, sondern auch honorieren. Denken Sie an 1 Million Tonnen CO₂-Äquivalent! Mit Blick auf die entsprechenden Preise pro Tonne CO₂ kann man sich vor Augen führen, was das für eine Inwertsetzung ist. Da geht es alleine im Saarland um eine Größenordnung von zweistelligen Millionenbeträgen. Das ist gut angelegtes Geld, das hilft, das Ökosystemleistungsprinzip im Wald zu verstärken und zu verbessern. Deswegen bin ich auch dankbar, dass Sie in Ihrem Antrag genau das unterstützen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie haben uns aufgefordert, den Wald neu zu denken. Ja, das tun wir. Ich bin sehr dankbar darüber, dass wir bereits im letzten Jahr mit dem Masterplan Wald eine klare und aus meiner Sicht nachvollziehbare, aber auch vor allen Dingen verlässliche Wegbeschreibung unserer Waldpolitik abgegeben haben. Wir bekennen uns dazu, dass wir die Flächen, die

durch Borkenkäfer oder andere Ereignisse kahlfallen, wieder bewalden. Wir tun dies nicht nur durch alleinige händische Nachpflanzung, also Klumpenpflanzung, sondern auch durch natürliche Sukzession. Wir sind auf einem guten Weg. In diesem Jahr haben wir schon eine große Anzahl der definierten Flächen wieder bewalden können oder in die Wiederbewaldung gebracht. Wir wollen den Holzvorrat weiter erhöhen und wir werden den Hiebsatz reduzieren.

Man hat uns aufgefordert, wir sollten bei dem Einschlagen von alten Buchen und Eichen den Weg von Rheinland-Pfalz folgen und uns zurückhalten. Umgekehrt wird erst ein Schuh daraus. Ich bin froh und dankbar, dass Rheinland-Pfalz den Weg eingeschlagen hat, den wir bereits im letzten Jahr eingeschlagen haben - es ist natürlich ein schönes Sprachbild, beim Thema Holz von Einschlagen zu reden. Wir waren hier beispielgebend für andere. Wir brauchen keine Aufforderung. Wir sind dankbar, dass andere uns folgen. So wird ein Schuh daraus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage das auch mit Blick auf fachliche und fachwissenschaftliche Untersuchungen. Wir machen das nicht par ordre du mufti, sondern wir wollen entsprechende wissenschaftliche und fachliche Begleitung. Einen ganz wichtigen Aspekt habe ich eben schon angesprochen und es ist eine Signalwirkung nach innen in den Saarforst. Wir sagen: Es wird durch den Verlust oder das Wegbrechen der Einnahmen bei der Fichte keine Kompensationsschläge geben, um an anderer Stelle stärker in Eiche oder Buche hineinzugehen. Das tun wir nicht. Wir wiederholen auch nicht einen zweiten Fehler: Wir bauen kein Personal ab, um dadurch Geld zu sparen. Nein! 11 Millionen Euro für die kommenden beiden Jahre sind der Beleg dafür, dass wir die betriebswirtschaftliche Seite an dieser Stelle überhaupt nicht zum Tragen kommen lassen, sondern dass uns die Ökosystemleistungen sowie die ökologische Funktion dieses Geld wert sind. Auch darauf können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SaarForst verlassen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es geht auch darum, verschiedene sich für die kommenden Jahre abzeichnende Diskussionen vorzubereiten, Diskussionen mit einem Tenor, der von den Menschen als sinnvoll und notwendig angesehen wird, oftmals aber nicht mit der Realität in Einklang zu bringen ist. Es ist wohlfeil, in einem Ballungsraum, in einer großen Stadt wohnend, wahrscheinlich noch am prasselnden Kaminfeuer sitzend, sich darüber aufzuregen, dass in saarländischen Wäldern doch tatsächlich Bäume geerntet werden. Wir sollten aber diese Diskussion immer und immer wieder führen. Ich bin dem Staatssekretär Sebastian Thul und den Kolleginnen und Kollegen des Saar-

(Minister Jost)

Forsts sehr dankbar dafür, dass sie sich dieser Diskussion Tag für Tag stellen. Das ist manchmal sehr anstrengend, und es ist manchmal auch etwas frustrierend, wenn man immer wieder mit den gleichen Klischees konfrontiert wird. Diese Klischees lauten: Es werden zu viele Bäume weggenommen. Oder: Mit dem Wald wird schäbig umgegangen. - Nein, das ist nicht der Fall, schon gar nicht im Saarland.

Ich sage das auch einmal mit Blick auf aktuelle Diskussionen sowohl in der Landeshauptstadt als auch in der benachbarten Mittelstadt St. Ingbert: Wir bekennen uns dazu, dass das Holz an der einen oder anderen Stelle genutzt wird und auch entsprechende Einschlüsse vorgenommen werden. Und auch das sei angesichts der aktuellen Diskussion gesagt: Maßnahmen der Verkehrssicherung, die wir vornehmen müssen, weil Gefahren für Leib und Leben bestehen, werden wir auch weiterhin durchführen. Denn die daraus resultierende Verantwortung hat ja nicht der eine oder andere Kritiker zu tragen, sondern der jeweilige Revierförster vor Ort. Die gleichen Kritiker sind aber ja dann auch fix dabei, wenn man kritisieren kann: Warum musste denn überhaupt so etwas passieren? Das hätte man doch vorher schon wissen können!

Wir bekennen uns auch zur Nutzung des Holzes, dies allerdings in einer vertretbaren Form der Nutzung, wie sie schon in den zurückliegenden 30 Jahren stattgefunden hat. Es ist wohlfeil von einer Partei, die zu Recht nicht mehr dem saarländischen Landtag angehört, sehr wohl aber in der Landeshauptstadt mitregiert, uns vorzuhalten, wir wären bezüglich des Umgangs mit dem saarländischen Wald beratungsresistent und würden deshalb zu stark einschlagen. Wenn es aber darum geht, Betriebserweiterungen vorzunehmen, werden durchaus entsprechende Beschlüsse gefasst. Und wenn es um den Bau von Windkraftanlagen im Forst geht, ist man schnell dabei, das zu rechtfertigen. Noch einmal: Ich stelle mich dieser Diskussion gerne. Die Diskussion sollte allerdings faktenbasiert und nicht klischeehaft geführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Antrag hilft uns, unseren Weg weiter zu beschreiten. Wir werden den Dialog konstruktiv kritisch mit allen Beteiligten führen, mit Fridays-for-Future, dem BUND, dem NABU, die uns in den vergangenen Tagen ja ausdrücklich für unsere Arbeit gelobt haben; das tun die nicht auf Zuruf, sondern aus Überzeugung. Wir diskutieren das aber auch mit der Landeshauptstadt Saarbrücken. Ich sage es noch einmal: Wenn man dort der Auffassung ist, dass man mehr Urwald benötigt, sollen sie sich dem Projekt „Urwald vor den Toren der Stadt“ anschließen oder mit ihren 2.000 h selbst beginnen. Wir diskutieren das mit den Kritikerinnen und Kritikern vor Ort, wir scheuen keine Diskussion. Wir führen die Diskussion selbstbewusst, aber nicht selbstverliebt. Wir führen sie aber

auch stolz, da wir auf etwas verweisen können, was in der Bundesrepublik Deutschland seinesgleichen sucht. Ich habe es schon einmal gesagt: Wir haben die Wälder, die sich andere wünschen. Das soll auch in den kommenden Jahrzehnten so bleiben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und für die Aufmerksamkeit!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke dem Herrn Minister. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1427. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1427 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1427 einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen sowie den Stimmen der fraktionslosen Abgeordneten Enschengel und Lutz Hecker angenommen worden ist.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den Antrag des Ausschusses für Europa und Fragen des Interregionalen Parlamentarierrates betreffend: Die Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates aufgreifend - die Großregion als europäisches Labor für eine gemeinsame Krisenbewältigung stärken, grenzüberschreitende Kooperation ausbauen (Drucksache 16/1424)

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abgeordneten Volker Oberhausen in Vertretung der erkrankten Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Fragen des Interregionalen Parlamentarierrates das Wort.

Abg. Oberhausen (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Großregion als europäisches Labor für eine gemeinsame Krisenbewältigung, dieses ambitionierte Ziel wird bereits in der Überschrift deutlich. Zu Zeiten von Corona hat sich gezeigt, wie wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist. Deutschland steht dabei besonders im Fokus, weil Angela Merkel seit dem 01. Juli die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Bei den deutschen Europaministern hat Peter Strobel den Vorsitz inne. Deshalb tagte die Europaministerkonferenz vor wenigen Tagen in Perl-Nennig. Für die Jahre 2019 und 2020 führt das Saarland den Vorsitz in der Großregion, Tobias Hans als amtierender Präsident und Stephan Toscani als Präsident des IPR

(Abg. Oberhausen (CDU))

stehen personell für diesen Vorsitz. Vier Präsidentschaften, die die wichtige Rolle Deutschlands und hier insbesondere des Saarlandes dokumentieren.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Wann, wenn nicht heute, ist es an der Zeit, unsere europäische Stimme zu erheben? Wann, wenn nicht heute, ist es an der Zeit, unsere Arbeit in den sechs Kommissionen des IPR darzustellen? Zwei dieser Kommissionen, die besonders rühmig sind, nämlich die Kommission für Verkehr und die Kommission für die Innere Sicherheit, werden von Parlamentarierinnen unseres Hauses geführt. Wann, wenn nicht heute, ist es an der Zeit, unsere Vorstellungen für die Zukunft Europas auf die Agenda des Landtags zu setzen? Es ist erfreulich, dass der Europaausschuss in seiner letzten Sitzung einstimmig einen Antrag auf den Weg gebracht hat, der Ihnen nun heute zur Beratung und zur Beschlussfassung vorliegt.

Ich darf deshalb zunächst der Ausschussvorsitzenden - Herr Präsident hat es bereits ausgeführt, Helma Kuhn-Theis ist heute erkrankt - ganz herzlich für ihren Einsatz danken und ihr baldige Genesung wünschen.

(Beifall von der CDU und bei der SPD und der LINKEN.)

Im Antrag selbst wird ein ganzes Bündel von Aufgabenfeldern genannt, die Gegenstand unserer Arbeit im IPR, aber auch der Arbeit im Europaausschuss waren. Dicke Bretter sind dabei zu bohren. Dies möchte ich beispielhaft anhand der Gesundheitspolitik erläutern. Hinsichtlich der systematischen Stärkung der Gesundheitskooperation haben wir gesehen, wie wichtig die Initiative von Tobias Hans und Jean Rottner war. Französische Bürger wurden im Zuge der Pandemie im Saarland, in Saarbrücken, in Völklingen und in Homburg, behandelt. Doch trotz einzelner bilateraler Abkommen, zum Beispiel MO-SAR, liegt noch viel Arbeit vor uns. Wir werden aber diese Themen immer wieder auf die Tagesordnung setzen. Der Vertrag von Aachen gibt uns neue Möglichkeiten an die Hand, etwas für unsere Grenzregion zu erreichen. Diesseits und jenseits der Grenze sind Millionen von Menschen betroffen. Ich selbst habe ja vor zwei Jahren gesehen, wie wichtig ein zeitnahe Rettungseinsatz ist. Im Sinne von Best Practice sollten wir uns an der Zusammenarbeit Frankreichs mit der Wallonie orientieren, dies als Beispiel für eine zukunftsweisende Kooperation in der Großregion.

Doch nicht nur in der Gesundheitspolitik, sondern in allen Bereichen sind wir gefordert, den Menschen praktikable Lösungen anzubieten. Der umfangreiche Katalog, den unser Ausschuss zusammengestellt hat, zeigt, dass in vielen Bereichen Europa eine wichtige Rolle spielt. Deshalb ist es zielführend, uns zu vergegenwärtigen, dass wir in Europa eine Wertegemeinschaft darstellen. Nur dann sind wir des Er-

bes von Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide De Gasperi würdig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das ist ein Erbe, das uns seit 75 Jahren ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht hat. - Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich eröffne die Aussprache und rufe als Redner für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Dennis Lander auf.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine kleine Vorbemerkung: Ich muss schon sagen, ich bin etwas überrascht, heute hier erst als Zweiter sprechen zu dürfen, dies nicht einfach, weil der geschätzte Kollege Oberhausen vor mir gesprochen hat, sondern weil ich stellvertretender Ausschussvorsitzender bin und dieses Vorgehen anscheinend auch nicht mit den anderen Fraktionen abgesprochen war. Das ist ein Alleingang der CDU, und ich finde, dieser Alleingang ist nicht hinnehmbar. Deswegen werden wir das jedenfalls auch noch einmal im Erweiterten Präsidium ansprechen.

„Wo Freiheit, Menschenrechte und Pluralismus sind, da ist Europa.“ - Das ist ein Zitat von Richard von Weizsäcker, dem ehemaligen Bundespräsidenten. Heute muss man leider sagen, dass das ein frommer Wunsch war. Auf Lesbos, in Moria, brennen gerade unsere europäischen Werte. Nicht nur deshalb müssen wir dieses Lager schnellstmöglich räumen. Es ist aber ja nicht nur Moria!

Die EU exportiert weiterhin Waffen an Kriegsparteien wie Saudi-Arabien, das im Jemen aktiv ist, oder auch an andere Diktatoren. Die EU zwingt afrikanischen Ländern sogenannte Freihandelsabkommen auf, bei denen es eigentlich um nichts anderes geht, als die lokale Wirtschaft niederzukonkurrieren durch unsere subventionierten Produkte. Leider schafft es die EU auch nicht, eine gemeinsame Flüchtlingspolitik auf den Weg zu bringen, eine gemeinsame Sozialpolitik auf den Weg zu bringen oder dem Parlament endlich das lang ersehnte Initiativrecht zu geben.

(Beifall von der LINKEN.)

Leider handelt die EU mit Diktatoren, liefert Waffen in Kriegsgebiete und setzt dem Markt keine Grenzen. Aber auch in unserer Region mussten wir erkennen, wie fragil das Haus Europa ist und wie schnell die Sonntagsreden betreffend das Zusammenwachsen Europas vergessen waren. Wegen Co-

(Abg. Lander (DIE LINKE))

rona wurden innerhalb kürzester Zeit die Grenzen wieder hochgezogen, obwohl dieses Virus natürlich an den Grenzen überhaupt nicht haltmacht. Nichtsdestotrotz haben Bund und Länder die Grenzen dichtgemacht, und das auch noch ohne Absprache mit unseren europäischen Partnerinnen und Partnern. Ganz ehrlich: Es ist doch wohl ein Armutszeugnis, dass es niemand von der Regierung für nötig hielt, den Telefonhörer in die Hand zu nehmen und unsere Freundinnen und Freunde auf der anderen Seite der Grenze anzurufen! Und das ist dieselbe Regierung, die sich mit der sogenannten Frankreich-Strategie schmückt.

Ich denke, trotz alledem teilen wir dieselben Ziele, zumindest was diesen Antrag betrifft: erstens die Stärkung unserer Großregion, zweitens das Ziel, die Zusammenarbeit hier vor Ort, lokal, auszubauen. Und ja, es wird höchste Zeit dafür. Es gab in Europa schon länger keine größeren Fortschritte mehr. Künftig müssen wir jedenfalls solche Grenzsicherungen verhindern. Wir müssen gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden aus Lothringen und aus Luxemburg gegen dieses Virus kämpfen, nicht gegeneinander aus Angst vor dem Virus.

(Beifall von der LINKEN.)

Seien wir einmal ganz ehrlich: Im April und im Mai dieses Jahres hätten wir eigentlich auch mehr COVID-19-Patientinnen und -Patienten aus Frankreich hier im Saarland aufnehmen können, die Kapazitäten dafür waren vorhanden. Diese Gesundheitspolitik muss besser abgestimmt werden. Und ja, wir brauchen, wie im Antrag gefordert, interregionale Krisenstrategien. Wir brauchen rasch handlungsfähige Krisenstäbe der Großregion.

Auch ein interregionaler Forschungsfonds, wie er gefordert wird, ist sinnvoll, dazu muss man aber auch erwähnen, dass diesbezüglich das Saarland bislang auf der Bremse gestanden hat. Die Regierung ignoriert auch unsere Forderung, die Medizintechnik als Leitprojekt auszubauen. Ebenfalls vergessen wurde zwischenzeitlich, dass die SPD schon längst die Nano-Technologie im Saarland hatte voranbringen wollen. Man sieht aber ja, wenn man das einmal ehrlich betrachtet, auch an der aus dem Ruder gelaufenen Krankenhausplanung, dass auf Landesebene Krisenstrategien oftmals nicht so funktionieren, wie sie das eigentlich sollten.

Leider ist es ja auch so, dass von den Menschen, die auf der Straße gefragt werden, was denn der Interregionale Parlamentarierrat sei, die wenigsten diese Frage beantworten können. Und noch weniger Menschen wissen, was der IPR eigentlich macht. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich äußere das nicht als Kritik an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen, die sich im Interregionalen Parlamentarierrat engagieren. Das ist vielmehr eine nüchterne Einschätzung. Ich glaube, wir brauchen mehr sichtbare

Zeichen für das Zusammenwachsen unserer Region; auch gemeinsame Parlamentssitzungen und konkrete Verbesserungen für die Menschen in der Region sind nötig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stimmen natürlich allen im Antrag genannten Forderungen zu. Aber wir müssen diese Forderungen auch bald mit Leben füllen. Mit dem Erheben von Forderungen allein ist es nicht getan - wir brauchen mehr Zusammenarbeit, mehr konkrete Fortschritte und mehr Europa. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Für die SPD-Fraktion rufe ich Frau Isolde Ries als Rednerin auf.

Abg. Ries (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der Gründung der EU vor 70 Jahren hat es keine Krisensituation mit solchen Herausforderungen gegeben, wie das nun mit der Corona-Krise der Fall ist. Es gab viele Herausforderungen und Konflikte in der Europäischen Union, ja, doch diese binnen kürzester Zeit eingetretene komplexe Bedrohung für die gesamte Weltbevölkerung ist bisher in jeder Hinsicht einmalig. In den Grenzregionen leben wir Europa im Kleinen. Die deutsch-französische und die deutsch-luxemburgische Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg sind für uns politische Normalität. Auch die Zusammenarbeit mit der Wallonie und mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft zählt dazu.

Aber das Zusammenwachsen von Regionen über Staatsgrenzen hinweg ist kein Selbstläufer. Giscard d'Estaing hat das einmal, bezogen auf die deutsch-französische Freundschaft, formuliert: Die deutsch-französische Freundschaft ist nicht natürlich und sie geht auch nicht von selbst. - Was hat er damit gemeint? Er wollte damit sagen, dass sie gepflegt werden muss, immer wieder. Das tun wir, indem wir sozusagen mit vielen kleinen Mosaiksteinchen ein Gesamtbild legen, um das gemeinsame Zusammenleben zu fördern. Das tun wir im Interregionalen Parlamentarierrat. Wir konnten auch schon einiges bewegen, der Antrag legt das dar. Es lohnt sich, Grenzen zu überwinden und sie einzureißen. Denn „Grenze“ bedeutet Abgrenzung, und Abgrenzung ist der Nährboden für Vorurteile, für Misstrauen und für Berührungängste.

In unserer Region haben die Menschen Kontakte miteinander. Sie arbeiten zusammen, wir sind die Region mit den meisten Grenzpendlern - 250.000 Pendler, keine andere Region in Europa hat so viele Grenzpendler. Wir arbeiten zusammen, wir sind gemeinsam in Vereinen aktiv, wir essen zusammen, hüben und drüben, wir kaufen zusammen ein, und

(Abg. Ries (SPD))

wir leben und erleben die Kultur des jeweils anderen.

Wir haben uns immer als Einwohnerinnen und Einwohner der Großregion, der Grenzregion, gesehen, und nicht nur als Saarländerinnen und Saarländer, sondern als Europäerinnen und Europäer. Deshalb waren die Grenzsicherungen etwas ganz Schlimmes, ist doch die Bewegungsfreiheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger eine der Errungenschaften der Europäischen Union, ein Europa ohne Schlagbäume. Dass dann plötzlich wieder Grenzen kontrolliert wurden, dass Kontrollen stattgefunden haben, das war sehr schwer zu ertragen.

Auch 70 Jahre nach der Schuman-Erklärung gibt es immer noch diesen Ur-Reflex: Wenn irgendetwas in der EU passiert, wird zuerst einmal die Grenze dichtgemacht. Das war bei der Terrorismusfrage so, das war bei der Migrationsfrage so und das war auch bei Corona so. Als würde das Virus vor der Grenze haltmachen und als würden Schlagbäume die Krankheit regeln. Das tun sie nicht.

(Beifall von der SPD und der LINKEN.)

Wir müssen vielmehr, und das hat diese Grenzsicherung gezeigt, grenzüberschreitend denken, handeln und planen. Europa ist nur stark, wenn es über die nationalen Interessen hinweg zusammensteht, mit einer Stimme spricht und gemeinsam handelt. „Die Großregion als europäisches Labor für eine gemeinsame Krisenbewältigung stärken, grenzüberschreitende Kooperation ausbauen“ - so ist der heutige Antrag überschrieben, denn wir brauchen eine stärkere und engere Zusammenarbeit. Wir brauchen weniger Grenzen und mehr geeintes Handeln.

Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben es uns vorgemacht. Dort gab es keine Grenzsicherungen. Der Europaminister dort hat sich von Anfang an stark gemacht und gesagt, bei uns gibt es das nicht. Und das, obwohl Belgien ganz besonders betroffen war, mehr als Italien und Spanien. Hinter San Marino gab es in Belgien die zweitmeisten Betroffenen im Land. Die Niederlande waren ebenso als Risikogebiet eingestuft. Die beiden Bundesländer haben sich gegen die Pläne von Horst Seehofer gestemmt. Ein solches Verhalten, Kolleginnen und Kollegen, hätte auch uns sehr gut angestanden. Stattdessen haben wir bedauerlicherweise den Sheriff an die Grenze geschickt.

Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben eine Cross-Border-Task-Force eingerichtet, die mehrmals die Woche grenzüberschreitend gemeinsam mit Niederländern und Belgiern getagt hat. Dabei wurden gemeinsame Strategien entwickelt, die eine Grenzsicherung überflüssig machten.

Ich schaue aktuell mit großen Sorgen nach Frankreich, nach Grand Est, wo die Corona-Zahlen wieder steigen. Ich appelliere an alle Verantwortlichen, kei-

ne neuen Grenzsicherungen vorzunehmen. Die Bekundungen in den letzten Tagen waren ja auch sehr positiv von unserer Seite.

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

Wir brauchen eine engere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, gerade in so einer schwierigen Situation, damit nicht weiteres diplomatisches Geschick zerschlagen wird. Die Krise hat gnadenlos die Schwächen der Europäischen Union offengelegt und Reformbedarf offenbart.

Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass die Gesundheit und das Leben von Europäerinnen und Europäern davon abhängen, wie gut die Gesundheitssysteme ausgestattet sind und auch davon, in welchem Staat mit welcher Gesundheitspolitik die Menschen leben, und das deshalb, weil Gesundheitsschutz in erster Linie nationale Angelegenheit und Zuständigkeit ist.

Was wir brauchen, und diese Lehre sollten wir aus dieser Krise ziehen, sind verbindliche Mindeststandards im Gesundheitswesen, also mehr Europa und nicht weniger Europa. Nur das ist geeignet, die Prävention gegen solche Krisen zu stärken und zu verbessern. Die Grundlage dazu bietet der Lissabon-Vertrag, der eine Möglichkeit der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich explizit vorsieht. Auch im Bereich der Forschung brauchen wir mehr Unabhängigkeit, auch das hat die Krise gezeigt.

Wichtige Medikamente und Schutzkleidung dürfen nicht aus außereuropäischen Ländern kommen. Die Fähigkeit der Europäischen Union, die notwendigen Artikel selbst herzustellen und zu bevorraten, muss einen höheren Stellenwert bekommen als das Bestreben, so billig wie möglich zum Beispiel in China produzieren zu lassen. Wohin eine solche Abhängigkeit führt, konnten wir in geradezu grotesker Weise insbesondere zu Beginn der Pandemie erfahren, als zum Beispiel plötzlich alle Welt Jagd auf so etwas Banales wie Schutzmasken machte.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, durch Krisen kann Reformdruck entstehen. Schon häufig ist es der EU gelungen, aus Krisen gestärkt hervorzugehen. Uns allen muss es gelingen, den Bürgern echtes gemeinsames Handeln sichtbar zu machen, auch und gerade in dieser Region, bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen ebenso wie bei der ungelösten Migrationsfrage.

Wer heute über die Europäische Union als Wertgemeinschaft spricht, der kommt an Moria nicht vorbei. Moria ist Europas hässliches Gesicht. Es ist ein Gesicht ohne eine Spur jenes Humanismus, auf dem allein die Grundwerte unserer Gemeinschaft fußen. Artikel 2 des Lissaboner Vertrages beinhaltet zuallererst die Achtung der Menschenwürde, Gleichheit, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die

(Abg. Ries (SPD))

Wahrung der Menschenrechte und vor allem die Rechte der Minderheiten.

Humanismus verbietet es, Menschen auf der Straße verkommen zu lassen, da muss man nicht einmal Christ sein. So ist es mir völlig unverständlich, wie man sich als Christ verstehen will und gleichzeitig Bilder von Babys am Straßenrand ertragen kann, ja vielmehr noch letztendlich für die Situation mitverantwortlich ist. Wer von uns hat sich ernsthaft Gedanken gemacht, wie Menschen empfinden, die über Jahre hinweg unter katastrophalen Bedingungen in einem total überfüllten Lager ohne Perspektive leben müssen, und die letzten Monate auch noch unter Quarantäne? Wir müssen uns nicht wundern, dass es dort zu diesem Feuer der Verzweiflung kam.

Moria ist Verrat, Verrat an den Flüchtlingen, Verrat an den Griechen und Verrat an uns selbst und an den Werten, die wir uns selbst gegeben haben. Hier zeigt sich auch bedauerlicherweise das Versagen der EU-Flüchtlingspolitik. Wir müssen die Menschen so schnell wie möglich dort herausholen und auf die zehn willigen Länder verteilen, es sind ja sogar noch mehr, wie ich heute Morgen lesen konnte. In Deutschland sind es über 170 Kommunen, die bereit sind, Menschen aufzunehmen.

Diese ungelöste Flüchtlingsfrage und diese nationalen Egoismen zeigen, dass rechtspopulistische Hasardeure und demokratiefeindliche Elemente und das Streben nach dem eigenen Vorteil ganz gefährlich auf dem Vormarsch in der Europäischen Union sind. Für mich ist das jedoch kein Grund zur Resignation. Es gilt vielmehr, gemeinsam mit fortschrittlichen Kräften das Europa zu verteidigen und weiterzuentwickeln, das mehr ist als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Überlassen wir unser Europa nicht den Kleingeistern, nicht den Bedenkenträgern und den Populisten. Treiben wir unser Europa voran, wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Als weiteren Redner rufe ich auf für die AfD-Landtagsfraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ries, den letzten Schlenker mit den Populisten - damit haben Sie ja wahrscheinlich die AfD gemeint - hätten Sie sich sparen können. Bis dahin war es ganz passabel, aber ein Klischee muss ja immer bedient werden. Ich kann Ihnen versichern, ich bin schon länger europäisch gesinnt, als Sie überhaupt auf der Welt sind.

(Abg. Heckmann (SPD): Jaja.)

Deutschland ist unsere Heimat, Europa ist unser Schicksal. Der französische Europäer Jean Monnet, zu dessen Wirkungszeiten ich auch schon Politik gemacht habe, war der Ansicht - ich denke, zu Recht -, dass es, wenn man eine Sache nach vorne bringen will, Institutionen braucht. Er hat gemeint, wenn das von Personen abhängig ist, ist das vielen Schwankungen unterworfen. Wenn das aber in Institutionen gefasst ist, ist das beständiger. Insofern ist auch der IPR eine solche Institution und er ist auch sehr wichtig. Er hat auch schon Erfolge vorzuweisen, da gibt es überhaupt nichts dran zu rütteln.

Mir tut es leid, dass Frau Kuhn-Theis heute nicht da sein kann, dass sie erkrankt ist, ich wünsche ihr auch alles Gute und schnelle Besserung. Sie hat über Jahrzehnte an diesem europäischen Projekt mitgemacht. Die AfD-Fraktion ist für Europa, wir sind nur nicht für das bürokratische Monster in Brüssel, das uns vorschreiben will, wie wir essen sollen, aber wir sind für ein Europa, beispielsweise für ein Europa der Vaterländer.

Jetzt wird hier ein Schritt gemacht, für den auch wir eintreten wollen. Die einzelnen Dinge, die in dem Papier angesprochen worden sind, können wir alle unterstützen. Was uns bedrückt: Es ist einiges erreicht worden, aber es geht viel zu langsam. Es könnte viel schneller gehen, das hat uns die Geschichte gezeigt, denn hier, gerade in unserer Region, haben wir einige Wechsel mitgemacht. Im letzten Jahrhundert war die Grenze zuerst zwischen Forbach und Saarbrücken. Das war ein anderer Wirtschaftsraum. Dann war sie westlich von Metz. Dann war sie nachher wieder zwischen Saarhölzbach und Serrig, dann zwischen Forbach und Saarbrücken et cetera, hin und her, und jedes Mal haben die Wirtschaftsräume gewechselt. Und jedes Mal ist man mit der Sache fertig geworden. Es war nicht einfach, aber man ist fertig geworden. Das heißt, es fehlt letztendlich bei den Verantwortlichen der Wille, wirklich etwas zu ändern.

Jetzt ganz kurz zu den einzelnen Problemen. Das Gesundheitswesen ist schon angesprochen worden, man könnte auch sagen, der Nahverkehr, überhaupt der Verkehr, lässt zu wünschen übrig. Aber ich will nur auf ein Thema eingehen, und zwar ist das das Fremdsprachenlernen. Es kann keine Gemeinsamkeit auf Dauer geben - - Es wird auch so kommen, wenn wir nicht entgegenwirken, dass überhaupt niemand mehr Interesse hat, nach Forbach zu fahren, weil man dort ja niemanden versteht. Dort reden alle Französisch, hier wird Deutsch geredet, kein Mensch kann Französisch, die können kein Deutsch mehr. Das heißt, das ist fundamental wichtig.

Man hat lange den Fehler gemacht und das Programm ausgegeben, die Deutschen müssen Französisch lernen und die Franzosen müssen Deutsch lernen. Dann klappt es. Natürlich hat es geklappt und es gab ja auch einige hier im Saarland, die schon

(Abg. Dörr (AfD))

ein bisschen Französisch konnten. Es gab sehr viele in Frankreich, die Deutsch konnten, die in der deutschen Zeit ja nur Deutsch gelernt haben und die einen deutschen Dialekt gesprochen haben. Aber wir haben es zugelassen - wir und auch die Franzosen -, dass die Sprachen zurückgehen. Bei uns wird immer weniger Französisch gesprochen und in Frankreich stirbt Deutsch aus. Wenn man noch vor 20 Jahren im Fernsehen ein Interview mit einem Lothringer gesehen hat, dann hat der Lothringer Platt gesprochen oder vielleicht hat er sich auch bemüht, Hochdeutsch zu reden. Heute nicht mehr. Die reden fast alle Französisch.

Einen Fortschritt gibt es, man hat jetzt gesehen, dass die Leute das nicht wollen, sie wollen Englisch. Na gut, das ist besser als gar nichts. Jetzt heißt es also, Französisch, Deutsch und Englisch. Aber man muss es machen. Man muss es machen, nicht nur davon reden. Das ist unser Anliegen, wir stimmen hier selbstverständlich zu, weil das eine Sache ist, die uns nach vorne bringen kann und notwendig ist. Aber wir verlangen, dass die Macher auch endlich mal etwas machen! - Danke schön!

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich rufe für die SPD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Eugen Roth auf.

Abg. Roth (SPD):

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich darf zu Beginn sagen, dass ich es auch sehr bedaure, dass die geschätzte Helma heute nicht da sein kann, weil sie für diesen Antrag sehr gekämpft hat. Ich wünsche ihr von hier aus alles Gute! Ich möchte jenseits der europaweiten Großlinie auf ein paar Punkte eingehen, die uns hier im Grenzraum besonders betreffen. Ich bitte da keinen Fehlschluss zu ziehen, ich ticke in meinem Inneren nicht anders als meine Kollegin und Genossin Isolde Ries. Ich will das nur sagen, weil ich jetzt über andere Themen sprechen werde, das haben wir so abgesprochen.

Ein Punkt, den ich für wichtig halte: Ich bemerke in der Debatte um Moria und alles andere darum herum eine zunehmende Furcht - und zwar parteiübergreifend, das gibt es nicht nur in bestimmten Spektren -, wenn solche Probleme auftauchen, dass das skandalisiert wird und wir deswegen nicht mehr so humanitär handeln können, wie wir es eigentlich gerne möchten. Ich warne davor, dass man dort zu viel zurückgeht, da ist eine klare Sprache, eine klare Kante gefordert, und am Ende brauchen wir auch europäische Lösungen. Das ist eine ganz wichtige Geschichte. Wir lassen uns sonst zu sehr in die Defensive drängen, das hielte ich für einen großen europapolitischen Fehler, auch humanitär.

(Beifall von der SPD.)

Aber ich möchte mit etwas anderem anfangen, mit der Kommission 6, in der ich Mitglied sein darf und die sehr engagiert arbeitet, genau wie die anderen Kommissionen. Isolde, das kannst du besser erklären. In deiner Kommission bin ich auch Mitglied, ich bin überall Mitglied, aber ich mache auch engagiert mit. Da gab es eine spannende Sitzung am 28.04., damals war das noch alles frisch mit den Grenzsicherungen. Auch dort ging die Debatte quer durch die Reihen. Ich war von Anfang an ein militanter Gegner dieser Grenzsicherungen, Ulrich Commerçon ist mein Zeuge. Allerdings sage ich auch, vor Ort, in meinem eigenen Ortsverein, musste ich bei der SPD wegen dieser klaren Haltung manche Debatte aushalten. Das ging quer durch die Reihen und man muss aufpassen, welche Bilder man sendet.

Dann wurde es spannend, an diesem 28. April, lieber Volker, waren Dr. Özbek, der Chef der SHG - ich glaube, er ist Chefarzt für den Herzbereich - und Christophe Arend da, und ich zitiere nur einmal den Dr. Özbek, er hat im Nachhinein gesagt, ich dürfe ihn zitieren, ich habe ihn bisher noch nicht namentlich zitiert. Es sprach angesichts der Grenzsicherungen in dieser Kommission mehrfach von medizinischem Irrsinn. Das war so klar in der Sprache, dass ich selber erschrocken war.

Der Grund, warum er das gemacht hat, war nur zum Teil die Grenzsicherung, vielmehr hat am anderen Ende die Kooperation gefehlt, weil die auf dem Gesundheitssektor in höchstem Maße schwierig ist. Das war sein Petitum, der Christophe Arend hat es so ähnlich gemacht, er verglich es mit einer Wolke und sagte, eine Wolke hält ja nicht an einer Grenze an et cetera. Das sind alles, sage ich einmal, idealistische Betrachtungen, weil auf der Seite der Kooperation im Gesundheitswesen vieles im Argen liegt, und das ist zugegebenermaßen auch schwierig.

Deshalb mache ich einen Sprung, an dem das Plenum sehen kann, wie wir in den Kommissionen arbeiten. Oft heißt es ja, die Europa-Leute sind so im Ungefähren, das sind - positiv ausgedrückt - die Freaks. Nein, wir sind sehr konkret! Zum Beispiel hatten wir am 27. August den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion eingeladen. Oliver Groll als Präsident war da und Monsieur Henri Lewalle, das ist ein Wallone, ein wirklicher Experte für die Zusammenarbeit auf dem grenzüberschreitenden Sektor. Er sagte: Warum machen Sie nicht neben allen Resolutionen - das hat er sehr blumig ausgedrückt, was der Stellenwert solcher Resolutionen ist, will ich gar nicht wiederholen - eine grenzüberschreitende Gesundheitsregion? Warum machen Sie nicht eine grenzüberschreitende Gesundheitsregion?

Das ist eine ganz klare Sache: Man definiert einen Raum und schließt zwischenstaatliche Abkommen,

(Abg. Roth (SPD))

wie es sie beispielsweise zwischen Wallonien und Luxemburg oder auch zwischen Luxemburg und Frankreich, Grand Est, gibt. Er fragte: Warum machen Sie das nicht? Machen Sie doch so etwas auch. Damit man sieht, wie konkret die Fortschritte sind, machen Sie eine Beobachtungsstelle für grenzüberschreitende Gesundheitszusammenarbeit. Er stellte in den Raum, sie könne aus Mitteln von INTERREG 6 gefördert werden. Wenn uns solche Experten solche Dinge antragen, dann müssen wir zusehen, wie wir sie umsetzen. Ich habe mir notiert: Weniger resolutionieren, mehr agieren und liefern. Aber das ist alles andere als einfach. Man möge es mir auf der Seite der SPD verzeihen, dass ich nun Peter Müller zitiere. Er hat einmal gesagt: Bei Saar-LorLux ist der Fortschritt eine Schnecke, aber es ist vor allem wichtig, dass die Schnecke in die richtige Richtung kriecht. - An diesem Bild ist etwas dran. Wir wissen, wie schwierig es ist. Ich nenne ein Beispiel. Als es um die Beatmung von Erkrankten ging, haben zwischen dem Saarland und wahrscheinlich auch zwischen Rheinland-Pfalz und Grand Est die Anschlüsse an den Beatmungsbetten nicht zueinander gepasst. Das hört sich sehr banal an, aber hier kommt man von dem kleinen Aspekt auf das große Ganze. Das meinte er mit einer Gesundheitsregion.

Wir sollten also nicht nur MOSAR haben, sondern wir sollten uns nachprüfbar über eine Beobachtungsstelle, die es ja für den Arbeitsmarktbereich schon gibt, dazu verpflichten, Gesundheitsfortschritte zu beschreiben. Er hat uns mit auf den Weg gegeben, dass alles an die höchste Ebene zu adressieren. Denn bei aller Liebe, aber in unserer Region hat Ministerpräsident Hans mehr zu sagen als Jean Rottner als Präsident von Grand Est. Dort hat man ja einen völlig anderen Aufbau. Das ist jedem hier im Plenum des Landtags des Saarlandes klar. Ich muss es also auf eine Ebene höher heben.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen. Ich schaue mit einem Auge auf den Europaminister, der zugleich Finanzminister ist. Es geht um das Thema der Beendigung der Doppelbesteuerung von Kurzarbeitergeld. Hier haben wir die Besonderheit, dass das Kurzarbeitergeld doppelt besteuert wird. Die Franzosen kennen das Instrument des Kurzarbeitergeldes überhaupt nicht. Bei uns gibt es eine bestimmte Berechnungsmethode: Es wird eine fiktive Steuer erhoben. Diese fiktive Steuer fließt wie das Kurzarbeitergeld in Gänze vorher schon, wenn man in Frankreich wohnt, dort in die Steuerbemessung ein. Es wird also quasi doppelt besteuert. Das ist eigentlich ein Verstoß gegen das Doppelbesteuerungsabkommen. - Da sind sie wieder, unsere Probleme!

Wir haben Tausende von Grenzgängern; Isolde hat das erwähnt. Wir haben den Raum mit den höchsten Grenzgängerströmen in Europa. In Berlin oder in Paris denkt man aber nicht immer unbedingt in Kategorien von Grenzgängern. Das müsste jetzt geklärt

werden. Ich will Namen dazu nennen. Es müsste geklärt werden zwischen Olaf Scholz und Bruno Le Maire. Das ist die Ebene. Auf deutscher Seite sind wir dran. Die Frontaliers de la Moselle machen dicke Arme und drücken uns in die entsprechende Richtung, vergessen aber, dass mit der französischen Seite, mit Monsieur Bruno Le Maire auch noch zu reden ist. Ich konnte es gestern gegenüber dem rheinland-pfälzischen Regierungskabinett erklären, sehr geehrter Herr Minister, lieber Peter. Wenn von unserer Seite noch mal nachgestoßen würde, wie weit man dort in dieser Frage ist, wäre das gut. Ich weiß, es ist in Berlin angekommen, aber es ist wie immer: kompliziert.

Ein letzter Punkt. Wir haben den Aachener Vertrag. Es geht um eine ganz konkrete Geschichte, nämlich die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung. Sie hat richtige Rechte und ein Budget, wenn es um das deutsch-französische Verhältnis geht. Meines Wissens sind dort unter anderem Markus Uhl, Christian Petry und Oliver Luksic Mitglied. Ich weiß nicht, ob ich jetzt noch jemanden vergessen habe. Es gibt jedenfalls ganz konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Mein Rat ist: Wir müssen uns stärker mit denen abstimmen. Sie kümmern sich jetzt beispielsweise um eine Pandemie-Konzeption. Dort hat man sehr große Einwirkungsrechte, stärker als wir als einzelnes Landesparlament, auch wenn wir mit großem Herzen, mit grand coeur, daran arbeiten. Der wichtigste Punkt meines Vortrages lautet: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Worte begeistern, aber Taten reißen mit!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Als weiteren Redner rufe ich für die Landesregierung den Europaminister Peter Strobel auf.

Minister Strobel:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lander, vorab ein Wort an Sie. Die Freunde Europas benennen die Schwächen, die Probleme und Unzulänglichkeiten. Die Freunde Europas betonen aber auch die Stärken und Errungenschaften, um Europa gegen seine Feinde und Kritiker zu verteidigen. Mit Ihren Einlassungen haben Sie sich selbst eingeordnet.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Der Befund, dass Europa sich zweifelsohne in einer schwierigen Situation befindet, ist absolut richtig, und das alles natürlich eingebunden in die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, auf die sich alle Augen richten! Ich nenne einmal den Haushalt, den mittelfristigen Finanzrahmen der Europäischen Union 2021 bis 2027, den Green Deal, auch die Förderpro-

(Minister Strobel)

gramme der EU stehen zur Disposition, die Corona-Folgen mit dem Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“, die Verträge mit Großbritannien post Brexit – was für ein Theater da läuft, kann man jeden Tag verfolgen –, eine gemeinsame Migrationsstrategie, die durch die Vorgänge auf Lesbos und in Moria traurige Aktualität zurückgewonnen hat. Um es klar zu sagen: Die Bundesrepublik Deutschland leistet hier ihren Beitrag. Es ist auch richtig, dass die Bundesrepublik dies tut, aber sie kann die Probleme nicht alleine lösen.

Im Übrigen ist auch Folgendes klar: Höchststrichendlich hat der EuGH festgestellt, dass nach der letzten Flüchtlingskrise die Staaten, die sich ihrer Verpflichtung entzogen haben, sich rechtswidrig verhalten haben. Auch das muss zukünftig von Wirkung sein. Deshalb sage ich noch mal: Deutschland wird seiner Verantwortung in dieser Frage gerecht. Und das ist auch richtig so!

(Beifall von der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke dem Europaausschuss für diesen Antrag. Er greift vieles von dem auf, was die Landesregierung in den letzten Wochen, Monaten und Jahren gemeinsam mit ihren Partnern in der Großregion, auf Bundesebene oder bilateral bereits angepackt hat. Die Zusammenarbeit zwischen dem Gipfel der Großregion und dem IPR als Parlament der Großregion hat bereits gute und lange Tradition. Diese möchten wir im Sinne einer engen Verzahnung auch in Zukunft fortführen und vertiefen. Ich danke mit Blick darauf ganz besonders dem Präsidenten dieses Hohen Hauses, aber auch den Mitgliedern des IPR ganz herzlich für ihre Arbeit und für das immer fortwährende klare Europaprofil, das dem Saarland durch den Landtag und die Regierung eindeutig zugeordnet ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will an dieser Stelle gerne auf ein paar Punkte des Antrags eingehen. Von besonderer Bedeutung in der Pandemie ist die grenzüberschreitende Gesundheitskooperation. Noch nie ist uns das so klar geworden wie in den letzten Monaten. Grenzüberschreitende Kooperation kann Leben retten. In diesem Zusammenhang will ich auf etwas verweisen, was es schon eine Weile gibt, nämlich das Programm MOSAR – ich schaue einmal zur Gesundheitsministerin –, in dem Patientenversorgung in besonderen Bereichen grenzüberschreitend sichergestellt ist, etwa in der Kardiologie, aber auch mit Blick auf die Versorgung von Schwerverletzten. Natürlich haben wir auch französische COVID-19-Patienten aufgenommen. Dies war dank des Einsatzes vieler Menschen möglich. Ich möchte meinen ausdrücklichen Dank allen aussprechen, die sich hier eingesetzt haben, insbesondere den Verantwortlichen in den Krankenhäusern, den Ärztinnen und Ärzten und

den Pflegekräften, die das alles möglich gemacht haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das Gravierende, was uns so schwerfällt, ist, dass wir das Ganze als Besonderheit empfinden. In Zukunft darf es keine Besonderheit mehr sein. Wir müssen doch zu dem Punkt kommen, wo ein Mensch, der in Forbach lebt, die medizinische Versorgung in Anspruch nimmt, die ihm am nächsten ist, nämlich die in Saarbrücken. Grenznahe, grenzüberschreitend, das sind die Themen, die wir voranbringen müssen. Das muss Normalität werden. Das ist der Auftrag, den wir aus der Corona-Krise mitnehmen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Als es in Frankreich einen Engpass bei den Schutzmasken gab, hat der Ministerpräsident schnelle Hilfe zugesagt. Wir haben die Einwegmasken bei unseren französischen Nachbarn und Freunden angeliefert. Umgekehrt, da bin ich mir sicher, hätten unsere französischen und luxemburgischen Freunde dies für uns in einer Krisensituation genauso getan. Ich glaube, Corona hat gezeigt, dass es gut ist, wenn wir Europa in Regionen denken, über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Da sind wir mittlerweile auch ein Stück weitergekommen.

Die Pandemie hat aber auch eines deutlich gemacht: Wir sind in der grenzüberschreitenden Gesundheitskooperation noch nicht da, wo wir sein sollten und wo wir hin müssen. Wir müssen und können besser werden, wenn wir es gemeinsam angehen. Deshalb haben wir beim Zwischengipfel der Großregion am 18. Juni unter saarländischer Präsidentschaft beschlossen, dass wir im Gesundheitswesen stärker kooperieren wollen. So wird sich die AG Gesundheit und Soziales des Gipfels der Großregion nächste Woche im Haus der Regionen in Esch treffen. Ziel ist es, eine Unterarbeitsgruppe Task Force Pandemie fest zu installieren. Wir wollen in Zukunft für den Ernstfall besser gewappnet sein. Deswegen sind auch gemeinsame grenzüberschreitende Pandemiepläne wichtig. Monika Bachmann im Gesundheitsministerium arbeitet an diesen Pandemieplänen gemeinsam mit den Freunden in Luxemburg und Frankreich.

Das ist aber nichts, was von heute auf morgen geht. Es muss dezidiert ausgearbeitet werden. Wir alle wissen, dass die Wege manchmal nicht ganz einfach zu finden sind, aber die Problematik ist klar geworden. Monika Bachmann arbeitet Tag für Tag daran, dass diese Pandemiepläne so schnell wie möglich kommen, wie gesagt nicht von heute auf morgen, aber die Arbeit daran wird auf jeden Fall geleistet. Am Ende wird sie, da bin ich mir sicher, von Erfolg gekrönt sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

(Minister Strobel)

Seit Beginn der Krise haben wir feststellen müssen, dass wir uns noch mehr austauschen müssen, um die Lage richtig bewerten und gemeinsam agieren zu können. Das Saarland hat frühzeitig initiiert, dass Informationen zu COVID-19 aus den Teilregionen gesammelt und zur Verfügung gestellt wurden und werden. Seit Anfang März, direkt zu Beginn der Corona-Krise, seinerzeit täglich, heute mindestens wöchentlich, gibt es eine Telko im sogenannten GRÜZ-Format. Ich will nennen, wer immer mit dabei ist: das Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, die französische Gesundheitsagentur A.R.S, Grand Est, die Präfektur, das Bundesinnenministerium, das Auswärtige Amt, die Départements Moselle, Haut-Rhin, Bas-Rhin, der Eurodistrict SaarMoselle, das Deutsche Konsulat in Straßburg und das französische Innenministerium plus TRISAN.

Wenn Sie, Herr Lander, eben gefragt haben, wieso keiner den Hörer in die Hand genommen und einfach mal auf der anderen Seite angerufen habe, so antworte ich Ihnen, dass Sie nicht im Geringsten beurteilen können, wie oft der Ministerpräsident, ich und andere mit Herrn Xavier Bettel, Herrn Jean Asselborn, Corinne Cahen, Amélie de Montchalin, Jean Rottner, Patrick Weiten und anderen telefoniert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Lander (DIE LINKE).)

Das wissen Sie gar nicht. Sie müssen es auch nicht wissen, aber Sie können nichts vorwerfen, wovon Sie keinen blassen Schimmer haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Erneuter Zuruf des Abgeordneten Lander (DIE LINKE).)

Mit TRISAN hat das Saarland eine Schnittstelle zu einem anderen großen Kooperationsraum hergestellt, der Oberrheinkonferenz, in der Grand Est, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und fünf schweizerische Kantone zusammenarbeiten. Das Informationssystem der Großregion kann jetzt mit dem bestehenden System am Oberrhein arbeiten und bietet somit einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger in beiden Grenzregionen inmitten von Europa.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Sinne sind wir beispielgebend. Es war für mich als Vorsitzender der Europaministerkonferenz von daher ebenso selbstverständlich wie eine Ehre, auch und gerade unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie und unter Einhaltung der Regeln die französischen Regionen und die deutschen Bundesländer im eigentlichen Wortsinne an einen Tisch zu bekommen. In Perl-Nennig haben wir nicht nur ein wichtiges Zeichen in schweren Zeiten gesetzt, wir haben auch ganz konkret die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Regionen und auf die deutschen Bundesländer diskutiert - gesundheitspolitisch, wirtschaftspolitisch, aber auch gesellschaftspolitisch. Auch hier gilt wie in unserer Großregion:

Der Blick über den eigenen Tellerrand hinaus lohnt sich immer. In diesem Zusammenhang waren die Grenzsicherungen für uns als überzeugte Europäerinnen und Europäer schmerzliche Einschnitte. Sie haben auch gezeigt, wie wichtig unsere Kooperation ist und wie wichtig es ist, uns immer wieder dafür einzusetzen.

Europa ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss Tag für Tag neu mit Leben gefüllt werden. Das gilt auch für offene Grenzen - eine Freiheit, die es zu schätzen und zu verteidigen gilt. Es ist mehr denn je wichtig, dass wir zusammenstehen, auch und gerade, wenn wir Abstand halten müssen. Ich möchte rückblickend sagen, dass uns dies trotz der bekannten Irritationen, die gar nicht wegzudiskutieren sind, am Ende gelungen ist. Der Vergleich zwischen der Situation in Nordrhein-Westfalen an der belgisch-niederländischen Grenze und im Saarland an der französisch-luxemburgischen Grenze hinkt im Übrigen, was eine stellvertretende Präsidentin des Ausschusses der Regionen eigentlich wissen müsste und muss. Aber Besserwisserei ist ja viel einfacher als brauchbare Vorschläge in der konkreten Situation.

(Beifall von der CDU.)

Bloße Grenzsicherungen können in Zukunft nicht mehr die Antwort auf pandemische Ereignisse sein.

(Abg. Commerçon (SPD): Vor allem nicht mit martialischen Polizeieinsätzen!)

Gemeinsame Anstrengungen und gemeinsames Handeln sind die Instrumente der Zukunft. Dazu ein Zitat aus berufenen Mund. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung gesagt: Nur nationale Entscheidungen zu treffen, war verständlich, aber unvernünftig. - Dem ist nichts hinzuzufügen.

In der Krise hat sich die Arbeitsweise vieler Menschen geändert. Die Telearbeit hat in viele Betriebe und auch in die Verwaltung Einzug gehalten beziehungsweise hat sich dort ausgedehnt. Das betrifft auch Grenzgängerinnen und Grenzgänger in unserer Region. So freut es mich, dass es uns gelungen ist, hierfür praktische und vor allem unbürokratische Lösungen zu finden. Mit Luxemburg haben wir beispielsweise vereinbart, dass die Arbeitstage der Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die von zu Hause arbeiten, in Luxemburg wie normale Arbeitstage behandelt werden. Damit wird vermieden, dass sich krisenbedingt die Besteuerungssituation nachteilig für diese Beschäftigten ändert. Diese sogenannte Verständigungsvereinbarung gilt so lange, bis eine Seite sie aufkündigt. Bislang wurde sie stillschweigend jeden Monat verlängert. Mit Blick auf die Doppelbesteuerung kann ich sagen, lieber Eugen, dass bei der letzten Finanzministerkonferenz dieses Thema schon einmal angesprochen worden ist. Wir

(Minister Strobel)

sind also, so glaube ich, auf dem Weg, eine Klärung herbeizuführen.

Beim Zwischengipfel der Exekutiven der Großregion am 12. Juni 2020 haben wir uns auch über weitere Bereiche ausgetauscht, in denen wir noch enger zusammenarbeiten wollen. Das gilt zum Beispiel für den Bereich der Digitalisierung, den Sie in Ihrem Antrag ebenfalls ansprechen. Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit und Life Sciences sind mitunter die Querschnittstechnologien unserer zukünftigen Entwicklung als Großregion, aber auch als Gesellschaft insgesamt. Sie sind auch wichtiger Baustein der Souveränitätsstrategie der EU, um uns unabhängiger und entsprechend krisenfest zu machen.

Unsere Perspektive ist, dass sich die Großregion zur Herzkammer von Innovation in Europa entwickelt. Dazu leistet die Universität der Großregion einen wichtigen Beitrag. Die neuesten deutsch-französischen Kooperationen im Bereich Cybersicherheit und KI erfüllen diese Vision mit Leben. Ich verweise in diesem Zusammenhang gerne auf die internationale Bedeutung des CISPA. Mit großem Interesse folgten unsere Gäste aus den französischen Regionen und den Bundesländern der EMK den Ausführungen von Professor Slusallek zu den wegweisenden Forschungen seines Teams des DFKI.

Es ist hoch motivierend zu sehen, wie sich Europa ganz konkret im Forschungsnetzwerk CLAIRE mit 50 Millionen Euro für eine wahrlich grenzüberschreitende Plattform einsetzt und wie stark unser Land hier vorangeht. Daneben gilt es auch, die Unternehmen im Bereich KI-Technologieentwicklung in der Großregion weiter zu vernetzen und KI-Ökosystemstrukturen zu etablieren.

Aktuell bereitet die EU-Kommission im Programm Digitales Europa neue Förderinstrumente vor. Hier gilt es, als Großregion gemeinsam aufzutreten und den Rahmen zu schaffen, um aus unserer Forschungslandschaft heraus Innovationen zur Förderung und deren Marktreife zu ermöglichen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Innovationskraft der Großregion zu stärken und zu verzahnen.

Besonders freue ich mich über den Erfolg der Universität des Saarlandes bei der Ausschreibung europäischer Hochschulen. Die Saar-Uni ist gerade dabei, das Projekt Transform4Europe voranzubringen. Sie hat sich damit in einem hochkompetitiven Wettbewerb durchgesetzt. Dabei waren ihr sowohl die Unterstützung durch das Land als auch die Erfahrung im UniGR-Verband besonders wertvoll. Ich bin mir sicher, dass davon nicht nur die Universität, sondern auch das Saarland und die Großregion profitieren werden. Ein herzliches Wort des Dankes an alle Beteiligten, die dazu ihren Beitrag geleistet haben, ganz besonders an den Ministerpräsidenten, der bei einer Vielzahl von Veranstaltungen für die UdS als europäische Universität geworben hat.

Es ist selbstverständlich wichtig, dass wir die Folgen der Corona-Krise differenziert und aus verschiedenen Blickwinkeln heraus analysieren. Auch da haben sich viele Institutionen schon auf den Weg gemacht, was ich sehr begrüße. So hat beispielsweise der WSAGR-Präsident Oliver Groll im Rahmen unseres virtuellen Zwischengipfels am 18.06. angekündigt, dass im Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Großregion die Auswirkungen und Folgen dieser Krise vertieft beleuchtet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Unterschiedliche Gesetze im Grenzbereich machen uns oft das Leben schwer. Die Exekutiven der Großregion haben in ihrer gemeinsamen Erklärung des Zwischengipfels vom 18.06. die nationalen Gesetzgeber sowie die Entscheider dazu aufgerufen, die Vorzüge und Besonderheiten der Grenzregion zu berücksichtigen, wenn es darum geht, europäische Richtlinien sowie Gesetzgebungs- und Rechtssetzungsverfahren umzusetzen. Die Exekutiven der Großregion unterstützen außerdem die Schritte zum Abbau rechtlicher und administrativer Hemmnisse im grenzüberschreitenden Kontext.

Von unseren luxemburgischen Freunden wird in ihren Gremien immer wieder der sogenannte ECBM propagiert. Das ist an sich eine gute Sache. Die Wirklichkeit sieht leider etwas anders aus. Der Gestaltungsanspruch der Großregion, den wir haben, ist möglicherweise einzigartig. In vielen Grenzregionen der EU ist aber bis heute kein solches Selbstverständnis entstanden. Die Erforderlichkeit eines Werkzeugs wie dem ECBM und seinem Nutzen kann seitens vieler Mitgliedsstaaten entweder gar nicht oder zumindest nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie in der Großregion nachvollzogen werden. Schweden beispielsweise lehnt diesen Vorschlag komplett ab. Hier wird es also wahrscheinlich keine Einigung auf EU-Ebene geben, aber inhaltlich unterstützen wir den ECBM. Der Aachener Vertrag bietet uns eine Menge Ansatzpunkte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in der Krise hat sich gezeigt, wie wichtig das Thema Mehrsprachigkeit ist. Sie haben in Ihrem Antrag die Frankreichstrategie des Saarlandes angesprochen. Mit der Feuille de Route III setzen wir nun das dritte Maßnahmenpaket zur Förderung der Mehrsprachigkeit um. Ich danke dem IPR ausdrücklich für seine stete Unterstützung dieser langfristigen Strategie in unserer Region.

Die saarländische Landesregierung steht fest zu ihrem Bekenntnis zur Industrie in der Großregion. Europa hat hier eine essenzielle Rolle, sei es für den stark integrierten Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Fachkräfte, sei es für den gemeinsamen Ausbildungsmarkt, wo wir im Moment noch eine Baustelle zu beheben haben, oder sei es für die Absicherung fairer Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen als solche. Die Klimaziele der EU stehen glei-

(Minister Strobel)

chermaßen als Herausforderung wie auch als Ansporn in diesem Kontext.

Wir brauchen Chancengleichheit auf dem globalen Stahlmarkt. Innovation und Qualität darf nicht zu einem Nachteil werden, denn kein anderer Grundstoff ist so vielseitig verwendbar, wiederverwendbar und langlebig wie Stahl. Das bedeutet, dass die Stahlindustrie wie keine andere einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigkeit leistet, was sich in einer zukünftigen Struktur eines europäischen Wirtschaftsökosystems widerspiegeln muss. Entscheidend ist hier letztlich, dass wir mit allen Partnern diese Transformation gemeinsam voranbringen. Hierfür brauchen wir das Gewicht der Europäischen Union auf dem internationalen Wirtschaftsparkett.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch ein paar Worte zur Europaministerkonferenz in Perl. Diese haben wir unter strengen Sicherheitsauflagen erstmalig gemeinsam mit den Régions de France durchgeführt. Damit weitestgehend alle dabei sein konnten, haben wir das in hybrider Form getan. Es waren also alle Regionen dabei, alle Bundesländer waren vertreten; sogar die französischen Überseeregionen waren uns zugeschaltet. Es war wichtig und richtig, trotz der Krise ein solches Signal zu setzen. Wir haben uns intensiv über die zukünftige EU-Strukturförderung ausgetauscht, besonders über die grenzüberschreitenden Projekte und die zukünftige Förderung. Gemeinsam mit Klaus Regling vom ESM haben wir vertieft über die Wirtschaft der Eurozone und die Krise gesprochen. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit, erweitert um die französische Zusammenarbeit, sozusagen im Sinne des Weimarer Dreiecks, war ein Thema und davon abgeleitet natürlich auch die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU. Dazu hatten wir einen interessanten Austausch mit dem Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs, der aus meiner Sicht eine interessante Aussage getroffen hat und eine Definition für die Rechtsstaatlichkeit gab. Er hat gesagt, die Rechtsstaatlichkeit ist das Bollwerk gegen die unkontrollierte Ausübung von Macht. Das ist Maßstab und nicht verhandelbarer Kern des Selbstverständnisses der EU als Wertgemeinschaft. Deshalb müssen wir bei der Rechtsstaatlichkeit immer wachsam bleiben.

Auch wenn ich heute nicht auf alles in Ihrem Antrag eingehen konnte, so möchte ich Ihnen versichern, dass die Landesregierung alle von Ihnen angesprochenen Punkte im Blick hat und im guten Austausch der Ressorts und mit ihnen, den Partnern in der Großregion, an Lösungen arbeitet. Wie Sie sehen, haben wir gemeinsam gezeigt, dass unsere Großregion auch und gerade in Krisenzeiten zusammensteht. Wir haben gezeigt, dass aus der Krise auch Chancen für eine noch stärkere bilaterale und unilaterale Zusammenarbeit erwachsen können. Ja, die Krise war in vielen Aspekten vielleicht sogar Katalysator und Beschleuniger. Lassen Sie uns die daraus

entstehenden Chancen nutzen und ganz im Sinne von Robert Schuman Europa weiterhin durch konkrete Taten erschaffen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke dem Minister. Der Minister hat die Redezeit der Landesregierung um 2 Minuten 32 Sekunden überschritten. Die Redezeit steht damit jeder Fraktion noch einmal zu. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für Europa und Fragen des interregionalen Parlamentarierrates Drucksache 16/1424. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1424 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1424 einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, die DIE LINKE-Landtagsfraktion, die AfD-Landtagsfraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Enschede und Hecker.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung

Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes Nr. 812 zur Ordnung des Schulwesens im Saarland (Drucksache 16/1432)

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Gesetzesänderung eingebracht, wonach es ermöglicht werden soll, an Gymnasien auch nach neun Jahren die Abiturprüfung abzulegen - G9. G8 wurde seinerzeit hauptsächlich eingeführt, um Geld zu sparen. Man spart für jeden Schülerjahrgang die Lehrer und man spart die Klassenräume.

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Es gab damals schon viele Gegner dieser Maßnahme. In all den Jahren sind die Gegner nicht verstummt. Das ging bis zu Volksbefragungsanträgen. Viele Gründe sprechen gegen G8. Theoretisch sehr gut begabte Kinder haben Schwierigkeiten, das Abitur nach acht Jahren zu schaffen. Auch theoretisch gut begabte Kinder müssen während ihrer Schulzeit auf wichtige Bildungsangebote in der Freizeit verzichten. Sie können weniger in Vereinen - Musikvereine, Sportvereine und so weiter - mitmachen.

Die scheinbar, aber nicht wirklich gewonnene Zeit bei solchen Kindern, die das Abitur nach acht Jah-

(Abg. Dörr (AfD))

ren schaffen, erzeugt immer öfter Studierunfähigkeit und macht Einführungskurse an der Universität nötig. Das war früher auch schon so. Wenn man zum Beispiel Geschichte studiert hat, dann musste man schon zwei moderne Sprachen und eine alte Sprache können. Ich kann mich erinnern, der Professor für Ostkunde hat mich damals gefragt: Wie viele osteuropäische Sprachen sprechen Sie? Da war doch auch schon immer das eine oder andere nachzulernten. Ich habe mir sagen lassen, das ist heute gang und gäbe. Die meisten Jungen und Mädchen kommen nicht mehr studierfähig an den Universitäten an.

Es gibt keine Zeitpuffer, wenn ein Kind erkrankt, wenn die Familie umzieht oder sonstige Umstände eintreten wie zum Beispiel jetzt Corona. Der wichtige Grundsatz, dass es Zielvorgaben geben muss und keine Zeitvorgaben, wird bei G8 noch weniger beachtet als bei G9. Das ist überhaupt eine Schwäche unseres Systems, dass man Zeitvorgaben macht. Man sagt, in der Klasse 8 müssen die 20 Kinder, die dort sitzen, in elf verschiedenen Fächern das gleiche Ziel erreichen. Das sind Dinge, die vorgegeben werden, die aber unmöglich zu erreichen sind.

Das wird natürlich verschärft, wenn der Druck größer wird, das heißt, wenn ich anstatt neun Jahre nur noch acht Jahre zur Verfügung habe. Normal wäre es ja, dass man Lernziele hat, und wenn man diese Lernziele erreicht hat, dann zum nächsten Lernziel vorangeht.

Der jahrzehntealte Trend, die Unterrichts- und Studierzeiten zu verlängern, weil immer mehr Wichtiges dazu gelernt werden muss, wird nicht beachtet. Er wird ja hier ins Gegenteil verkehrt. In meiner Zeit habe ich einige solche Verlängerung der Schulzeit erlebt. In anderen Ländern war das zum Teil krass. Bei uns ist man zu einem bestimmten Zeitpunkt hingegangen und hat die Schulzeit um ein Jahr verkürzt.

Wenn ich das Gleiche von Kindern in acht Jahren verlange, wozu ich vorher neun Jahre gebraucht habe, dann gibt es nur drei Möglichkeiten: Entweder machen weniger Kinder das Abitur oder ich senke die Anforderungen oder ich verlange größere Anstrengungen von den Kindern. Der klar ausgedrückte Elternwille - mindestens eines großen Teils der Eltern - wird bei einem aufgezwungenen G8 nicht beachtet. Dass das Abitur an Gemeinschaftsschulen und sonstigen Einrichtungen, auch Berufsschulen, angeboten wird, ist kein Ersatz, denn dies geht von der irrigen, ideologisch begründeten Annahme aus, dass Gymnasium und Gemeinschaftsschule gleichwertig sind, was offensichtlich nicht der Fall ist. Es wird suggeriert: Dann machst du das Abitur auf der Gemeinschaftsschule, dort kannst du das nach neun Jahren machen. Die Gemeinschaftsschule ist nicht die gleiche Schule wie das Gymnasium.

Hier sei mir eine ketzerische Frage erlaubt, auf die ich aber keine Antwort haben möchte. Wer von Ihnen hat denn seine Kinder auf Gemeinschaftsschulen geschickt oder wessen Enkel von Ihnen besuchen Gemeinschaftsschulen? Ist es nicht in Wirklichkeit so, dass man natürlich bestrebt ist, sein Kind auf das Gymnasium zu schicken, und dass man nur dann, wenn es aus irgendeinem Grund nicht möglich ist, das Kind auf die Gemeinschaftsschule schickt? Es gibt deshalb auch Leute, die nennen die Gemeinschaftsschule die Förderschule des Gymnasiums. Das finde ich schon fehl am Platze.

Eine Gleichwertigkeit könnte durch einen gleichen Namen bekundet werden. Ich habe schon vor längerer Zeit den Vorschlag gemacht - das kann ich Ihnen noch einmal darlegen -, die Schule Gymnasium zu nennen. Das wollen ja alle. Dann hat man grob gesagt zwei Arten von Gymnasium. Beide sind allgemeinbildend. Das eine Gymnasium ist mit wissenschaftlichem Schwerpunkt und beruflichem Angebot. Das andere ist mit beruflichem Schwerpunkt und wissenschaftlichem Angebot. Die beiden sind durchlässig. Es ist also möglich, von dem einen zum anderen zu wechseln. Dann hat man diese Möglichkeit. Dann hat man zwei Arten von Schulen, die aber gleichwertig sind.

Was die acht oder neun Klassen betrifft, so ist das im Grunde ganz einfach. Man braucht ja nur den Leuten zu ermöglichen, ihr Kind neun Jahre auf das Gymnasium zu schicken, das heißt, man muss hier und dort, so, wie der Bedarf ist, Gymnasien vorhalten, in denen das Abitur nach neun Jahren gemacht wird. Das kann man sogar an einem einzigen Gymnasium verwirklichen.

Ich weiß das vom Deutsch-Französischen Gymnasium. Da war das lange so. Es ist mir gesagt worden, heute wäre das nicht mehr so. Der deutsche Zweig hat neun Jahre gebraucht und der französische Zweig acht Jahre. Allerdings haben die Franzosen in der Regel kein Jahr gespart, weil - das sind wieder die Tatsachen - durch das strengere französische System sehr viele Kinder die Klasse wiederholt haben und dann doch neun Jahre oder vielleicht sogar zehn Jahre gebraucht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen! In Kommunalparlamenten, in denen ich auch schon tätig war, herrscht die ungute Sitte, dass, wenn die Opposition einen Antrag stellt, der Antrag zuerst einmal abgelehnt wird. Aber sehr oft habe ich erlebt, dass einige Wochen später der gleiche Antrag wiederkam, aber von den Regierungsfractionen.

(Zuruf: Ihr Antrag ist auch kopiert.)

Dann stand da aber anstatt „Verwirklichung“ „Realisierung“ und anstatt „Zusammenarbeit“ „Kooperation“, aber es war derselbe Antrag. Der wurde dann auch angenommen. Das wäre ein Vorschlag, es hier zu überdenken, dass man so etwas einmal macht.

(Abg. Dörr (AfD))

Insgesamt frage ich mich, warum wir eigentlich dazu neigen, andere Leute zu irgendetwas zu zwingen. Das heißt, dass wir die Leute dazu zwingen, ihr Kind auf das Gymnasium zu schicken und in acht Jahren das Abitur zu machen, und ihnen nicht ganz einfach die Möglichkeit lassen, für ihr Kind auch neun Jahre zu wählen. Sind wir also wirklich so demokratiescheu, dass wir das nicht zulassen wollen? - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich rufe nun den Punkt 15 der Tagesordnung auf.

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 an Gymnasien prüfen (Drucksache 16/1438)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Frau Abgeordneter Barbara Spaniol das Wort.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Gesetzentwurf der AfD-Fraktion reiht sich ein in eine lange Kette von Diskussionen und Initiativen auch von uns LINKEN hier im Parlament. Sie greifen unsere Argumente auf. Das begrüßen wir, aber Ihre Ausführungen diesbezüglich sind wie gewohnt schlicht. Daher gibt es einiges zu ergänzen; deshalb auch unser Antrag heute.

Das Abitur nach 13 Jahren erlebt längst eine Renaissance - zu Recht und überall dort, wo man Eltern die Wahl lässt. Es gibt bereits bewährte Wege zum Abitur nach neun Jahren im Saarland, nämlich an unseren Gemeinschaftsschulen und an den beruflichen Schulen. Das muss man in dieser ganzen Diskussion immer wieder vorausschicken, denn diese Schulen sind bewährte Standorte. Die wollen wir weiter stärken und sie auf keinen Fall schwächen, denn es geht bei alledem immer wieder um die Gleichwertigkeit der beiden Säulen Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Es geht um Augenhöhe der beruflichen Schulen mit den allgemeinbildenden Schulen. Dafür treten wir weiterhin ein. Hier braucht es auch immer mehr Ressourcen. Gemeinschaftsschulen und berufliche Schulen bieten vielfältige Abschlüsse an.

Noch einmal ein Blick zum Abitur an der Gemeinschaftsschule. Schon jetzt haben in den Gemeinschaftsschulen rund 40 Prozent der Abiturienten keine bis jetzt nicht verbindliche Gymnasialempfehlung. Sie hätten an einem Gymnasium unter Umständen schlechtere Chancen. Sie haben das Abitur an der Gemeinschaftsschule trotzdem geschafft. Ich finde,

das ist ein Beleg für die engagierte Arbeit an den Gemeinschaftsschulen.

(Beifall von den LINKEN.)

Aber inzwischen - das müssen wir zur Kenntnis nehmen - wünschen sich immer mehr Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer auch an den Gymnasien eine Möglichkeit für ein Abitur nach neun Jahren. Auch der saarländische Philologenverband ist nun für G9 am Gymnasium. Die Diskussion geht schon sehr lange. Die Zeit ist überreif, sich der Debatte nicht weiter zu verschließen und zum Beispiel an der Schulform Gymnasium die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 wenigstens einmal zu prüfen.

Wir haben die Verkürzung der Schulzeit mit G8 auf Zuruf der Wirtschaft; wir haben das immer gesagt. Dies haben wir immer für einen Fehler gehalten. Die Schulordnungen, die Lehrpläne, die Ausstattung und Personalisierung der Schulen sollten sich nach den Bedürfnissen der Kinder und der Jugendlichen richten und nicht nach der Hoffnung von Unternehmen, frühzeitig gut ausgebildete Fachkräfte am Markt zu haben. Das ist nicht das Ziel von Schule!

(Beifall von der LINKEN.)

Aus der Universität heraus wird uns immer wieder einmal berichtet, dass es Erstsemester gibt, die 17 Jahre alt sind und sich an der Universität zu jung und überfordert fühlen und sich nicht wirklich orientieren können. Auch das ist eine Tatsache. Inzwischen haben Wirtschaftsverbände und Unternehmensvertreter eingesehen - ich denke an die IHK in Baden-Württemberg -, dass G8 ein Fehler war.

Andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein sind wieder zurückgekehrt zum Abitur nach neun Jahren. In Hessen ist es so, dass die Schulen seit dem Schuljahr 2013/14 frei wählen können, ob sie ein Abitur nach acht oder neun Jahren anbieten. Die Mehrzahl der Schulen bietet das Abitur nach neun Jahren an. In Baden-Württemberg gibt es seit einigen Jahren einen Modellversuch. Dort gibt es in jedem Landkreis ein Gymnasium, das G9 anbietet - mit großem Erfolg. Wo G9 angeboten wird, ist das G8 abgemeldet - hat der Südkurier im vorigen Jahr berichtet. Er berichtet weiterhin, dass es im laufenden Schuljahr knapp 5.600 Anmeldungen für Gymnasien gegeben hat, die beide Züge anbieten. 5.258 haben sich davon für das G9 entschieden, nur 339 für das G8. Ich meine, das spricht Bände.

Wir sollten den Schülerinnen und Schülern und ihren Familien am Gymnasium bei uns im Saarland diese Wahlfreiheit auch nicht länger verweigern. Dazu braucht es aus unserer Sicht ein Konzept für G9 im Land, das sowohl die vorhandenen guten Strukturen an den Gemeinschaftsschulen und an den beruflichen Schulen enthält als auch eine Wahlmöglichkeit

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

an Gymnasien. Das muss gut miteinander abgestimmt werden und auf der Basis von belastbaren Zahlen passieren.

Vor ein paar Jahren, das ist noch nicht so lange her, konnte eine parlamentarische Anfrage - damals ging es um die Kosten der Wiedereinführung des G9 - in puncto Kosten nicht beantwortet werden. Es hieß damals, es gebe keine Planungen, wir können nichts sagen, wir wissen nicht, was das kostet und wie teuer eine Rückkehr wäre. Ich meine, da muss man umkehren und sich einmal dranmachen, weil die Eltern auf diese Antworten warten. Die Eltern haben auch schon vor Jahren in kurzer Zeit tausende Unterschriften gesammelt. Ein Volksbegehren wurde versucht. Das ist vor allem deshalb gescheitert, weil die Hürden mit Blick auf die direkte Demokratie hier bei uns im Land eben immer noch viel zu hoch sind.

Aber gerade weil schon so lange und auch so leidenschaftlich über G9 an Gymnasien gestritten und im positiven Sinn gerungen wird - genau darum geht es -, brauchen wir jetzt keine Schnellschüsse, sondern wir brauchen ein klares, abgestimmtes Vorgehen und zwar auf Grundlage belastbarer Zahlen. Eine einfache Änderung eines Satzes im Schulordnungsgesetz schafft diese Klarheit eben nicht.

Ich muss Ihnen sagen, die Landesregierung darf ihrerseits aber auch nicht weiter blockieren. Über Jahre hinweg ist zumindest dieser Eindruck entstanden. Sie müssen diese Diskussion zulassen und sie selbst führen. Es geht um ein zusätzliches Schulangebot. Das muss ernsthaft geprüft werden. Das ist das Ziel unseres Antrages.

(Beifall von der LINKEN.)

In den Debatten der Vergangenheit ging es oft um das Argument, wir möchten nicht, dass unsere Gemeinschaftsschule herabgesetzt oder geschwächt wird. Das sehen wir nicht so. Wenn man in die anderen Bundesländer schaut, funktioniert einiges an Nebeneinander. Wir haben in Hessen die kooperativen Gesamtschulen mit der Wahlmöglichkeit neben dem Gymnasium und so weiter. In Baden-Württemberg sind es auch die Gemeinschaftsschulen. Ich glaube, das Argument ist überwunden, vor allem die Ängste, die damit zusammenhängen.

Man muss jetzt nach vorne schauen. Da sagen wir ganz klar: In Ihrem Koalitionsvertrag ist die Rede von der Expertenkommission. Die hat ja auch schon einige Male getagt. Sie sei insbesondere mit Fragen des Schulfriedens, der Schulzufriedenheit, des Schulzugangs, der Schulzeit G8/G9 und so weiter befasst. Aber ich meine, Papier ist geduldig. Wir haben das mehrmals im Ausschuss nachgefragt. Bis letztes Jahr hatte sich die Kommission noch überhaupt nicht mit diesem Thema beschäftigt. Für dieses Jahr wurden im Mai zwar zwei bis drei Sitzungen angekündigt, bei denen es insbesondere um G8/G9 gehen soll. Aber auch davon hat man bislang

nicht wirklich etwas gehört. Es war ja auch eine schwierige Zeit; die letzten Monate will ich gar nicht vorwerfen. Aber angesichts der öffentlichen Debatte, die sich jetzt wieder entwickelt, ist schwer vermittelbar, dass man hier vielleicht die Türen zuschlägt.

Wir können nur sagen: Nach jahrelanger Diskussion sollte wirklich eine ernsthafte neue Debatte aufgelegt werden, endlich eine ernsthafte Prüfung und darauf aufbauend ein belastbares Konzept der Landesregierung erfolgen, wie es jetzt weitergeht und ob es eine Wahlmöglichkeit gibt. Einen Rollback wollen wir auch nicht. Aber das sind die Zeichen der Zeit, die Antworten erfordern. Eine Wahlfreiheit oder eine Wahlmöglichkeit an Gymnasien ist keine Entwicklung rückwärts, sondern eine Entscheidung, die Schullandschaft entscheidend verbessern zu wollen. - Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich eröffne die Aussprache zu den Punkten 8 und 15 der Tagesordnung. - Wortmeldungen sind bisher nicht eingegangen.

(Sprechen und Widerspruch.)

Dann bitte ich um Beilegung.

(Eine Wortmeldung wird eingereicht.)

Ich erteile das Wort für die CDU-Landtagsfraktion dem Abgeordneten Frank Wagner.

Abg. Wagner (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mit einem Auszug aus dem Schulgesetz von Baden-Württemberg beginnen: Das Gymnasium vermittelt Schülern mit entsprechenden Begabungen und Bildungsabsichten eine breite und vertiefte Allgemeinbildung, die zur Studierfähigkeit führt. Es fördert insbesondere die Fähigkeiten, theoretische Erkenntnisse nachzuvollziehen, schwierige Sachverhalte geistig zu durchdringen sowie vielschichtige Zusammenhänge zu durchschauen, zu ordnen und darstellen zu können. - Ich glaube, das sind treffende einleitende Worte, die sich mit dem Thema Gymnasium beschäftigen. Das ist der Inhalt der Debatte, die seit einigen Wochen von zahlreichen Verbänden geführt wird. Wir sind stolz darauf, dass wir einen Teil in diese Debatte zu Beginn des Schuljahres mit eingebracht haben. Auch hier kurz ein einleitender Satz aus unserem Konzeptpapier „Qualitätsoffensive Gymnasium“: Die Aufgabe des Gymnasiums als Teil des gegliederten Schulsystems ist es, die Schüler mit dem Erwerb des Abiturs zur Allgemeinen Hochschulreife und damit zur Studierfähigkeit zu führen. - Wir glauben, dass es gerade jetzt wichtig ist, dass

(Abg. Wagner (CDU))

Gymnasium in den Blick zu nehmen und dabei vor allem über die Ausrichtung in Zukunft und über die Inhalte zu sprechen. Es geht hier schwerpunktmäßig darum, an welcher Stelle sich das Gymnasium jetzt befindet und wo wir in Zukunft sein möchten.

Ich glaube, dass es an der Stelle auch wichtig ist, in den Austausch mit der Wirtschaft, den Universitäten und den Ausbildungsbetrieben zu gehen. Das haben wir auch eben an zwei Stellen gehört. Sie geben uns die Rückmeldung, dass viele Schülerinnen und Schüler nach 12 oder 13 Jahren mit Defiziten ankommen, die sie nicht selbst verursacht haben beziehungsweise für die sie nicht verantwortlich sind, weil an der einen oder anderen Stelle letztendlich Teile fehlen, die es aufzuholen gilt.

Von daher sind wir sehr froh, dass sich zu dieser Qualitätsdebatte zum Gymnasium auch der Philologenverband eingeschaltet hat. Ich möchte hier ganz klar herausarbeiten, dass es - die Philologen haben es in der Öffentlichkeit auch ganz klar kommuniziert - ihnen um den Inhalt und den Lernstoff geht. Dabei ist die Schulzeit ein wesentlicher Bestandteil, über den es zu sprechen gilt. Das ist aber nicht Kern der gesamten Debatte. Das muss an dieser Stelle auch einmal klar gesagt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Die Landeselternvertretung, die ich an dieser Stelle recht herzlich begrüße - die Vorsitzende und ihr Stellvertreter sind live bei der Debatte dabei - haben selbst das Papier „Gymnasium der Zukunft“ vorgelegt. In diesem Papier sind sehr viele Teile eingearbeitet, die wir in unserem Konzeptpapier wiederfinden. Das Gymnasium ist seit vielen Jahren ein erfolgreiches Modell, auch in der Zeit von G8. Es gab mit Sicherheit gerade zu Beginn Schwierigkeiten. Sukzessiv wurden Dinge nachgesteuert und verbessert, aber wir befinden uns aktuell in einer anderen Zeit als noch vor zehn Jahren. Deswegen müssen wir genau hinschauen, um was es uns jetzt geht.

Ich möchte an der Stelle bewusst vom dreigliedrigen Schulsystem, von drei Säulen sprechen: Gymnasium, Gemeinschaftsschule und berufliche Schule. Jede Schulform hat ihre eigene Zielsetzung, ihr eigenes Profil, ihre eigene Konzeption. Bei jeder Firma oder jedem Unternehmen hängt am Eingang ein Impressum oder ein Firmenschild. Das sollte auch bei jeder Schulform der Fall sein. Dass die Eltern, die Schülerinnen und Schüler wissen, was der Inhalt und die Aufgabe dieser Schulform sind, gilt es an dieser Stelle gerade bei der Schulform Gymnasium herauszuarbeiten.

(Beifall bei der CDU.)

Für uns ist es wichtig, dass dabei auch größter Wert auf die Durchlässigkeit gelegt wird. Es ist die Stärke unseres Schulsystems, dass wir an vielen Stellen ausweichen können beziehungsweise den eigenen

Fähigkeiten nachgehen und an eine berufliche Schule, eine Gemeinschaftsschule oder ein Gymnasium wechseln können. Jede Schule hat ihre spezielle Ausrichtung.

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Veränderungen vorgenommen. Im Bereich des Gymnasiums und der Gemeinschaftsschule gab es das Projektprofil. Die Oberstufenverbünde wurden sukzessiv ausgebaut beziehungsweise entsprechende Verbünde von benachbarten Schulen wurden aufgebaut. Das Projekt „Schulen stark machen“ - wir erinnern uns - ist vor allen Dingen ein Projekt an Gemeinschaftsschulen, das klar herausarbeitet, viele Schülerinnen und Schüler an einer schwierigen Stelle des Lebens mitzunehmen. Auch hier muss es entsprechende Korrekturen im Bereich des Gymnasiums geben. Im vergangenen Jahr sind die beruflichen Schulen die Reform des Übergangs angegangen. Vielen Schülerinnen und Schüler in dieser Schulform, die vorher Probleme hatten, wurde eine Chance gegeben und Bildungsschleifen wurden aufgebaut.

Ich komme jetzt zu dem Punkt, der mir besonders wichtig ist. Er zeigt, dass wir an einem Zeitpunkt angekommen sind, das Gymnasium neu auszurichten. Wir leben in einem Zeitalter der Globalisierung. Das haben wir heute Morgen an vielen Stellen gehört. Die Welt ist noch globaler geworden. Die jungen Leute müssen darauf vorbereitet werden. Hier möchte ich das Stichwort Digitalisierung nennen. Nicht nur in Zeiten der Pandemie, sondern auch vorher schon wurde an vielen Stellen sichtbar, dass es entsprechende Korrekturen in den Lehrplänen geben muss, der Unterricht entsprechend angepasst werden muss und die Lehrkräfte mitgenommen werden müssen. Da ist vieles auf dem Weg. Es gibt viele Fortbildungen. Auch die Schulen setzen sich mit der Thematik auseinander, um ihre Konzeption entsprechend auf das Zeitalter der Digitalisierung vorzubereiten.

Interkulturelle Kommunikation - ein Stichwort, das in der heutigen Zeit immens wichtig ist. Die jungen Leute müssen lernen, in dieser interkulturellen Welt miteinander umzugehen und sich erfolgreich zu begegnen.

Man merkt das Folgende gerade am heutigen Tag, viele andere Plenarsitzungen haben es auch schon herausgearbeitet - wir schauen aktuell nach Weißrussland und zu anderen Ländern -: Demokratieerziehung. In vielen Schulen wird hier schon einiges auf den Weg gebracht. Auch im Gymnasium muss in den Lehrplänen das Thema Demokratieerziehung noch weiter herausgearbeitet werden, sodass unsere Schülerinnen und Schüler, die in der Zukunft an vielen Stellen tätig sein werden, bei diesem Thema mitgenommen werden.

(Abg. Wagner (CDU))

Wir kommen zum Punkt, den ich am Anfang in den Vordergrund gestellt habe: die Inhalte unserer Qualitätsoffensive Gymnasium, die in der gesamten Debatte nach unserer Auffassung der Dreh- und Angelpunkt sind. Es ist uns wichtig, dabei die gesamte Schulgemeinschaft mitzunehmen, Schüler, Eltern, Lehrer und die Schulleiter. Ich möchte an der Stelle kurz drei Punkte skizzieren.

Der Philologenverband hat klar herausgearbeitet - und wir finden den Ansatz in dieser Debatte sehr interessant -, dass es bereits in Klassenstufe 5 eine klare Profilausrichtung geben sollte. Sie sprechen von mehrsprachigem Unterricht, sie sprechen vom Thema Informatik. Sie wollen, dass jüngeren Schülern die Chance gegeben wird, ihre Kompetenzen zu stärken, um letztendlich auf die Mittelstufe vorbereitet zu werden. Von daher ist es wichtig, dass klar zu erkennen ist, welche Schulform welchen Auftrag hat und welche Inhalte verfolgt.

Kommen wir zu den Eltern. Die Landeselternvertretung hat im vergangenen Herbst mit unglaublich viel Kraft und Einsatz eine Umfrage durchgeführt. Über 7.000 Eltern von Gymnasiasten haben sich an dieser Umfrage beteiligt. An dieser Stelle möchte ich ein Riesenkompliment an die Eltern aussprechen, die diese Umfrage auf den Weg gebracht haben. Dies ist ein wichtiger Anhaltspunkt für unsere Debatte. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU.)

Dabei wurde klar herausgearbeitet - das ist an der Stelle auch nicht verwunderlich -, dass sich die Eltern für das Gymnasium mehr Zeit wünschen. Aber in dieser Konzeption beziehungsweise in der Umfrage sind auch sehr viele weitere Qualitätsbausteine enthalten, die abgeprüft werden. Großer Wert wird gelegt auf die Stärke des Gymnasiums im Bereich des fachbezogenen Unterrichts, darauf, dass das die Stärke des Gymnasiums ist, die es auch weiterzuverfolgen gilt.

Es wird in dieser Umfrage auch das Thema Betreuung klar herausgearbeitet. Mehr als 85 Prozent der beteiligten Eltern sprechen sich klar für ein freiwilliges Modell aus. Es gibt ja auch an einigen Gymnasien bereits Ganztagsklassen, die sehr gut in die Gesamtkonzeption des Gymnasiums integriert sind. Großer Wunsch der Eltern ist und bleibt aber der freiwillige Nachmittag. Dabei gibt es durchaus Stellenschauben, mit denen man nachsteuern kann: Ich erinnere an unser Modell der Freiwilligen Ganztagschule mit zusätzlichen Budgets im Bereich der Multiprofessionalität, wie das nun zum Beispiel am Wendalinum in St. Wendel umgesetzt wird. Das ist ein sehr interessanter Ansatz.

Nun zum entscheidenden Punkt des heutigen Antrags beziehungsweise des vorgelegten Gesetzentwurfs, der Schulzeit. Selbstverständlich müssen wir über die Schulzeit sprechen! Wir sind auch bereit,

über die Schulzeit zu sprechen. Lasst uns aber doch zum Anfang darüber sprechen, warum was genau korrigiert werden soll und wie der Weg aussehen soll. Kommt am Ende dabei heraus, dass wir ein zusätzliches Jahr brauchen, werden wir dem sehr offen gegenüberstehen.

(Lachen bei der SPD.)

Eines möchte ich an dieser Stelle aber klar herausarbeiten: Sowohl im Antrag der LINKEN als auch beim Gesetzentwurf der AfD wird das Thema Wahlmöglichkeit angesprochen. Es lohnt sich dabei durchaus, einmal zu betrachten, wie in anderen Bundesländern, beispielsweise Baden-Württemberg, damit umgegangen wird. Die mir zugegangenen Rückmeldungen von dort - und das entspricht den Rückmeldungen derjenigen, die sich mit der Möglichkeit einer derartigen Konzeption hier im Saarland beschäftigen - besagen, dass es diese klare Linie nicht gibt. Das ist mal so und mal anders: „Wir schauen mal“. In einer Stadt gibt es dann vielleicht auch zwei unterschiedliche Konzeptionen. Das ist aber unseres Erachtens der falsche Weg. Es sollte vielmehr eine klare Linie gegeben sein. Kommt man zur Erkenntnis, dass man dieses zusätzliche Jahr benötigt, sollte das als Dach über das komplette Gymnasium gespannt werden. Es sollte aber keine solche Wischiwaschi-Lösung werden.

Nun aber wirklich nur noch zwei Sätze an die Fraktion gerichtet, die diesen Gesetzentwurf vorgelegt hat: Ich muss sagen, die inhaltliche Begründung eben stellt wirklich einen Tiefpunkt dar. Die Gemeinschaftsschulen mit den Förderschulen zu vergleichen und dann auch noch Argumente aus der Mottekiste auszugraben, die auch nicht ansatzweise etwas mit der heutigen Form des Gymnasiums zu tun haben, sich dann auch noch als Ideologe darzustellen, der an jeder Stelle alles zulässt - „wir machen nur noch eine Schule mit zwei Säulen“ -, ich muss sagen, unter einer inhaltlichen Begründung stelle ich mir schon etwas anderes vor. Gerade wenn man aus dem Bereich der Schulen kommt, sollte man sich mit der Thematik schon ein wenig beschäftigen.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Ich möchte in meinem Fazit vier Punkte noch einmal hervorheben. Erstens: Wir sehen die dringende Handlungsnotwendigkeit, das Gymnasium im Saarland neu auszurichten. Ich spreche bewusst von einer Weiterentwicklung der jetzigen Schulform. Wir sind für eine breite Debatte gerüstet und stellen uns dieser auch. Zweiter Punkt: Dabei geht es uns um die Inhalte: Was müssen wir an welcher Stelle des Gymnasiums korrigieren? Was muss zusätzlich eingearbeitet werden? Es gilt, dabei die gesamte Schulgemeinschaft mitzunehmen. Punkt 3: Wir müssen der heutigen Form der gesellschaftlichen Veränderung und insgesamt dem Thema Globalisierung -

(Abg. Wagner (CDU))

ich sprach eben von interkultureller Kommunikation - gerecht werden. Auch das muss berücksichtigt werden. Punkt 4: Selbstverständlich ist die Schulzeit ein wichtiger Baustein dieser inhaltlichen Debatte zu einer Qualitätsoffensive am Gymnasium.

Wir stellen uns dieser Debatte, wir sind dazu bereit. Lasst uns dann aber bitte auch tatsächlich über das Gymnasium sprechen! - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsident Heinrich:

Als weiteren Redner rufe ich nun für die SPD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Jürgen Renner auf.

Abg. Renner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion um das Gymnasium in acht Jahren gibt es schon so lange, wie ist es das Gymnasium in acht Jahren gibt. Die Gesetzesänderung wurde, so glaube ich, im Jahr 2001 vorgenommen, damit sind wir nun im zwanzigsten Jahr des Bestehens des G8, und schon so lange gibt es die Diskussion darüber, ob das G8 den Erfordernissen gerecht wird und ob es eine zu große Belastung für Kinder und Jugendliche darstellt.

In den vergangenen Jahren haben wir - ich spreche nun für meine Fraktion - aus gutem Grund die Debatte etwas zurückgehalten. Denn die wichtige Herausforderung bestand seit 2012 darin, die Gemeinschaftsschule aufzubauen und ihr zum Erfolg zu verhelfen. Heute nun können wir im neunten Jahr des Bestehens der Gemeinschaftsschule zurückblickend feststellen, dass wir gemeinsam etwas Gutes aufgebaut haben, dass wir diesbezüglich gute Fortschritte erzielt haben. Die Gemeinschaftsschule steht mittlerweile sehr stabil da, die Übergangsquoten sind geradezu wie aus Beton gegossen: Aus dem Grundschulbereich wechseln immer 55 Prozent an die Gemeinschaftsschule, knapp 43 Prozent ans Gymnasium, der Rest an die privaten Schulen. Das zeigt, dass wir Stabilität im System haben, dass es gelungen ist, diese Stabilität zu erreichen.

Vielleicht ist nun, im zwanzigsten Jahr des G8 und im neunten Jahr der Gemeinschaftsschule, die nun ja auch in der Oberstufe angekommen ist, genau der Zeitpunkt erreicht, um sich auch der Zeit-Debatte bezüglich des Gymnasiums zu stellen. Insofern begrüße ich die Bewegung, die nicht nur vom Saarländischen Philologenverband ausgeht, sondern auch hier im Plenum deutlich wahrzunehmen ist.

Diese Bewegung ist natürlich auch deshalb ins Plenum gekommen, weil der Philologenverband auf der Grundlage gewisser Erwägungen zu einer Schlussfolgerung gelangt ist. Der Philologenverband hat nämlich nicht den Zeitaspekt in den Mittelpunkt ge-

rückt, sondern hat offenbar diskutiert, was am Gymnasium gebraucht wird, und hat daraus eine Schlussfolgerung gezogen: Wir brauchen auch mehr Zeit. Es stellt auch den qualitativen Unterschied zu den in den vergangenen Jahren geführten Debatten dar, dass diese Diskussion eingebettet ist in die Erwägung, welche Veränderungen sich ergeben haben, welche Kompetenzen die Jugendlichen für die Zukunft brauchen, welche Möglichkeiten diesbezüglich beim Gymnasium geboten werden - und welche weiteren Möglichkeiten es noch bieten sollte. Der Philologenverband kommt dabei zum Schluss, dass am Gymnasium - auch am Gymnasium! - mehr Zeit zum Lernen benötigt wird. Vor diesem Hintergrund öffnet er sich der Diskussion um das Abitur in acht Jahren. Darin liegt auch der Grund, weshalb ich von einem konstruktiven Debattenbeitrag gesprochen habe: Die Frage der Zeit wird nicht zum Ausgangspunkt der Debatte gemacht, vielmehr ist die Frage der Zeit Schlussfolgerung einer Überlegung.

Wir stimmen ja auch in vielen Punkten überein, jedenfalls nach dem, was ich dem Interview mit Herrn Hahn entnehmen konnte. Ja, wir wollen mehr individuelle Förderung auch am Gymnasium. Wir wollen die Stärkung der MINT-Fächer, insbesondere der Informatik. Wir wollen die Verbesserung der Mehrsprachigkeit, der interkulturellen Kompetenzen. Wir wollen auch eine Verbesserung der Studierfähigkeit erreichen.

Bezüglich der Studierfähigkeit möchte ich aber doch eine Anmerkung machen: Sie wird ja immer als das qualitative Unterscheidungsmerkmal zur Gemeinschaftsschule herangezogen. Eigentlich ist mir aber doch gleichgültig, woher der Abiturient kommt, sei es vom Gymnasium, sei es von der Gemeinschaftsschule. Beide müssen studierfähig sein! Das ist der entscheidende Aspekt. Daher sage ich: Wenn wir bezüglich des Gymnasiums über Zeit sprechen, haben wir bitte schön auch immer die Balance des Zwei-Säulen-Systems zu beachten und müssen immer die Gleichwertigkeit zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium sicherstellen.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Eine weitere Anmerkung zur Studierfähigkeit: Das ist nicht nur Aufgabe der Schulen, der allgemeinbildenden Schulen oder der beruflichen Oberstufengymnasien! Ich glaube, diesbezüglich müssen sich auch die Hochschulen bewegen. Wir müssen Anpassungsfähigkeit auch von dieser Seite ermöglichen, weil wir es mit Persönlichkeitsentwicklungen zu tun haben, weil wir es mit Jugendlichen zu tun haben, die - jedenfalls nach acht Jahren Gymnasium - in der Erkenntnis, wohin sie sich entwickeln wollen, und in der Fähigkeit, sich Dinge zu erarbeiten, noch nicht so weit fortgeschritten sind, wie das unter Umständen ein Jahr später der Fall sein mag.

(Abg. Renner (SPD))

Die Thematik dieser Diskussion ist also sehr umfassend. Ich finde, wir sollten die Diskussion dann auch umfassend führen. Die Frage der Zeit, die angeschnitten wurde, weist mehrere Facetten auf. Ich frage mich dabei, warum wir uns hinsichtlich der Dauer des Lernens alleine auf die Frage beschränken, wie lange der Weg zum Abitur dauern soll. Noch einmal: Diese Diskussion muss man führen, ich begrüße es, dass sie nun auch offensiv geführt wird. Warum aber beschränken wir uns darauf? Warum widmen wir uns nicht auch der Frage, wie diese Lernzeit gefüllt wird? Warum machen wir uns auch nicht darüber Gedanken, wie lange gemeinsames Lernen stattfinden kann? Am Gymnasium, an der Gemeinschaftsschule - diese Überlegung macht vor den Schulformen nicht halt. Wenn wir schon die Frage der Zeit ansprechen, warum lassen wir dabei hinsichtlich des Gymnasiums den Aspekt des gebundenen Ganztags, des echten Ganztags, außen vor? Herr Wagner, diesbezüglich sind, das muss ich schon so sagen, doch deutliche Unterschiede zu verzeichnen. Den Wunsch der Eltern, ob echtes Ganztagsangebot oder freiwilliges Angebot gewollt ist, werden wir erst dann erkennen können, wenn wir auch gleichwertige Angebote vorhalten. Zurzeit ist das nicht der Fall.

(Beifall von der SPD und der LINKEN.)

Angesichts dessen plädiere ich auch in der Debatte um ein neunjähriges Gymnasium für die Einbeziehung der Frage des Ganztags. Ich vermeide dabei übrigens ausdrücklich die Formulierung „Rückkehr zum G9“, weil wir etwas Neues schaffen wollen, weil wir nach vorne diskutieren wollen, weil wir eine Zukunftsdiskussion führen. Nichts wäre schlimmer, als Debatten der Jahre 2000 und 2001 zu führen. Deshalb sollten wir auch die Frage des Ganztags einbetten.

Ich glaube, im Ziel einig sind wir auch, dass wir ein möglichst durchlässiges und flexibles Bildungssystem haben wollen - weiterhin haben wollen; ich glaube, bereits heute ist das System von einer hohen Flexibilität durchdrungen -, das den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird, das Bildungswege eventuell auch nicht Jahre im Voraus festlegt, sondern sie solange als möglich offenhält. Wir wollen ein Bildungssystem, das die Gleichwertigkeit der beiden Säulen sicherstellt, das Übergänge vereinfacht, das die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche verschieden sind, positiv aufnimmt.

Und ja, zu dem, was der Philologenverband genannt hat und was auch heute hier angesprochen wurde, treten Erkenntnisse aus der Pandemiezeit hinzu. Dabei spielt natürlich auch die Digitalisierung in der Bildung eine Rolle. Das ist eine Frage der Ausstattung, auch des Geräts, aber eben nicht nur eine Frage der Ausstattung. Und das reduziert sich auch nicht einfach nur auf die Frage, ob man den Lernort per Online-Anwendung von der Schule nach Hause verlagern kann. Vielmehr geht es auch darum, wie

die Schülerinnen und Schüler in der digitalen Welt zurechtkommen, wie wir sie befähigen können, in dieser digitalen Revolution, die nicht erst auf uns zukommt, sondern in der wir uns tatsächlich schon befinden, möglichst selbstbestimmt ihren Weg zu finden.

Daher lautet mein Appell heute: Führen wir doch diese große Zukunftsdiskussion über die Schule, über die Frage der Zeitdauer, dies aber in allen ihren Facetten, und beziehen wir die beiden Säulen, die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium, ein! Die Ministerin hat ja einen Vorschlag gemacht: Weshalb sollte es nicht bei beiden Säulen eine Wahlmöglichkeit geben, in welcher Zeit das Abitur gemacht werden kann? - Mehr Zeit in der Schule, mehr Zeit zum Lernen - auch zum Lehren, auch das sollte man berücksichtigen -, mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen, das kann eine weitere gute Antwort auf die Frage sein, wie wir uns die Schule der Zukunft vorstellen. Das beinhaltet sicherlich auch den Aspekt der konkreten Zeitdauer, acht oder neun Jahre, aber eben nicht nur diesen Aspekt.

Führen wir diese Zukunftsdiskussion! Für meine Fraktion kann ich sagen: Wir wollen die Diskussion führen. Wir wollen angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen künftig noch stärker darauf eingehen, dass Schule individuell, inklusiv, sozial integrativ sein soll und ganztags und gemeinsam stattfinden kann. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und vereinzelt bei der CDU.)

Vizepräsident Heinrich:

Für die AfD-Fraktion rufe ich noch einmal den Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr auf.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Renner, das war ein Vortrag, der meinen Respekt hat. Das war ein sachlicher Vortrag. Sie sind diesmal ohne jede Polemik ausgekommen und haben sachlich vorgetragen. Ich denke, Sie haben die Diskussionsrunde hier bedeutend bereichert.

Herr Wagner, Ihnen muss ich leider sagen, dass Sie das Thema verfehlt haben.

(Lachen bei der CDU.)

Das Gymnasium kennen wir, das ist ja nicht erst gestern entstanden. Das muss ich hier in meinem Vortrag nicht noch einmal beschreiben. Die ganze Geschichte ist, der Kollege Renner hat es angedeutet, ja schon etwas älter. Wir hatten eine Hauptschule, wir hatten eine Realschule, wir hatten eine erweiterte Realschule, wir hatten eine Sekundarschule, wir hatten eine Gesamtschule. Sie alle haben sich neben dem Gymnasium zerrieben. Nun ha-

(Abg. Dörr (AfD))

ben wir die Gemeinschaftsschule, die hat es - ich sage: Gott sei Dank! - bisher geschafft, standzuhalten. An dieser Stelle ist nun auch anzusetzen. Es ist ja unsere Aufgabe, das nun auch so beizubehalten, damit das funktioniert.

Unser Antrag war aber doch ganz einfach gestellt: Es geht darum, den Kindern, die das Abitur machen wollen, ein Jahr mehr zu geben. Sie müssen es nicht in acht Jahren machen, sie können es in neun Jahren machen. All die anderen Dinge können daneben laufen. Man kann damit sofort anfangen. Es handelt sich um eine Gesetzesvorlage, nicht um einen Beschlussantrag, wie er von der LINKEN vorgelegt wurde. Wird diese Änderung angenommen, kann sofort begonnen werden. Sieht man es als Problem an, gleich sieben solche Schulen zu gründen, beginnt man eben mit zwei Schulen. Man kann aber jedenfalls sofort beginnen. Das ist unsere Idee. Auf die zukünftige Diskussion freue ich mich sehr. - Danke.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/1432. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1432 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1432 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion, abgelehnt die Koalitionsfraktionen, enthalten haben sich die DIE LINKE-Landtagsfraktion und die fraktionslose Abgeordnete Enschedé. Ebenfalls zugestimmt hat der fraktionslose Abgeordnete Hecker.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1438. Wer für die Annahme des Antrags Drucksache 16/1438 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1438 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der DIE LINKE-Landtagsfraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Hecker und die fraktionslose Abgeordnete Enschedé, abgelehnt haben die Koalitionsfraktionen sowie die AfD-Fraktion.

Wir kommen zu den Punkten 9, 10 und 16 der Tagesordnung. Das Erweiterte Präsidium hat beschlossen, die Punkte 9 und 10 wegen des Sachzusammenhangs in verbundener Aussprache mit einem

Redemodul zu beraten. Hinzu kommt der heute Morgen in die Tagesordnung aufgenommene Punkt 16. - Ich rufe den Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland - nachhaltige Strategie gegen Armut und konkrete Sofortmaßnahmen (Drucksache 16/1426)

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abgeordneten Alwin Theobald das Wort.

Abg. Theobald (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Armut ist ein Gift, das langsam wirkt - und lange. Mit dieser treffenden Beschreibung begann das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL im November 2018 einen Artikel über sozialen Abstieg, über das Leben am Existenzminimum, aber auch über sozialen Aufstieg. Armut ist ein Gift, das langsam wirkt - und lange. Sie ist ein Gift, das den Menschen den Mut und die Zuversicht raubt, ein Gift, das zermüht, das Hoffnungen zerstört und denen, die arm sind, Lebenszeit stiehlt. Vor allem aber ist Armut ein Gift, das stigmatisiert und sich so viel zu oft auf perfide Weise schleichend weiter überträgt an Kinder und Enkel.

(Vizepräsidentin Spaniol übernimmt den Vorsitz.)

Mit dem Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut im Saarland machen wir nun einen großen Schritt, um dieses Gift zu bekämpfen und seine Verbreitung einzudämmen. Wer sich mit dem Thema beschäftigt und ernsthaft auseinandersetzt, weiß, dass Armut viele Ursachen und viele Gesichter hat. Sie setzt sich aus den unterschiedlichsten Lebensgeschichten zusammen und doch hängt ganz oft das eine mit dem anderen zusammen. Ich bin unserer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sehr dankbar, dass sie den Aktionsplan zur Cheffinnsache und zu ihrem eigenen Herzensanliegen gemacht hat.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Gerade auch durch das persönliche Engagement von Monika Bachmann ist es gelungen zu zeigen, wie ernst es uns mit der Bekämpfung von Armut im Saarland ist. Es ist gelungen, im Beirat für den Aktionsplan erfolgreich alle Akteure an einen Tisch zu rufen, die es braucht, um wirkliche Fortschritte in diesem Kampf zu erreichen.

Was nun vorliegt, ist eine Gemeinschaftsleistung, mit der wir als Saarland bundesweit Zeichen setzen. Konkrete Maßnahmen und Projekte werden begleitet und finanziell untermauert durch einen Sonder-

(Abg. Theobald (CDU))

fonds zur Förderung von Armutsprojekten und Initiativen, einem Sonderfonds, für den bereits im laufenden Doppelhaushalt 500.000 Euro jährlich eingestellt wurden. Mit diesen Maßnahmen können wir vielen Menschen, insbesondere denjenigen, die sich in einer sozial schwierigen Lebenslage befinden, helfen. Wir geben ihnen eine wirksame Hilfestellung zur Bewältigung ihrer Lebenssituation. Wir machen ihnen Mut und geben ihnen als aktivierender Sozialstaat die Kraft zu eigenverantwortlichem Handeln.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir im Aktionsplan quer über alle Politikbereiche hinweg gezielt Schwerpunkte gesetzt. Wir haben die Themen bezahlbarer Wohnraum, Kinderarmut und Bildung, Langzeitarbeitslosigkeit sowie Mobilität und Infrastruktur in den Fokus unseres gemeinschaftlichen Handelns gerückt und aus all den Blickwinkeln beleuchtet, in denen sich die unterschiedlichen Ursachen und Symptome widerspiegeln.

Nehmen wir zunächst einmal den Bereich Wohnen und Armut in den Blick. Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein elementares Grundbedürfnis jedes Menschen. Eine Unterversorgung mit qualitativ akzeptablem Wohnraum ist eine Erscheinungsform von Armut und stellt häufig eine Einschränkung des täglichen Lebens und der gesellschaftlichen Teilhabe dar. Die Kosten für die Wohnung sind für viele Familien einer der größten Ausgabenblöcke im persönlichen Budget und stellen gerade für armutsgefährdete Haushalte eine schwere Belastung dar.

Umso wichtiger ist es für uns als CDU, dass bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und auch das Angebot des sozialen Wohnungsbaus weiter ausgebaut wird, eine Herausforderung, die Bauminister Klaus Bouillon längst angenommen hat, auch wenn es DIE LINKE bei uns im Saarland allem Anschein nach noch nicht gemerkt hat!

(Beifall von der CDU. - Zuruf der Abgeordneten Schramm (DIE LINKE).)

Alleine 2019 sind 89 neu gebaute Mietwohnungen mit rund 9,7 Millionen Euro gefördert worden. In diesem Jahr wurden bereits 54 Wohnungen gefördert, für weiter 76 steht die Förderzusage kurz bevor. Mittlerweile liegen zudem, und auch das können Sie im Aktionsplan gerne nachlesen, Interessensbekundungen von sechs Wohnungsbaugesellschaften vor, die eine Neuschaffung von 500 Wohnungen mit einem Fördervolumen von 30 Millionen Euro realistisch erscheinen lassen. Für Neubauvorhaben im Mietwohnungsbau soll in den Städten und Gemeinden, in denen ein entsprechender Bedarf besteht, eine Quotenregelung für Sozialwohnungen geschaffen werden mit dem Ziel, das Angebot an Sozialwohnungen weiter zu verbreitern.

Auch der ländliche Raum ist längst wieder im Blick. Baulücken sollen geschlossen werden und dort, wo Bedarf besteht, auch die Erschließung neuer Baustellen und generationengerechtes Bauen erleichtert werden, während wir innerstädtisch wiederum verstärkt einer drohenden oder bereits zunehmenden Segregation in den unterschiedlichen Quartieren entgegenwirken wollen.

Wenn wir über bezahlbares Wohnen reden, dann endet unser Engagement aber keineswegs beim Wohnraum. Zu den Kosten des Wohnens zählen auch die Kosten für Energie. Und wenn es auch nur noch eines weiteren Beweises bedurft hätte, wie wegweisend, wie konsequent wir als CDU und als Große Koalition armen Familien im Saarland zur Seite stehen, so ist dies unser Konzept einer Energiesicherungsstelle. Wir sind das einzige Bundesland, das künftig armen Familien aktiv zur Seite springt, wenn ihre finanzielle Lage derart prekär ist, dass sie die Rechnung der Elektrizitätswerke nicht mehr bezahlen können und Angst haben müssen, dass ihnen der Strom abgestellt wird.

(Beifall von der CDU.)

Mit der neuen Energiesicherungsstelle, die bei der Verbraucherzentrale des Saarlandes angesiedelt wird, und einem Notfallfonds mit einem Volumen von insgesamt 200.000 Euro sollen zukünftig Strom- und Gassperren verhindert werden. Dieses Projekt ist elementar, um ein ganz gefährliches Symptom von Armut zu bekämpfen.

Ich komme, liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb an dieser Stelle nicht umhin, auch ein, zwei Worte zu dem bedruckten Papier zu verlieren, das die Fraktion DIE LINKE zu dieser Sitzung unseres Parlamentes eingereicht hat. Das, was Sie hier Antrag nennen, springt deutlich zu kurz und verblasst vor dem, was längst schon von dieser Regierung beschlossen und finanziert wurde, um Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen. Sie lamentieren, wo wir als CDU den Familien im Saarland längst zur Seite stehen und handeln, wo Hilfe und Unterstützung gebraucht werden. Das können Sie gerne tun, uns wäre es zu wenig.

(Vizepräsidentin Spaniol übernimmt den Vorsitz.)

Hilfe und Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind auch dort gefragt, wo die Weichen für die Zukunft junger Menschen gestellt werden. Eine gute Bildung und eine gute, qualifizierte Ausbildung oder ein Studium sind auch ein guter Schutz vor Armut. Uns als CDU geht es darum, jungen Menschen den Zugang zu einer selbstbestimmten Lebensführung und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu sichern. Gute Bildung darf - auch das ist ein Kernelement unserer Politik - weder von sozialer Herkunft abhängen noch durch sie bestimmt werden. Angefangen mit dem Zugang zu frühkindlicher Bildung in Krippe und Kindergarten über die schulische Ausbildung, die Über-

(Abg. Theobald (CDU))

gänge im Bildungssystem und den Einstieg in die berufliche Ausbildung oder Studium sollen alle Kinder, alle Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche und gerechte Chancen haben.

Unser Landesprogramm „Frühe Hilfen“, das beitragsfreie Mittagessen für bedürftige Kinder, die weitere Verbesserung der Kindertagesbetreuung, ein guter Übergang von der Kita zur Schule oder von der Schule zur Ausbildung und zum Studium, all das hilft, den Weg für ein Kind in eine gute Zukunft ein Stück leichter zu machen. Und weil ich weiß, dass aus den unterschiedlichsten Gründen eben nicht jeder den geraden Weg beschreitet, muss auch der sogenannte zweite Bildungsweg wieder an Bedeutung gewinnen. Ich bin mir sicher, die Chancen, die wir schaffen und anbieten, werden auch genutzt!

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Das gilt auch und im Besonderen bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, dem dritten Kernbereich im Aktionsplan Armutsbekämpfung. Wir als CDU bekennen uns zu dem auch im Aktionsplan definierten Ziel, ohne Einschränkungen alle erwerbsfähige Menschen in Arbeit zu integrieren und dort Beschäftigungschancen zu schaffen, wo die gute konjunkturelle Entwicklung, die wir bis zur Corona-Pandemie hatten, an ihre Grenzen stößt, die sich aber hoffentlich bald wieder fortsetzt.

Wir stehen auch denen zur Seite, die am Ersten Arbeitsmarkt nur geringe oder gar keine Chancen mehr haben. Für Maßnahmen nach § 16i SGB II hat der Bund als zusätzliche Säule zur Finanzierung neben den originären Eingliederungsmitteln der Jobcenter den Passiv-Aktiv-Transfer ermöglicht, ein Projekt, das die Handschrift der saarländischen CDU und unserer CDA trägt und für das alleine im vergangenen Jahr bereits bundesweit 700 Millionen Euro zur Verfügung standen. Auch das erfolgreiche Landesprogramm ASaar wird zielorientiert fortgeführt werden und weiterhin wichtige Maßnahmen zielorientiert flankieren.

Der beste Schutz gegen Armut während des Erwerbslebens und in der Rente ist und bleibt gute Arbeit. Wir waren mit dem Tariftreuegesetz Vorreiter im Kampf gegen Lohndumping und wir wollen dieser Vorreiterrolle auch zukünftig nachkommen.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vorreiter ist auch das Stichwort für den letzten, aber nicht weniger wichtigen Eckpfeiler im Aktionsplan Armutsbekämpfung im Saarland, wenn auch vielleicht nicht wortwörtlich. Nicht das Reiten steht nämlich beim Thema Mobilität im Vordergrund, sondern vielmehr der öffentliche Personennahverkehr und auch der Alltagsradverkehr. So sollen beispielsweise Familien und jugendliche Geringverdiener bei den ÖPNV-Kosten entlastet werden. Die Stichworte hier

sind landesweite Sozialtickets, Geschwisterrabatte bei Schülertickets oder auch eine saarlandweit gültige Monatskarte für 39 Euro als Saarland-Flat.

Mobilität für alle soll dort, wo der ÖPNV noch Lücken hat, das Landesförderprogramm Bürgerbusse garantieren, ein Projekt, das vor allem auch den Menschen im ländlichen Raum zugutekommen soll. Der Alltagsradverkehr soll durch eine Kombination von Fahrrad und ÖPNV weiter gestärkt werden, ein Projekt - diese Bemerkung sei mir gestattet -, das wir uns als CDU übrigens auch in der Gemeinde Eppelborn auf die Fahne geschrieben haben und das erheblich erleichtert wird, wenn auch die Radwegelücke zwischen Habach und Eiweiler geschlossen ist und somit der Brückenschlag von Eppelborn zur Saarbahn gelingen kann.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben längst damit begonnen, den Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut im Saarland mit Leben zu erfüllen. Dabei waren es nur Bruchteile dieser wegweisenden Agenda, die ich Ihnen schildern konnte und von der ich Ihnen allen versprechen kann, sie wird weiterentwickelt werden! Der Beirat zum Aktionsplan wird weiter tagen, er wird darauf achten, dass die Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden und gemeinsam auch in Zukunft Schritt für Schritt daran arbeiten, die Symptome von Armut zu lindern und vor allem die Ursachen von Armut nachhaltig zu bekämpfen.

Armut ist ein Gift, habe ich zu Beginn dieser Rede zitiert. Ich möchte mich ganz herzlich für die engagierte Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Akteure bedanken und hoffe, dass es uns gemeinsam ein Stück weit gelungen ist, ein Mittel zu entwickeln, das Wirkung entfaltet und dem Gift Armut Schritt für Schritt entgegenwirkt. Damit das gelingt, bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter. - Ich rufe nun Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Zukünftige Altersarmut durch Wohnungseigentumsförderung bekämpfen (Drucksache 16/1431)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

Abg. Müller (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser Antrag beschäftigt sich mit einem Teil der Armuts-

(Abg. Müller (AfD))

problematisch, nämlich der Altersarmut. Altersarmut gibt es heute schon, und nicht zu knapp. In naher Zukunft aber droht Altersarmut zu einem Massenproblem zu werden. Trotz jahrzehntelanger Arbeit in niedrig bezahlten Bereichen des Arbeitsmarktes haben Rentner oft so wenig zum Leben, dass sie auf Sozialhilfe angewiesen sind. Nicht nur, dass sie einen solchen Lebensabend als entwürdigend empfinden, sie fallen damit auch denen zur Last, die die Sozialhilfe erwirtschaften sollen. Das sind absehbar immer weniger nachgewachsene Junge unseres Volkes, und dass die Eingewanderten aus islamischen oder afrikanischen Ländern - abgesehen von propagandistisch breit dargestellten Ausnahmen - in der Masse Beitragszahler werden wie im bisher in Deutschland gewohnten Ausmaß, das sind linksgrüne Wunschträume, aber eben nur naive Wunschträume.

Einer der Gründe für Altersarmut ist fehlendes Wohneigentum, sodass ein wesentlicher Teil der Rente für die Wohnungsmiete aufgewandt werden muss. Wer also zum Beispiel nur 1.000 Euro oder weniger an Altersrente hat und davon schon circa 500 Euro nur für Nettomiete aufbringen muss, lebt nicht nur am Rande der Armut, sondern schon mitdrin. Erschwerend kommt dazu, dass Rentenanpassungen in der Regel nur in der Nähe der offiziell angegebenen Inflation gewährt werden. Dabei weiß jeder, dass so gut wie alles an Gütern des täglichen Gebrauchs und Bedarfs ganz andere Preissprünge gemacht hat und weiterhin macht. Was vor Einführung des Euro 1 Mark gekostet hat, kostet schon lange 1 Euro oder mehr.

Eine weitere Erschwernis für den Aufbau eines Sparvermögens ist die betrügerische Zinsmanipulation durch die EZB, die zu Nullzinsen für Sparer geführt hat und die bei weiter schleichender Inflation eine schleichende betrügerische Enteignung von Ersparnissen bedeutet.

Gerade dieses unseriöse Geldsystem, in das uns kurzsichtige Politiker geführt haben, bietet aber auch Chancen, insbesondere für Schuldner. Wer sich also unter Aufnahme von Schulden eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus zulegt, profitiert von früher undenkbar niedrigen Hypothekenzinsen von deutlich weniger als 1 Prozent. Viele machen das, weil sie die früher übliche Zinsbelastung unter den neuen Umständen nicht mehr tragen müssen. So weit, so gut. Allerdings hat die Sache einen Haken für diejenigen, die kaum oder kein Eigenkapital bilden können, denn bevor Banken ein Hypothekendarlehen vergeben, wollen sie ein gewisses Eigenkapital des Antragstellers sehen.

Unser Antrag zielt jetzt genau auf die überwiegend jungen oder mittelalten Leute, deren relativ niedriges Einkommen insbesondere schon so von der Wohnungsmiete belastet ist, dass sie das geforderte Eigenkapital zum Wohnungs- oder Hauserwerb alleine

nicht zusammenbekommen. An dieser Stelle kann eine staatliche Eigenkapitalhilfe ansetzen, die als Kredit im zweiten Rang abgesichert ist, sodass dies der Bank gegenüber als Eigenkapitalersatz dargestellt werden kann. Der Staat beziehungsweise das Land kann dabei sogar einen Zinsgewinn erzielen, wenn er beziehungsweise es für die Eigenkapitalhilfe zum Beispiel 0,5 Prozent oder 1 Prozent Jahreszins fordert, selbst aber bei der Aufnahme eines langfristigen Kredits 0 Prozent zahlt oder sogar noch von Negativzinsen profitiert. Auch wenn auf die Dauer mit einigen Kreditausfällen gerechnet werden muss, so ist das Risiko für Staat oder Land doch sehr gering, da die Kredite ja mit realem, verwertbarem Grundeigentum unterlegt sind.

Im Saarland, insbesondere außerhalb der Hauptstadt, gibt es akzeptables Wohneigentum schon für 100.000 Euro oder weniger. Die Belastung für Zins und Tilgung lässt sich so einstellen, dass die Belastung niedriger ist als eine vergleichbare Nettomiete. Ich spreche immer von Nettomiete, da Nebenkosten für jeden anfallen, egal ob Mieter oder Eigentümer. Der Unterschied zur Miete ist eben, dass laufend ins eigene und am Ende schuldenfreie Häuschen eingezahlt wird, sodass nach circa 20 bis 25 Jahren diese Wohnkostenbelastung wegfällt und auch eine niedrige Rente noch auskömmlich sein kann. Die Einzelheiten lassen sich in einer vernünftigen Beratung festlegen, etwa eine förderfähige Obergrenze des Immobilienpreises, die Einmaligkeit einer solchen Förderung, die Möglichkeit zu Sondertilgungen der Eigenkapitalhilfe und so weiter.

Man hilft auf diese Weise jungen Leuten. Man bindet sie in gewisser Weise auch an unser Saarland und das Geld fließt nicht in irgendeinem Konsum, sowohl staatlich als auch individuell. Da es sich für das Land nicht um eine Ausgabe handelt, sondern um einen Kredit, der zurückgezahlt wird, lässt sich diese Hilfe entsprechend im Haushalt darstellen. Wir beantragen also, die zukünftig drohende Altersarmut durch die dargestellte Eigenkapitalförderung zu bekämpfen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter.

Ich rufe schließlich Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Armut und wachsende Ungleichheit bekämpfen (Drucksache 16/1434)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Frau Abgeordnete Astrid Schramm das Wort.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Regierungsfractionen eignet sich eher für die Parteitage von CDU und SPD als für ein Parlament: seitenweise Selbstlob. Wenn man den Antrag fertig gelesen hat, glaubt man fast, man sei im Paradies. Die Bekämpfung von Armut ist demnach nicht nur schon seit Langem eines der prioritären Ziele unserer Sozialpolitik, nein, sie zeigt Erfolg. - So steht es im Antrag der Großen Koalition zu lesen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo zeigt sich denn der Erfolg? Etwa darin, dass im Saarland noch immer mehr Menschen von Armut bedroht sind als im Bundesdurchschnitt? Darin, dass mehr als jeder zweite erwerbslose Saarländer und fast jede zweite Alleinerziehende armutsgefährdet sind? Ist das ein Erfolg? Oder darin, dass fast jeder vierte Arbeitnehmer im Saarland inzwischen atypisch beschäftigt ist, also befristet, zu Niedriglohn oder etwa als Leiharbeiter? Ist das ein Erfolg der Landesregierung? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist gut, dass nun einen Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland vorliegt,

(Ministerin Bachmann: Ach nein!)

aber mit zweieinhalb Jahren Verspätung, Frau Ministerin. Das sollte man vor lauter Selbstlob nicht verschweigen. Es ist gut, dass im Beirat wichtige Akteure wie der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Armutskonferenz oder die AWO vertreten sind.

(Zuruf von Ministerin Bachmann.)

Das erkennen wir ausdrücklich an, ebenso wie wir anerkennen, dass zukünftig Strom- und Gassperren verhindert werden sollen, was wir als LINKE schon lange gefordert haben. Man darf aber die Kritik der Experten am Ergebnis auch nicht verschweigen. Armin Lang vom VdK hat die fehlende Verbindlichkeit der Maßnahmen kritisiert. Ich zitiere: An keiner Stelle steht, welches Ziel bis zu welchem Datum man mit welchem Ergebnis erreichen will und welche Maßnahmen man dazu ergreifen will. Wolfgang Edlinger von der Saarländischen Armutskonferenz hat erklärt, ich zitiere nochmals: Ich zum Beispiel kann es überhaupt nicht nachvollziehen, wenn zu bestimmten Maßnahmen immer gleich kommt: nur unter Finanzierungsvorbehalt. Dann können wir einpacken.

(Ministerin Bachmann: Er hat doch mitgestimmt!)

Recht haben sie alle beide.

(Beifall von der LINKEN. - Ministerin Bachmann: Gott, wie armselig!)

Auch die vielgepriesene Sozialquote von Neubauten steht wieder einmal unter einem Vorbehalt, ausschlaggebend ist die Angemessenheit aller wirtschaftlichen Belastungen. - Dann können wir einpacken, um Wolfgang Edlinger noch einmal zu zitieren.

Um einmal die Verhältnisse etwas geradezurücken: 150.000 Euro will diese Landesregierung ausgeben, um Kindern von Geringverdienern ein kostenfreies Mittagessen zu ermöglichen. Allein die Landeshauptstadt Saarbrücken gibt rund 100.000 Euro für ein kostenfreies Schulessen an fünf Schulen aus. Der Unterschied: Dort ist für alle Schülerinnen und Schüler das Essen kostenfrei, eine Auslese zwischen armen und reichen Kindern findet dort nicht statt. Der Kollege Renner von der SPD weiß das besonders gut, er hat das selbst mit ausgehandelt.

(Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD).)

Gemessen daran ist das, was die Landesregierung plant, nicht wirklich beeindruckend. Da müssen Sie, Herr Renner, mir eigentlich zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die grundlegenden Probleme gehen CDU und SPD aber wieder einmal nichts an, etwa die Frage der wachsenden Ungleichheit, denn während immer mehr Menschen jeden Euro zweimal umdrehen müssen, machen sich ein paar die Taschen immer voller. Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer ist jetzt so dringend wie nie zuvor.

(Zuruf des Abgeordneten Funk (CDU).)

Auch Erbschaften müssten stärker besteuert werden, fordert deswegen der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Als saarländischer DGB-Vorsitzender würde der Kollege Eugen Roth jetzt zustimmen, als SPD-Abgeordneter schweigt er.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch ein Problem, dass viele Beschäftigte schon zu Beginn ihres Berufslebens wissen, dass sie im Alter wieder auf staatliche Hilfe angewiesen sein werden. Ich denke da etwa an die Gebäudereiniger. Denn um nach 45 Beitragsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten, braucht es einen Stundenlohn von 13 Euro. Auch viele der Menschen in den systemrelevanten Berufen bekommen weniger. Was nutzt ein gesetzlicher Mindestlohn, wenn er nicht armutsfest ist? Wieso bekommt ein Durchschnittsrentner in Deutschland monatlich 800 Euro weniger als in Österreich? - Die Antwort ist einfach: Weil dort alle in die Rentenkassen einzahlen, Selbstständige, Beamte und auch die Politiker.

Auch bezahlbarer Wohnraum fällt nicht vom Himmel. Es waren die CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre, die hier versagt haben, die jahrelang keine neuen Sozialwohnungen gebaut haben, während alte Wohnungen aus der Mietpreisbindung fielen. 2005 gab es noch 5.000 Sozialwohnungen bei uns im Land, Ende Mai waren es noch 571.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Hört, hört! - Abg. Funk (CDU): Das stimmt doch nicht!)

Herr Funk, hören Sie zu. Der Bauminister wirft hier gerne ständig mit neuen Zahlen um sich. Es ist aber

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

ein Fakt, dass wir auch nach seinen Zahlen heute weniger Sozialwohnungen haben als vor seinem Wohnungsbauprogramm. Da waren es nämlich 701.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Funk (CDU). - Zuruf des Abgeordneten Theobald (CDU).)

Wenn man dann liest, dass der Bauminister hofft, dass Wohnungen, die aus der Mietpreisbindung fallen, - jetzt kommt es, Herr Funk - nicht teurer werden, dann muss man wirklich feststellen, er hat ganz offenbar den Sinn von sozialem Wohnungsbau nicht verstanden und Sie, Herr Theobald, wohl auch nicht!

(Beifall von der LINKEN. - Abg. Funk (CDU): Zum Glück haben Sie es verstanden!)

Ein gutes Beispiel, das können Sie jetzt auch einmal mitnehmen, liefert dagegen die Stadt Wien, die mit Hundertausenden städtischen und städtisch geförderten Genossenschaftswohnungen der größte Immobilieneigentümer der Stadt ist und wo deshalb die Mieten nicht explodieren.

(Abg. Funk (CDU): Wer hat die Wohnungen in Berlin verkauft?)

Wien wird regelmäßig unter die lebenswertesten Städte der Welt gewählt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Probleme sind groß, darum brauchen wir mehr als das ständige Eigenlob der Regierung und mehr als nur ganz kleine Korrekturen!

(Beifall von der LINKEN.)

Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau. Das Ziel ist ganz einfach formuliert: Die Zahl der neuen Wohnungen mit Mietpreisbindung muss größer sein als die Zahl der Wohnungen, die im selben Jahr aus der Bindung herausfallen. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von sozialem Wohnungsbau, um zu verhindern, dass in den einen Stadtvierteln vorrangig die Einkommensschwachen leben und in den anderen ausschließlich wohlhabende Menschen. Wir brauchen einen armutsfesten Mindestlohn von 13 Euro und sollten dabei im Land den Anfang machen mit der Änderung eines saarländischen Tariftreuegesetzes. Wir müssen den Aktionsplan gegen Armut ausbauen, die vorgestellten Maßnahmen können allerhöchstens ein ganz bescheidener Anfang sein. Wir brauchen höhere Löhne und bessere Renten und gerechte Steuern auf Millioneneinkommen, Vermögen und Erbschaften ebenso wie ein Verbot von Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen. Hier muss das Land auch selbst mit gutem Beispiel vorgehen und auf sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen endlich verzichten.

(Beifall von der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist sicher keine soziale Lösung gegen Armut: ein Eigenheimprogramm. Denn das nutzt den richtig Armen überhaupt nichts, freut aber die Immobilienbesitzer. Den Antrag der AfD lehnen wir daher ab, dem Antrag von CDU

und SPD können wir schon wegen des ausufernden Selbstlobs nicht zustimmen. - Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ich eröffne nun die Aussprache, und zwar zu den Punkten 9, 10 und 16 der Tagesordnung. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Kollege Dr. Magnus Jung.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, sofern noch anwesend! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem nun Redner von drei Fraktionen unterschiedliche Anträge eingebracht haben, beginne ich mit der Aussprache zu diesen drei Tagesordnungspunkten, sicherlich gefolgt von der Ministerin, die auch einiges dazu zu sagen hat. Bevor ich zu den Inhalten komme: Frau Kollegin Schramm, was Sie hier vorgetragen haben, war das professionelle Jammern, wie wir es von Ihrer Seite kennen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Keine konkreten Vorschläge, nichts von dem, was den Menschen im Saarland wirklich helfen würde. Wenn wir uns beim Armutspekt auf der gleichen Abstraktionsebene bewegt hätten wie Sie in Ihrer Rede, wäre es für niemanden im Saarland besser geworden. Wir haben das Gegenteil getan. Ich komme gleich dazu. Wir haben eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen beschlossen, die zu großen Teilen auch schon in der Umsetzung sind und die vielen Menschen schon konkret helfen.

(Abg. Schramm (DIE LINKE): Es kommt nur nicht an! - Ministerin Bachmann: Wir sind schon lange dabei, du hast es nur nicht gemerkt! - Zuruf des Abgeordneten Lander (DIE LINKE).)

Dass Sie das mal wieder nicht anerkennen wollen, sondern sich auf eine abstrakte Ebene stellen, bestätigt den Eindruck, den wir in den Parlamentsdebatten von Ihnen haben. Das hilft den Menschen im Saarland aber keinen Schritt weiter.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Lander (DIE LINKE): Unsere Anträge werden von Ihnen aber immer schön abgelehnt! Jetzt hört es aber auf!)

Das Thema der Bekämpfung der Armut ist im Übrigen heute von den Regierungsfractionen auf die Tagesordnung gesetzt worden, also von uns und nicht von anderen Fraktionen. Warum? - Weil uns das Thema Armut auch nach der Vorlage des Aktionsplans nach wie vor sehr bedrängt und bedrückt, denn das Thema ist als Problem ja nicht von der Tagesordnung verschwunden.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

(Abg. Lander (DIE LINKE): Heuchler! - Gegenruf von Ministerin Bachmann)

Herr Kollege, halten Sie sich mit Ihren Äußerungen zurück. Mich als Heuchler zu bezeichnen, empfinde ich als Beleidigung, das lasse ich mir von Ihnen nicht sagen!

Vizepräsidentin Spaniol:

Herr Kollege Lander, ich muss Ihnen einen Ordnungsruf erteilen. Das Wort hat im Parlament nichts verloren.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Dann nehmen Sie wenigstens regelmäßig an den Sitzungen des Sozialausschusses teil und fehlen nicht ständig. Bringen Sie sich in die Arbeit ein! Damit geht Politik los!

(Beifall von den Regierungsfractionen. -
Abg. Schramm (DIE LINKE): Wir sind in den Sitzungen des Sozialausschusses immer vertreten!
- Abg. Lander (DIE LINKE): Wir sind immer anwesend!)

Uns geht es darum, dass ein Siebtel der Menschen im Saarland derzeit von Armut betroffen ist. Es ist aber nicht nur ein Siebtel der Bevölkerung betroffen, nein, über das ganze Leben hinweg sind viel mehr Menschen zumindest kurzzeitig von Armut betroffen. Wir können davon ausgehen, dass rund ein Drittel der Menschen in diesem Land - nicht nur im Saarland, sondern bundesweit - irgendwann im Leben für eine längere Zeit von Armut betroffen ist. Armut schränkt Zukunftschancen von Menschen dramatisch ein. Ich rede hier insbesondere von den Kindern. Armut am Ende des Lebens entwertet die Lebensleistung, wenn nach 30, 40 oder mehr Arbeitsjahren, das Geld, die Rente immer noch nicht reicht. Armut macht viele Menschen krank und arme Menschen sterben früher. Deshalb ist Armut ein ganz zentrales gesellschaftliches Problem. Deshalb sorgen wir als Sozialdemokraten dafür, dass dieses Thema immer wieder regelmäßig in der Mitte dieses Hauses besprochen wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Was uns natürlich auch bedrückt und womit wir nicht zufrieden sind, ist die Tatsache, dass die Armutsquote in den letzten Jahren in Deutschland und im Saarland nur leicht rückläufig war, obwohl wir ein Jahrzehnt der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland hatten mit einem ganz deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote. Die Armutsquote, ich will jetzt nicht auf die Definition eingehen, denn es ist letztlich immer auch eine relative Armut, ist in diesen letzten zehn Jahren nur gering zurückgegangen, auch wenn diese statistische Entwicklung sicherlich auch dem Zuzug von vielen Mi-

grantinnen und Migranten in die Gesellschaft geschuldet ist. Zu Beginn ihrer Anwesenheit hängen häufig sie erst einmal in den Sozialsystemen, bevor sie in Arbeit kommen.

Das gibt mir Gelegenheit kurz auf eine Bemerkung des Abgeordneten Müller einzugehen, der wie immer sozialpolitische Themen auch nutzt, um ausländerfeindliche Propaganda zu betreiben. Wenn Sie heute unterstellen, diejenigen, die zu uns kämen, würde nicht so fleißig arbeiten wie die Deutschen und deshalb in Zukunft auch wenig zur Sicherung der Rente beitragen - das war ja Ihre Philosophie -, dann kennen Sie die Zahlen nicht. Denn die belegen gerade das Gegenteil. Die Rente der meisten Deutschen, die heute Rente beziehen, wäre nicht zu finanzieren, wenn wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht so viele junge Menschen gehabt hätten, die in unser Land gekommen sind, die hier arbeiten und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Die Zukunft unseres Rentensystems wäre ohne Migration erst recht nicht sicherzustellen. Deshalb ist das Gegenteil von dem, was Sie gesagt haben, die Wahrheit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Tatsache, dass die Armutsquote in den letzten Jahren kaum zurückgegangen ist, verschleiert durchaus auch den Blick - das merkt man bei der Kollegin Schramm - auf das, was dort passiert ist. Denn die Politik sowohl auf Bundesebene wie auch auf Landesebene war alles andere als untätig. Ich will es kurz aufzählen: Wir haben im Bund in den letzten Jahren 18 Milliarden in den Kita-Ausbau gesteckt. Alleinerziehende sind eine große Risikogruppe für Armut. Was brauchen sie? - Sie brauchen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, damit sie arbeiten gehen können. Hier haben wir 18 Milliarden investiert! Wir haben die Gebühren zu großen Teilen abgebaut. Wir haben das System des Kinderzuschlags eingeführt, damit viele Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen nicht gleich in den Hartz-IV-Bereich abrutschen. Wir haben beim Unterhaltsvorschuss, wo es auch wieder um die Alleinerziehenden geht, erhebliche Milliarden zusätzlich in die Hand genommen. Wir haben mehrere Bildungs- und Teilhabepakete, gerade in diesem Jahr noch ein großes. Wir haben es geschafft, dass sich in den letzten 15 Jahren die Arbeitslosigkeit in Deutschland fast halbiert hat. Wir haben den Mindestlohn eingeführt, wir haben in diesem Jahr den Beschluss zur Einführung der Respekt-Rente gefasst. Da kann sich doch niemand hier vorne hinstellen und sagen, die Situation von Menschen in Armut in diesem Land wäre uns egal. Im Gegenteil, sie beschäftigt uns jeden Tag und wir haben auch schon viel geleistet, um das Leben dieser Menschen zu verbessern.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

(Abg. Dr. Jung (SPD))

So ist es auch mit dem zweiten Aktionsplan zur Armutsbekämpfung, in dem zahlreiche ganz konkrete Maßnahmen stehen. Ich will einige davon nennen: das beitragsfreie Mittagessen, ein Thema das zu Beginn der Beratungen im Armutsbeirat im Mittelpunkt stand. Es wurde schon während der Beratungen weitgehend dadurch abgeräumt, dass Hubertus Heil auf Bundesebene in den entsprechenden Gesetzen die Zuzahlung von 1 Euro abgeschafft hat. Spätestens an dem Punkt, so glaube ich, kennen Sie die Fakten nicht und wissen nicht, worum es geht.

Dann gibt es noch eine sehr kleine Gruppe, die nicht berechtigt ist, Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket zu bekommen, weil ihr Einkommen darüber ist, die aber von den bisherigen Regelungen betroffen ist. Dort ist das Bildungsministerin aktuell dabei, mit den 150.000 Euro, die wir zur Verfügung gestellt haben, eine Absprache mit den Landkreisen zu treffen, damit das auch gerecht bei den Familien ankommt und wirklich niemand von denen, die bislang betroffen waren, zukünftig noch diese Zuzahlung machen muss. Es gibt an dieser Stelle überhaupt keine Kritik von irgendjemanden, weder von den Kirchen noch von den Wohlfahrtsverbänden. Alle sind total zufrieden mit dieser Regelung.

Dass Sie sich jetzt hier hinstellen und das skandalisieren wollen, zeigt, dass Sie einfach nicht in der Debatte drin sind. Tut mir wirklich leid.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben neben diesen Regelungen beim Kita-Ausbau einiges gemacht. Wir haben die Schulsozialarbeit in diesem Land neu organisiert. Wir haben für die Kinderhäuser mehr Geld zur Verfügung gestellt und ihre Finanzierung abgesichert. Wir haben einen Notfallfonds für Stromsperrern eingerichtet. Das Sozialticket für den ÖPNV ist beschlossen und wird im nächsten Jahr umgesetzt. Das Saarländische Wohnungsaufsichtsgesetz - Gegenstand der Beratungen im Armutsbeirat - ist mittlerweile von diesem Parlament beschlossen. Wir haben die Ausweitung der „Frühen Hilfen“ beschlossen. Das Geld wird den Trägern schon zur Verfügung gestellt.

Wir haben viel Geld hineingesteckt und sind weiterhin sehr erfolgreich bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir haben im Koalitionsvertrag - das wird gerade vorbereitet - ein faires Lohngesetz für das Saarland und insgesamt 500.000 Euro pro Jahr für den Armutsfonds verabredet. Da richte ich einen herzlichen Dank an den Kollegen Roth, der das damals in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat. Wir sind froh, dass wir mit diesem Geld jetzt arbeiten können. Das haben wir gemeinsam mit Monika Bachmann durchgesetzt. Dieses Geld kommt also an.

Es sind sehr unterschiedliche Gruppen; alle mit dem hohen Anspruch, was zu leisten ist. Sie alle sind im Armutsbeirat zu einem Ergebnis gekommen, das

man einstimmig beschlossen hat und das auch mit Stolz. Mit diesem Papier kommen wir ein gutes Stück weiter bei der Bekämpfung von Armut im Saarland. Dass Sie von der LINKEN diesen Erfolg nicht anerkennen, sondern eher schlechtreden, ist wirklich sehr traurig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Natürlich ist mit diesem Aktionsplan das Thema Armut nicht abgeräumt, sondern es bleibt eine weitere Voraussetzung. Natürlich haben die verschiedenen Gruppen, die in diesem Beirat miteinander gearbeitet haben, unterschiedliche Vorstellungen oder weitergehende Forderungen. Auch die SPD konnte sich nicht mit allen Punkten durchsetzen. Es gibt für uns sicherlich auch Themen, bei denen wir uns noch mehr vorstellen können.

Da möchte ich das Thema sozialer Wohnungsbau nennen, denn wir alle wissen, es fehlt aktuell an preisgünstigen Wohnungen mit oder ohne Sozialbindung. Das ist eine Zustandsbeschreibung. Das ist noch nicht einmal das Entscheidende. Entscheidend ist, was die Leute an Miete zu zahlen haben. Wir müssen beklagen, dass die Mieten steigen, gerade im unteren Bereich. Wir müssen darüber hinaus feststellen, dass wir einen erheblichen Sanierungsstau im Bestand gerade bei den kleinen Wohnungen mit Mietern mit niedrigen Einkommen haben. Da gibt es kein Vertun. Es gab Versäumnisse in der Vergangenheit, nicht, weil man kein Geld hatte, sondern weil man sich vielleicht dem Thema nicht mit dem notwendigen Interesse zugewandt hat.

Aber Tatsache ist auch, dass es nach der Diskussion, die wir gemeinsam geführt haben, neue Richtlinien gibt. Sie gehen in die richtige Richtung. Es gibt zumindest jetzt wieder ein Geschehen, von dem man sagen kann, der soziale Wohnungsbau zieht weiter an. Jetzt, nachdem die Kehrtwende eingeleitet worden ist, müssen die nächsten Schritte folgen. Das heißt, wir brauchen sicherlich zukünftig noch mehr Geld für diesen Bereich. Bereits im Aktionsplan verabredet worden ist, dass wir die Quote für Wohnungen mit Sozialbindung brauchen.

Wir brauchen - das wird ein entscheidendes Problem sein; an dem hätten die LINKEN in ihrer kommunalpolitischen Verantwortung durchaus mehr mitwirken können - den Platz, an dem wir bauen können. Vielerorts fehlt es ja nicht an dem Willen. Es fehlt auch nicht am Geld, sondern es fehlen Platz und Baurecht, wenn man Sozialwohnungen bauen will. Wir brauchen daneben eine Aufwertung im Wohnungsumfeld. Wir brauchen am Ende - da sind wir alle in der Verantwortung - ein stärkeres öffentliches Engagement im sozialen Wohnungsbau durch die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften. Sie müssen in diesem Bereich ein stärkeres Engagement an den Tag legen; das hatte ich schon in der letzten Landtagssitzung gesagt. Dafür brauchen sie

(Abg. Dr. Jung (SPD))

am Ende von uns allen die politische und finanzielle Rückendeckung. Das ist eine Aufgabe, die wir alle erfüllen müssen.

Weil man das nur mit vielen kleinen Schritten und gemeinsam erreichen kann, möchte ich die Forderung aus der letzten Landtagssitzung erneuern, dass wir einen runden Tisch sozialer Wohnungsbau im Saarland brauchen, bei dem die unterschiedlichen Akteure - das Bauministerium, die Städte und Gemeinden, die Wohnungsbaugesellschaften - zusammenkommen, von mir aus auch private Investoren, um zu schauen, wie man in diesem Bereich etwas tun kann.

Ich will noch ein zweites Thema ansprechen, das für uns Sozialdemokraten in Zukunft bei der Armutsbekämpfung eine besondere Bedeutung haben wird, bei dem wir uns im Armutsbeirat nicht einigen konnten und bei dem wir aber verabredet haben, dass wir in der Debatte dazu bleiben. Das ist die Einführung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene. Wir haben im Moment die schwierige Situation, dass wir ganz viele Sozialleistungen haben. Teilweise sind sie undurchschaubar. Teilweise erreichen sie nicht alle, die Sozialleistungen brauchen. Teilweise haben wir die Ungerechtigkeit zum Beispiel beim Kindergeld, dass diejenigen mit hohen Einkommen über den Kinderfreibetrag mehr finanzielle Unterstützung vom Staat kriegen als die mit durchschnittlichen Einkommen, die nur das Kindergeld bekommen, und dass am Ende diejenigen, die im SGB-II-Bezug sind, das Kindergeld wieder verrechnen müssen und weniger für ihre Kinder bekommen als andere. Das würden wir gerne ändern.

Wir haben dafür ein sehr differenziertes Konzept vorgelegt mit einem Basisbeitrag von 250 Euro Kindergrundsicherung für alle im Monat, der aufgestockt werden kann, je nachdem, wie die Einkommenssituation ist, auf bis zu 478 Euro im Monat bei Wegfall anderer Leistungen. Das würde gerade Familien mit niedrigen Einkommen finanziell ganz erheblich unterstützen und über die Armutsgrenze hinaus nach oben bringen. Das müsste dazu führen, dass Kinder zu haben kein Grund mehr ist, um arm zu sein. Das würden wir gerne auf der Bundesebene durchsetzen. Wenn sich das Saarland insgesamt - damit meine ich auch die Koalitionsfraktionen - hinter diese Forderung stellen könnte, dann wäre das eine schöne Sache. Wir werden zu diesem Punkt sicherlich weiter in der Diskussion bleiben.

Wir sind jetzt so weit, dass wir diesen Aktionsplan im Saarland umsetzen können. Für uns ist es besonders wichtig, dass wir dabei einen besonderen Schwerpunkt legen auf die Quartiere, in denen sich Armut in den letzten 30 Jahren verfestigt hat, ob es in Burbach oder Malstatt oder in Teilen von Völklingen und Neunkirchen ist, also überall dort, wo uns heute eigentlich fast niemand mehr glaubt, wenn wir sagen, wir bekämpfen Armut.

Wir müssen diesen Menschen eine Perspektive geben, damit nicht nur sie, sondern ihr ganzer Stadtteil in den nächsten fünf oder zehn Jahren eine echte Perspektive hat, damit sie glauben, dass sie aus dieser Situation rauskommen. Deshalb müssen wir in diesen Quartieren die öffentlichen Maßnahmen bündeln: die des Landes, ob in der Bildungspolitik, im Kindergarten, in den Bereichen Städtebauförderung und sozialer Wohnungsbau, aber auch die Maßnahmen der Kommunen in der Gemeinwesenarbeit oder in der Wirtschaftsförderung sowie in der Stadtpolitik an sich.

Wir müssen dort mehr tun, als wir es in anderen Quartieren tun. Wenn wir all das zusammenwerfen - all das, was jeder kann, und all das, was jeder hat -, dann können wir vielleicht für die 50.000 oder 70.000 Menschen im Saarland, die in diesen Quartieren leben, eine echte Perspektive bieten. Das ist unser Ansatz der quartiersbezogenen Armutsbekämpfung. Dafür werbe ich auch heute mit großer Leidenschaft, denn ich will, dass wir dort gemeinsam etwas erreichen.

Ganz am Ende meines Beitrages möchte ich betonen, für wie wichtig ich diese Debatten halte. Das ist auch der Grund, warum ich mich einfach ärgere, Frau Schramm, über die Art und Weise Ihres Vortrages, weil Sie uns die Ernsthaftigkeit bei diesem Thema absprechen und weil Sie sich aus einer moralisch abgehobenen Position darüber setzen.

(Zuruf der Abgeordneten Schramm (DIE LINKE).)

Da kann man nämlich nicht mehr zusammenarbeiten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Für uns geht es darum, dass natürlich auf der einen Seite die ökologische Frage eine Frage ist, die über das Schicksal der Menschheit im 21. Jahrhundert entscheidet. Deshalb braucht sie große Aufmerksamkeit. Aber die soziale Frage muss in jedem Fall zuerst gelöst werden. Wenn wir die soziale Frage in diesem Land nicht lösen, dann werden wir alle anderen Fragen nicht auf demokratischem Wege lösen können. Dann kriegen wir keine Mehrheit für Entscheidungen auch in anderen Bereichen. Deshalb ist die soziale Frage die Kernfrage für den Fortbestand der Demokratie und für alle anderen Fragen, die wir in unserem Gemeinwesen zu entscheiden haben. Deshalb sind wir bei dieser Debatte immer mit großer Leidenschaft dabei. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat nun die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Ministerin Bachmann:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man einen solchen Plenumstag wie heute nach sieben oder acht Stunden hinter sich hat, dann spürt jeder einzelne von uns, dass das ein anstrengender Tag war. Man wird müde und man ist nicht mehr so aufnahmefähig.

Aber wir haben Glück! Wir kommen nämlich nach Hause und brauchen keinen Schlafplatz zu suchen. Wir können auch den Kühlschrank aufmachen. Da ist bestimmt etwas Leckeres drin, was wir uns gekauft haben. Wir haben Obst da. Wir können den Schrank aufmachen; vielleicht sind Süßigkeiten drin. Oder wir können ein Gläschen Wein oder auch nur Mineralwasser trinken.

Das Glück hat nicht jeder, das muss man sagen, wenn wir über das heutige Thema reden. Deshalb glaube ich sagen zu dürfen, nicht nur für mich, sondern auch für uns alle, wie wir hier sitzen: Die Überwindung der Armut ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Genau über diese Herausforderung reden wir nicht nur und machen schöne Anträge, sondern wir bemühen uns und machen Beschlüsse.

Sehr geehrte Frau Schramm, all diejenigen, die Sie aufgerufen haben, waren diejenigen, die mitgestimmt haben. Das waren diejenigen, die über zwei Jahre lang mit Alwin Theobald und Dr. Magnus Jung - wofür ich mich bedanke - mitgekämpft haben, wenn zum Beispiel Herr Springborn vom VdK da war oder Herr Edlinger von der Armutskonferenz. Er hat in der Pressekonferenz neben mir gesessen, also nicht irgendwo in den hinteren Reihen. Auch Ines Reimann von der AWO war dabei. Ich kann Ihnen noch andere nennen, die dabei waren. Sehen Sie, Frau Schramm, deshalb will ich gar nicht auf Ihren Redebeitrag eingehen.

Ich sage nur so viel. Ich habe das große Glück, Abgeordnete gewesen zu sein sowohl zu Oppositionszeiten als auch zu Regierungszeiten. Sie können gerne meine Beiträge lesen in der Zeit, in der ich Abgeordnete der Opposition war. Sie waren immer durch Fleißarbeit und Kenntnis fundiert, aber nicht nur mit dem Willen, etwas suchen zu müssen, bis ich etwas gefunden habe, um dann etwas zu behaupten, was nicht stimmt. Sie haben drei Leute zitiert, die in der Pressekonferenz neben mir gesessen haben und die alle Beschlüsse mitgetragen haben. Wir haben nur eines nicht umgesetzt. Wir sind der Bitte der LINKEN nicht nachgekommen, dass sie in diesem Beirat mitwirken kann, weil der Beirat längst getagt hat.

Wir sind aber zu Ergebnissen gekommen. Es sind Ergebnisse, die uns alle betreffen. Alle Kollegen, die hier vorne sitzen, haben dort mitgearbeitet. Es ist nämlich keine Aufgabe des Sozialministeriums, son-

dern eine Querschnittsaufgabe über die gesamte Landesregierung hinweg. Es ist doch nicht so, als hätten wir erst damit angefangen. Wir wissen doch, dass es Armut gibt.

Wir wissen, wie viele arme Frauen es gibt, die nicht genug zum Essen haben. Wir wissen auch, dass es Menschen gibt, die keinen Schlafplatz haben, die aber Gott sei Dank in den verschiedensten Häusern untergebracht werden. Wir gehen nicht nur hin, um im Kältebus oder sonst irgendwo Bilder zu machen. Wir wissen, wenn wir dort helfen, welche Menschen dort hinkommen und wie es ihnen geht. Oft ist es auch kein eigenes Verschulden, sondern es sind einfach Dinge, die geschehen und die jedem passieren können. Insofern ist es wichtig, dass wir über bezahlbaren Wohnraum und Kinderarmut reden, denn kein Kind weiß, in welche Familie es geboren wird. Kein Kind! Sie können es auch nicht beeinflussen.

Wir reden über Bildung. Wir reden über Langzeitarbeitslosigkeit sowie Mobilität und Infrastruktur. Deshalb hat dieses Parlament - dafür bedanke ich mich ganz herzlich - uns in jedem Jahr 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Es kann ja sein, dass die Opposition sagt, das sei aber wenig. Das ist für Anschubfinanzierung nicht wenig, denn alles andere haben wir uns zur Aufgabe gemacht, nämlich aus den einzelnen Ressorts finanziell Hilfe zu leisten. Deshalb ist die Einrichtung der Energiesicherungsstelle und des Notfallfonds Stromsperren so wichtig. Es war der Minister, der links von mir sitzt, der sich persönlich eingesetzt hat, dass wir das als erstes Thema mit einem einzigen Anbieter, der laufend diese Stromsperren verursacht hatte, persönlich besprechen und dass wir sagen, jetzt ist Feierabend, jetzt ist Schluss. Auch das haben wir sehr schnell und sehr ordentlich geleistet.

Wir haben ein beitragsfreies Mittagessen für Kinder von Geringverdienern mit einem finanziellen Volumen, das sich durchaus sehen lassen kann. Dabei erwähne ich, dass für die Leistungsberechtigung des Bildungs- und Teilhabepakets der 1-Euro-Eigenanteil zum Mittagessen bereits abgeschafft wurde.

Ich gehe weiter zum Lotsendienst für Hilfen in saarländischen Geburtskliniken. Darüber haben wir noch gar nicht gesprochen. Es ist nämlich Folgendes: Allen Kindern sollen von Beginn an die gleichen Chancen auf eine möglichst optimale und gesunde Entwicklung gegeben werden, um möglichst früh Gefahren aufzudecken. Das ist die Zielsetzung der „Frühen Hilfen“ im Saarland. Frau Schramm und Herr Lander, wenn Sie mir zuhören würden, dann könnte man gut miteinander diskutieren. Das waren wir, die Saarländer! Man muss doch stolz darauf sein! Annegret Kramp-Karrenbauer kam damals und hat gesagt, lasst uns das einführen. Das war gut so. Heute ist es ein bundesweites Programm, das von der Ministerin unterstützt wird und bei dem wir dankbar sind, dass wir das hier im Saarland erfunden haben.

(Ministerin Bachmann)

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich weiß sehr genau, von was ich rede. Ich war nämlich zu der Zeit Landrätin und weiß, wie es dort aussieht, wenn die Kinder nicht zur Impfung kommen, wenn man nachgehen muss, wenn man weiß, dass man dort einkaufen muss, und wenn man weiß, dass nicht alle Eltern - ich sage es so - gut erziehen, wie man es manchmal gerne hätte. Es liegt aber auch oft an der Situation, wo sie wohnen und wie sie das Leben meistern.

Nachdem in den fünf größeren Geburtskliniken im Saarland bereits im zweiten Halbjahr 2019 mit der Umsetzung des Modellvorhabens begonnen wurde, starten die noch ausstehenden Geburtskliniken - Marienhausklinikum Saarlouis-Dillingen, Klinikum Merzig und Marienhausklinikum St. Wendel - voraussichtlich in wenigen Tagen, nämlich am 01.10.2020, mit der Umsetzung. Frau Schramm, in wenigen Tagen, nicht in fünf Jahren, nur, damit man das hier einmal genannt hat. Wir haben das Sozialticket. Wir haben gleichzeitig den Fonds für Sachmittel und Projektmittel für Kinderhäuser und Kinder mit gemeinnützigen Einrichtungen für Armutsbekämpfung.

Um zum Schluss zu kommen und um nicht alles zu wiederholen, was meine beiden Kollegen eben hervorragend dargestellt haben: Das war es nicht. Es geht nämlich weiter. Der Beirat hat seinen Beiratsbericht vorgelegt, gemeinsam mit all denjenigen, von denen Sie gesagt haben, sie hätten geschrien, es wäre nicht in Ordnung. Es geht vielmehr weiter. Ich habe schon eingeladen. Die nächste Beiratssitzung wird sein, denn die Armut hat nicht mit dem Vorlegen eines Berichtes aufgehört. Da wäre es doch wunderschön, wenn die Opposition dort Vorschläge einbringen würde, die man bearbeiten könnte.

(Abg. Schramm (DIE LINKE): Das haben wir gemacht.)

So könnte man den Menschen auf der Straße helfen, damit sie zu essen haben, damit sie einen Schlafplatz haben, damit wir an der einen oder anderen Stelle im Aktionsplan zur Armutsbekämpfung eine nachhaltige Strategie vorfinden.

Ich darf mich ganz herzlich bedanken bei der SPD und der CDU für diesen Antrag, den sie vorgelegt haben. Es war eine gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, allen Wohlfahrtsverbänden, mit der katholischen und der evangelischen Kirche, mit der Arbeitskammer und mit all denjenigen, die Frau Schramm eben genannt hat, also zum Beispiel Herr Edlinger. Das war gut, das war hart, das waren Stunden. Aber ich glaube, dass der Anfang gemacht ist. Jetzt kämpfen wir weiter für die Menschen auf der Straße, die heute Abend keinen Schlafplatz haben, die heute Abend keinen Kühlschrank haben, den sie aufmachen können, die keine Obstschale oder Schachtel Pralinen haben.

Dafür bin ich da. Dafür stehe ich. Deshalb habe ich es so, wie mein Kollege Theobald gesagt hat, zur Chefsache gemacht. Ich danke Ihnen und bitte um die Zusammenarbeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion Drucksache 16/1426. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1426 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1426 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dagegen gestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE sowie die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Danke schön.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/1431. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1431 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1431 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Hecker, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Antrag der Landtagsfraktion DIE LINKE Drucksache 16/1434. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1434 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1434 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Fraktion DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen, die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Hecker. Danke schön.

Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gute Krankenhaus-Versorgung im Nordsaarland sicherstellen (Drucksache 16/1433)

Zur Begründung des Antrags erteile ich Frau Abgeordneter Astrid Schramm das Wort.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hoffen wir mal, dass die Debatte über diesen Punkt sachlicher verläuft als die zum Thema Armut. Es ist schon beschämend, dass der Vertreter der Regierungsfraktionen und der SPD Herr Magnus Jung - er ist bei diesem wichtigen Thema nicht da - dieses Thema, an dem so viele leiden, ausschließlich für seine persönlichen Angriffe und Eitelkeiten nutzt.

(Beifall bei der LINKEN. - Zurufe von der SPD.)

Jetzt zum Thema Krankenhausversorgung im Saarland. Bis 1985 durften Krankenhäuser keine Gewinne machen, heute müssen sie es regelrecht tun, denn unser Gesundheitssystem ist kommerzialisiert und auf Kostensenkung und Gewinn getrimmt worden. Früher wurden die Krankenhäuser für jeden Tag bezahlt, den ein Kranker dort verbracht hat. Heute erfolgt die Bezahlung nach Fallpauschale. Je schwerwiegender die Diagnose, desto mehr bekommt ein Haus für einen Patienten, unabhängig davon, wie lange er in diesem Krankenhaus bleibt. Die Folge ist also - ganz wirtschaftlich gedacht -, eine möglichst schwerwiegende Diagnose zu stellen und den Patienten dann so schnell wie möglich aus dem Krankenhaus zu entlassen.

Früher gab es vor allem öffentliche Krankenhäuser wie etwa das Landeskrankenhaus, Kreiskrankenhäuser oder städtische Kliniken. In Ottweiler hat der Kreis Neunkirchen erst vor relativ kurzer Zeit sein Krankenhaus verhökert und - was für eine Überraschung - der neue Eigentümer denkt an Kostensenkung und Profit und macht den Laden nun dicht. Als schwärzesten Tag des Landkreises hat der damalige Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag Neunkirchen Jörg Britz den Verkauf bezeichnet. Die Veräußerung der Klinikgesellschaft war nicht am Gemeinwohl orientiert. Ja, da hat Herr Britz recht. Das hat sich gezeigt.

Als Grund für die Schließung nennt Marienhaus vor allem den wirtschaftlichen Druck durch bundespolitische Vorgaben. Auch in Losheim spielt der wirtschaftliche Druck eine große Rolle. Die Marienhausklinik wird die 51 verbliebenen Betten in der Inneren Medizin aufgeben und sich ausschließlich auf die medizinische Versorgung, eine Art Reha, für junge und ältere Menschen konzentrieren. Das Krankenhaus in Wadern hat Marienhaus schon vor drei Jahren wegen eines jährlichen Defizits in Millionenhöhe dichtgemacht. Es geht also ums Geld, nicht um die bestmögliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Stiftungen oder kirchliche Träger achten eben auch aufs Geld, wobei ein privater Krankenhauskonzern wie AMEOS hier natürlich noch viel übler agiert. AMEOS würde wohl gerne in der Nähe von Wadern eine Nordsaarlandklinik mit 200 Betten bauen, aber die Erfahrung an anderen Orten zeigt, der Konzern

will die Häuser vor allem durch hohe Auslastung und Personalabbau möglichst schnell profitabel machen. Einen einheitlichen Konzerntarifvertrag gibt es dort nicht. Servicebereiche werden an eine Tochtergesellschaft ohne Tarifvertrag ausgelagert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gesundheit ist keine Ware. Das Gesundheitssystem darf keine profitorientierte Industrie sein. Die Vorhaltung von Krankenhäusern ist ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge und keineswegs ein Gnadentat des Staates, der zur politischen Disposition steht oder etwa wirtschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen unterliegen könnte - so hat es der Kaufmännische Direktor des Krankenhauses in Reinbek in der Deutschen Ärztezeitung bereits vor Jahren auf den Punkt gebracht. Auch das Saarländische Krankenhausgesetz ist hier ganz eindeutig: Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist eine öffentliche Aufgabe, die das Land sicherzustellen hat und die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken durch das Errichten und Betreiben von Krankenhäusern als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung gewährleisten müssen, wenn sich kein freigemeinnütziger, privater oder anderer geeigneter öffentlicher Krankenhausträger findet. Das Land ist also keineswegs unbeteiligter Zuschauer, sondern muss hier endlich handeln. Wenn es nach den Schließungen der letzten Zeit im Nordsaarland Probleme gibt und eine wohnortnahe Versorgung für die Menschen dort nicht mehr gewährleistet ist, müssen das Land oder der betroffene Kreis handeln.

Wir brauchen im Saarland keinen ausbeuterischen Krankenhauskonzern oder Träger, der nur aufs Geld schaut. Wir brauchen eine öffentlich-rechtliche Lösung, die eine gute Versorgung der Menschen im Nordsaarland sicherstellt. Wir brauchen eine echte nachhaltige Landesplanung und Finanzierung der Krankenhausstandorte, die dem Bedarf folgt und bei der der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Die Gewerkschaft Verdi fordert dazu schon seit Jahren ein Verbundklinikum in öffentlicher Hand. Darüber sollten wir ernsthaft reden, und nicht über einen Krankenhauskonzern.

(Beifall bei der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern heute, dass die Landesregierung im Rahmen der Krankenhausplanung gemeinsam mit dem Kreis Merzig-Wadern und den Gemeinden eine öffentlich-rechtliche Lösung für eine gute und nachhaltige Versorgung der Menschen im Saarland findet. Die Kollegen der SPD Martina Holzner - sie ist ja da - und Magnus Jung - er ist nicht da - haben schon vor einiger Zeit vorgeschlagen, dass die Landkreise Merzig-Wadern und St. Wendel gemeinsam eine Nordsaarlandklinik bauen und den Betrieb anschließend einem regionalen Träger überlassen sollten. Das hat auf kommunaler Seite bekanntlich für Kritik gesorgt, weil Städte und Gemeinden finanziell schon mit dem Rücken an

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

der Wand stehen. Eine gemeinsame Lösung von Land, Kreisen und Gemeinden wäre machbar und fair. Vor allem wäre es im Sinne der Menschen im Nordsaarland. - Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schramm. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Kollege Hermann Scharf für die CDU-Fraktion.

Abg. Scharf (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, die Krankenhauslandschaft hat sich geändert. Wir können in die Vergangenheit verfallen und das alles, was zu der Zeit gut war, bedauern oder loben, aber die Realität ist eine andere. Ich will heute für meine Fraktion und für diese Koalition eine Realitätsbetrachtung vornehmen. Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass wir 1990 bundesweit noch über 2.500 Krankenhäuser hatten. Aktuell sind es in Deutschland unter 2.000. Man spürt, dass dort einiges in Bewegung und Veränderung ist. Wir haben im Saarland aktuell 23 Kliniken. Ich kann feststellen, dass ich sehr froh bin, dass wir einen bunten Querschnitt an Trägern haben. Heute spreche ich diesen Trägern, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hervorragende Arbeit leisten, ein herzliches Wort des Dankes aus.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Frau Schramm, Sie schließen in Ihrem Antrag einige Träger für die Zukunft aus. Ich zitiere: Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, nach der Schließung der Klinik in Wadern und der Teilschließung der Marienhausklinik St. Josef in Losheim nicht wieder auf eine Klinik in freier oder privater Trägerschaft zu setzen, da private und freie Träger eigene kaufmännische Ziele verfolgen. - Ich betone es noch einmal: Aktuell läuft ein Interessenbekundungsverfahren. Dort haben wir einige, die sich für das Nordsaarland interessieren. Deswegen halte ich es für fatal, jetzt schon jemanden auszuschließen. Ich möchte es mit einem kirchlichen Satz sagen: Der Geist soll wehen, wo er will. - Sie schließen hier aus, dass der Geist wehen kann, wo er will. Sie setzen nur auf eine Richtung. Ich halte das für fatal.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich sage es klar und deutlich. Ich bin mit den kirchlichen Trägern wie Marienhaus, den wir in der letzten Ausschusssitzung gehört haben, nicht nur zufrieden. Was hinter den Kulissen zwischen Marienhaus und Caritas Trägergesellschaft Trier abgeht, ist teilweise nicht menschenwürdig. Deswegen müssen wir die

Dinge, die wir feststellen, auch benennen. Das machen wir! Wir legen den Finger in die Wunde. Das macht man aber am besten hinter verschlossenen Türen und nicht in freier Öffentlichkeit, weil wir diese Träger noch brauchen. Marienhaus betreibt die Kliniken in St. Wendel und Saarlouis. Ich kenne wie viele andere, die in diesem Raum sitzen, viele Ärzte und Pflegekräfte. Sie leisten dort seit Jahrzehnten eine tolle, hervorragende Arbeit. Sie wollen diese Arbeit weiterhin leisten. Deswegen sollten wir diese Menschen nicht diskreditieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen, dass wir im Moment diejenigen sind, die nicht das große Wort führen. Herr Dr. Wolfram und Herr Dr. Fuchs sind mächtige Herren. Meine klare und deutliche Bitte ist heute, dass hier eine Art Mediation her muss. Deswegen ist meine Aufforderung, dass diese Mediation der gute Hirte des Bistums Trier übernimmt. Ich erwarte vom Bischof Dr. Stephan Ackermann, dass er sich als der gute Hirte um diese Dinge kümmert. Wie von diesen Herren teilweise übereinander gesprochen wird, ist unmöglich und hat mit Christsein gar nichts zu tun.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das Konzept hat der Träger durch Herrn Dr. Scheid im letzten Ausschuss vorgestellt. Verschiedene Punkte dieses Konzeptes finde ich nicht schlecht. Ich danke Frau Schmitt-Jähn, dass sie tatkräftig bei den Dingen mithilft. Wir haben eine gute Krankenhausplanung. Liebe Monika, durch diese verschiedenen Änderungen wird die Krankenhausplanung neu geschrieben, nur bitte eins nach dem anderen. Sie legen sich auch nicht direkt drei Gefilde auf den Teller, sondern einen nach dem anderen.

(Heiterkeit.)

Deswegen stehen im Krankenhausplan 68 Plätze zur Verfügung. Der Träger hat gesagt, sie stehen auch für die Innere Medizin zur Verfügung. Es wird außerdem weiter Röntgengeräte geben. Man sieht den Schwerpunkt in einer Altersmedizin, die auch wichtig ist. Was mich an dem Konzept sehr bewegt und gerührt hat, ist, dass man für pflegebedürftige Menschen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren im Endausbau 48 Plätze zur Verfügung stellen will. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass das ein wichtiger Baustein im Konzept ist. Wir spüren oft in unseren Sprechstunden und Anfragen, die wir bekommen, dass in diesem Segment sehr viel fehlt. Deswegen will ich das nicht schlechtreden.

Das ist jetzt der Anfang, wir stehen wirklich ganz am Anfang. Es ist noch nicht sicher, wer den Zuschlag erhalten wird. Ich denke, die Ministerin wird nachher dazu noch einige Sätze sagen. Egal, wer den Zuschlag erhält, wir müssen an der Konzeption mitarbeiten und Wert darauf legen, dass die Menschen im Nordsaarland eine gute und adäquate Versorgung haben. Das haben sie verdient, genauso wie die

(Abg. Scharf (CDU))

Menschen im Saarpfalz-Kreis, in Homburg oder die Menschen in Saarbrücken.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das hat etwas mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu tun. Uns sind die Menschen in Saarbrücken so viel Wert wie die in Merzig und in Wadern. Deswegen werden wir daran arbeiten, dass wir dieses Konzept weiterhin mit Leben erfüllen. Ich bin mir sicher, dass die nächsten Wochen und Monate in der Krankenhauslandschaft insgesamt sehr spannend werden, weil wir in der Krankenhausplanung und der Fortschreibung sind. Wir stellen in diesem Land immerhin 6.700 Betten zur Verfügung.

Mir ist vorhin noch einmal das Folgende bewusst geworden, als wir über die Arbeit in der Großregion gesprochen haben: Für die Testverfahren für COVID-19 würden wir gern Luxemburg mit ins Boot nehmen, aber es gibt keine Kennziffer, die bei den Krankenkassen abrechenbar ist. Das ist im Moment das größte Problem. Das ist doch ein Punkt, an dem wir unser Gesundheitssystem dringend renovieren müssen. Es kann doch nicht sein, dass sich jemand aus Perl, der es damit näher hätte, in Luxemburg nicht testen lassen kann, weil eine Kennziffer nicht vorhanden ist. Bei diesen Dingen muss man vorankommen. Ich habe die herzliche Bitte - einige von uns sind ja als Vertreter bei den Krankenkassen tätig, Bernd Wegner bei der Techniker-Krankenkasse, Isolde Ries und Eugen Roth bei der AOK -, auch bei den Kassen den Finger in die Wunde zu legen. Die Krankenkassen gehören zu den wichtigsten Playern. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sie sich immer einen schlanken Fuß machen; hier gilt es nun, Farbe zu bekennen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte zum Schluss meines Vortrages einfach auch noch einmal Danke sagen all denjenigen, die in den zurückliegenden Tagen sehr engagiert gekämpft haben. Liebe Monika, dir und deiner Mannschaft möchte ich ein besonderes Wort des Dankes sagen, denn bei eurer Aufgabe geht es wirklich um das Bohren sehr, sehr dicker Bretter. Es stehen wirklich schwierige Gespräche und Entscheidungen an, nun auch gerade im Interessenbekundungsverfahren. Dafür dir und deiner Mannschaft ein herzliches Dankeschön! Das geht manchmal, wie du uns dargestellt hast, bis in die Nachtstunden. Herzlichen Dank für dieses große Engagement!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zum Schluss möchte ich einfach sagen: Wir legen Wert auf eine Pluralität der Träger. Ich hielte es daher für fatal, jetzt schon Träger auszuschließen. Ich habe eingangs gesagt: Der Geist weht, wo er will. - Wir können nicht über ihn verfügen, auch nicht die Fraktion DIE LINKE. Wir sollten das einfach denjenigen überlassen, die sich derzeit engagiert in diese

Frage einbringen. Ich betone noch einmal: Es ist gut, dass der Geist weht, wo er will. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion die Kollegin Martina Holzner.

Abg. Holzner (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sich um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum bei uns im Nordsaarland Gedanken zu machen, das ist richtig, und das haben wir im Plenum auch schon mehrmals getan. Es ist bestimmt auch gut, lieber Kollege Hermann Scharf, wenn man dabei alle verfügbaren Stellen, auch den Bischof, einbeziehen möchte. Deshalb ist es gut, diese Debatte um die Nordsaarlandklinik zu führen, wir können diese Debatte aber nicht führen, ohne den Gesamtkontext der bestehenden Kliniken bei uns im Landkreis in den Blick zu nehmen.

Wir von der SPD-Fraktion wollen - das trifft mittlerweile auf große Zustimmung - eine saarländische Lösung, nicht aber eine weitere Ökonomisierung der Krankenhauslandschaft durch einen privaten Betreiber.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage sehr deutlich: Alle müssen zusammenstehen, alle müssen zusammenarbeiten, und dazu gehören sicherlich auch die Landkreise. Die Gesundheitsversorgung in Krankenhäusern ist Teil der Daseinsvorsorge. Bei der Gesundheit geht es nicht um Gewinne, das haben wir eben schon gehört, sondern darum, dass die Menschen vor Ort sicher und gut versorgt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch liebe Bürgerinnen und Bürger, wir können diese Debatten aber nicht glaubwürdig führen, ohne auch einige Sätze zu den bundespolitischen Rahmenbedingungen zu sagen. Diese sind in der Tat eine wesentliche Ursache für die bestehenden Probleme und die eingetretenen Veränderungen. Die aktuelle Krankenhausfinanzierung nach dem DRG-System stellt eine Ursache der Schwierigkeiten vieler Standorte dar. Die aktuellen Gesetzgebungsverfahren, die schon abgeschlossen oder noch in der Erarbeitung sind, haben diese Situation noch weiter verschärft. Das lässt sich nicht bestreiten.

Ebenfalls nicht zu bestreiten ist, Hermann Scharf hat es eben bereits gesagt, dass es bundesweit das Ziel gibt, die Zahl der Kliniken in Deutschland insgesamt zu reduzieren. Das macht man nicht, um die Gewinne an einzelnen Standorten zu maximieren, vielmehr

(Abg. Holzner (SPD))

geht es in erster Linie darum, eine Verbesserung der Qualität zu erreichen, das Wohl von Patientinnen und Patienten im Blick. Korrekterweise muss man auch sagen, dass wir - das sage ich für meine Person und sicherlich auch für meine Fraktion - diese Zielrichtung durchaus als richtig erachten, man muss das aber auch mit Sinn und Verstand durchführen. Es darf nicht dazu kommen, dass wir am Ende in manchen Gebieten viele Krankenhäuser haben, während andernorts, zum Beispiel eben auch bei uns im ländlichen Raum, keine Krankenhäuser mehr vorhanden sind. Deshalb sage ich ganz deutlich, dass das bisherige Finanzierungssystem über DRGs viele Fehlanreize beinhaltet.

Nun konkret zum Standort Losheim und zur Versorgungslage bei uns im Nordsaarland. Fakt ist, dass laut der Aussage des Trägers Marienhaus im Ausschuss keine Teilschließung der Klinik in Losheim erfolgt, vielmehr soll zum 30. September 2020 eine Schließung des Akutkrankenhauses stattfinden. Kurz zur Historie seit März: Am 31. März hat sich der Träger Marienhaus vor allen anderen beworben, die Nordsaarlandklinik zu übernehmen. Jetzt, kurz vor Beendigung des Verfahrens, ist die Marienhaus aus dem Verfahren ausgestiegen. Womit könnte das zusammenhängen? Vermuten könnte man einen Zusammenhang damit, dass die Klinik, nachdem sie - ich betone ausdrücklich: in gemeinsamer Absprache mit dem Land - zur COVID-Klinik ausgewiesen wurde, pro leerem Bett eine Zahlung von 530 Euro pro Tag pro Bett bekommen hat.

(Ministerin Bachmann: 560 Euro.)

560 Euro. Diese Förderung wird aber am 30. September beendet. In der Klinik selbst sind nach der während der Pandemiezeit erfolgten Verlegung der Konservativen Orthopädie, dem Aushängeschild der Klinik in Losheim, nur noch sehr wenige Patienten übrig, zuletzt zehn am Tag. Was soll nun geschehen? Ich finde es wichtig, dass nun ganz klare Signale vonseiten des Trägers kommen, was nach dem 30. September in Losheim passieren soll. Ist Plan A ganz vom Tisch? Wie wird ein möglicher Übergang zu einem anderen Konzept, zu einem Plan B, gestaltet? Die Vertreter der Marienhaus-Gruppe haben in der vergangenen Woche ihren Plan B vorgestellt. Diese Pläne für ein altersmedizinisches Zentrum machen Hoffnung auf ein gutes medizinisches und pflegerisches Angebot, mit dem auch ein Teil der Arbeitsplätze wohl erhalten werden kann. Das Sozialministerium wird diesen Vorschlag sicherlich auch konstruktiv aufnehmen. Für die Umsetzung müssen aber noch viele Fragen beantwortet werden.

Was geschieht aber mit den Mitarbeitern in dieser Zeit? Wird es einen Sozialplan geben, der allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Anschlussbeschäftigung bietet oder eine andere sozialverträgliche Lösung ermöglicht? Dies ist für uns, das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich betonen,

Voraussetzung für eine mögliche weitere finanzielle Unterstützung aus den Strukturfonds. Neun Mitarbeitern wurde nach unseren Informationen bereits gekündigt. Weitere Kündigungen sind nicht ausgeschlossen. Wir kennen die Menschen, die nun ihren Arbeitsplatz verloren haben: Wir reden dabei teilweise von Leuten, die 40 Jahre lang in Losheim gearbeitet haben. Sie haben uns kontaktiert und haben uns berichtet, sie hätten ihre Kündigung im Briefkasten gefunden. Ungeheuerlich, wie ich finde!

Ich möchte aber auch ganz klar sagen, dass sich unser Kreis nicht auf einen Standort begrenzt. Wir müssen sowohl unser SHG-Klinikum in Merzig als auch ein mögliches zukünftiges Konzept in Losheim und eine gute Versorgung in Wadern im Blick haben. Ich möchte auch nicht versäumen, die DRK-Klinik in Mettlach und die Reha-Kliniken in Weiskirchen und Orscholz zu erwähnen. Allein schon angesichts dessen greift Ihr Antrag viel zu kurz.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Voraussichtlich Ende des Monats sollen die Gespräche, die vom Ministerium mit den interessierten Trägern geführt werden, abgeschlossen sein. Dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, an dem wir betrachten müssen, wie eine gute medizinische Versorgung im Kreis Merzig-Wadern und vor allem im Hochwald aussehen kann. Natürlich wird sowohl vonseiten der kommunalen Familie, vonseiten des Landkreises, aber auch vonseiten der Landesregierung eine gute Lösung für die Menschen im Nordsaarland erwartet.

Entscheidend wird für uns in den kommenden Wochen sein, wie an den Bedürfnissen der Menschen orientiert bei uns im Nordsaarland eine gute medizinische Versorgung aussehen kann. Wir haben uns hierzu in den zurückliegenden Wochen klar positioniert und auch die Möglichkeit einer Projektgesellschaft unter Beteiligung der Landkreise auf die Agenda gehoben. Wir haben auch gesagt, dass für uns ein privater Träger mit rein wirtschaftlichen Interessen und keiner guten Tarifstruktur für seine eigenen Mitarbeiter nicht infrage kommen wird. Ein privater Träger ist nach unserem Verständnis auch nicht mit einem freien, kirchlichen oder einem gemeinnützigen Träger gleichzusetzen. Auch insoweit springen Sie mit Ihrem Antrag viel zu kurz.

Zurzeit sind, das wissen Sie, mehrere Interessenten im Boot. Es gilt nun, damit komme ich zum Schluss meiner Rede, das weitere Verfahren abzuwarten, um im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ein gutes und vor allem zukunftssicheres medizinisches Konzept auf den Weg zu bringen, von Merzig über Losheim bis nach Wadern reichend und letztlich darüber hinaus zugunsten des ganzen Landes. - Wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab. Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun die fraktionslose Kollegin Dagmar Enschede.

Abg. Enschede (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Derjenige, der in der vergangenen Woche den aktuellen Bericht gesehen hat, weiß, welche Frage ich jetzt stellen muss: Warum wurden 5,8 Millionen Euro an die Marienhaus GmbH gezahlt, wenn die Bestandsgarantie nicht das Papier wert ist, auf dem sie steht?

Es heißt, die Rahmenbedingungen hätten sich geändert. In der Tat, es gab Änderungen, die jedoch die Marienhaus GmbH größtenteils selbst zu verantworten hat. So wurde, wie bereits angedeutet, die lukrativste Abteilung, die Konservative Orthopädie, nach St. Wendel verlegt. Inzwischen macht St. Wendel Werbung mit 50 bestens ausgestatteten Betten für Orthopädie. Das ging Losheim verloren, das hat Losheim letztlich das Genick gebrochen.

Tatsache ist jedenfalls, dass uns die Marienhaus GmbH seit 2016 die Augen zuschmiert. Man hat dort ein enormes Talent und entwickelt einen beachtlichen Ideenreichtum, um an Fördertöpfe und Strukturhilfen heranzukommen. Dieses Talent verwundert mich immer wieder. Ist das aber die originäre Aufgabe eines Krankenhausträgers? Nein, ein solcher Träger soll dafür sorgen, dass die Menschen gut versorgt sind, dass alle Bereiche abgedeckt sind. Keineswegs soll er in erster Linie schauen, woher man noch einmal schnell Geld bekommen kann.

Tatsache ist, dass uns im Jahr 2016 ein Verbundkrankenhaus vorgestellt wurde, ein Verbundkrankenhaus Losheim-Lebach-Wadern-Hermeskeil. In dieser Versammlung wurde uns gesagt, der Verwaltungsstandort komme nach Wadern, damit für jeden sichtbar werde, wie wichtig Wadern in diesem Konstrukt sei. Dieser Traum dauerte anderthalb Jahre, dann wurde Wadern geschlossen. Es folgte die Garantie für Losheim. Ich habe diesem Frieden damals nicht getraut und habe gewettet, es würde keine drei Jahre dauern, bis auch diese Zusage nicht mehr gehalten wird. Ich habe diese Wette wohl gewonnen, es ist aber ein trauriger Sieg. Inzwischen wurde Losheim zum COVID-Krankenhaus, und im Ausschuss wurde auch zugegeben, dass man dort für relativ wenig Arbeit sehr viel Geld bekommen hat. Des Weiteren wurde mitgeteilt, es gebe nun einen neuen Strukturhilfetopf im Rahmen der länderübergreifenden Zusammenarbeit, der Zusammenarbeit von Hermeskeil und Losheim. Leider ist diesbezüglich nichts gewiss. Gewiss ist lediglich, dass in 14 Tagen diese COVID-Hilfe ausläuft. Ich gehe davon aus, ich möchte lieber gar nicht wieder wetten, dass dann auch dort die Tür zugesperrt wird. Denn bis zu die-

sem Zeitpunkt wird es sicherlich noch keine Entscheidung geben.

Deshalb springt in diesem Falle der Antrag der LINKEN nicht zu kurz, sondern geht in die richtige Richtung. Es kann nicht sein, dass sich jeder aus der Verantwortung stiehlt, das Land, der Kreis, und dass wir auf Gedeih und Verderb - -

Vizepräsidentin Spaniol:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Enschede (fraktionslos):

Ich komme sofort zum Schluss. Es wäre noch Vieles zu sagen, die Redezeit ist eben zu kurz. - Wir können jedenfalls nicht auf Gedeih und Verderb auf die finanziellen Interessen einer Marienhaus GmbH oder eines anderen Trägers Rücksicht nehmen. Wir müssen das Heft des Handelns endlich selbst in die Hand nehmen! - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Monika Bachmann.

Ministerin Bachmann:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen, als wir hier angekommen sind und vom Präsidenten Toscani begrüßt wurden, hat er gesagt: Ich darf jetzt schon mitteilen, dass ich ab 16.30 Uhr Ministerin Bachmann entschuldige, weil sie einen wichtigen Termin wahrnehmen muss. - Ich bin da. Ich bin deshalb noch hier, weil das Thema zur Chefsache gemacht wurde. Ich arbeite jeden Tag daran, gemeinsam mit meinem Staatssekretär, gemeinsam mit meinem Abteilungsleiter Heinen und der lieben Frau Schmidt-Jähn, die heute beide hier in den Besucherrängen sitzen. Wir arbeiten jeden Tag an diesem Thema. Das wurde zur Chefsache gemacht, und deshalb habe ich nun auch meinen wichtigen Termin abgesagt. Vielleicht hätte es ja dem einen oder anderen hier gepasst, wenn ich gegangen wäre, denn man hätte sagen können, ach, sie interessiert sich gar nicht dafür. Das ist aber nun einmal nicht der Fall. Deshalb möchte ich heute hier schon noch das eine oder andere zu diesem sehr wichtigen Thema Nordsaarlandklinik und zur Krankenhauslandschaft insgesamt sagen.

Wir haben einen Krankenhausplan, dieser Krankenhausplan läuft bis 2025. Das heißt, dass alle unsere Krankenhäuser, unabhängig vom Träger und unabhängig vom Standort, einen Versorgungsauftrag erhalten haben. Nichtsdestotrotz kam das Chaos. Wir haben ja keineswegs nur den Standort Wadern ver-

(Ministerin Bachmann)

loren, wir haben auch den Standort Dillingen verloren, dass Hüttenkrankenhaus der Marienhaus, wir haben Ottweiler verloren und so weiter. Aber lassen Sie mich vorne beginnen.

Ich wurde überrascht, und mit mir meine Leute, als im Juni 2017 die Marienhaus-Gruppe meinem Ministerium, mir persönlich und meinen Leuten, mitgeteilt hat, dass man beabsichtige, den Standort Wadern zum 31.12.2017 zu schließen. Damit hatte niemand gerechnet. Das war das Mutterhaus! Das war das Mutterhaus der Marienhaus-Gruppe. Niemand hat damit gerechnet, dass Wadern wegen des Defizits von 2,5 Millionen Euro pro Jahr, das uns widerspiegelt wurde, geschlossen würde. Es folgten viele Gespräche, dennoch wurde im Herbst 2017 letztlich das Haus doch geschlossen. Damals wurden die beiden Fachabteilungen Innere Medizin und Chirurgie sowie sieben Intensivbetten, also insgesamt 69 Betten, aufgegeben. Der Standort Losheim blieb mit 103 Betten erhalten.

Wir begannen umgehend mit der Arbeit, wirklich mit der Arbeit. Für uns war klar, dass man den Menschen dort oben das Gefühl vermitteln muss, dass sie medizinisch versorgt sind, auch wenn uns der Träger im Stich gelassen hat. Deshalb haben wir das sofort mit der zuständigen Landrätin erörtert und haben die Rettungswache in Losheim ausgebaut. Gemeinsam mit der Marienhaus und dem ZRF Saar, dem Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung, konnte so garantiert werden, dass trotz der Schließung des Krankenhausstandortes Wadern in der Rettungswache stets ein Notarzt vorhanden war und zwei Rettungswagen gleichzeitig eingesetzt werden konnten.

Das hat der Landkreis damals erzwungen! Das hat uns der Landkreis damals abverlangt. Frank Wagner ist Beigeordneter im Landkreis, er weiß, wie das damals war. Die Landrätin hat dafür gekämpft, weil ihr bewusst war, dass sich die Menschen andernfalls unterversorgt fühlen. Denn wir haben ja auch das Problem, dass wir in der ambulanten Versorgung einen Bereich haben, der unterversorgt ist, und das ist Wadern. Ein zweiter Bereich, der nahe an der Unterversorgung ist, ist Lebach. Derzeit wird die akutstationäre Versorgung durch eine sogenannte Versorgungsraute für die nördliche Hälfte des Saarlandes sichergestellt. Auch diese Raute ist im aktuellen Krankenhausplan, der bis zum Jahr 2025 läuft, verankert, was dazu geführt hat, dass die darin genannten saarländischen Krankenhäuser mehr Planbetten erhalten haben. Nicht weniger, sondern mehr Planbetten!

Nichtsdestotrotz haben wir in den Krankenhausplan 2018 bis 2025 eine Öffnungsklausel aufgenommen. So etwas macht man eigentlich nicht, wir haben es trotzdem getan und festgelegt, dass eine neue Nordsaarlandklinik - dieses Wort haben wir dort hineingeschrieben - jederzeit in den Krankenhausplan für

das Saarland aufgenommen werden kann. Was will ich damit sagen? Ein Krankenhausplan, auch wenn er bis 2025 läuft, ist nicht in Stein gemeißelt. Er wird fortgeschrieben, er wird verändert. Die Jahre vergehen und bringen Veränderungen mit sich, in diesem Sinne wurde das von uns bearbeitet.

Aber damit nicht genug: Im Jahr 2018 bis weit in das Jahr 2019 hinein haben wir mit den saarländischen Krankenhausträgern und der Saarländischen Krankenhausgesellschaft viele Gespräche geführt. Wir haben viele Gespräche geführt, um sie zu ermutigen, sich im Nordsaarland zu engagieren, dort einzusteigen, dort die medizinische Versorgung zu garantieren, sei es allein, sei es im Verbund. Wir haben sie ermutigt, dort eine zukunftsgerichtete Versorgungsstruktur aufzubauen, und dabei haben wir nicht nur an die stationäre Versorgung gedacht. Wir haben viele Gespräche geführt, auch mit den katholischen Trägern und mit dem Bischof. Außerdem haben wir mit den politisch Verantwortlichen der Region gesprochen und wir haben auch mehrfach, ich weiß gar nicht mehr, wie oft, mit der Bürgerinitiative in Wadern gesprochen. Es ging uns nicht darum, sie einfach nur zu beruhigen, sondern darum, sie zu beteiligen, herauszufinden, wo sie die Probleme sehen.

Ich habe mich der Podiumsdiskussion mit 1.000 Leuten im Saal gestellt. Wir haben uns der Verantwortung gestellt und haben zugehört, was die wollen. Ich habe natürlich nicht gewusst, dass einmal im Aktuellen Bericht AMEOS der König ist und 14 Tage später die SHG. Damit habe auch ich nicht rechnen können. Aber die Krankenhauslandschaft ist schwierig, wenn man sie richtig gestalten will, sie macht sich auch nicht mit viel Reden oder mit sonst was, sondern sie braucht eine gute Planung und man muss möglichst vorhersehbar das Ganze leisten. Außerdem haben wir nicht nur mit den politisch Verantwortlichen, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern geredet. Was wollt ihr, wo wollt ihr hin? Wir haben natürlich vor allen Dingen die regionalen Träger mit der Interessenbekundung beauftragen wollen. Das ist uns nicht gelungen. Wir haben nur Absagen bekommen. Es war keiner bereit, sich finanziell oder mit Manpower dort zu engagieren.

Wir haben dann auf einer breiten Ebene potenziellen Interessenten Gelegenheit gegeben, bis zum März dieses Jahres ihr Interesse zum Neubau einer Klinik zur akutstationären Versorgung der Bevölkerung im nördlichen Saarland zu bekunden. Es wurden bundesweit über 120 Adressaten direkt angeschrieben, also ein Interessenbekundungsverfahren, verbunden mit der Bitte, den Brief nochmals im Kreis ihrer Partner und Unternehmen weiterzuleiten.

Sobald das Interessenbekundungsverfahren veröffentlicht war, haben wir uns ins Auto gesetzt und sind durch die Gegend gefahren, in ganz Deutschland und darüber hinaus. Wenn ich „wir“ sage, dann

(Ministerin Bachmann)

meine ich meinen Staatssekretär und mich selbst, und wir haben persönlich Gespräche geführt. Das kann man sonst niemand machen lassen, denn die Leute, die investieren sollen, müssen auch das Gefühl haben, sie sind willkommen und wir bieten ihnen etwas an.

Die Resonanz war grundsätzlich enttäuschend. Die Mehrheit der Adressaten hat überhaupt nicht geantwortet, wenige andere haben zurückgemeldet, dass sie kein Interesse haben und dass keine Realisierungschancen für das Projekt gesehen werden. Deshalb sind wir an sieben Interessierten hängen geblieben.

Wenn Sie mich heute fragen: Wie beurteilen Sie die Konzepte? Ist darin eine perfekte Lösung? Wie gehen Sie mit dem um, was versprochen wurde und was noch zu versprechen ist? Dann muss ich Ihnen sagen, die vorgelegten Konzepte waren lückenhaft, zum Teil noch sehr rudimentär und mussten von den Bewerbern ergänzt werden, weil ich einfach auch mit den Geldern, die uns zur Verfügung stehen, die Sie uns zur Verfügung gegeben haben, ordentlich umgehen muss. Ich habe immer gesagt, ich werde keine Millionen für einen Grabschmuck bezahlen. Ich will eine Klinik haben, die medizinisch gut ist, wo wir alle hingehen und wo die Menschen sich auch wohlfühlen. Dort kann man die Gelder reinstecken, um letztendlich eine gute medizinische Versorgung zu haben.

Aus diesem Grund haben wir dann bis Mitte Mai, Anfang Juni zusammen mit den Kostenträgern Gespräche mit allen Bewerbern geführt. Da nicht alle Fragen geklärt werden konnten, haben wir eine zweite Runde gemacht. Die zweite Runde hat dazu geführt, dass uns in der Zwischenzeit mitgeteilt wurde, dass die Marienhaus plötzlich andere Vorstellungen hat, dass sie sich vorstellen könnte - dazu komme ich gleich noch -, ein anderes Konzept zu haben.

Frau Enschede, immer schön überlegen, was man sagt. Ich glaube, Sie haben die Wette verloren, Sie haben sie nicht gewonnen. Ich komme aber noch dazu, warum ich das jetzt zu Ihnen sage.

(Abg. Enschede (fraktionslos): Herr Wagner hat gesagt, das Krankenhaus gibt es nicht mehr!)

Ob mir das gefällt oder nicht, ich sage Ihnen nur, Sie haben wahrscheinlich die Wette verloren! Immer zuerst bei mir anrufen und fragen!

(Abg. Enschede (fraktionslos): Nein, ich war in Losheim, Sie nicht! Das ist der Unterschied!)

Also, wir hatten den ersten Träger, die Adolf von Galhau'schen Sophienstiftung. Sie schlägt kein neues Krankenhaus in Wadern vor, vielmehr soll der Standort des Krankenhauses in Lebach im Verbund mit anderen Trägern ein Gesundheitscampus werden. Dazu sollen auch Praxen geschlossen werden, auch die Dialysepraxis, aber es wird davon geredet,

dass Lebach wahrscheinlich vom Netz gehen würde. Mitte August, also noch vor der zweiten Gesprächsrunde mit dem Ministerium, hat dann die Sophienstiftung ihr Konzept zurückgezogen mit dem Argument, wenn das Krankenhaus in Lebach bleibt, dann sei das eigene Konzept obsolet.

Auch die cts, die ihr Konzept erst vor der zweiten Gesprächsrunde in etwa konkretisiert hat, sieht keinen Neubau eines Krankenhauses im Nordsaarland vor, vielmehr wird ein abgestuftes medizinisches Konzept zur Sicherstellung der akutstationären gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung mit dem Schwerpunkt-Krankenhaus St. Theresia in Saarbrücken als zentralem Standort in Verbindung mit einer Basisversorgung vorgesehen. Man denkt auch an soziale und pflegerische Betreuungsangebote.

Diese Struktur soll mit einzelnen Komponenten auf einem Gesundheitscampus in Wadern angesiedelt werden. Es soll ein stationärer Bereich mit Betten in der Inneren Medizin über 24 Stunden werden und weiter soll eine Chirurgie über das ambulante Operationszentrum nur im Tagbetrieb an Wochenenden angeboten werden. Man möchte ein ambulantes Operationszentrum, eine Endoskopie, eine Praxis für Anästhesie dort ansiedeln. Weiter möchte man auch eine Anlaufstelle für Notfälle etablieren, allerdings nicht als Notaufnahme wie vom Gemeinsamen Bundesausschuss für Krankenhäuser vorgesehen, sondern als niedrigschwelliges Angebot in Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienst. Als Prämissen für die Umsetzung wurde von der cts die Übernahme von 100 Prozent der Investitionskosten für den Aufbau der Struktur durch andere formuliert.

Es wurde daher vorgeschlagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Finanzierung einen Antrag für ein Innovationsprojekt beim Innovationsfonds des Gemeinsamen Bundesausschusses zu stellen. Außerdem geht das vorgelegte Konzept von der Schließung von Lebach aus. Cts sagt, nicht nur Lebach, sondern auch Losheim. Also sind alle Ideen, die kommen, immer mit einem Haken verbunden. Sie sehen ihre eigenen Interessen natürlich im Vordergrund, was man gar nicht beschimpfen kann, sondern das ist einfach das wirtschaftliche Interesse.

Und dann kommen wir zu AMEOS. AMEOS ist der einzige Bewerber, der Interesse an einem Neubau eines Krankenhauses in Wadern mit breitem Angebotsspektrum hat. Wir waren noch nicht im Raum, liebe Kolleginnen und Kollegen, die da oben sitzen, da haben sie uns schon gesagt, welche Krankenhäuser zumachen müssen, damit sie in Wadern ein Krankenhaus mit 200 bis 300 Betten hinstellen können, um letztendlich dort eine medizinische Versorgung zu gewährleisten. Chirurgie, Orthopädie, Neurologie, Urologie, Dermatologie und Geriatrie. Dabei soll das Krankenhaus circa 244 Planbetten haben.

(Ministerin Bachmann)

Jetzt kommt der Haken: Das Ganze kostet so um die 90 Millionen und davon ist AMEOS gnädigerweise bereit, 10 bis höchstens 20 Millionen selbst zu übernehmen. Den Rest sollen wir zahlen. Voraussetzung - ich sage das noch einmal -, bevor die überhaupt einen Stein in die Hand nehmen, ist, dass wir Losheim und Lebach schließen. Wir können nicht schließen, nur damit das noch einmal klar ist. Wir haben kein Krankenhaus, außer wenn wir über das UKS reden. Die Krankenhäuser sind in der Trägerschaft der verschiedensten Träger.

Wir kommen dann zu Marienhaus. Marienhaus hat ein Angebot abgegeben, das ursprünglich vorsah, dass von einer Schließung von Lebach ausgegangen werden muss. Kein Neubau eines Krankenhauses, stattdessen eine Ertüchtigung von Losheim, und diese soll in zwei Schritten erfolgen. Im ersten Schritt, noch in diesem Jahr, soll eine chirurgische Hauptfachabteilung etabliert und die konservative Orthopädie nach St. Wendel verlagert werden.

In einem zweiten Schritt - das war das Angebot - sollte ein Erweiterungsbau in Losheim errichtet werden für weitere Betten der Inneren Medizin, der Chirurgie und 60 Betten der Geriatrie. Das Krankenhaus sollte dann zwischen 160 und 180 Planbetten haben.

Nunmehr, nachdem sich die finanzielle Situation in Losheim dramatisch verschlechtert hat, der Corona-Ausgleichsbetrag bis zum 30.09. ausläuft und derzeit, das muss man wissen, sich im Krankenhaus zehn, wenn es hochkommt, 15 Patienten überhaupt noch befinden und behandelt werden, hat die Marienhaus-Gruppe ein Alternativszenario für die Fortführung des Standorts in Losheim entwickelt, und das, ohne dass wir davon gewusst haben. Das war in der zweiten Runde bei uns im Sitzungssaal, als der zuständige Generalbevollmächtigte der Marienhaus-Holding gesagt hat, dann holen wir den Plan B raus. Dieser Plan B, der verkündet wurde und der in der Zeitung stand, lag uns bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor.

Ich muss mich jetzt ein bisschen beeilen, weil ich glaube, dass meine Redezeit vorbei ist. Insoweit glaube ich, dass wir dort auch noch einmal darüber reden müssen, und für dieses Konzept sollen natürlich dann auch Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Wir kämen zur ctt. Die ctt hat ihr Angebot erst im Mai vorgelegt. Sie sieht darin eine Option, im Krankenhaus Lebach weiterzumachen. Wir haben jetzt, um es hier ganz kurz zu machen, die Aussagen ein bisschen infrage gestellt, und wir wollen das mit einem neuen Testat unterlegen, damit wir in unserer Ansicht untermauert werden. Also haben wir vergangene Woche einen Wirtschaftsprüfer beauftragt und das Testat wird hoffentlich vorliegen, damit wir wissen, woran wir arbeiten.

Arbeiten wir an der Investitionsplanung, indem wir in ein Krankenhaus Geld geben, das ohnehin zu-macht? Oder sind die Aussichten, dass die Knapp-schaft eine Chance hat, das Krankenhaus zu über-nehmen, wirklich in Zukunft sichtbar? Ich kann nur sagen, ich bin dankbar und froh, dass die Knapp-schaft immer noch an Bord ist. Die Knapp-schaft hat die Gespräche mit dem Kartellamt geführt, mit der RZVK und mit dem Krankenhaus selbst, aber das ist alles sehr schwierig, wenn man auch mit der ctt ein Gespräch führt.

Letzter Anbieter ist die SHG. Die SHG plant auch kein neues Krankenhaus, das Konzept der SHG basiert auf einem Gesundheitsnetzwerk von ambulan-ten und stationären Strukturen im Bereich Wadern. Das müssen wir uns ansehen. Sie wollen natürlich sehr eng mit Merzig und mit Völklingen zusammen-arbeiten und in Wadern soll neben der psychiatri-schen und kinderpsychiatrischen Klinik eine niedrig-schwellige stationäre Notfallversorgung zusammen mit dem Rettungsdienst, den ich eben angespro-chen habe, etabliert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, meine wenigen Ausführungen hätten eigentlich noch an-derthalb Stunden dauern müssen, um Sie genau zu informieren, was ich übrigens wirklich gerne mache. Das ist nämlich ein riesiges Paket, das man bearbei-ten muss. Das ist so wie in der Bildungspolitik, Herr Renner, da muss man im Kleinen anfangen, um letztendlich große Dinge zu erreichen, und mit den Geldern, die einem zur Verfügung stehen, auch ar-beiten, um die Wünsche der Menschen und das An-sinnen, das berechtigt ist, medizinisch versorgt zu sein, ambulant und stationär umsetzen zu können.

Ich habe in meiner Laufbahn schon so einiges ge-macht, aber Krankenhausplanung ist schwierig, aber hochinteressant. Wir schaffen das, wir werden das schaffen, wir müssen jetzt eine dritte Runde - - Sie haben unbegrenzte Redezeit, steht hier, dann kann ich ja weitermachen!

(Zuruf: Du hast doch einen Termin! - Heiterkeit.)

Nein, ich habe den Termin doch abgesagt, nicht dass nachher gesagt wird, sie interessiert sich nicht dafür. Insoweit sind wir tagtäglich an der Entschei-dung, wir werden eine dritte Runde haben, um die Träger nochmal aufzufordern. Wir müssen wissen, was in Lebach passiert, wir müssen wissen, was in Losheim passiert, um alles andere mitzustimmen. Wir haben ja noch andere Krankenhäuser, die auf ihre Investitionen warten, Saarbrücken, Neunkir-chen, Homburg, Saarlouis und alle drum herum, die ein Recht darauf haben. Daran arbeiten wir, das ma-chen wir sehr, sehr ordentlich, das machen wir sehr schnell und mit der notwendigen Eile und dafür brauchen wir Entscheidungen. Deshalb bedanke ich mich bei meinem Haus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter morgens, mittags und abends immer

(Ministerin Bachmann)

zur Verfügung stehen und dass wir im letzten Quartal dieses Jahres, und das sage ich zu, sonst ist meine Geduld auch am Ende, ein Konzept der Krankenhausplanung vorlegen, so, wie wir es uns vorstellen und so, wie die Krankenhäuser dann letztendlich zufrieden sind. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gab eine kleine Verwirrung an der Anzeigetafel, Sie haben Ihr Redezeitkontingent ausgeschöpft. Die Überziehung des Redezeitkontingents um 3 Minuten kann auf die Fraktionen übertragen werden. Wenn ein Abgeordneter einer Fraktion diese Redezeit noch in Anspruch nehmen möchte, bitte ich um Wortmeldungen. - Okay, das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1433. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1433 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Fraktion DIE LINKE, die AfD-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen.

Wir kommen nun zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konjunkturlilfe - Förderung E-Fahrzeuge auch auf moderne Verbrenner ausweiten (Drucksache 16/1430)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

Abg. Müller (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit Jahren haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass wir uns Angriffe auf die weltweit führende, profitable und hochgradig wichtige deutsche Autoindustrie nicht leisten können. Über 800.000 Menschen bei uns in Deutschland arbeiten in dieser Industrie bei vergleichsweise hohen Gehältern, von denen wiederum ganze Familien und im Umfeld der Handel und sonstige Dienstleister leben können. Im Saarland hängen über 40.000 Arbeitsplätze direkt an der Autoindustrie, nicht zu vergessen die Steuereinnahmen, die uns von dort zufließen.

Trotzdem wurde diese weltweit bewunderte und beneidete deutsche Autoindustrie immer wieder angegriffen von angeblich verantwortungsvollen Politikern

aller Altparteien. Die Verfehlungen Einzelner im Dieselskandal wurden selbstzerstörerisch - autodestruktiv könnte man im doppelten Sinne sagen - dazu genutzt, hunderttausende gut bezahlte Arbeitsplätze in Gefahr zu bringen und absehbar auch tatsächlich zu vernichten. Jede europäische oder jede linksgrüne deutsche Erschwernis wurde betrieben und durchgesetzt, obwohl die Verbrauchswerte und die Umweltbilanzwerte der neuen Fahrzeuge ständig besser wurden und werden.

Insbesondere die europäische CO₂-Verordnung von 2018 schadet massiv der deutschen Autoindustrie. Während der Absatz von Dieselautos massiv eingebrochen ist, konnte der Absatz von Benzinfahrzeugen das nicht ausgleichen, von den hochsubventionierten Elektrofahrzeugen meist ausländischer Produktion ganz zu schweigen. Der Einbruch der Automobilindustrie strahlt darüber hinaus auf das gesamte verarbeitende Gewerbe aus.

Jetzt gehen die damals mit Ihrem Einverständnis selbst gelegten Zeitbomben hoch. Daimler, BMW, VW, Continental, Schaeffler, Bosch und andere verkünden den Abbau von zehntausenden Arbeitsplätzen. Gegen das Scharfstellen der jetzt hochgehenden Zeitbomben hat sich seinerzeit keine Partei von Ihnen, keine angebliche Arbeiterpartei, keine Gewerkschaft gewehrt. Die deutsche Umweltministerin Svenja Schulze von der SPD hat bei der europäischen Entscheidung gegen die deutsche Autoindustrie mitgewirkt. Wenigstens sind große Teile der früheren Wählerschaft der früheren Arbeiterpartei SPD so wachsam, dass die SPD aus diesem Grund und aus anderen Gründen bei Wahlen und Umfragen einen Denkzettel nach dem anderen bekommt.

Wir von der AfD waren im Saarland nicht die einzigen, die vor selbstzerstörerischer Kurzsichtigkeit und Dummheit gewarnt haben. Hier ist insbesondere der Journalist Lothar Warscheid von der Saarbrücker Zeitung lobend zu erwähnen. Sein letzter Artikel zur Sache stammt vom vergangenen Samstag, 12. September, und trägt die Überschrift: „Deutsche Vorzeigebranche wird an die Wand gefahren“. Lothar Warscheid ist offenbar abgeklärt und inzwischen wohl alt genug, dass ihm das Aussprechen der Wahrheit und ein Lob von der AfD nicht mehr persönlich schaden können. Also Danke von hier aus, Herr Warscheid!

Was die saarländische Regierung betrifft, so ist aus dem Redeschwall unserer Wirtschaftsministerin der letzten Monate inzwischen immerhin ein spätes Zurückrudern zu vernehmen, wenn es um den Verbrennungsmotor geht und damit um die ganze Industrie und die Tausenden von Arbeitsplätzen, die daran hängen. Auch in anderen Bundesländern mit bedeutender Autoindustrie kommt jetzt das böse Erwachen. In Bayern hat das dazu geführt, dass der bayerische Ministerpräsident Söder eine Kaufprämie für Autos mit modernen Verbrennungsmotoren ins

(Abg. Müller (AfD))

Spiel gebracht hat. Er hat sie nicht nur ins Spiel gebracht, er betreibt genau das mit seinem politischen Einfluss. Bisher werden nur Elektroautos und mischförmig angetriebene Fahrzeuge gefördert, und dies massiv mit Kaufanreizen von bis zu 9.000 Euro pro Fahrzeug, obwohl deren Umweltbilanz bekanntlich nicht besser ist. Das zeigt, wie groß die Not der Politiker mit der grünen Krankheit ist. So viel Subvention muss geboten werden, damit wenigstens einige Leute so etwas kaufen. Der bittere Witz dabei ist, dass unter anderem die noch gut verdienenden Automobilarbeiter mit ihren Steuern die Abschaffung ihrer eigenen Arbeitsplätze mitsubventionieren müssen.

Um die jetzt entstandenen Not zu lindern, also eine Kaufprämie für moderne Verbrenner. Außerdem werden auch teilstaatliche Beteiligungsfonds für Not leidende Zulieferer ins Gespräch gebracht, das Letztere von der Partei der untergegangenen Staatswirtschaft in der ehemaligen DDR. Der Holzweg ist also deutlich erkennbar. Aus einer profitablen und Milliarden an Steuern abwerfenden Wirtschaftsbranche haben linksgrüner Zeitgeist und Politiker des kurzen Blicks einen Sanierungsfall mit Subventionsbedarf gemacht. Und dennoch: Bis der Supertanker der falschen Politik wieder umgesteuert ist, bis Elektromobilität erkannt ist als Nischenprodukt - mehr nicht, bis ganz andere Probleme der nationalen und internationalen Politik uns einholen, bis es so weit ist, muss die deutsche Automobilindustrie über Wasser gehalten werden. Dazu sind Kaufprämien für moderne Verbrenner ein geeignetes Mittel, degressiv über die Zeit gestreckt, was genauso für die Elektroautos gelten muss, für eine festgelegte Zeitspanne und mit einer baldigen Entscheidung, damit die potenziellen Käufer nicht mehr noch lange warten und damit kein weiterer Stillstand entsteht.

Das Ganze, meine Damen und Herren, ist nicht ideal. Es ist wie eine Schiene für einen Beinbruch, den man sich besser nicht zugezogen hätte. Wir fordern die Regierung auf, in diesem Sinne aktiv zu werden und nicht länger grünen Männchen und Weibchen hinterherzulaufen, denn man sieht ja inzwischen, wohin das führt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion der Kollege Hans Peter Kurtz.

Abg. Kurtz (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mal wieder einen typischen Antrag von der AfD vorliegen.

(Abg. Müller (AfD): Sachlich!)

Er bietet inhaltlich sehr wenig, aber jede Menge Ideologie. Wäre die Sache nicht so wichtig, ginge es nicht um einen wesentlichen Bestandteil unserer Industrie, würde ich einfach sagen, dass wir nicht viel zu dem Antrag sagen. Was in der schriftlichen Begründung dargelegt wurde, ist fernab jeglicher sachlichen Auseinandersetzung über dieses bedeutende Thema. Was Sie in Ihren mündlichen Ausführungen dazu beigetragen haben, verschärft die Situation. Sie reden beispielsweise von einer linksgrün motivierten politischen Verteufelung der deutschen Spitzentechnologie des Benzins, die angeblich krisenverschärfend wirke.

(Präsident Toscani übernimmt die Sitzungsleitung.)

Sie behaupten, das Steuergeld der vielen Automobilarbeiter werde dazu verwandt, ihre eigenen Arbeitsplätze abzuschaffen. Meiner Meinung nach - ich denke, das sieht meine Fraktion genauso - ist das Einzige, was im Moment in unserer Gesellschaft krisenverschärfend ist, die AfD selbst. Ein Beweis dafür ist wiederum Ihr Antrag, den Sie heute dem Parlament vorgelegt haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Müller (AfD): Wir benennen nur diejenigen, die sie herbeiführen!)

Ernste Themen verunglimpfen Sie mit einer Wortwahl, die von Ihrer braun durchzogenen Ideologie nur so trieft. Das ist reiner Populismus und hat mit sachlicher Politik, die zu einer Lösung für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmen führen soll, nicht im Geringsten zu tun!

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Aufgrund der Wichtigkeit des Themas habe ich mich dazu entschlossen, heute doch noch einige wenige Worte zur Sache zu sagen. Ich kann heute schon ankündigen, dass wir mit den Koalitionsfraktionen zu dieser großen Frage der Umstrukturierung der Automobilindustrie einen eigenen Aufschlag machen werden, bei dem wir dieses Thema nicht nur gründlich durchleuchten, sondern auch Handlungsansätze bieten werden, damit die deutsche Automobilindustrie in Zukunft in ein gutes Fahrwasser kommen kann.

Jetzt noch einmal zur Sache. Ein Vergleich der Produktions- und Absatzzahlen der Jahre 2018 und 2019 zeigt, dass die Krise der Automobilindustrie längst vor Corona begonnen hat und ein strukturelles Problem ist. Mit Corona hat diese Krise lediglich insofern zu tun, als sie dadurch deutlicher und noch sichtbarer gemacht wurde. Diese Einschätzung teilt übrigens auch der ME Saar, der Arbeitgeberverband, der das heute in einer Presseveröffentlichung kundgetan hat. Es ist richtig, dass das Bruttosozialprodukt etwas zurückgeht, dies ist aber nicht so

(Abg. Kurtz (SPD))

deutlich, wie es im Antrag der AfD gesagt wird, wo es heißt, es seien über 6 Prozent. Es zeigt sich, dass die Maßnahmen im Konjunkturpaket genau richtig waren, denn die Prognose, die einmal bei minus 6,3 Prozent lag, wurde jetzt deutlich verbessert. Jetzt geht man davon aus, dass es eher in Richtung eines Minus von circa 5 Prozent geht. Darüber hinaus lässt sich jetzt schon erkennen - da sind sich die Experten einig -, dass wir durch einen sich abzeichnenden Aufholprozess im nächsten Jahr ein Plus von 4,4 Prozent erwarten können.

Der Niedergang der Automobilindustrie ist für viele eine ausgemachte Sache oder wird von vielen herbeigeredet. An dieser Diskussion beteilige ich mich nicht, denn von einer solchen Untergangsrömantik halte ich überhaupt nichts. Die Automobilindustrie gehört für uns zum Rückgrat der deutschen Wirtschaft und schafft zehntausende gut bezahlte Arbeitsplätze. Diesen Menschen wollen wir eine Zukunftsperspektive geben. Sicherlich wird es zu Investitionen kommen, um den Strukturveränderungsprozess zu begleiten, wenn wir aber nichts täten, würde uns das mehr als 1 Billion Euro kosten, es würde ein Teil unseres Wohlstands geopfert und viele Arbeitsplätze in diesem Land würden verloren gehen. Das würde passieren, wenn man den Weg der AfD mitgehen würde. Dieser Weg ist nicht nach vorne gerichtet, sondern rückwärtsgewandt. Das ist keine Zukunft für die deutsche Automobilindustrie.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Für uns ist klar, dass die Zukunft in unserem Land liegt. Es gab dazu auch noch nie eine andere Diskussion. Das moderne Auto muss in Deutschland gebaut werden. Das moderne Auto der Zukunft und die Mobilität der Zukunft müssen im Saarland gestaltet werden. Da ist es egal, welchen Treibstoff das Auto tankt oder mit welcher Fahrleistung es ausgestattet ist, ob es dadurch mobil ist, dass es durch einen Fahrer gelenkt wird, oder ob es alleine fährt. Auf jeden Fall müssen wir die Träger dieser Technik sein. Wir brauchen viele Investitionshilfen, damit die Industrie diese Zukunft mitgestalten kann.

Wir lassen auch den Klimaschutz nicht außer Acht. Klimaschutz ist wichtig. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Corona dieses Jahr nicht das Thema wäre, würden wir uns über das Klima unterhalten. Wir haben in dieser Woche, es ist Mitte September, Temperaturen von 32 Grad. Wir haben im dritten Jahr hintereinander einen trockenen Sommer. Darüber kann man nicht hinweggehen. Auch in der Industrie muss man gegensteuern. Für uns ist der Klimaschutz wichtig. Die gesteckten Ziele werden auch erreicht, aber dem Klima ist es egal - hier wiederhole ich mich -, durch welche Technologie klimaschädliche Gase eingespart werden.

Hochentwickelte Verbrennungsmotoren, insbesondere moderne Diesellaggregate können einen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und der Klimaziele leisten. Dies wird dadurch möglich, dass konsequente Weiterentwicklungen führender Unternehmen wie zum Beispiel bei Bosch gefördert und durchgeführt werden. Dennoch, das erleben wir ja, Sie haben es auch angesprochen, zeichnet sich ein sehr eindeutiger Trend zum Elektro- und Wasserstofffahrzeug ab. Auch von dieser Entwicklung können deutsche Hersteller profitieren. Der Umbau der Automobilwirtschaft steht an. Zwar ist im Moment in Volkswirtschaften wie den USA oder in Fernost die Entwicklung noch so, dass man noch gute Fahrzeuge insbesondere des Premiumsegments aus der Bundesrepublik dorthin liefern kann, allerdings zeigt sich im Bereich der E-Mobilität, dass wir in Deutschland nicht die Ersten waren, die bei dieser Technologie vorne mit dabei waren. Ich sage hier ganz deutlich, dass darf bei der Wasserstoffmobilität nicht mehr passieren. Hier hat das Saarland unter anderem mit wichtigen Automobilzulieferern derzeit noch gute Chancen, vorne mit dabei zu sein. Frau Ministerin, zum Thema Wasserstoff haben Sie heute Morgen schon einiges gesagt, aber man kann es der AfD nicht oft genug sagen. Vielleicht werden die Kollegen von der AfD es irgendwann verstehen.

Aus Sicht der saarländischen Landesregierung darf die Unterstützung der Transformation im Automotiv-Sektor nicht nur auf die Elektromobilität konzentriert werden. Wir haben immer wieder gezeigt: Wir reden nicht nur, sondern es steht aktives Handeln dahinter. Es muss so sein, dass das Auto der Zukunft in Deutschland gebaut wird, auch wenn sich die Antriebstechnologie ändert.

Wir dürfen auch die mittelständische Zuliefererindustrie nicht dem Spiel der freien Kräfte überlassen. Sie muss bei der Transformation sehr deutlich unterstützt werden. Wir sind der Meinung, dass der Bund technologieoffene Lösungsansätze verfolgen sollte, damit ein moderner Verbrenner ebenfalls einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Auch sollten wir - Herr Müller, Sie haben das ein bisschen verteuft - über einen Beteiligungsfonds nachdenken, um zukunftsfähige Automobilzulieferer nicht auf der Strecke zu lassen, sondern um auch mit ihnen diese Technik der Zukunft zu entwickeln.

Zudem finden sich derzeit auf Ebene der Bundesregierung oder auch auf Ebene anderer Bundesländer keine Mehrheiten für eine Kaufprämie. Herr Müller, Sie haben Anspielungen auf die Äußerungen von Herrn Söder gemacht. Diese Äußerungen mag man vielleicht noch als richtig erachten, sie machen den Inhalt aber nicht richtiger. Es hat mit Sicherheit einen Grund, warum die Forderungen aus Bayern im Rahmen des kürzlich stattgefundenen Autogipfels nicht berücksichtigt wurden. Denn Ziel des Konjunkturpakets war es von Anfang an, Impulse in Richtung ei-

(Abg. Kurtz (SPD))

ner nachhaltigen Zukunft zu setzen und nicht bloß ein Pflaster auf die Wunde Corona zu kleben.

Moderne Verbrennungsmotoren werden in den kommenden Jahren auch unabhängig von einer zusätzlichen Förderung ihren Absatz finden. Einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der CO₂-Flottenverbrauchsziele und der EG-Klimaziele leisten und dadurch auch Arbeitsplätze erhalten. Es zeichnet sich deutlich ab, auch das ist eine Entwicklung, die wir in den letzten Tagen verfolgen konnten, dass die Weiterentwicklung der Batterietechnik sowie der Ausbau der Wasserstofftankstellen-Infrastruktur noch einige Zeit benötigen wird, wodurch die Langstreckentauglichkeit der Benzin- und Diesel für die meisten Verbraucher zunächst noch ein Alleinstellungsmerkmal bleiben wird.

Sie haben gesehen, es gibt sehr viel zu tun. Wir lehnen Ihren Antrag ab. Damit wäre der Automobilindustrie und den Arbeitnehmern in diesem Land nicht geholfen. Wir werden uns dieser Sache noch einmal speziell im Plenum annehmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Nächster Redner in der Aussprache ist der Abgeordnete Jochen Flackus für die DIE LINKE-Landtagsfraktion.

Abg. Flackus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Landtagssitzung haben wir uns mit der Senkung der Umsatzsteuer beschäftigt, ein zutiefst bundespolitisches Thema. Heute ist es die Kaufprämie. Man könnte meinen - den Konjunktiv betone ich -, dass die AfD kurz vor der Plenarsitzung mal die überregionalen Tageszeitungen liest und schaut, was da so los ist. Aber wahrscheinlich - ich gebe mich einmal auf Ihr sprachliches Niveau, Herr Müller - ist es doch das rechtsbraun versifft Milieu, das Ihnen die Themen weitergibt, die uns dann hier beschäftigen.

(Abg. Müller (AfD): Bitte sachlich und zum Thema, Herr Flackus!)

Kommen wir zur Kaufprämie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine aktuelle Umfrage von Infratest dimap aus dem Mai dieses Jahres. 63 Prozent der Bevölkerung lehnen Prämien im Kfz-Handel ab. Nur 12 Prozent begrüßen Prämien.

(Zuruf des Abgeordneten Funk (CDU). - Abg. Müller (AfD): Weg mit der Elektroprämie!)

Herr Müller, lassen Sie mich doch ausreden, ich werde schon noch etwas dazu sagen. Sie können

mir ja mal zuhören, dann können Sie vielleicht etwas lernen.

(Abg. Müller (AfD): Hören auch Sie mir zu, Sie können auch etwas lernen!)

Richtig daran ist aus unserer Sicht, dass Prämien, egal, ob für Elektrofahrzeuge oder für normale Verbrenner, vorne und hinten keinen Sinn machen. Es gibt erstens eine ökonomische Begründung. Ich nenne das ifo Institut, ich weiß nicht, ob Sie es kennen, Herr Müller, ein Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut, das eher den Arbeitgebern zugeeignet ist, um es für Sie ein bisschen zu erläutern.

(Abg. Müller (AfD): Sag nur!)

Dieses Institut hat Prämien in Deutschland, Spanien und in den USA untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass es - wenn überhaupt - kurzfristige Effekte gibt. Wenn man sich die Abwrackprämie aus dem Jahr 2008/2009 anschaut, erkennt man, dass es dort solche Effekte gab. Wir erinnern uns an die Diskussion. Die Prämie war ökologisch eine Katastrophe, aber sie hatte kurzfristige Effekte. Der entscheidende Unterschied, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen, ist folgender: Damals hatten wir Einbrüche in den zentralen industriellen Bereichen, im Maschinenbau und im Kfz-Gewerbe, aber nicht in anderen Bereichen.

Der Unterschied zu Corona - ich schaue einmal in Richtung des Vertreters des Handwerks -: Wir haben überall Einbrüche, die coronainitiert und -bedingt sind. Das ist der ganz entscheidende Unterschied. Das ifo Institut kommt zu dem Ergebnis, dass Käufe vorgezogen werden. Das ist auch logisch, wenn es eine Prämie gibt. Auf die Party folgt aber der Kater. Man hat nämlich auch Nebenwirkungen in anderen Branchen. Ganz einfach gesagt: Wer sich ein Auto kauft, kauft im Anschluss keine Möbel mehr. Man muss also auch volkswirtschaftlich betrachten, was ich mit dieser Prämie eigentlich erreiche. Wenn wir - wie wir das wahrscheinlich alle wollen - mehr Wachstum und Beschäftigung haben wollen, dann braucht man, wenn man Konsum anregen will, vor allem bessere Löhne und höhere Renten. Das ist eine andere Sichtweise.

Auch sind die Prämien gut für das Klima; das wurde hier auch schon diskutiert. Die aktuellen Elektroprämien treffen auf das Desaster der E-Mobilität insgesamt. Wir haben auch schon in anderen Debatten darüber diskutiert. Die Rohstoffe der Batterien werden mit Kinderarbeit in Südamerika und Afrika gewonnen. Wir haben eine schlechte CO₂-Bilanz bei der Produktion der Elektrofahrzeuge. Wenn man also sagt, dass sie momentan einen Riesenvorsprung haben, dann stimmt das so einfach nicht. Das können wir hier gerne diskutieren. Ich freue mich, lieber Kollege Kurtz, wenn da noch etwas kommt. Mittel- und langfristig ist ein Ding und kurz- und mittelfristig das andere.

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

Wenn wir jetzt beim Verbrenner, beispielsweise beim Diesel, auf ein 3-Liter-Auto gehen würden, dann hätten wir auf jeden Fall größere Beiträge zur CO₂-Reduktion in Deutschland und darüber hinaus und wir würden unsere Automobilindustrie, auch der saarländischen, und der Zulieferindustrie eher zuarbeiten als von ihnen wegarbeiten. Wenn wir jetzt die Produktion in diesen Bereichen haben, dann brauchten wir das ganze Auto nicht umzustellen, sondern wir könnten uns auf den Kraftstoffverbrauch konzentrieren. Für die Stahlindustrie interessant ist, dass jeder ernst zu nehmende Materialforscher, Autobauer und wer auch immer sagt, dass die Zukunft beim Auto in hochfesten Stählen und im Leichtbau liegen wird. Das ist ein Thema für unsere Stahlindustrie.

Ein weiteres Argument. Industriepolitisch würde ich immer ein Nein zur Prämie sagen. Wir brauchen - das hat der Kollege Kurtz schon angedeutet - den Umstieg in die Transformation. Das ist alles, was wir im Bereich Digitalisierung und Industrie 4.0 schon häufig miteinander diskutiert haben. Da treffen wir momentan auf Autokonzerne, die das Vertrauen verspielt haben. Das ist ein Problem dabei. Wir alle wissen vom Diesel-Skandal und so weiter.

Noch ein Argument ist das folgende. Beispielsweise hat VW 94 Milliarden Euro auf der hohen Kante. Die Eigenkapitaldecke ist unglaublich dick. Bei BMW auch, bei anderen auch. Man muss das zunächst einmal dem Steuerzahler verklickern. Der VDA - der Verband der Automobilindustrie - will jetzt 20 Milliarden vom Bund haben, um diese Kaufanreize zu schaffen. Das könnten die sozusagen viermal selbst finanzieren, wobei man dem Steuerzahler erklären muss, dass er diesen schlechten Witz bezahlen muss. Das ist mir auch ein Rätsel.

Wenn Berlin fördern will, was ja gut ist, dann bin ich ganz der Meinung von Herrn Kurtz: Technologie fördern, die die Transformation der Branche beschleunigt und greifbar macht, damit sich die Arbeitsplatzverluste in Grenzen halten. Außerdem müsste man viel stärker regionale Kriterien gelten lassen und nicht mit der Gießkanne fördern. Ich habe gerade die Zahlen von VW genannt. Wieso VW noch zusätzliches Geld kriegt, ist aktuell nicht einzusehen.

Ich will noch Folgendes sagen. Wir benutzen oft den Begriff systemrelevant. Für die industrielle Landschaft im Saarland sind Ford und die Zulieferindustrie systemrelevant. Für uns muss es ein Punkt werden, dass wir uns ganz gezielt mit einer Förderung auf den Weg machen. Da geht es wirklich um das Eingemachte und die Zukunft für unser Land.

Technologische Transformation fördern und regionalisiert fördern - ich glaube, das wäre ein guter Weg, wie Berlin sein Geld loswerden könnte. Aber auch solche Hilfen, wie ich sie gerade skizziert habe, müssten an Bedingungen geknüpft werden. Eine Lenkungswirkung ist entscheidend für mich. Trans-

formation wäre an der Stelle das Lenkungsziel. Ich habe schon angedeutet, dass es eine Beteiligung an den Kosten der Konzerne durch die Konzerne geben müsste. Es darf für Unternehmen, die gefördert werden, keine Boni, Gewinnausschüttungen, Dividenden geben. Es dürfen keine Filialen in Steueroasen unterhalten werden.

Vor allem aber - das sage ich in Richtung Gewerkschaften - geht es bei der Transformation und Förderung um die Ausweitung der Mitbestimmung und auch um die Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte im Unternehmen selbst. Wenn der Steuerzahler jetzt, was ich richtig finde, Geld in die Hand nimmt, dann muss das an diese Bedingungen geknüpft sein. Übrigens diskutieren wir das auch in unserer Enquetekommission im Landtag sehr intensiv und, wie ich finde, sehr spannend. Wie kriegt man es hin, dass man die Effizienzgewinne, die uns die Digitalisierung ohne Zweifel bringen wird, so umsetzt, dass sie sich in Beschäftigung und mehr Wohlstand auswirken?

Zusammenfassend an die Adresse der AfD sage ich: Weder ökonomisch noch klimapolitisch oder industriepolitisch gibt es einen Grund, Ihren Antrag zu befürworten. Deshalb lehnen wir ihn auch ab. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Als nächstes ist die CDU-Fraktion in der Aussprache an der Reihe. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Sarah Gillen.

Abg. Gillen (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Saarländerinnen und Saarländer! Der Antrag zeigt mal wieder sehr schön, wie einfach die Welt funktionieren müsste, damit die AfD-Fraktion Antworten oder Lösungsvorschläge unterbreiten könnte. Sie schaffen hier einfache Feindbilder. Sie nennen nicht Corona als Ursache für den Rückgang der Wirtschaft, sondern die Corona-Maßnahmen. Also ist die Regierung Ihr Feind. Sie schieben der linksgrünen Ideologie die Schuld in die Schuhe; sie wäre schuld, dass der Diesel nicht mehr verkauft wird.

(Sprechen.)

Dabei muss ich Ihnen sagen, es ist im Endeffekt der Weltmarkt und der Verbraucher, der diese Autos nicht kauft. Es ist gar nicht einmal so sehr der deutsche Verbraucher, wenn wir schauen, wie viele Autos im letzten Jahr zugelassen wurden. Damals waren es in China 9,34 Millionen Autos; in Deutschland nur 1,53 Millionen. Wenn wir uns anschauen, wie die Chinesen leben, sehen wir, dass sie oft in dicht be-

(Abg. Gillen (CDU))

siedelten Megacitys leben. Dann macht es schon einen Unterschied, ob ich mit einem leisen Elektroauto fahre, das noch dazu vor Ort sehr wenig emittiert, oder ob ich mit einem Dieselauto fahre, das zwar von der Umweltbilanz durchaus vergleichbar ist, wenn nicht sogar besser dasteht, oder eben nicht. Von daher ist es durchaus sinnvoll, an verschiedenen Stellen mit verschiedenen Autos zu fahren.

Elektroautos sind geräuscharm, sie sorgen für wenige Emissionen vor Ort. Wenn wir uns die Umweltbilanz aus der Vogelperspektive anstatt aus der Froschperspektive anschauen, wie die Umweltbilanz insgesamt ist von der Herstellung bis nachher zur Entsorgung der Batterie, dann ist das E-Auto definitiv nicht besser als unser Verbrenner. Trotzdem ist es bei innerstädtischen Kurzstrecken sinnvoll, elektrisch zu fahren. Bei Langstrecken über Land ist eine Mischung mit einem hybridgetriebenen Auto oder mit einem Diesel oder Benzinern sinnvoll. Wir haben Schwerlastverkehr. Bei dem ist in Zukunft unter Umständen Wasserstoff sinnvoll.

Unsere Lebensentwürfe werden immer individueller. Wir unterscheiden uns in unseren Arbeitswegen. Wir unterscheiden uns darin, wo wir wohnen. Von daher bin ich der Meinung, wir unterscheiden uns zukünftig noch stärker im Antrieb unserer Autos. Deshalb muss ich dem Kollegen Kurtz widersprechen. Ich bin durchaus der Meinung, dass eine Kaufprämie sinnvoll ist, weil uns eine Kaufprämie eben im wahrsten Sinne des Wortes Zeit kauft, um auf der einen Seite Transformation umsetzen zu können und um auf der anderen Seite diesen Antriebsmix für die Zukunft zu sichern. Ich bin der Meinung, wir werden nicht in allen Fahrzeugen mit Wasserstoff fahren. Wir werden nicht alle Autos elektrisch betreiben. Wir werden aber eben auch nicht alle Autos wie in der Vergangenheit mit Diesel oder Benzin fahren. In meinen Augen hat diese Region dann noch eine Chance, wenn dieser Antriebsmix gezielt gesichert und für die Zukunft erhalten wird.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Natürlich kaufen wir uns mit einer Kaufprämie Zeit. Wir werden damit den Strukturwandel nicht aufhalten. Wir werden den Weltmarkt nicht ändern, aber wir werden uns den Antriebsmix für die Zukunft sichern. Sie alle wissen ja auch, dass der Koalitionspartner in Berlin anderer Meinung ist als wir und von der Kaufprämie nichts hält.

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Das würde ich so nicht unterschreiben. - Ich glaube, wir alle werben dafür, dass die Automobilindustrie und die Zulieferindustrie im Saarland diesen Antriebsmix der Zukunft auch weiterhin hier produzieren kann. Wir werden Ihren Antrag ablehnen, weil er - wie gesagt - viel zu einfach gestrickt ist. Er gibt keine Antworten, aber wir werden uns weiterhin für eine Kaufprämie einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Nachdem alle Fraktionen in der Aussprache zu Wort kamen, spricht als Nächstes der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker. Dann hat sich noch einmal für den Antragsteller der Fraktionsvorsitzende der AfD Josef Dörr zu Wort gemeldet. - Doch zunächst einmal der Kollege Lutz Hecker.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Zu dem Thema muss ich doch noch einmal etwas sagen. Ich möchte das Wort Heuchelei nicht in den Mund nehmen, weil es dafür Ordnungsrufe gibt, wie wir heute gelernt haben. Aber die Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuss werden sich entsinnen, dass wir im Juni im Vorfeld des Konjunkturpaketes der Bundesregierung eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses hatten, in der auch der Staatssekretär zugegen war. Er hat sich damals vehement für eine Prämie auch für Verbrennungsmotoren ausgesprochen. Es ist anders gekommen.

Die Kollegin Sarah Gillen hat zu Recht das gefordert, was auch wir immer gefordert haben. Wenn wir über Antriebstechnologien reden, dann muss das technologieoffen und ideologiefrei passieren. Gerade wenn wir die Meldungen aus der EU-Kommission von gestern hören, was Frau von der Leyen plant - zum Beispiel will sie die Absenkung der Flottengrenzwerte bis 2030 noch einmal um 50 Prozent verschärfen - und dass die Kommission darüber nachdenkt, Verbrennungsmotoren auch in diesem Zeitrahmen komplett zu verbieten, dann muss uns klar sein, dass das für Ford, so, wie das Unternehmen jetzt aufgestellt ist, und für viele unserer Zulieferer hier im Saarland das Todesurteil darstellen wird. - Vielen Dank.

Präsident Toscani:

Jetzt noch einmal wie angekündigt erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der AfD-Landtagsfraktion Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Rudolf Müller hat mit dem Antrag voll ins Schwarze getroffen. Selten habe ich den Kollegen Kurtz so aufgeregt gesehen. Er hat sich persönlich angesprochen gefühlt. Wahrscheinlich haben ihn die letzten Umfragewerte ein bisschen nervös gemacht. Was mir insgesamt auffällt und was diesem Hohen Hause so unangemessen ist, ist Folgendes. Jedes Mal, wenn ein Antrag von der AfD kommt - so ganz unvernünftig kann er ja nicht gewesen sein;

(Abg. Dörr (AfD))

Frau Gillen hat ein paar Punkte angeführt, die dem genau entsprechen; auch die anderen Redner haben nachher, nachdem sie endlich sachlich geworden sind, entsprechende Beiträge gebracht -, wird zunächst einmal der Antrag schlechtgemacht, die AfD schlechtgemacht und dann bequem man sich so langsam zur Sache.

Am Schluss hat man aber festgestellt, dass das ein wichtiges Thema ist und dass man sich damit in Zukunft vertieft befassen will. Dann ist das schon einmal ein guter Schritt gewesen, den wir gegangen sind, als wir dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Wenn man nun alle sachlichen Gründe dafür und dagegen auf die Seite holt, so ist es doch unbestritten, dass der Absatz der Industrie gewaltig eingebrochen ist und dass das für uns in Deutschland ein großes Problem ist. Es ist für uns im Saarland ein noch größeres Problem, für das man Lösungen sucht. Das muss doch noch erlaubt sein. Eine solche Prämie ist ein Lösungsvorschlag. - Danke.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1430 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1430 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Abgeordneten der AfD-Landtagsfraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker. Dagegen gestimmt haben alle anderen anwesenden Abgeordneten.

Wir kommen damit zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den Antrag des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen betreffend: Erteilung der Entlastung für die Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 2017 (Drucksache 16/1421)

Zur Begründung erteile ich dem Vorsitzenden des Unterausschusses zur Prüfung der Haushaltsrechnung, Herrn Abgeordneten Marc Speicher, das Wort.

Abg. Speicher (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind nicht nur am Ende der heutigen Debatte angelangt, sondern auch am Ende des Zyklus, nämlich des Kreislaufs der Haushaltswirtschaft. Wir werden im Oktober erneut

beginnen, wenn wir die Beratungen zum Haushalt 2021/2022 fortsetzen. Am Ende des Kreislaufs in der Haushaltswirtschaft steht eben dann die Entlastung der Landesregierung für den Haushalt. Wir beraten heute die Entlastung sowohl der Landesregierung für das Jahr 2017 als auch die Entlastung des Präsidenten des Rechnungshofes.

Grundlage für die Entlastung ist die Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 2017. Den Bericht haben wir Ihnen vorgelegt. Wir haben vor einem Jahr in unserer Sitzung am 28.08.2019 die Entlastung für die Haushaltsrechnung 2016 erteilt und haben einige Feststellungen und Bemerkungen an die Regierung weitergegeben. Diese haben wir am 14.05.2020 eingehend im Unterausschuss beraten.

Es sind insgesamt vier Punkte gewesen, die wir vor einem Jahr an die Regierung weitergegeben haben. Der erste Punkt war eine Besonderheit, denn wir haben nicht übereingestimmt mit der Beurteilung des Rechnungshofes darin, dass Feierlichkeiten zur 60-Jahr-Feier des Saarlandes zu üppig stattgefunden haben. Wir waren vielmehr der Meinung, dass es das Recht und die Pflicht der Regierung ist, diese Feierlichkeiten nicht nur in einem kleinen Rahmen durchzuführen, sondern eben der breiten Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, diese Feierlichkeiten mit zu begehen. Deswegen gab es einen Dissens mit dem Rechnungshof.

Gleichzeitig stimmten wir überein, dass das Vergabewesen grundlegend neu strukturiert werden muss. Das ist zwischenzeitlich erfolgt. Es gibt jetzt eine zentrale Vertrags- und Vergabestelle im Bereich der Landesregierung. Es betraf außerdem die Fahrgeldausfallzahlungen an Unternehmen im Bereich der unentgeltlichen Beförderung von schwerbehinderten Menschen im Nahverkehr. Hier wurde eine entsprechende Richtlinie überarbeitet und somit modifiziert. Es betraf außerdem Zuschüsse in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit und Theater. Auch hier wurden Förderrichtlinien in Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Bildung und Kultur und dem Ministerium für Finanzen und Europa erarbeitet.

Der letzte Punkt betraf eine sehr komplexe Angelegenheit im Bereich des Schulareals in Lebach. Das ist wichtig, weil hier sowohl Blinde und Sehbehinderte als auch Gehörlose und Schwerhörige betroffen sind. Es war hier vonnöten, eine umfangreiche Planung durchzuführen. Das wurde mittlerweile in Gang gesetzt. Deswegen ist es im Bereich der baulichen Entwicklungsplanung zu großen Fortschritten gekommen.

Kommen wir zur Prüfung der Haushaltsrechnung 2017. Im ersten Bereich steht die Prüfung der Landesämter. Das erfolgte. Für alle Landesbetriebe wurden testierte Jahresabschlüsse vorgelegt. Die Bilan-

(Abg. Speicher (CDU))

zen schließen im Berichtszeitraum mit einer Gesamtbilanzsumme von 918 Millionen Euro.

Zum Zweiten haben wir uns im allgemeinen Teil des Rechnungshofberichtes mit den allgemeinen Entwicklungen des Haushaltes befasst. Im dritten Teil durften wir feststellen, dass die Haushaltsrechnung und die Bücher der Landeshauptkasse und die dort aufgeführten Beträge übereinstimmen. Es gab keinen Anlass zu Beanstandungen.

Das Ist-Ergebnis des Jahres 2017 beträgt 4,2782 Milliarden Euro und lag damit mit einem Betrag von 177,7 Millionen Euro über dem Haushaltsplan. Das kassenmäßige Jahresergebnis gestaltet sich bei den Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben mit jeweils genau 4,278 Milliarden Euro. Die Bruttokreditaufnahme betrug 1,396 Milliarden Euro. Gleichzeitig wurden Schulden getilgt in Höhe von 1,389 Milliarden Euro. Die tatsächliche Kreditaufnahme wurde indes um rund 823 Millionen Euro unterschritten.

Bei der finanziellen Entwicklung ist festzustellen, dass die fortdauernden Ausgaben zu einem großen Teil aus Personalausgaben resultieren. 37 Prozent des Haushaltsvolumens beträgt der Anteil an Personalausgaben. Ein großer und wichtiger Punkt sind die Versorgungsausgaben. Das heißt, ohne dass wir als Haushaltsgesetzgeber sozusagen etwas dazu tun, steigen die Versorgungsausgaben enorm: im Berichtszeitraum von 1,4 Milliarden Euro auf 1,57 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg von 170 Millionen Euro innerhalb eines Jahres. Bei den Investitionen konnte weiter zugelegt werden. Es besteht ein Anstieg von 24 Millionen Euro allein im Kernhaushalt und die Investitionsquote stieg deswegen auch auf 9,1 Prozent.

Es gibt dann einige relevante Steuerungsgrößen, die insbesondere für den Bericht an den Stabilitätsrat relevant sind. Ich möchte sie nur kurz erwähnen. Bei der Kreditfinanzierungsquote konnte eine Verbesserung im Berichtszeitraum um 0,24 Prozent auf 3,6 Prozent erreicht werden. Bei der Zinssteuerquote liegen wir mit Zinsausgaben von 379 Euro pro Einwohner mit einem Betrag von 166 Euro über dem Bundesschnitt. Das zeigt, dass die Schulden der Vergangenheit heute noch zu erheblichen Belastungen führen. Bei der Prokopfverschuldung sind wir nach wie vor Spitzenreiter in der Bundesrepublik. Geprägt war das Jahresergebnis 2017 von Zuführungen in Höhe von 146,5 Millionen Euro aus dem Kernhaushalt in das Sondervermögen Zukunftsinitiative. Dadurch wuchs der Rücklagenbestand auf 474 Millionen Euro.

Wir kommen dann zum besonderen Teil des Rechnungshofberichtes. Wir haben übereinstimmend sechs Sachverhalte als wichtig empfunden, die wir in den Abschlussbericht aufnehmen. Es betrifft die Textziffer 24 des Rechnungshofberichtes. Hier geht es um die Einnahmensituation der staatlichen Medi-

zinaluntersuchungsstelle sowie des Informations- und Behandlungszentrums für Vergiftungen, die sogenannte Giftnotrufzentrale an der Uniklinik des Saarlandes, sowie um die Ausbildung der PTAs, also der pharmazeutisch-technischen Assistenten. Es ist so, dass bei der Giftnotrufzentrale viele Anrufe von außerhalb des Saarlandes eingehen. Bisher ist dies ohne die Eintreibung von Gebühren erfolgt. Hier soll es ein überarbeitetes Gebührenverzeichnis geben, sodass es hier zu einer Einnahmenverbesserung kommen kann. Gleichzeitig empfehlen sowohl der Rechnungshof als auch der Unterausschuss zur Prüfung der Haushaltsrechnung, dass es eine Beteiligung der Apothekerkammer an der Ausbildung für die PTAs geben muss.

Die Textziffer 28 betrifft den städtebaulichen Denkmalschutz. Hier ging es um den Bereich der Altstadt in St. Wendel. Der Rechnungshof empfiehlt, dass die beiden Sanierungsgebiete im Fördergebiet Altstadt St. Wendel zeitnah abgewickelt werden sollten, um künftig eine erfolgreiche Programmumsetzung im Sinne eines ganzheitlichen städtebaulichen Ansatzes zu gewährleisten.

Die Textziffer 29 betrifft den Bereich Verkehr, den sogenannten Shared Space, also die geteilten gemeinsamen Räume im Bereich des öffentlichen Verkehrsraums. Hier gab es in Freisen ein Projekt, das zu erheblichen Mehrausgaben geführt hat. Zudem hat es dazu geführt, dass es zu einer Erhöhung der Unfallzahlen kommt. Deswegen empfehlen der Rechnungshof sowie der Unterausschuss, künftig Abstand von diesen geteilten Räumen zu nehmen.

Die Textziffer 32 betrifft einen Bereich, der uns in den letzten Jahren massiv geprägt hat, auch im Landshaushalt. Im Zeitraum von 2008 bis 2016 wurden 96 Millionen Euro alleine aus Landesmitteln in die Krippenplätze und Kindergärten investiert. Hinzu kam noch ein Betrag von 35 Millionen Euro vom Bund. Das hat dazu geführt, dass es zunächst zu einer erheblichen Ausweitung der Betreuungsplätze gekommen ist, was eindeutig zu begrüßen ist. Bei diesen hohen Beträgen ist es fast schon immanent, dass es zu gewissen Schwierigkeiten bei der Aussteuerung kommt. Der Rechnungshof kritisiert, dass es zu einer ungleichen Verteilung der Fördermittel in den Kommunen gekommen ist. Gleichzeitig gab es auch Vergaberechtsverstöße. In einem Fall war es sogar so, dass nach dem Einreichen von lediglich vier Seiten zur Beschreibung des Baus eine Vergabe von über 2 Millionen Euro freihändig erfolgt ist. Das wurde kritisiert und sollte laut Angaben des Rechnungshofes eine Rückforderung des Zuschusses bedeuten.

In Textziffer 33 geht es um einen Bereich des öffentlichen Gemeinwesens, der vermeintlich klein ist, aber für das Vertrauen der Bevölkerung von großer Bedeutung ist. Es betrifft den Bereich des Mess- und Eichwesens. Der Personalabbau hat dazu geführt,

(Abg. Speicher (CDU))

dass ein gerade neu angeschaffter Tankzug, der misst, ob die angezeigten Liter auf der Tankzapfsäule mit der tatsächlich getankten Menge übereinstimmen, nicht eingesetzt werden konnte. Es wurde ein solcher Kontrollzug für mehrere hunderttausend Euro angeschafft, allerdings konnte man diesen Zug nicht mit Personal besetzen, deswegen gab es mehrere Jahre überhaupt keine Nutzung des Wagens. Hier ging es darum, eine Aufpersonalisierung zu machen, mit der Besonderheit, dass sich diese Stellen nicht nur selbst tragen, sondern zu einer höheren Einnahme von Gebühren führen. Das wurde umgesetzt. Diesem Monitum des Rechnungshofes wurde entsprochen.

Der letzte Punkt ist die Textziffer 36 des Rechnungshofberichtes. Es geht um die Drittmittelverwendung an der Universität des Saarlandes. Die externen Finanzquellen bergen das Risiko, dass sie weder dauerhaft noch verlässlich für die Hochschulfinanzierung zur Verfügung stehen. Hier hat die Universität des Saarlandes praktisch vorbildlich in der Aufarbeitung gehandelt. Der Rechnungshof begrüßt deswegen, dass es nun die Gesamtstrategie Grund- und Drittmittelförderung gibt und diese Mittel durch die Schaffung von zwei Fonds im Bereich der Universität verstetigt werden konnten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben den Antrag des Ministers für Finanzen und Europa und der Regierung des Saarlandes für die Haushaltsrechnung des Jahres 2017 gemäß Art. 106 Verfassung des Saarlandes sowie in Verbindung mit § 114 Landeshaushaltsordnung mit der Bitte vorliegen, Entlastung zu erteilen. Der entsprechende Antrag liegt Ihnen vor. Wir als Unterausschuss zur Prüfung der Haushaltsrechnung und als Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen kommen zu dem Urteil, diesem Antrag zu entsprechen. Das heißt, ich darf Sie im Namen der Kolleginnen und Kollegen bitten, der Regierung, aber auch dem Präsidenten des Rechnungshofes Entlastung zu erteilen. Die entsprechende Prüfung des Rechnungshofes fand am 07. März 2019 in den Räumen des Rechnungshofes statt. Insofern bitte ich, die entsprechende Entlastung zu erteilen.

Ehe ich abschließe, möchte ich mich zunächst bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, weil der Unterausschuss wenig parteipolitisch, sondern sehr parlamentarisch arbeitet. Das heißt, wir nehmen ein Kontrollrecht des Parlamentes wahr und machen das mit einer sehr sachorientierten Arbeit. Ich darf mich auch bei Jörg Becker bedanken, der diesen Ausschuss als Ausschusssekretär zum ersten Mal betreut hat. Es war eine gute Zusammenarbeit. Vielen Dank dafür. - Ich bitte um Entlastung der Regierung und des Rechnungshofes. Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Berichterstattung. Ich kann mich dem Dank nur anschließen. Hinter diesem zehnmündigen Bericht steckt enorm viel parlamentarische Kernarbeit. Der Unterausschuss prüft für den gesamten Landtag den Vollzug der Haushaltsrechnung. Das ist ein Königsrecht des Parlaments. Dahinter steckt enorm viel Fleißarbeit. Ich darf mich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen beim Vorsitzenden und den Mitgliedern des Unterausschusses zur Prüfung der Haushaltsrechnung für die engagierte Aufgabenwahrnehmung bedanken.

(Beifall des Hauses.)

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen Drucksache 16/1421. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1421 einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben alle anwesenden Abgeordneten des Landtages, enthalten haben sich die Mitglieder der Landesregierung. Im Ergebnis heißt das, dass der Antrag einstimmig angenommen ist. Die Landesregierung ist damit für das Haushaltsjahr 2017 entlastet. Das freut den Finanzminister des Jahres 2017 ganz besonders.

(Heiterkeit.)

Wir kommen zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Wahl von sieben Vertrauensleuten und ihren Vertretern/Vertreterinnen in den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter/innen (Drucksache 16/1425)

Alle Fraktionen haben dazu einen gemeinsamen Vorschlag eingebracht. Der Vorschlag liegt Ihnen als Drucksache vor. Ich eröffne die Aussprache. - Keine Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Wahl der sieben Vertrauensleute und deren Vertreterinnen und Vertreter gemäß dem uns vorliegenden Vorschlag Drucksache 16/1425 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1425 einstimmig angenommen ist. Alle anwesenden Abgeordneten haben dafür gestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.